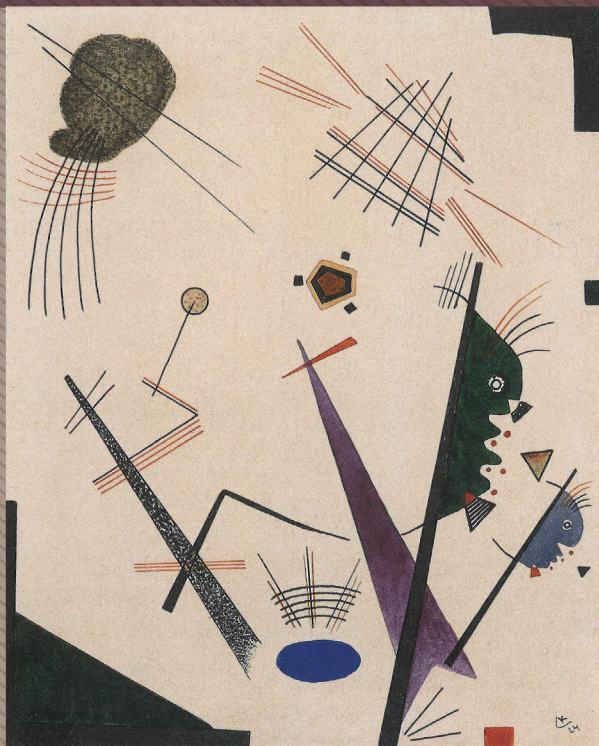


Oliver Decker, Johannes Kiess,
Ayline Heller, Elmar Brähler (Hg.)

Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten

Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?



Leipziger Autoritarismus Studie 2022



Psychosozial-Verlag

Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Elmar Brähler (Hg.)
Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten

■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Forschung Psychosozial

Oliver Decker, Johannes Kiess,
Ayline Heller, Elmar Brähler (Hg.)

Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten

Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?

Leipziger Autoritarismus Studie 2022

Mit Beiträgen von David Aderholz, Inken Behrmann,
Sophie Bose, Elmar Brähler, Kazim Celik, Vera Clemens,
Oliver Decker, Marius Dilling, Jörg M. Fegert, Natalie Gittner,
Ayline Heller, Nele Hellweg, Charlotte Höcker, Valentin Ihßen,
Fiona Kalkstein, Johannes Kiess, Johanna Niendorf,
Laura Pfirter, Gert Pickel, Susanne Pickel, Clara Schließler,
Andre Schmidt, Johanna M. Schmidt, Julia Schuler,
Simon Toewe und Alexander Yendell

Psychosozial-Verlag

Die Veröffentlichung der Leipziger Autoritarismus Studie
erfolgt in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung
und der Otto Brenner Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe

© 2022 Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG, Gießen

E-Mail: info@psychosozial-verlag.de

www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung
des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: Wassily Kandinsky, ohne Titel, 1924

Umschlaggestaltung nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar

Lektorat: Tilman Meckel, Leipzig

Satz: makena plangrafik, Leipzig

ISBN 978-3-8379-3175-4 (Print)

ISBN 978-3-8379-7919-0 (E-Book-PDF)

Inhalt

Vorwort der beteiligten Stiftungen	9
1. Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? <i>Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler</i>	11
I. Autoritäre Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft	
2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf <i>Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Julia Schuler & Elmar Brähler</i>	31
3. Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie <i>Oliver Decker, Fiona Kalkstein, Julia Schuler, Kazim Celik, Elmar Brähler, Vera Clemens & Jörg M. Fegert</i>	91
4. Krieg in Europa – Konflikte in der Welt <i>Oliver Decker, Alexander Yendell, Ayline Heller & Elmar Brähler</i>	127

II. Vertiefende Analysen

- | | | |
|----|--|-----|
| 5. | Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext
<i>Ayline Heller, Marius Dilling, Johannes Kiess & Elmar Brähler</i> | 161 |
| 6. | Demokratie und politische Kultur
<i>Susanne Pickel, Gert Pickel, Natalie Gittner, Kazim Celik & Johannes Kiess</i> | 185 |
| 7. | Wer sind die Verschwörungsgläubigen?
<i>Marius Dilling, Clara Schließler, Nele Hellweg, Elmar Brähler & Oliver Decker</i> | 209 |
| 8. | Antifeminismus und Geschlechterdemokratie
<i>Fiona Kalkstein, Gert Pickel, Johanna Niendorf, Charlotte Höcker & Oliver Decker</i> | 245 |
| 9. | Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland
<i>Johannes Kiess, Andre Schmidt & Sophie Bose</i> | 271 |

III. Zum Stand der Zivilgesellschaft

- | | | |
|-----|--|-----|
| 10. | Extrem rechte Herausforderungen
in Zeiten wirtschaftlicher Transformation
<i>David Aderholz</i> | 305 |
| 11. | Die gesellschaftlichen Herausforderungen
der Klimabewegung
<i>Inken Behrmann, Valentin Ihßen & Simon Toewe</i> | 327 |
| 12. | Digitale Herausforderungen der demokratischen
Zivilgesellschaft
<i>Laura Pfrtner</i> | 343 |

13. »Noooo You Can't Just Vaporize My Entire Armored Division« <i>Johanna Maj Schmidt</i>	367
Übersicht aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2020	395
Autorinnen und Autoren	397

Vorwort der beteiligten Stiftungen

Otto Brenner Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung

In Zeiten von Pandemie, Krieg, Klima- und Energiekrise sind fundierte gesellschaftspolitische Analysen für gehaltvolle Debatten wichtiger denn je. Verlässliche Daten zu Stimmungen und Einstellungen in Deutschland sind von Beginn an Kern der Leipziger Autoritarismus Studien. Zum nunmehr elften Mal spürt die Studie demokratischen wie antidemokratischen, pluralistischen wie autoritären Einstellungsmustern nach und zeichnet ein empirisch gesättigtes, facettenreiches Bild von Ansichten, Werten und Stimmungen in der Bevölkerung.

Dieses Bild ist einerseits erfreulich, denn die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie ist hoch. Neun von zehn Befragten sind mit dem verfassungsrechtlich gesetzten, demokratischen Institutionengefüge zufrieden. Und auch mit der tatsächlichen Verfasstheit der Bundesrepublik sind die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich zufrieden, wenngleich sich hier deutliche Handlungsbedarfe zeigen. So muss es Anliegen einer demokratiefördernden politischen Bildung sein, zur politischen Beteiligung zu befähigen und dabei gleichermaßen ein realistisches Verständnis demokratischer Prozesse zu vermitteln wie auch konkret Verbesserungen der politisch-institutionellen Praxis anzumahnen. Dabei ist im Lichte dieser Studie gesellschaftspolitischer Alarmismus nicht angebracht und eine Polarisierungstendenz in den Einstellungen nicht erkennbar, im Gegenteil: Der »harte Kern« antidemokratischer Milieus wurde kleiner, die Zahlen belegen eine starke Abnahme des Personenkreises mit geschlossen rechtsextremem Weltbild, insbesondere in Ostdeutschland. Damit bestätigt sich die bereits 2020 konstatierte Verfestigung extremistischer Milieus bei rückläufiger Gruppengröße.

Andererseits werden andauernde Problemlagen deutlich. Ausländerfeindliche Einstellungen verharren auf hohem Niveau oder nehmen sogar

in den ostdeutschen Bundesländern zu. Jede bzw. jeder fünfte junge Ostdeutsche zwischen 16 und 30 Jahren teilt chauvinistische Positionen – besorgniserregend ist dabei, dass diese Positionen deutlich stärker in der jungen ostdeutschen Generation verhaftet sind als in der restlichen Bevölkerung. Weit in der Gesellschaft verbreitet sind zudem antifeministische und sexistische Einstellungen. Nicht selten gehen sie einher mit anderen Ressentiments wie etwa Homo- und Transfeindlichkeit oder Antisemitismus und zeigen sich eng verwoben mit einem traditionellen Männlichkeitsbild und einer dogmatisch-fundamentalistischen Religiosität. Einen Gewöhnungseffekt an antidemokratisches oder menschenfeindliches Gedankengut darf es nicht geben: Notwendig sind ein lauter Widerspruch und eine engagierte Bildungsarbeit für die vielfältige, liberale Demokratie und Gesellschaft.

Bemerkenswert und für die Bildungsarbeit – insbesondere der Gewerkschaften – interessant sind auch die Ergebnisse über die erstmals erhobenen »gesellschaftlichen Konfliktbilder von Lohnabhängigen«. Hier zeigt sich, dass von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sofern ein profiliertes Bewusstsein über gesellschaftliche Konflikte vorhanden ist, stets sozioökonomische Interessensgegensätze als maßgebliche gesellschaftliche Widersprüche wahrgenommen werden. Konflikte, die sich auf Religion, unterschiedliche Herkunft oder Geschlecht zurückführen lassen, werden von abhängig Beschäftigten hingegen als weitaus weniger prägend für unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben angesehen.

Mit der Unterstützung dieser Studie hoffen wir, zu einer informierten Diskussion und einer die Demokratie stärkenden gesellschaftspolitischen Debatte beizutragen. Angemerkt sei, dass bei der Befragung aus wissenschaftlichen Gründen die Einflüsse des Krieges gegen die Ukraine nicht berücksichtigt werden konnten. Umso mehr freut es uns, dass in einer gesonderten Erhebung gewonnene Befunde in die Diskussion aufgenommen wurden. Dafür – wie auch für die bewährte Zusammenarbeit bei dieser Studie insgesamt – danken wir dem Forscherteam um Oliver Decker und Elmar Brähler und wünschen eine ebenso spannende wie anregende Lektüre!

Berlin und Frankfurt am Main, im Herbst 2022

Heinrich-Böll-Stiftung

Otto Brenner Stiftung

1. Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?

Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler

Unter dem Titel »Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten« legen wir zum elften Mal unsere Studie zu politischen und antidemokratischen Einstellungen in Deutschland vor. Seit nunmehr 20 Jahren untersuchen wir die Unterstützung der Demokratie sowie die Verbreitung von Neo-NS-Ideologien und Ethnozentrismus, also der rechtsextremen Einstellung. Bekannt wurde unsere Studienreihe als Leipziger »Mitte«-Studien¹, seit 2018 trägt sie den Namen Leipziger Autoritarismus Studien. Im Zweijahresrhythmus erheben wir die politischen Einstellungen, dokumentieren Trends und Themen, erfassen die Verbreitung von Antisemitismus und Diktaturbefürwortung sowie der Abwertung von Migrantinnen und Migranten. Mit den nun vorliegenden Daten des Jahres 2022 können neue Herausforderungen und vor allem die Reaktionen auf sie benannt werden. Im Folgenden fassen wir zunächst zentrale Ergebnisse zusammen und werfen anschließend einen kurzen Blick auf die Studienreihe selbst.

Zentrale Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 – autoritäre Aggressionen auch an unerwarteter Stelle

Ein Ergebnis unserer Erhebung 2022 sticht hervor: Die manifeste Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen nimmt nicht nur im Bundesgebiet

¹ Von 2006 bis 2012 wurden die Leipziger »Mitte«-Studien in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. Seit 2016 besteht eine Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung. 2002, 2004 und 2014 wurde die Studie von uns ohne Kooperationspartner erstellt.

ab, sondern insbesondere und deutlich in Ostdeutschland – bei gleichzeitiger Zunahme der Demokratiezufriedenheit (vgl. Kap. 2). Gerade die Dimensionen einer Neo-NS-Ideologie (Diktaturbefürwortung, tradierter Antisemitismus, Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung) finden nicht mehr die Zustimmung wie noch vor zwei Jahren. Das ist eine gute Nachricht, aber nur das halbe Bild. Denn der Rückgang der manifesten Zustimmung in der Neo-NS-Ideologie wird begleitet von einer relativ hohen latenten Zustimmung, die als Mobilisierungspotenzial gewertet werden kann. Und schon die Zustimmung zu Dimensionen des Ethnozentrismus ist nicht im selben Maße zurückgegangen, im Gegenteil: Bei der Ausländerfeindlichkeit kam es zu einem leichten Anstieg in Ostdeutschland, und der Chauvinismus findet immer noch viele Anhänger. Das gibt erste Hinweise auf die tatsächliche gesellschaftliche Dynamik in Zeiten von Pandemie und Krieg in Europa. Vor dem Hintergrund der Pandemie, welche von den Individuen eine große Anpassungsleistung abverlangte, beobachten wir eine Rückkehr zu traditionelleren Rollenvorstellungen. Dies kann ein Gefühl von Kontinuität und Konstanz in unsicheren Zeiten erzeugen (vgl. Kap. 8). Da gleichzeitig ein Anstieg des Antifeminismus und von Schuldabwehrantisemitismus zu verzeichnen ist und auch der Hass auf Muslime, Sinti und Roma konstant hoch bleibt, ist vielmehr von einer Objektverschiebung der antidemokratischen Einstellung zu sprechen als von einem Rückgang. Die Neo-NS-Ideologie hat an Bedeutung verloren, während andere Motive zur Legitimation der Ressentiments herangezogen werden. Dass diese Ressentiments weiterhin vorliegen, darüber geben die autoritäre Aggression, der Wunsch nach einer Autorität, und der Konventionalismus Auskunft. Dieser Interpretation zum Verständnis der Ressentiments liegt die sozialpsychologische Annahme zugrunde, dass die Abwertung anderer, die Aggressionen auf sie, gleichermaßen ein Ergebnis gesellschaftlicher Dynamiken sind, wie sie eine individuelle Funktion haben. Die beständige Anpassungsforderung in der Gesellschaft bringt eine Ambivalenz gegen sie hervor. Da es aber nicht möglich ist, aus der Gesellschaft gänzlich auszusteigen, ist sie als Totalität für die Einzelnen in der Regel hinzunehmen. Gleichzeitig bietet sie auch jenen Schutz, den es zum Leben braucht. Daher äußert sich die Aggression an anderer Stelle und richtet sich gegen die, deren (fantasierte) Abweichung oder (vermeintliche) Schwäche als Legitimationsgrundlage für die Wut auf sie herhalten. Auch die hohen Zustimmungswerte zum gewaltbezogenen Männlich-

keitsideal sowie die Veränderungen in Gewaltbereitschaft und -akzeptanz passen dazu.

Der Rückgang in den Dimensionen der rechtsextremen Einstellung zeigt also einen Wandel der antidemokratischen Motive an, nicht deren verschwinden. Die Neo-NS-Ideologie hat als integrierende Ideologie unter den gegenwärtigen Krisen vorerst an Bedeutung verloren, die autoritären Bedürfnisse finden andere und zum Teil gesellschaftlich weniger sanktionierte Motive zu ihrer Rationalisierung.

Dieser Befund lässt sich durch die vertiefte Analyse untermauern. Wir finden autoritäre Reaktionen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie nicht allein an erwartbarer Stelle – den Milieus mit Verschwörungsglauben –, sondern auch weit darüber hinaus. Durch die Proteste gegen die Präventionsmaßnahmen der Bundesregierung sind die Verschwörungserzählungen zur Grundlage einer breiten Mobilisierung geworden. Sie wurden von organisierten Rechtsextremen genutzt, fanden aber auch in anderen politischen Milieus Anklang. Wie Ausländerfeindlichkeit, Antifeminismus und Antisemitismus sind diese Verschwörungserzählungen eine Brückenideologie, welche verschiedene antidemokratische Milieus miteinander verbindet (vgl. Kap. 7). Wer Verschwörungserzählungen glaubt, hat auch eine grundsätzlich hohe Abwertungsbereitschaft. Vorherrschend ist bei jenen Personen eine projektiv-autoritäre Reaktion, die den Schutz nicht in der Autorität, sondern in der Gruppe findet, die die Bedrohung verleugnet. Aufgrund des Fehlens »echter« Autorität sucht dieser Typus des autoritären Rebellen (Fromm, 1941, S. 316) das Heil in der Gruppenfiktion (Chasseguet-Smirgel, 1975).

Aber die gesellschaftliche Dynamik der letzten zwei Jahre wurde gleichermaßen durch ein weiteres autoritäres Syndrom geprägt. Dass dieses bisher wenig beachtet wurde, hat mit dessen konformem Charakter zu tun – ein erster Fingerzeig auf den klassischen Typus des Autoritären. So finden sich auch unter den Befürwortern der Präventionsmaßnahmen, hier insbesondere der Impfungen, autoritäre Reaktionen. Mit der autoritären Aggression, Unterwürfigkeit und der Betonung der Konventionen sehen wir einen sadomasochistischen Typus. Ihn zeichnet nicht die projektive Verleugnung der Bedrohung, sondern die Anerkennung einer wissenschaftlichen und staatlichen Autorität als »Prothesensicherheit« aus (vgl. Kap. 3). Durch die Anerkennung dieser Autorität konnte die Bedrohung durch die Pandemie ausgehalten werden. Allerdings zeigt sich in

unserer Analyse, dass die Ohnmachtsgefühle und die Einschränkungen des eigenen Lebens nach Maßgabe der Autorität zu einer Steigerung der autoritären Aggression führten. Die Wut zogen jene auf sich, die gegen diese Konventionen verstießen, und nicht zuletzt die »Ungeimpften«. Eine ähnliche Reaktion können wir zum Teil auch in den Reaktionen auf den Ukraine-Krieg beobachten (Kap. 4). Ausdrückliche Bellizisten finden sich nicht, aber Unterstützung findet der Krieg in der Ukraine bei jenen, die eine generell höhere Neigung zu autoritären Aggressionen haben. Das autoritäre Mobilisierungspotenzial besteht weiterhin, kann aber derzeit mit gesellschaftlich konformen Zielen befriedigt werden.

An dieser Stelle ist die im Vergleich zu den letzten Jahren höhere Demokratiezufriedenheit in Erinnerung zu rufen. Interessanterweise ist gleichzeitig das Gefühl politischer Deprivation weitverbreitet. Die Diskrepanz zwischen Demokratiezufriedenheit einerseits (insbesondere in Ostdeutschland) und sehr hoher politischer Deprivation andererseits hängt mit der beschriebenen Entwicklung zusammen: So stärkt die Demokratie unter Krisenbedingungen einerseits die Exekutive, schwächt aber andererseits die Teilhabemöglichkeit. Dies führt zwar zu politischer Deprivation, erleichtert aber gleichzeitig auch die Unterwerfung und ermöglicht somit die Befriedigung autoritär-submissiver Wünsche.

Die bisherigen Ausführungen machten auch deutlich, dass Ost-West-Unterschiede nach wie vor bedeutsam sind. Im Laufe der vergangenen Jahre stellte sich für jede Studie die Frage, ob in der jeweiligen Ergebnisdarstellung durch die Differenzierung zwischen ost- und westdeutschen Ergebnissen ein so hervorhebender Fokus gesetzt werden soll. Wir haben uns auch 2022 wieder für diese Präsentation entschieden, weil die Zahlen auch über dreißig Jahre nach dem Mauerfall eine unterschiedliche politische Einstellung in Ost- und Westdeutschland ausweisen. Diese Befunde haben jedoch wenig mit Ostdeutschen, sondern vor allem mit den Lebensbedingungen in Ostdeutschland zu tun (vgl. Kap 5). So gehen hohe Autoritarismuskwerte beispielsweise mit einer hohen Arbeitslosenquote, einem niedrigen Frauenanteil, einem geringeren Anteil an Schutzsuchenden einher. All diese Strukturmerkmale sind in ostdeutschen Kreisen eher anzutreffen als im Westen.

Alte Reaktionsformen?

Autoritäre Reaktionen und der Rechtsextremismus

Aus der Wissenschaft wurde die Gegenüberstellung von Links- und Rechtsextremismus als unzulänglich kritisiert und immer wieder darauf hingewiesen, dass sie den Blick auf die tatsächliche Dynamik in der Gesellschaft verstellt. Denn die Idee einer sozialen »Mitte« als Schutzraum der Demokratie ist Wunschdenken und Ideologie gleichermaßen. Einerseits kommt in ihr die individuelle Hoffnung auf einen Ort der Sicherheit und Respektabilität zum Ausdruck; andererseits dient sie als gesellschaftliche Ideologie einer »Mitte« zur Legitimation der bestehenden Ordnung, in der jeder nach eigenen Leistungen auf- oder absteigen könne. Die Verschränkung beider macht den Mythos der Mitte so wirkmächtig. Dass im Hintergrund der Appell steht, dass nur Maß und Mäßigung moralisch zu rechtfertigen sind, verweist zudem auf noch ältere Motive der europäischen Ideengeschichte. Dennoch oder gerade deshalb haben die Verfassungsschutzämter seit Jahrzehnten an einer vereinfachten und die gesellschaftlichen Konflikte vereinfachenden Extremismustheorie ihre Arbeit ausgerichtet. Während der Pandemie merkte jedoch selbst der Inlandsgeheimdienst, dass er an seine Grenze stieß, und reagierte: In einem Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Protestlage in der Bundesrepublik am Jahresende 2020 wählte der Autor mit Blick auf die COVID-19-Leugnung die Worte von einem »Extremismus sui generis«, also einem Extremismus »eigener Art« (Flade et al., 2020). Vielleicht wollte der Verfassungsschützer mit dem Rückgriff auf diese lateinische Redensart zeigen, dass er das Latinum hat. Tatsächlich zeigte er aber, dass der Verfassungsschutz mit seinem Latein am Ende war.

Zwar stammt der Begriff *Verfassungsschutz* aus dem Grundgesetz (§87, Abs. 1) und räumt dort der Regierung das Recht ein, eine »Zentralstelle zur Sammlung von Unterlagen zum Zwecke des Verfassungsschutzes« einzurichten. Aber geprägt ist er dadurch, dass der Verfassungsschutz heute als Amt ein Organ des Staates ist. Seit seiner Gründung als Inlandsgeheimdienst in den 1950er Jahren ist er ein deutscher Sonderweg: Er hat entlang eines Extremismusbegriffs unkontrollierte und einzigartige Eingriffsmöglichkeiten in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Horst Meier und Claus Leggewie schreiben hierzu 2012: »Im vorbeugenden Kampf gegen die ›Feinde der Demokratie‹ glaubte man, wirkliche Gefahren gar

nicht erst abwarten zu dürfen – also machte man den politischen Verdacht zur allgemeinen Geschäftsgrundlage des Verfassungsschutzes.« (Meier & Leggewie, 2012, S. 66) Seine Aufgabe war und ist die Überwachung von extremistischen Bestrebungen mit den Mitteln des Geheimdienstes. Dabei bildet nicht der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel den deutschen Sonderfall, vielmehr ist es der Umstand, dass sie sich nicht gegen Aktivitäten, sondern gegen eine Gesinnung richten. Meier und Leggewie schreiben dazu: »Verfassungsschutz bekämpft seit eh und je verdächtige Ziele und anstößiges ›Gedankengut‹, also schon die Gesinnung vermeintlicher Verfassungsfeinde.« (Meier & Leggewie, 2012, S. 72) Durch den Extremismusbegriff werden spezifische, unerwünschte Gesinnungen externalisiert. Unterschiedliche Gesinnungen sind jedoch ein inhärentes Phänomen der Gesellschaft selbst, und damit ist es die Aufgabe der Demokratie, sich mit diesen auseinanderzusetzen – in den demokratischen Arenen, die dafür eingerichtet werden, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Diese Foren müssen gestärkt werden, nicht die geheimdienstliche Arbeit. Immer wieder aufs Neue muss die Arbeit geleistet werden, nicht nur die Motive des Hasses zu erfassen, sondern auch ihre psychosozialen Hintergründe freizulegen und diese zu kritisieren, also Gesellschaftskritik zu betreiben. Es geht um autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft, gesellschaftliche Widersprüche und ihre Wirkung auf die Individuen. Diese Aufgabe kann und will der Verfassungsschutz nicht übernehmen. Er ist ein Inlandsgeheimdienst, und die Gesellschaftskritik, gar kritische Wissenschaft, ist seine Sache nicht. Er vermag in der scheinbaren Abweichung, dem »Extrem«, nicht den regelhaften Gesellschaftsbetrieb zu erkennen. Wohlgemerkt: Staatliches Handeln ist notwendig, aber doch vor allem dann, wenn es um die Abwehr von Terror und Gewalt geht. Der NSU, Hanau, Halle und Idar-Oberstein haben gezeigt, wie wenig diese Aufgabe wiederum den dafür zuständigen Institutionen gelingt.

Entlang der Geschichte der AfD kann verdeutlicht werden, worum es geht. Parteien der extremen Rechten haben es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, in der Gesellschaft bestehende Ressentiments zu mobilisieren (Celik et al., 2020). War die AfD unter ihrem ersten Vorsitzenden Bernd Lucke vor allem eine eurokritische Partei mit antisozialem Programm und wies als solche noch im Sommer 2015 deutliche Verluste auf, wurde sie gerade wegen der Zuwanderung, die sie offen ablehnte, zu einem Krisengewinner und zu der national-völkischen Partei, die sie heute

ist. Das Ressentiment gegen Migrantinnen und Migranten half ihr ebenso wie ihre gewaltbereite Rhetorik. War in der damaligen Zeit oft abwertend von einer »Flüchtlingswelle« die Rede, so war es eher eine »Res sentimentwelle«, die der AfD zwei Jahre später den Einzug in den Bundestag sicherte.

Festzuhalten ist aber: Diese oder andere rechtsextreme Parteien können Ressentiments in Dienst nehmen, manipulieren und instrumentalisieren – hervorbringen können sie diese nicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die Agitatoren genauso von ihrem Ressentiment beherrscht wie ihre Anhänger. Und auch die Frage, wann und unter welchen Umständen dieser Hass in Handlung umschlägt, hängt mit gesellschaftlichen Bedingungen zusammen.

Und noch etwas fällt bei der Betrachtung der AfD-Geschichte auf: Die Gründe, man könnte auch sagen, die Rationalisierung dieser Aggressionen kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Für die Begründung der eigenen Wut müssen mal Migrantinnen und Migranten, mal die Politik im Rahmen der Pandemie herhalten. In der Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen ist es die zentrale Herausforderung, immer wieder aufs Neue nicht allein die Motive des Hasses zu erfassen und ihre Veränderungen zu dokumentieren, sondern auch ihre psychosozialen Hintergründe freizulegen und diese zu kritisieren. Es geht um autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft, gesellschaftliche Widersprüche und ihre Wirkung auf die Individuen. In der Irrationalität des Einzelnen kommt die Irrationalität des gesellschaftlichen Ganzen zum Vorschein.

Die Ergebnisse der *Leipziger Autoritarismus Studie 2022* untermauern diese Analyse mit empirischen Daten. Die rechtsextreme Einstellung ist *eine* Ideologie der Ungleichwertigkeit, die autoritäre Aggressionen legitimieren kann – nicht die einzige. Ihr Rückgang im Jahr 2022 zeigt somit nicht an, dass die Bedrohung der Demokratie gesunken ist, sondern dass der Fokus auf die Extremismen schon immer in die Irre ging. Sie sind der Sonderfall einer allgemeinen gesellschaftlichen Herausforderung, die so alt ist wie die gegenwärtige gesellschaftliche Konstellation. Mit Beginn der modernen Gesellschaften schlug »der Kampf gegen die Abhängigkeit von Autoritäten in der neueren Zeit unvermittelt in die Verhimmelung der Autorität als solche um« (Horkheimer, 1936, S. 366). Diese alte Reaktion stellen wir immer wieder aufs Neue fest – trotz aller »Innovationskapriolen« (Türcke, 1998, S. 8), welche die Gesellschaft beständig schlägt. Aber wenn seit dem Auf-

kommen des Faschismus in den 1920er Jahren die Autoritarismusforschung diese Reaktion zum Gegenstand einer kritischen Gesellschaftstheorie gemacht hat (Horkheimer et al., 1936; Adorno et al., 1950), ist neben dem Identischen im Wechsel auch das Neue zu beachten. Und welche Position die Wissenschaft in dieser gesellschaftlichen Dynamik hat.

Empirische Sozialforschung und autoritäre Dynamik – Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung

Die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen haben sich ohne Zweifel in den letzten 20 Jahren verändert. Nach der Finanz- und Weltwirtschaftskrise folgten die Migrationsbewegung im Rahmen des Syrien-Krieges, die COVID-19-Pandemie und der Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt. Man kann durchaus zu Recht feststellen, dass das Leben in Deutschland und der Welt unter dem Vorzeichen einer »permanenten Krise« steht (Offe, 1972, S. 17). Allerdings stammt dieser Befund des Sozialwissenschaftlers Claus Offe vom Anfang der 1970er Jahre; als er ihn formulierte, war von den gegenwärtigen Entwicklungen nichts zu ahnen. Offe dachte allerdings auch nicht an eine lange Kette von Krisen, obwohl er durchaus zahlreiche Krisen vor Augen hatte. Denn nach der wirtschaftlichen Rezession 1967, der Hongkong-Grippe 1968 mit weltweit Millionen von Toten, den Wahlerfolgen der NPD zwischen 1966 und 1972 folgte dann 1973 – nach der Veröffentlichung seines Buches – der Ölpreisschock, die massive Verteuerung der Energie. So sehr uns als Zeitgenossen die dichte Folge von Krisen imponiert, müssen wir doch zugestehen, dass sie ganz ohne Beispiel nicht ist. Deshalb wollte auch Offe nicht nur das Phänomen beschreiben, sondern eine Ursache benennen: die der kapitalistischen Wirtschaftsweise innewohnende Krisenverhaftheit. Gerade wegen des Zwangs zur schieren Größe und zum auf dem Konkurrenzprinzip basierenden, dauerhaften Wachstum würden sich Krisen, so sein Befund, immer wieder neu äußern. Die Krise ist angelegt, denn die »Leitvariable des wirtschaftlichen Wachstums« limitiere die »Potentiale zur Verarbeitung ökonomischer, sozialer und politischer Probleme« (ebd.). Damit hatte Offe eine objektive Seite der Gesellschaft benannt und einen wichtigen Hinweis auch zum Verständnis unserer Gegenwart geliefert.

Um die Krisendynamik zu verstehen, reicht aber diese Erkenntnis nicht aus, worauf der Sozialphilosoph Jürgen Habermas etwa zur selben Zeit hinwies: »Erst wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch erfahren und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krise sprechen« (Habermas, 1973, S. 12). Selbst objektive Krisen vermitteln sich nur durch Subjekte. Wo eine Krise wahrgenommen wird, ist nicht vorausbestimmt. Sie kann an ganz anderer Stelle in Erscheinung treten oder auch gar nicht bemerkt werden (ausführlich dazu: Decker & Kiess, 2013). Umso dringender sind daher die Fragen, auf welche Bedingungen die Krisen treffen, was ihre Wahrnehmung bestimmt und an welcher Stelle ihre Folgen sichtbar werden.

Die Initiative zu den *Leipziger Autoritarismus Studien* ging von den Eindrücken der 1990er Jahre aus, die heute Baseballschlägerjahre genannt werden (so auch der Titel einer ARD-Dokumentation über diese Zeit aus dem Jahr 2020). In Ost- wie Westdeutschland kam es zu massiven Gewalttaten und Morden an Migrantinnen und Migranten, Neonazis errichteten selbsternannte »national befreite Zonen«. Bis 2000, dem Jahr des Anschlags auf die Düsseldorfer Synagoge, machte die Reaktion aus der Politik vor allem deren Hilflosigkeit sichtbar, auf diese Herausforderungen der Demokratie eine Antwort zu finden. Indem sie versuchte zu reagieren, ohne aber die politische Motivation hinter der grassierenden Gewalt zu benennen, legitimierte sie diese Gewalt geradezu. Nachhaltige Reaktionen kamen dagegen aus der Zivilgesellschaft: In lokalen Initiativen vor Ort, Bürgerbündnissen und Antifa-Initiativen wurden die Vorfälle erfasst und der Widerstand gegen die extreme Rechte in unterschiedlicher Form organisiert. Für uns war es daher nur konsequent, diese Bemühungen zu unterstützen. Darüber hinaus wollten wir den Blick weiten, musste doch eine Brandmauer nicht allein gegen die extreme Rechte aufgebaut werden. Denn ohne zumindest stillschweigendes Einverständnis in relevanten Teilen der Bevölkerung wären die Gewalttaten nicht umsetzbar, und es wurde regelmäßig sichtbar, dass es diese Unterstützung gab. Beispielhaft in den Berichten über die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992 und in den Dokumentationen aus Anlass des ebenfalls dreißigsten Jahrestages wurde deutlich, dass ganz »normale« Bürgerinnen und Bürger den Gewalttättern applaudierten. War man bereit, die Realität anzuerkennen, so war die Rede von einer gesellschaftlichen »Mitte«, die einen Schutzraum der Demokratie gegen die »Extreme« darstellt, nicht mehr tragbar. Und so

wollten wir mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung eben diese Realität erfassen und bereiteten daher Anfang der 2000er Jahre eine Erhebung zur rechtsextremen Einstellung vor. Die Ausgangsfrage war, wie weit die politischen Motive einer Neo-NS-Ideologie und des Ethnozentrismus in der Bevölkerung verbreitet waren. Die Zahlen fielen eindeutig aus: Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit wurde in der »Mitte« der Gesellschaft geteilt. Insbesondere Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus waren Einstiegsdrogen in den Rechtsextremismus, wie wir damals formulierten. Aber auch offener Antisemitismus war bei mehr als jedem zehnten Deutschen anzutreffen – in Westdeutschland zunächst häufiger als in Ostdeutschland. Zu ähnlichen Befunden kam etwa auch die Studienreihe »Deutsche Zustände«, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit seit Anfang des Jahrtausends dokumentiert. Erfassen wir mit dem Ethnozentrismus die Abwertung anderer und die Aufwertung des Eigenen, so wies die Arbeitsgruppe um Wilhelm Heitmeyer nach, dass diese Aggressionen sich gegen fast jede Bevölkerungsgruppe richten kann (zuletzt Heitmeyer, 2012). Im Laufe der Jahre haben wir unsere Untersuchungsreihe fortgeschrieben, immer wieder um neue Motive der antidemokratischen Einstellung ergänzt und aktuelle Entwicklungen auf unserer Datengrundlage analysiert.²

Von Anfang an war diese Studienreihe die Wortmeldung einer kritischen Wissenschaft: Kritische Wissenschaft, dieses Wortpaar bezeichnet einerseits die Kritik von Wissenschaft; andererseits hat eine solche Wissenschaft auch die Kritik der Gesellschaft zur Aufgabe, die das, was sie bedroht, immer wieder selbst hervorbringt. Es geht uns um Selbstaufklärung der Gesellschaft, getragen vom »Interesse an vernünftigen Zuständen« (Horkheimer, 1937, S. 172). Wir wollen also nicht allein die politische Debatte mit Zahlen versorgen, sondern insbesondere eine empirisch gesättigte Analyse vorlegen, um das von Klaus Heinrich formulierte Ideal einer Wissenschaft zu erfüllen und der »Gesellschaft ein Bewusstsein ihrer selbst zu geben« (Heinrich, 1998). Unsere Beobachtungen können in ihrer Bedeutung erst erkannt werden, wenn sie in eine Gesellschaftstheorie ein-

2 Die Ergebnisse aus diesen 20 Jahren sind in unseren Veröffentlichungen nachzulesen (alle Veröffentlichungen sind in gedruckter Form erschienen und im Internet frei verfügbar; siehe Aufstellung im Buch bzw. <https://www.theol.uni-leipzig.de/kompetenzzentrum-fuer-rechtsextremismus-und-demokratieforschung> [04.10.2022]).

gebettet werden, denn erst durch diese kann die Dynamik der anti-demokratischen Mobilisierung verstanden werden.

Kritische Wissenschaft steht im Ruf zu kommen, ohne dass sie jemand gerufen hat, Fragen zu beforschen, die keiner gestellt hat, und Antworten zu geben, die keiner hören will (Decker, 2022, S. 15). Auf die Leipziger Autoritarismus Studien trifft das aber nur bedingt zu. Seit 2002 gehören die Ergebnisse unserer Studien zu den breit rezipierten und diskutierten wissenschaftlichen Befunden. Das Ziel, den gesellschaftlichen Debatten die wissenschaftliche Expertise an die Seite zu stellen, konnten wir oft erreichen. Das ist ein Erfolg. Aber auch wenn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus heute aktiv geführt wird, so bleiben doch die Bedingungen seiner Möglichkeit unberührt. Was sich nicht zuletzt durch den immer noch verwendeten Begriff »Rechtsextremismus« selbst zu erkennen gibt. Seine Reichweite erhält er aus einer wissenschaftlichen Debatte und einer Sicherheitspolitik, die das Problem auf eine paradoxe Weise entpolitisiert. Sie vermag es eben nicht, in der scheinbaren Abweichung von der »Mitte«, dem Extrem, den regelhaften Betrieb der Gesellschaft zu erkennen. Um auf diesen Zusammenhang aufmerksam zu machen, sprachen wir von Anfang an vom »Rechtsextremismus der Mitte«.

Durch die breite Rezeption der Ergebnisse unserer Forschung wird einerseits offenbar, dass unsere und auch die Forschung anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dringend gebraucht werden. Andererseits zeigt sich daran gleichzeitig die Limitierung der Forschung: Die Gesellschaft hat ihre Bedingungen in der Zwischenzeit nicht verändert, sie bringt weiterhin die Phänomene hervor, die ihren demokratischen Bestand bedrohen. Und nicht nur diese. Dass sie, anstatt den allgemeinen Wohlstand zu sichern (und zwar nicht auf Kosten der eigenen Lebensgrundlagen und der individuellen Entwicklungsmöglichkeiten), immer wieder destruktive Dynamiken in Gang setzt, gilt noch heute – und ein Ende ist nicht absehbar. Das wiederum stellt der Wissenschaft die schwierige Aufgabe, ihre Begriffe und Ergebnisse beständig zu reflektieren. Gleichsam ist diese Aufgabe aufs Engste mit unserem Anliegen verbunden, denn eines der vornehmen Ziele kritischer Theorie ist das »Nachsitzen«, wie es der Sozialphilosoph Christoph Türcke formulierte (Türcke, 1998, S. 8). Es gilt, immer wieder aufs Neue den Kontext zu rekonstruieren, in dem unsere Forschung steht, unsere Ergebnisse zustande kommen und rezipiert werden. Wissenschaft steht nicht außerhalb der Gesellschaft,

sondern ist selbst Teil des Prozesses, in dem wir als Menschen unsere Lebensbedingungen schaffen und verändern. Unsere Forschungsergebnisse dokumentieren gleichzeitig die politische Einstellung, wie sie als Langzeituntersuchung mit den Veränderungen in der Einstellung auch Hinweise auf gesellschaftliche Veränderungen und die aus ihnen folgenden Anforderungen an die Gesellschaftsmitglieder liefern.

Zusammenhang von Gesellschaft und Individuum – Verschwörungsmentalität und Autoritarismus

Um den Zusammenhang von individuellen autoritären Reaktionen und gesellschaftlichen autoritären Dynamiken aus kritisch-theoretischer Perspektive zu illustrieren, soll hier mit der Verschwörungsmentalität einem Element des autoritären Syndroms exemplarisch Aufmerksamkeit gewidmet werden. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie sind Verschwörungserzählungen ein wichtiges Bindeglied zwischen verschiedenen antimodernen Milieus. Und wie wir hier schon sehen, finden in den Sozialwissenschaften verschiedene Begriffe Verwendung, wenn es um das Phänomen geht, welches wir hier betrachten. Das gilt auch für den Glauben an Verschwörungserzählungen, der durch die Pandemie und die Reaktion auf diese in den Fokus eines breiten Interesses rückte. Zu den Begriffen Verschwörungsmythos, Verschwörungsideologie, Verschwörungsnarrativ und Verschwörungsmentalität (Pfahl-Traughber, 2002) gesellen sich die Begriffe Verschwörungsglaube und Verschwörungstheorie (Butter, 2018). Das ist aber weniger eine babylonische Sprachverwirrung in der Wissenschaft, als vielmehr dem Gegenstand selbst geschuldet. Weil in der Forschung allerdings in der Regel nicht von Verschwörungstheorien gesprochen wird, gehen wir auf diesen Begriff hier nicht weiter ein (vgl. Pfahl-Traughber, 2002). Die anderen aber finden breite Verwendung. Auch bietet die Vielzahl an Begriffen einen Ansatzpunkt, um die Verschränkung von autoritärer Dynamik in der Gesellschaft und der autoritären Reaktion der Individuen aus kritisch-theoretischer Perspektive darzustellen. Denn einerseits fächert sich das Phänomen in verschiedene Teilbereiche auf, und andererseits erfassen die unterschiedlichen theoretischen Konzepte zu seiner Erklärung andere Facetten. Was jeweils mit den Begriffen bezeichnet wird, überlappt sich, wie auch die theoretischen Konzeptionen nicht völlig

gegensätzlich sind. Ihnen liegen allerdings unterschiedliche Gesellschaftstheorien und psychologische Annahmen zugrunde. Deshalb sind die begriffliche und theoretische Differenzierung wichtig, kann doch mit ihnen die enge Verbindung von Verschwörungsmythen mit der Gesellschaft, in der sie entstehen, analysiert werden.

Mit der Gesellschaft und der Psyche sind bereits zwei Ebenen genannt, denen sich die Begriffe zuordnen lassen: Auf einer Makroebene liegen die Begriffe Verschwörungsmythos und Verschwörungsideologie, denn mit ihnen werden gesellschaftstheoretische Annahmen zur sozialen und historischen Funktion des Phänomens auf einen Nenner gebracht. Bei der Forschung auf der Mikroebene, also mit Blick auf die individuell-psychische Funktion und Bedeutung, finden der Begriff Verschwörungsmentalität und der Begriff Verschwörungsglaube Verwendung. Glauben bezeichnet umgangssprachlich aber nicht nur eine subjektive Bedeutung, sondern auch geteilte Glaubensinhalte, etwa in Form von zentralen Glaubenssätzen einer Religion. Deshalb werden Phänomene auf der dritten, der Mesoebene ebenfalls als Verschwörungsglaube bezeichnet, aber auch als Verschwörungsnarrativ bzw. synonym Verschwörungserzählung. Es geht dann nicht mehr um die Funktion, sondern um konkrete Glaubensinhalte. Die Mesoebene wird im Kapitel 7 in diesem Buch mehr Aufmerksamkeit bekommen, hier sollen die Makro- und die Mikroebene kurz erläutert werden.

Der Begriff des Verschwörungsmythos geht auf den Sozialphilosophen Ernst Cassirer zurück. In seinem Grundlagenwerk *Theorie der symbolischen Formen* (Cassirer, 1923, 1925, 1929, 1946) widmete er sich zunächst der Funktion von Mythen in der europäischen Zivilisationsentwicklung. Die Geschichte der Aufklärung sei ein Prozess, der ursprünglich als Kampf gegen Mythen begonnen wurde, schließlich aber in eine Transformation von Mythen mündete, keinesfalls in ihr Verschwinden. Dadurch geriet wiederum der Prozess der Aufklärung selbst in den Blick. Gemeint ist hier die gesamte »Entzauberung der Welt« (Weber, 1919, S. 488), nicht die Epoche der Aufklärung. Zwar zeichnet Aufklärung das Bemühen um ein rationales Verständnis der in der Natur wirkenden Gesetze aus, während mythisches Denken höhere Kräfte am Wirken sieht. Allerdings kam auch in Mythen selbst ein Moment der Aufklärung zum Tragen. Im britischen Exil wendete Cassirer sich mit diesem theoretischen Verständnis der Rassenideologie und dem Antisemitismus des NS-Staates zu und stellte

eine fundamentale Veränderung fest. Es seien nunmehr »politische Mythen«, und diese wiesen eine Besonderheit auf: Sie bereiten nicht Aufklärung vor, sondern schaffen diese ab. Man könnte sagen, dass zu ihrem wesentlichen Kennzeichen ihr instrumenteller Charakter als Ideologie wurde. Dadurch unterscheiden sie sich von jenen Mythen, welche die Menschheitsgeschichte begleitet haben: Waren Mythen schon immer auch der Versuch, Undurchschaubares durchschaubar zu machen, die Angst vor der Übermacht der Umwelt zu nehmen, indem sie erklärt wird, entfalten die »politischen Mythen« ein großes Zerstörungspotenzial. Der Vergleich zur individuellen Entwicklungsgeschichte mag das illustrieren: Die Allmachtsfantasie der eigenen Gedanken beim Kind ist ein notwendiger Entwicklungsschritt. Er ermöglicht die Erfahrung der eigenen Abgegrenztheit – er ist gleichzeitig kränkend und die Voraussetzung für die Autonomie des Individuums. Gibt der Erwachsene dem Wunsch nach, durch seine enge Verbindung mit allem alles beherrschen zu können, gewinnt er nicht Autonomie, sondern zerstört die Bedingung ihrer Möglichkeit.

Als die Sozialphilosophen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in ihrer Schrift *Dialektik der Aufklärung* (Horkheimer & Adorno, 1944) den Zivilisationsbruch untersuchten, den die Shoah darstellte, konnten sie sich bereits auf Cassirer beziehen. Sie nutzten den Begriff allerdings als Wissenschaftler in einer kritisch-wissenschaftlichen Tradition. Vor der Machtübergabe an die NSDAP und vor der Shoah galten ihre Forschung und auch die von ihnen durchgeführten Autoritarismus-Studien der Ideologiekritik. Nun wendeten sie sich mit dem Mythos-Begriff der Vernunftkritik zu. War schon die Ideologie eine »Religion des Alltagslebens« (Marx, 1894, S. 838), diene sie doch zunächst der Durchsetzung von gesellschaftlicher Herrschaft und hatte einen, wenn auch instrumentellen Bezug zur Realität. Diese Kritik war nicht vollständig obsolet, aber mit Ernst Cassirer, Friedrich Nietzsche und Sigmund Freud versuchten sie nun, die enge Verbindung von Aufklärung und Subjektivität mit ihrem glatten Gegenteil – Herrschaft, Irrationalität und Mythos – zu verstehen.

Erkennbar schließt der Begriff des Verschwörungsmythos an den Mythos-Begriff an, der Begriff der Verschwörungsideologie an den Impuls einer kritischen Gesellschaftstheorie. Ist der individuelle Verschwörungsglaube, die Verschwörungsmentalität, scheinbar ein individueller Irrsinn, so verweist er doch auf die »Irrationalität des Ganzen«, unter dessen

Bedingungen er entsteht. In beiden Fällen sollen der gesellschaftliche Funktionszusammenhang und die gesellschaftliche Synthese des Phänomens benannt werden. Die enge Verbindung der zwar von vielen geteilten, aber dennoch individuellen psychischen Funktion mit der sozialen Funktion wird hervorgehoben; Verschwörungsmythen sind weiterhin pure »Alltagsreligion« (Claussen, 1992).

Damit kann zu den beiden anderen Begriffen übergeleitet werden, mit denen das Geschehen auf der Mikroebene gebündelt wird. Was als Verschwörungsmythos bezeichnet wird, lässt sich als individueller Verschwörungsglaube und Verschwörungsmentalität beforschen. Diese analytische Trennung macht es möglich, die soziale Funktion von antimodernen, gegenaufklärerischen Ideologien (soziale Funktion) getrennt von dem Bedürfnis der Befragten (psychische Funktion) nach diesen »politischen Mythen« zu beforschen. Der Zusammenhang zwischen beobachteten gesellschaftlichen Prozessen und den fantasierten, hinter ihnen stehenden und verdeckt arbeitenden dunklen Mächten wird individuell durch eine Verschwörungsmentalität begünstigt. Es geht um die psychische Funktion, die diese Erzählung beim Individuum erfüllt: die Abfuhr von autoritären Aggressionen, das Erleben von Handlungsfähigkeit und die Kontrollrestitution (Chasseguet-Smirgel, 1975; Bohleber, 1998). Letztere Funktion mag auf den ersten Blick überraschen, klingt doch die Verbindung von fantasierten, anonymen Mächten und einer daraus resultierenden eigenen Handlungsmächtigkeit zunächst paradox. Aber: Wer an Verschwörungserzählungen glaubt, glaubt gleichzeitig, ein exklusives Wissen über Zusammenhänge zu haben, die dann auch von ihm beeinflusst werden können. Ähnlich wie im religiösen Glauben gelingen eine Sinnstiftung und Welterklärung, die Angst und Unsicherheit nicht unbedingt nehmen, aber zu reduzieren helfen. Verschwörungserzählungen wie etwa jene vom »mächtigen Juden« werden geglaubt, weil der Wunsch zu glauben bereits da ist. Der Begriff der Verschwörungsmentalität ist in diesem Sinne von Graumann und Moscovici (1987) eingeführt worden und heute in der sozialpsychologischen Forschung verbreitet. Verschwörungsglaube kann in diesem Sinn ebenso verwendet werden.

Ausblick und Dank

Die autoritäre Dynamik betraf schon immer nicht nur Anhänger rechtsextremer Parteien oder neonazistische Gewalttäter. Vor einer die Komplexität autoritärer Dynamiken vereinfachenden Extremismustheorie haben wir schon in der Vergangenheit gewarnt. Die aktuellen Befunde bestärken diese Warnung. Dabei sind nicht nur ausdrücklich verfolgte Ziele einer Neo-NS-Ideologie oder Ethnozentrismus eine Gefahr für die Demokratie. Diese rechtsextreme Einstellung ist nur eine konkrete Erscheinungsweise einer autoritären Dynamik. In dieser Ideologie der Ungleichwertigkeit findet sie Ausdruck in der Forderung nach einer autoritären Diktatur und nach einem Führer, im Wunsch nach Konventionalität in der völkischen Einheit und im Bedürfnis, den autoritären Aggressionen freien Lauf zu lassen, in der Wut auf Juden und Migranten, auf »unwertes Leben« und der Verherrlichung des Nationalsozialismus.. Aber dass es auch andere Antworten auf diese Bedürfnisse geben kann, zeigen die unterschiedlich ausgeprägten autoritären Dynamiken immer wieder – jetzt auch wieder während Pandemie und Krieg. Welche Gruppen als Objekt des Ressentiments ausgewählt werden, ist variabel – wer zum Opfer erwählt wird, verdient es im autoritären Furor in jedem Fall, zum Opfer dieser Aggressionen zu werden. Welche Legitimation für diese Gewalt herangezogen wird, ist nicht völlig beliebig, aber auch nicht festgeschrieben. Entscheidend ist das Bedürfnis vieler, das mit der Aggression befriedigt wird.

Zum Ende der Einleitung wollen wir noch allen beteiligten Autorinnen und Autoren danken. Nur durch ihre Mitarbeit konnte es gelingen, unter sehr großem Zeitdruck die Leipziger Autoritarismus Studie auch in diesem Jahr vorzulegen. Ebenfalls gilt unser Dank der Otto Brenner Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung: Durch die Kooperation mit ihnen kann diese Studie vorgelegt werden. Jedes Kapitel ging durch die Hände von Ute Rosner als Korrektorin und Katrin Hofmann als Grafikerin, vielen Dank auch ihnen. Tilman Meckel ist als Lektor intensiv mit dem Zustandekommen der Studie beschäftigt gewesen und so gilt auch ihm unser großer Dank.

Literatur

- Adorno, T. W. (1954). *Minima Moralia*. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 4*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Bohleber, W. (1998). Die Volksgemeinschaft – lebensbekleidender Uterus und ausstoßende Gewalt. Zu den unbewußten Wurzeln rechtsextremer Gewaltphantasien. *Werkblatt*, 40, 83–105.
- Butter, M. (2018). »Nichts ist, wie es scheint«: über Verschwörungstheorien. Berlin: Suhrkamp.
- Cassirer, E. (1923). *Philosophie der symbolischen Formen: Die Sprache*. Darmstadt: Primus.
- Cassirer, E. (1925). *Philosophie der symbolischen Formen: Das mythische Denken*. Darmstadt: Primus.
- Cassirer, E. (1929). *Philosophie der symbolischen Formen: Phänomenologie der Erkenntnis*. Darmstadt: Primus.
- Cassirer, E. (1946). *Der Mythos des Staates: philosophische Grundlagen politischen Verhaltens*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch.
- Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 149–176). Gießen: Psychosozial.
- Chasseguet-Smirgel, J. (1975). *Das Ichideal. Psychoanalytischer Essay über die »Krankheit der Idealität«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1987).
- Claussen, D. (1992). Die antisemitische Alltagsreligion. Hinweise auf eine psychoanalytisch aufgeklärte Gesellschaftskritik. In W. Bohleber & J. S. Kafka (Hrsg.), *Antisemitismus* (S. 163–170). Bielefeld: Aisthesis.
- Decker, O. (2022). Demokratie in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 9–22). Leipzig: edition überland.
- Decker, O. & Kiess, J. (2013). Moderne Zeiten. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 13–64). Gießen: Psychosozial.
- Fromm, E. (1941). Furcht vor der Freiheit. In ders., *Gesamtausgabe Bd. 1* (S. 217–394). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Graumann, C. F. & Moscovici, S. (1987). *Conspiracy: History and social psychology – A synopsis. Changing conceptions of conspiracy* (S. 245–251). Berlin: Springer.
- Habermas, J. (1973). *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Fischer (1979).
- Heinrich, K. (1998). *Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben. Reden und kleine Schriften*. Basel: Stroemfeld.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, M. (1936). Autorität und Familie. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 3* (S. 336–417). Frankfurt am Main: Fischer.
- Horkheimer, M. (1937). Traditionelle und Kritische Theorie. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 4* (S. 162–216). Frankfurt am Main: Fischer.
- Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1944). Die Dialektik der Aufklärung. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften Bd. 5*. Frankfurt am Main: Fischer.

- Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (1936). *Studien über Autorität und Familie*. Springe: zu Klampen (Reprint, 1987).
- Marx, K. (1894). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Karl-Marx/Friedrich-Engels-Werke Bd. 25*. Berlin: Dietz.
- Meier, H. & Leggewie, C. (2012). »Verfassungsschutz«. Über das Ende eines deutschen Sonderwegs. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 57, 63–74.
- Offe, C. (1972). *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pfahl-Traughber, A. (2002). »Bausteine« zu einer Theorie über »Verschwörungstheorien«: Definitionen, Erscheinungsformen, Funktionen und Ursachen. In H. Reinalter (Hrsg.), *Verschwörungstheorien. Theorie – Geschichte – Wirkung* (S. 30–44). Innsbruck: StudienVerlag.
- Türcke, C. (1998). Das Altern der Kritik. *Pädagogische Korrespondenz*, 22, 5–13.
- Weber, M. (1919). Wissenschaft als Beruf. In J. Winckelmann (Hrsg.), *Max Weber – Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (S. 582–613). Tübingen: J. C. B. Mohr.

***I. Autoritäre Dynamiken
in der Mitte der Gesellschaft***

2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf

Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Julia Schuler & Elmar Brähler

Die *Leipziger Autoritarismus Studien zu rechtsextremen und politischen Einstellungen in Deutschland* (LAS) wird seit nunmehr 20 Jahren im Zweijahresrhythmus von uns vorgelegt. Seit 2002 befragen wir eine repräsentative Stichprobe der deutschen Bevölkerung zu einer Bandbreite politischer Themen. Bekannt wurde unsere Studienreihe bis 2016 unter dem Namen *Leipziger »Mitte«-Studien*, 2018 verschoben wir mit unserem neuen Reihentitel den Fokus von der Problemanzeige auf die Problemanalyse. Wir können zeigen, wie weit verbreitet mit der rechtsextremen Einstellung die antidemokratischen Ressentiments in der Bevölkerung sind, aber über die Jahre wurde es immer wichtiger, die psychosozialen Dynamiken zu verstehen, die antidemokratische Reaktionen so nahelegen. Mit den Jahren ist eine Zeitreihe entstanden, die es uns erlaubt, nicht nur ein Stimmungsbild zu aktuellen politischen Fragestellungen zu zeichnen, sondern darüber hinaus differenzierte Aussagen über den Langzeitverlauf unterschiedlicher Dimensionen rechtsextremen und autoritären Denkens zu treffen. Im vorliegenden Kapitel werden wir einen Überblick über die zentralen Ergebnisse der diesjährigen Erhebung im Zeitvergleich der letzten 20 Jahre geben.

Methode und Stichprobe

Um die Vergleichbarkeit der Erhebungen untereinander sicherzustellen sowie die Repräsentativität der Stichprobenziehung zu gewährleisten, beauftragen wir für unsere Befragungen turnusmäßig das unabhängige Markt-

und Sozialforschungsinstitut USUMA. Die Stichprobenziehung erfolgt mehrstufig randomisiert: Zunächst wird eine erste, regionale Zufallsauswahl aus einem Netz von 258 regionalen Flächen (210 in den alten und 48 in den neuen Bundesländern) getroffen. Im zweiten Schritt werden dann nach dem sogenannten *Random-Route-Verfahren* mithilfe von Sampling Points die Zielhaushalte zufällig ermittelt. In diesem Jahr wurden so 6.192 Haushalte für die Befragung ausgewählt und durch eine bzw. einen von insgesamt 193 erfahrenen und geschulten Interviewenden aufgesucht. Innerhalb der Haushalte wurde wiederum mittels einer Zufallsauswahl, des sogenannten *Schwedenschlüssels*, das Haushaltsmitglied ausgewählt, das an der Befragung teilnahm. Im Vergleich zu unseren bisherigen Befragungen (2002–2020) wurde das Mindestalter zur Teilnahme in diesem Erhebungsjahr aus datenschutzrechtlichen Gründen von 14 auf 16 Jahre nach oben gesetzt, damit stieg auch das Durchschnittsalter unserer Befragten an (vgl. Tab. 1). Ein weiteres Teilnahmekriterium war eine ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache, um die Fragebögen beantworten zu können. Durch systematische Ausfälle (Haushalt bzw. Zielperson wird trotz viermaligem Besuch nicht angetroffen; Auskunft wird verweigert; Zielperson ist verreist, krank oder aus anderen Gründen nicht in der Lage, an der Befragung teilzunehmen) reduzierte sich die finale Stichprobe in diesem Jahr auf 2.522 Personen (Ausschöpfung: 41,2 %).

Für diese Erhebung wurden die Zielpersonen zunächst mündlich über das Ziel der Studie und die Freiwilligkeit der Teilnahme aufgeklärt. Außerdem wurde allen Teilnehmenden eine Information über den Datenschutz ausgehändigt, die die Vertraulichkeit der Angaben zusicherte. Im Falle von Minderjährigen wurde außerdem mindestens ein Elternteil vor Beginn der Befragung informiert. Wie in der Vergangenheit auch bestand die Befragung aus zwei Teilen, einem soziodemografischen Interview, das Informationen zur Person enthielt und von dem oder der anwesenden Interviewenden durchgeführt wurde, und einem Fragebogenteil, der von den Befragten selbstständig ausgefüllt wurde und bei dem der oder die Interviewende nicht eingriff, sondern lediglich für Rückfragen zur Verfügung stand. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass die Befragten eher als beispielsweise bei Telefoninterviews bereit sind, persönliche Vorstellungen offen zu berichten, auch wenn diese sozial weniger erwünscht oder sogar tabuisiert sind. Durch den Versand von Kontrollkarten an die Befragten wurde der ordnungsgemäße Ablauf der Interviews sichergestellt. Die Er-

hebung wurde zwischen Anfang März und Ende Mai 2022 durchgeführt und damit wie auch im Jahr 2020 unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die soziodemografischen Charakteristika der Stichprobe. Der starke Anstieg im mittleren Alter um über drei Jahre im Vergleich zur letzten Erhebung lässt sich auf die restriktiveren Einschlusskriterien (Alter ab 16 Jahren) in Kombination mit einem erhöhten Anteil der ältesten Altersgruppen (ab 65 Jahren) zurückführen. Letzteres ist bemerkenswert, da gerade die Gruppe der über 74-Jährigen in vielen anderen Befragungen, insbesondere im Onlineformat, häufig unterrepräsentiert bzw. gar nicht abgebildet ist. Ein weiteres Problem vieler Online- und Telefonbefragungen ist, dass überproportional viele Befragte mit einem hohen formalen Bildungsstatus erreicht werden. Durch die Face-to-Face-Befragung werden hingegen eher auch Personen mit niedrigem formalem Bildungsgrad erreicht. Weiterhin ist anzumerken, dass wir in dieser Erhebung, wie auch schon in der Vergangenheit, den Anteil der Befragten aus den neuen Bundesländern überquotiert, das heißt absichtlich erhöht haben. Auch mehr als dreißig Jahre nach der deutschen Vereinigung bestehen weiterhin Differenzen zwischen den beiden Regionen und ihrer politischen Kultur. Um diese Unterschiede angemessen abbilden zu können, benötigen wir eine ausreichend große Gruppe von Personen aus den neuen Bundesländern. Trotz dieser Abweichungen vom Bundesdurchschnitt haben wir uns dieses Jahr, wie auch in der Vergangenheit, gegen den Einsatz einer proportionalen Gewichtung bei der Analyse entschieden.

Den Kern der Leipziger Autoritarismus Studien bildet seit 2002 der *Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)* (Decker et al., 2013; Heller et al., 2020a). Auch in diesem Jahr beginnen wir mit einer ausführlichen Darstellung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Wir definieren Rechtsextremismus wie bisher als

»ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen« (Decker & Brähler, 2006, S. 20).

Tabelle 1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe LAS 2022 (mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, 16–91 Jahre)

		Gesamtgruppe (N = 2.522)	
Alter in Jahren	Mittelwert	49,3	
	Standardabweichung	17,6	
		absolut	in %
Altersgruppen	bis 24 Jahre	209	8,3
	25–34 Jahre	408	16,2
	35–44 Jahre	451	17,9
	45–54 Jahre	417	16,5
	55–64 Jahre	489	19,4
	65–74 Jahre	341	13,5
	ab 75 Jahre	207	8,2
Geschlecht	männlich	1.254	49,7
	weiblich	1.264	50,1
	divers	4	0,2
Partnerschaft	lebe in einer festen Partnerschaft	1.556	62,6
	lebe nicht in einer festen Partnerschaft	931	37,4
Schulabschluss	kein Schulabschluss	60	2,4
	Haupt-/Volksschulabschluss	620	24,6
	Mittlere Reife/Realschulabschluss	844	33,5
	POS/10. Klasse	213	8,5
	Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als Fachhochschule)	111	4,4
	Abitur/o. abgeschl. Studium	331	13,2
	abgeschl. Hochschul-/ Fachhochschulstudium	291	11,6
	Schüler(in) einer allg. Schule	42	1,7
	anderer Schulabschluss	6	0,2
Erwerbstätigkeit	Vollzeit mit ≥ 35 h/Woche	1.224	48,8
	Teilzeit mit 15–35 h/Woche	304	12,1
	stundenweise erwerbstätig	61	2,4
	Freiwilligendienst oder Mutterschutz/Erziehungsurlaub	20	0,8

2. Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf

		absolut	in %
	z. Z. arbeitslos/0-Kurzarbeit	100	4,0
	in Rente/Vorruhestand	607	24,2
	nicht berufstätig/Hausfrau/Hausmann	56	2,2
	in Berufsausbildung (auch Fachschule f. gewerbliche Berufe)	30	1,2
	in Schulausbildung (auch Uni, Hochschule)	109	4,3
	noch nie berufstätig	137	5,5
	Arbeiter(in)	217	8,7
	Facharbeiter(in)	332	13,2
Beruf	selbstständige Landwirte	4	0,2
	freie Berufe	33	1,3
	Selbstständige	122	4,9
	Angestellte	1.539	61,4
	Beamte	124	4,9
	bis 1.000 €	188	7,5
	1.000 bis < 2.000 €	1.108	43,9
	2.000 bis < 3.000 €	757	30,0
Haushalts- äquivalenz- einkommen/ Monat	ab 3.000 €	435	17,2
	keine Angabe	34	1,3
Konfessionelle Bindung bzw. Angehörige einer Religions- gemeinschaft	nein	801	32,0
	ja	1.704	68,0
Befragte in	Ostdeutschland	535	21,2
	Westdeutschland	1.987	78,8
deutsche Staats- angehörige	mit Migrationsgeschichte ¹	242	9,6
	ohne Migrationsgeschichte	2.189	86,8
	keine	91	3,6

1 Nach unserer Definition liegt eine Migrationsgeschichte vor, wenn eine Person oder mindestens einer ihrer Elternteile eine Wanderungsbewegung über nationale Grenzen hinweg durchgeführt hat.

Es handelt sich somit um ein einheitliches, zugrunde liegendes Konstrukt mit verschiedenen Facetten, das auch bei einer Veränderung der Zustimmungswerte erhalten bleibt (Heller et al., 2020a). Wir gehen ferner davon aus, dass sich die sechs genannten Dimensionen des Rechtsextremismus inhaltlich und statistisch in zwei Bereiche gliedern lassen: *Ethnozentrismus* einerseits und *Neo-NS-Ideologie* andererseits (Heyder & Decker, 2011).

Obgleich der Begriff Rechtsextremismus nicht frei von politischen und gesellschaftlichen Widersprüchen ist (Kiess & Decker, 2010; Kiess, 2011; Decker, 2018), vermag er präziser als andere Begriffe die zu untersuchenden antidemokratischen Phänomene zu bezeichnen. Ein Wesensmerkmal der Studienreihe war dabei immer auch aufzuzeigen, dass Bedrohungen der Demokratie nicht von »extremistischen Rändern« ausgehen, sondern aus der Verbreitung von Ressentiments und autoritären Dispositionen in der gesellschaftlichen »Mitte« entspringen. Im Extrem kommen allgemeine Dynamiken der Gesellschaft nur in besonders deutlicher Weise zum Vorschein. So zeigt die Studienreihe seit 2002: *Vorstellungen von Ungleichwertigkeit und völkisch-nationale Ideologien sind nicht auf den Rand der Gesellschaft begrenzt, sondern finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen*. Das gilt auch für die zugrunde liegenden Ursachen und Wirkfaktoren, denen alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen unterliegen.

Ergänzt wird der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung auch in diesem Jahr durch zusätzliche Erhebungsinstrumente. Zum einen erfassen wir weitere (antidemokratische) Einstellungsdimensionen. Neben Fragen zur Akzeptanz und Zufriedenheit mit der Demokratie waren dies ausgewählte Fragen zu Muslimfeindschaft und Antiziganismus (Heitmeyer, 2012). Beibehalten haben wir auch einen Fragebogen zur Erfassung von Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft (Ulbrich-Herrmann, 1995). Mit den Fragebögen zu unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus sind wir nicht nur im Bereich der politischen Einstellung, sondern antimoderner Ideologien. Zu diesen gehört auch der Antifeminismus, den wir wie den Sexismus in diesem Jahr wieder erhoben haben. Das erste Mal werden dieses Jahr gewaltbezogene Männlichkeitsideale erhoben. Ihre Verbreitung wird in diesem Kapitel vorgestellt, bevor in Kapitel 8 eine vertiefende Analyse folgt.

Ebenfalls nicht mehr zu den Einstellungen gehört das von uns gemessene Autoritäre Syndrom. Es wird mit seinen Elementen autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus sowie Ver-

schwörungsmentalität und Aberglaube abgebildet (Decker et al., 2020b), um das antidemokratische Potenzial zu erheben, welches die Ursache für die Übernahme sowohl von Ungleichwertigkeitsideologien als auch von anderen, die liberale Demokratie bedrohenden Gesellschaftsbildern ist. Als gesellschaftliches Verhältnis und individuelle Motivation für Ressentiments ist Autoritarismus der Treiber antidemokratischer Einstellungen. Wir greifen deshalb sowohl bei der Analyse der politischen Situation während der Pandemie als auch zur Begründung der gesellschaftlichen Verbreitung von Antifeminismus und Antisemitismus auf unser Autoritarismuskonzept zurück (vgl. Kap. 3 und Kap. 8).

Bei Fragebögen, die in derselben Form bereits auch in vorangegangenen Erhebungen eingesetzt wurden, stellen wir jeweils die Entwicklung über den Zeitverlauf dar. Weiterhin erheben wir soziodemografische Merkmale (siehe Tab. 1) und greifen auf Fragen zur wahrgenommenen politischen Deprivation und auf die Sonntagsfrage, mit der die Parteipräferenz erfasst wird, zurück.

Wie im Jahr 2020 haben wir auch in diesem Jahr alle Befragten in die Auswertung eingeschlossen. In den Jahren vor 2020 waren nur die Antworten der deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger berücksichtigt worden (zur Erläuterung, weshalb diese Praxis bis 2020 in unserer Studienreihe bestand, siehe Decker et al., 2020a, S. 33). Außerdem haben wir uns auch in diesem Jahr dazu entschieden, in vielen Abbildungen und Auswertungen eine Differenzierung zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern beizubehalten. Diese Unterscheidung erscheint uns vor dem Hintergrund weiterhin bestehender Differenzen angemessen (zu Argumenten für wie auch gegen diese Praxis siehe ebd., S. 33f.; vgl. auch Kap. 5).

Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen 2022

Unser zentrales Erhebungsinstrument umfasst 18 Aussagen, die rechtsextreme Einstellungen in sechs Dimensionen erfassen. In Tabelle 2 ist zunächst die Antwortverteilung über die fünf Antwortkategorien für alle 18 Items dargestellt – in der Reihenfolge, in der sie den Befragten im Fragebogen vorgelegt wurden.

Tabelle 2: Der Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Zustimmung auf Item-Ebene (in %, $N = 2.522$)

Rechtsextremismus	lehne völlig ab	lehne über- wiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme über- wiegend zu	stimme voll und ganz zu
1. Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	64,4	19,5	11,4	4,1	0,8
2. Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	64,8	18,7	12,2	3,4	1,0
3. Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	40,9	20,7	23,9	11,6	2,9
4. Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	55,5	22,7	14,7	5,8	1,3
5. Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	47,5	23,9	19,8	6,9	1,9
6. Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	22,0	20,2	30,4	15,9	11,5
7. Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	48,0	23,3	21,6	5,3	1,9
8. Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	24,3	16,8	29,1	21,6	8,2
9. Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	50,9	22,4	18,9	6,8	1,1
10. Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	32,5	22,9	23,9	13,1	7,6
11. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	61,0	20,3	13,4	4,1	1,3
12. Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	29,8	19,4	30,4	15,6	4,9
13. Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	55,5	21,2	17,0	4,7	1,7
14. Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	30,4	22,2	30,0	15,9	3,5

Rechtsextremismus	lehne völlig ab	lehne überwiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu
15. Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	64,9	12,8	16,6	4,4	1,4
16. Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	26,4	20,7	26,8	17,8	8,2
17. Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	54,6	21,3	17,3	5,1	1,7
18. Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	62,6	16,9	15,4	3,8	1,4

Zur besseren Vergleichbarkeit von zustimmenden, ablehnenden und teilweise zustimmenden Antworten werden die Antworten zu drei Kategorien zusammengefasst. Um die Ergebnisse nachvollziehen zu können, haben wir die fünfstufige Likert-Skalierung noch einmal in Tabelle 3 aufgeführt. Wir unterscheiden in der folgenden Darstellung zwischen der manifesten Ablehnung der Aussagen (Kategorie 1 »lehne völlig ab« und Kategorie 2 »lehne überwiegend ab«), einer latenten Zustimmung (Befragte stimmen teilweise zu, bleiben aber teilweise auf Distanz; Kategorie 3) und der manifesten Zustimmung (umfasst die beiden ausdrücklich bejahenden Kategorien 4 und 5). Wir sprechen bei der dritten Kategorie von latenter Zustimmung, da sie den Befragten die Möglichkeit gibt, sich im Sinne der sozialen Erwünschtheit nicht eindeutig positionieren zu müssen, aber dem Inhalt der extrem rechten Aussagen dennoch in Teilen zuzustimmen. Entsprechend bildet die »teils/teils« Antwortkategorie ein rechts-extremes Potenzial ab. Um dieses Potenzial in unseren Analysen abzubilden, werden wir in den folgenden Darstellungen zwischen latenter und manifester Zustimmung differenzieren.

Im Folgenden stellen wir die latente und manifeste Zustimmung nach Dimensionen und der Unterscheidung zwischen Neo-NS-Ideologie und Ethnozentrismus entsprechend dar (vgl. Heyer & Decker, 2011). Statistisch bedeutsame Unterschiede (signifikante Unterschiede) zwischen den Befragten in Ost- und Westdeutschland werden, wo diese vorhanden sind, in den Abbildungen gekennzeichnet.

Tabelle 3: Übersicht der Antwortkategorien des Fragebogens zur rechtsextremen Einstellung

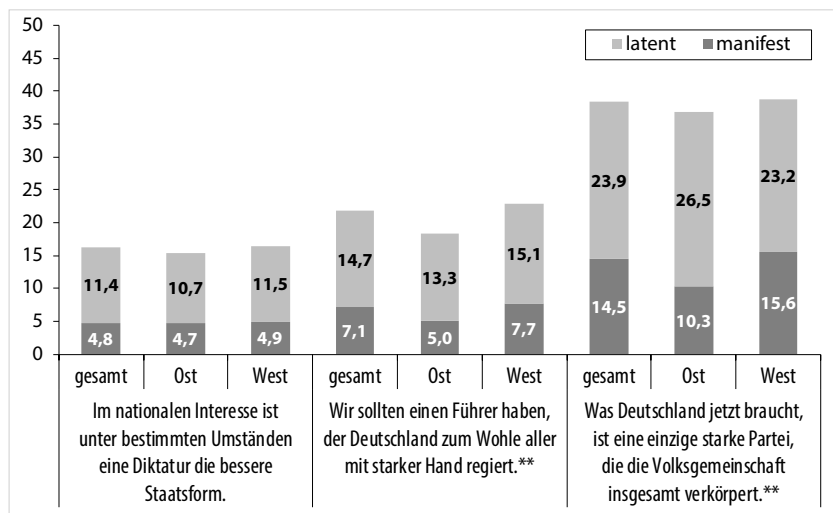
Antwort- kategorie	lehne völlig ab	lehne über- wiegend ab	stimme teils zu, teils nicht zu	stimme über- wiegend zu	stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		latente Zustimmung	manifeste Zustimmung	

Dimensionen der Neo-NS-Ideologie

Wir beginnen die Ergebnisdarstellung mit den Dimensionen der Neo-NS-Ideologie. Die Dimension *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur* erfasst die Ablehnung einer pluralistischen und liberal-demokratischen Regierungsform und die Hinwendung zu einer autoritären Gesellschaftsordnung, die auf dem Phantasma der Homogenität eines Staatsvolkes basiert (siehe Grafik 1). Die Begriffe »Diktatur im nationalen Interesse«, »Führer« und »Volksgemeinschaft« haben einen ideologischen und im deutschen Kontext auch historischen Bezug. Die Vorstellung, eine Diktatur wäre »unter bestimmten Umständen« und im »nationalen Interesse« die bessere Staatsform, findet bei 4,8 % der Befragten offene und bei weiteren 11,4 % immerhin teilweise Zustimmung. Einen Führer, der »Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«, wünschen sich 7,1 %, und weitere 14,7 % stimmen hier teilweise zu. Den größten Zuspruch findet die dritte Aussage mit 14,5 % manifester und 23,9 % latenter Zustimmung. Der Begriff »Volksgemeinschaft« rekurriert dabei auf ein als homogen und konfliktfrei imaginiertes Volk, dessen Interesse nicht deliberativ aus gegensätzlichen Interessen, sondern durch eine starke Partei bzw. Person erkannt wird. Der Begriff ist zudem eng mit dem Nationalsozialismus verbunden, der eine solche Gesellschaftsordnung umsetzen wollte. Im Osten ist die manifeste Zustimmung bei allen drei Fragen etwas niedriger als im Westen, bei der dritten Aussage ist die latente Zustimmung dafür etwas höher.

Die zweite der Neo-NS-Ideologie zugeordnete Dimension ist der *Antisemitismus*. Mit ihr erfassen wir die Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden. Wie bei anderen Ressentiments finden sich in den Aussagen Inhal-

Grafik 1: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« (Neo-NS-Ideologie; in %)



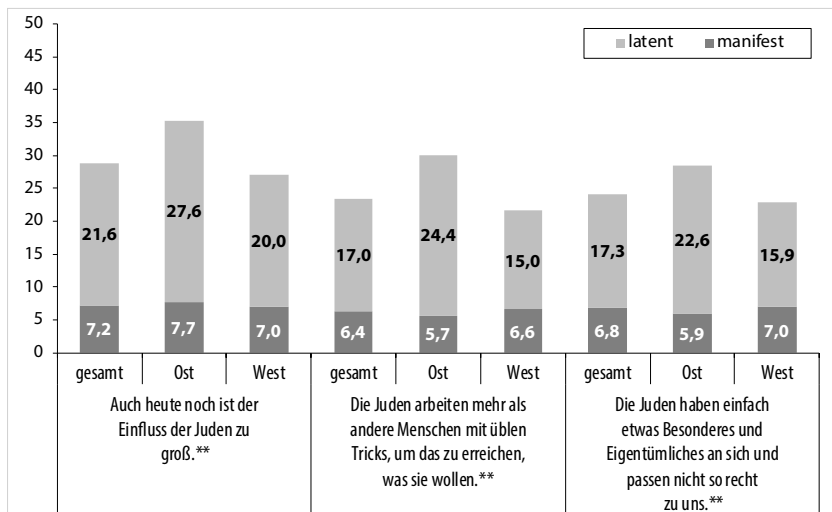
Pearsons Chi-Quadrat zwischen Ost und West: **p < .01

te, welche die autoritären Aggressionen gegen Juden legitimieren und rationalisieren sollen. Allerdings nimmt der Antisemitismus im Vergleich zu anderen Ressentiments eine besondere Position ein – etwa im Vergleich zu jenem gegen Migranten. Obwohl Migrantinnen und Migranten als »fremd« gekennzeichnet werden, sind in den Aussagen bis zu einem gewissen Grad auch Ähnlichkeiten formuliert. Die ihnen zugeschriebenen negativen Eigenschaften zielen auf eine Konkurrenz: Migranten lösen Neid und Aggressionen aus, weil sie als diejenigen fantasiert werden, die das schöne Leben ohne Arbeit haben. Juden werden dagegen als grundsätzliche Bedrohung der eigenen Identität erlebt, sie werden in der Neo-NS-Ideologie zu den grundsätzlich Anderen gemacht, zur bedrohlichen Verneinung von Identität überhaupt (Weiß, 2017). Dieses spezifische Ressentiment, eine Art dunkle Ressource zur Bewältigung von fundamentalem Bedrohungs-erleben, findet in den Formulierungen der Antisemitismus-Items seinen Niederschlag: Ihnen wird eine ominöse Macht angedichtet, die Welt zu kontrollieren, und sie können niemals zum »Eigenen« gehören. Unsere Dimension erfasst mit dem tradierten Antisemitismus eine spezifische Ausdrucksform, bei welcher Juden offen und mittels althergebrachter

judenfeindlicher Stereotype abgewertet werden. In vergangenen Erhebungen konnten wir aufzeigen, dass das antisemitische Ressentiment mithin deutlich weiter verbreitet ist, wenn es auch in der Umwegkommunikation als israelbezogener oder Schuldabwehrantisemitismus erfasst wird (Kiess et al., 2020). Aber auch zu den Aussagen in der tradierten Form finden sich manifeste Zustimmungen zwischen 6,4 % und 7,2 % und deutlich höhere latente Zustimmungswerte zwischen 17,0 % und 21,6 % (siehe Grafik 2). Insgesamt stimmen der Aussage, dass »der Einfluss der Juden zu groß« sei, also 28,8 % der Befragten zumindest teilweise zu. 23,4 % vermuten, dass Juden zumindest teilweise mehr als andere Menschen üble Tricks einsetzen, um voranzukommen. Und wiederum knapp ein Viertel der Befragten denkt zumindest teilweise, dass Juden nicht so recht zu »uns« passen. Gerade die letzte Aussage verweist auf die Nützlichkeit des »Gerüchts über die Juden« (Adorno, 1954, S. 200) für die Konstruktion einer nationalen, als homogen gedachten Identität (vgl. Holz, 2001). Über alle drei Aussagen hinweg ist die latente Zustimmung in Ostdeutschland etwas höher als im Westen.

In Grafik 3 finden sich die latenten und manifesten Zustimmungen zu den drei Aussagen der Dimension *Sozialdarwinismus*. Die in diesen Aus-

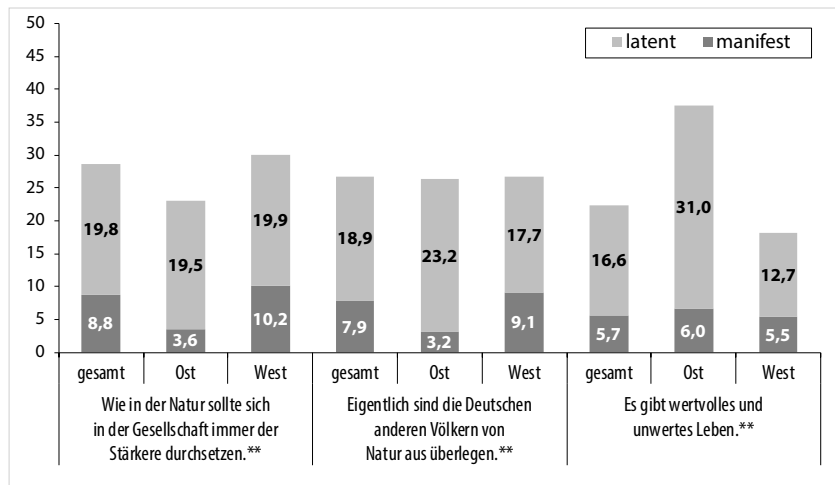
Grafik 2: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Antisemitismus« (Neo-NS-Ideologie; in %)



Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$

sagen aufgehobenen Ressentiments begründen die autoritären Aggressionen mit naturalisierten Unterschieden zwischen Menschen. Diese Ungleichwertigkeitsvorstellung, die wir als verbindendes Element der rechts-extremen Einstellung sehen, findet zumindest teilweise Unterstützung in der Bevölkerung. Wie auch in den anderen Dimensionen der Neo-NS-Ideologie finden sich in der Dimension Sozialdarwinismus Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Während 23,1 % der Ostdeutschen der Aussage »Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen« zumindest teilweise zustimmen, sind es bei den Westdeutschen 30,1 %. Vor allem die manifeste Zustimmung ist hier deutlich höher. Bei der zweiten Aussage ist bei den Westdeutschen nur die manifeste Zustimmung deutlich stärker ausgeprägt: 9,1 % stimmen der Aussage, die Deutschen seien »anderen Völkern von Natur aus überlegen«, »überwiegend« bzw. »voll und ganz« zu, weitere 17,7 % immerhin teilweise. Sind es bei der zweiten Aussage in Ostdeutschland insgesamt etwas weniger, so sticht bei der dritten Aussage »Es gibt wertvolles und unwertes Leben« die hohe latente Zustimmung ins Auge. Beim Sozialdarwinismus messen wir insgesamt eine geringe manifeste, aber eine hohe latente Zustimmung.

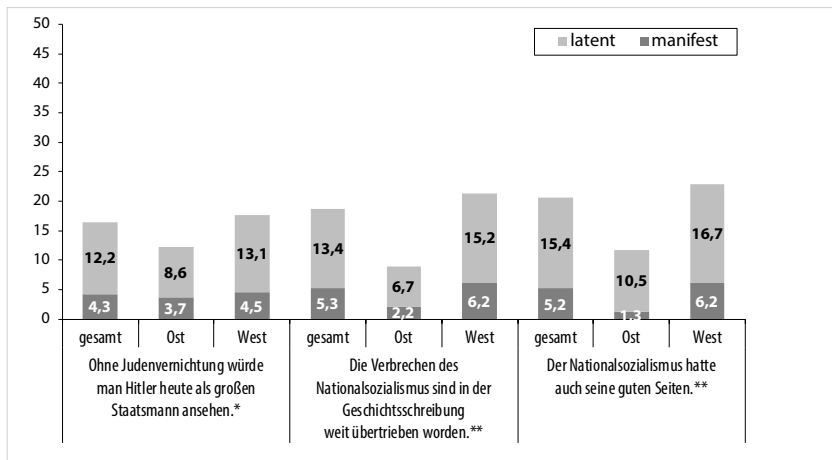
Grafik 3: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Sozialdarwinismus« (Neo-NS-Ideologie; in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Die vierte, dem Faktor Neo-NS-Ideologie zugeordnete Dimension erfasst die *Verharmlosung des Nationalsozialismus*. Geschichtsrevisionistische Positionen haben mit den Äußerungen verschiedener AfD-Spitzenpolitikerinnen und -politiker zur Relativierung des Nationalsozialismus in den vergangenen Jahren immer wieder Aufmerksamkeit erfahren. Zustimmung erhalten sie nach unserer Befragung im Jahr 2022 in Westdeutschland signifikant häufiger als in Ostdeutschland (Grafik 4): Die manifeste Zustimmung zu den drei Aussagen liegt in Westdeutschland zwischen 4,5 % (»Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen«) und 6,2 % (»Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten«), die latente Zustimmung aber nochmals bei 13,1 % bis 16,7 %. In Ostdeutschland liegen die latente und manifeste Zustimmung zur zweiten Aussage »Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden« bei 8,9 % und bei den beiden anderen Aussagen zusammengekommen bei etwas über 10 %. Insgesamt ist jedenfalls die manifeste Zustimmung in dieser Dimension ebenfalls nicht sehr hoch, wobei eine soziale Norm, die Bezüge auf den Nationalsozialismus zumindest ein Stück weit tabuisiert, eine Rolle spielen dürfte. Mit entsprechenden Tabubrüchen lässt sich somit derzeit auf jeden Fall Aufmerksamkeit, aber nur begrenzte offene Zustimmung erzielen.

Grafik 4: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« (Neo-NS-Ideologie; in %)

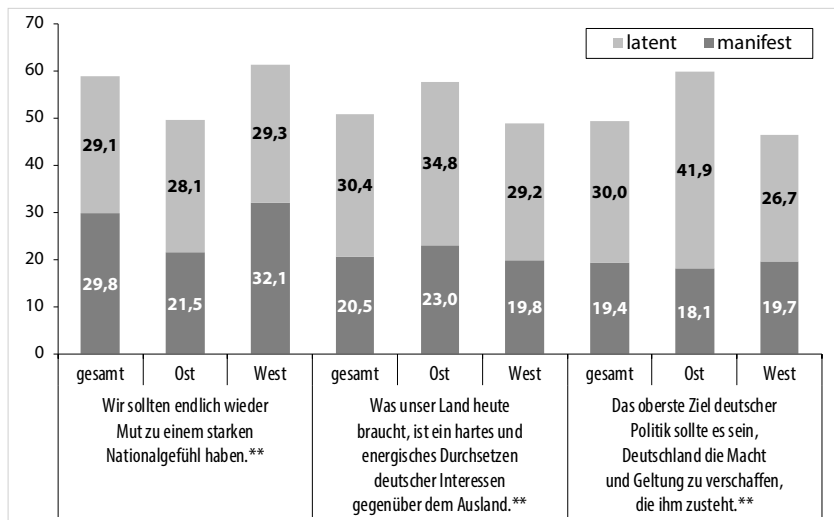


Pearsons Chi-Quadrat: * $p < .05$; ** $p < .01$

Dimensionen des Ethnozentrismus

Die fünfte und sechste Dimension des Rechtsextremismusfragebogens ordnen wir dem Ethnozentrismus zu. Dieser bezieht sich vor allem auf die Auf- bzw. Überwertung der Eigengruppe (Chauvinismus) und die gleichzeitige Abwertung der Anderen (Ausländerfeindlichkeit). Für den Chauvinismus zeigen sich bei zwei der drei Fragen höhere Werte im Osten (Grafik 5): 23 % der Ostdeutschen stimmen der Aussage »Was unser Land heute braucht, ist ein energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland« manifest zu, weitere 34,8 % stimmen hier teilweise zu. Die »Macht und Geltung, die Deutschland »zusteht«, wünschen sich 18,1 % manifest und weitere 41,9 % zumindest teilweise. Der Aussage »Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben« stimmen in Westdeutschland mit 32,1 % (manifest) und noch einmal 29,3 % (latent) mehr Befragte zu als in Ostdeutschland. Insgesamt werden alle drei Aussagen nur von einer Minderheit der Befragten explizit abgelehnt. Darin lässt sich ein weitverbreiteter Wunsch nach nationaler Stärke und Einheit ablesen, der zugleich Schließungsprozesse beinhaltet und aggressiv nach außen auftritt.

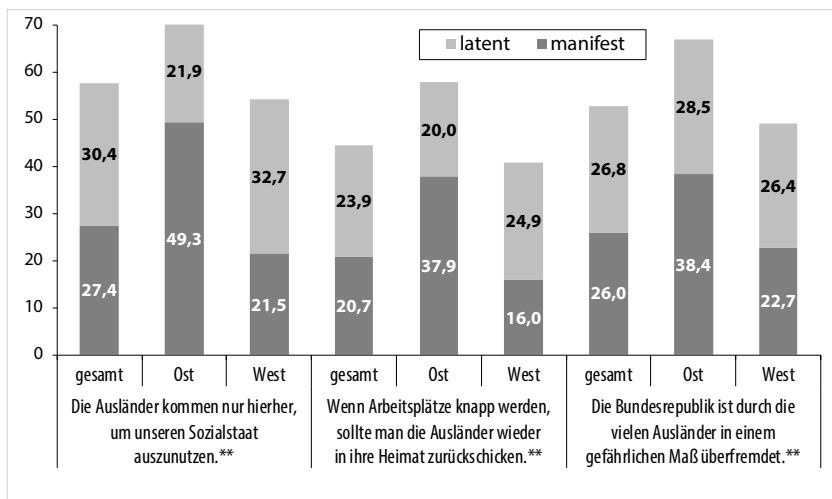
Grafik 5: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Chauvinismus« (Ethnozentrismus; in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Auch die drei Aussagen in der Dimension *Ausländerfeindlichkeit* werden nur von einer Minderheit explizit abgelehnt (Grafik 6). Die Benennung der Dimension wurde in letzter Zeit häufiger kritisiert, wir haben sie aber beibehalten. Die Kritik missversteht, dass wir den Konstruktionsprozess des »Anderen« als »Ausländer« begrifflich nachvollziehen, um das Ressentiment umfassender messen zu können. Die Formulierungen in den Aussagen bieten Gelegenheit, Ressentiments gegen Migrantinnen und Migranten zu äußern, die nicht nur in den angebotenen Aggressionen bestehen, sondern auch in der Formulierung »Ausländer«. Diese greift die Etikettierung als fremd und nicht zum Eigenen gehörig auf und legitimiert das Ressentiment. In Ostdeutschland werden sie signifikant häufiger geteilt: Die manifeste Zustimmung zur ersten Aussage erreicht im Osten mit 49,3 % fast die 50 %-Marke. Während im Westen die manifeste Zustimmung mit 21,5 % deutlich geringer ausfällt, unterstützen weitere 32,7 % diese Aussage jedoch zumindest teilweise – es stellt sich also auch hier nur eine Minderheit dagegen. Im Osten erfahren auch die beiden anderen Aussagen bei über einem Drittel der Befragten Zustimmung. Im Westen ist es etwa ein Viertel. Jeweils hinzu kommt aber etwa ein Viertel teilwei-

Grafik 6: Manifeste und latente Zustimmung zu den Aussagen der Dimension »Ausländerfeindlichkeit« (Ethnozentismus; in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

ser Zustimmung. Einige Theorien argumentieren, dass sich Vorurteile gegenüber einer konstruierten Fremdgruppe besonders in solchen Regionen halten, in denen wenig Kontaktmöglichkeiten zu anderen Gruppen bestehen (Allport, 1954; Pettigrew & Tropp, 2011), wie es in den neuen Bundesländern im Mittel der Fall ist. Diesem Ansatz gehen wir in Kapitel 5 weiter nach. Insgesamt ist die Abwertung und Abwehr der konstruierten Fremdgruppe »Ausländer« eine mehrheitsfähige Einstellung in Deutschland, auf deren Grundlage extrem rechte Akteure immer wieder mobilisieren können oder zumindest auf heimliches Einverständnis und offene Nachsicht hoffen können.

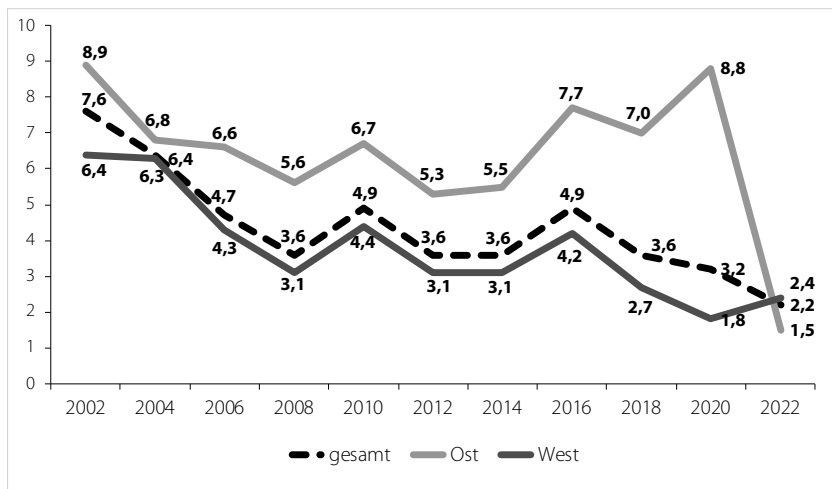
Die Entwicklung der rechtsextremen Einstellung in Deutschland von 2002 bis 2022

In diesem Abschnitt gehen wir auf die Zustimmung in den einzelnen Dimensionen im Zeitverlauf ein. Dazu wurden die drei Items pro Dimension jeweils zusammengefasst. In den folgenden Grafiken geben die Prozentwerte den Anteil Befragter an, die den Aussagen im Mittel mindestens überwiegend zustimmen (Cut-Off-Wert ≥ 12 ; bei den einzelnen Fragen entspricht dies dem Wert 4). Dieses sehr harte Kriterium schließt also bereits Befragte aus, die zwei Aussagen überwiegend zustimmen und einer Aussage nur teilweise. Insofern betrachten wir hier also eine konsolidierte Einstellung je Dimension.

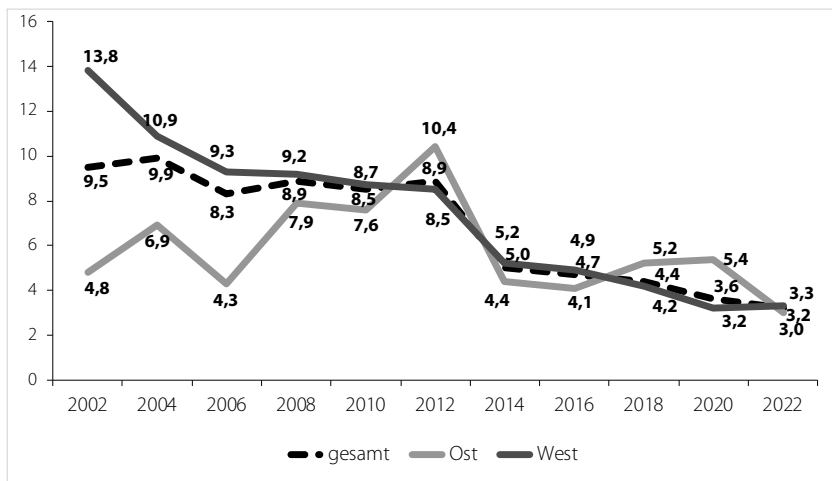
Neo-NS-Ideologie im Langzeitverlauf

In allen Dimensionen der Neo-NS-Ideologie ist der starke Rückgang in Ostdeutschland im Jahr 2022 sehr bemerkenswert. Die manifesten Zustimmungswerte sinken auf ein geringeres Niveau als im Westen. Bestimmend hierfür sind mit Sicherheit gesellschaftliche Ereignisse, die alle Einwohner der Bundesrepublik betreffen. Die Neo-NS-Ideologie hat offensichtlich gegenwärtig an Attraktivität verloren, zur Rationalisierung und Legitimation der Ressentiments spielt sie eine untergeordnete Rolle (vgl. für eine vertiefende Analyse Kap. 3 und Kap. 4). Illustrieren lässt sich diese Beobachtung mit dem in Grafik 7 dargestellten Zeitverlauf für die Dimension *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*. Für Westdeutschland beobach-

Grafik 7: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« 2002–2022 (Neo-NS-Ideologie; in %)



Grafik 8: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Antisemitismus« 2002–2022 (Neo-NS-Ideologie; in %)

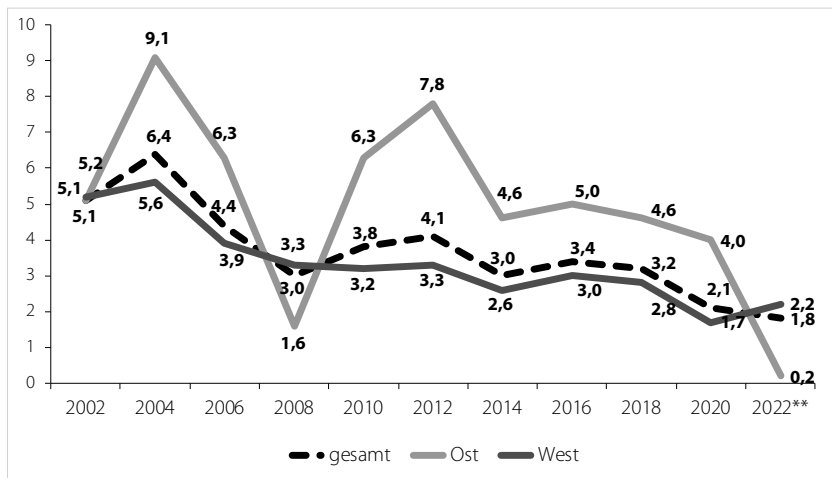


ten wir einen relativ kontinuierlichen Abwärtstrend. Rechtsautoritäre Rufe nach einem »Führer [...], der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«, befriedigen nicht mehr im selben Maße das Bedürfnis nach Ordnung und Macht wie noch 2020. Vor dem Hintergrund sich ausdifferenzierender individueller Bedürfnisse verliert offenbar auch die »Volksgemeinschaft«, die durch »eine einzige starke Partei« verkörpert wird, an Relevanz.

Wir verzeichnen beim *Antisemitismus* im Verlauf unserer Studienreihe seit 2002 einen steten Rückgang in Westdeutschland (Grafik 8). Es wirkt weiterhin eine starke soziale Norm gegen die explizite Zustimmung zu tradiertem Antisemitismus. Weiter unten gehen wir auf den Schuldabwehr- und den israelbezogenen Antisemitismus als davon unterscheidbare und deutlich weiter verbreitete Ausdrucksformen des antisemitischen Ressentiments ein. Mit der sozialen Norm alleine lässt sich dieser Rückgang nicht erklären. Zum besseren Verständnis ist es hilfreich, den Ausgangswert von 2002 zu berücksichtigen: Damals waren antisemitische Ressentiments in Ostdeutschland deutlich geringer ausgeprägt als in Westdeutschland. Während in Westdeutschland die Zustimmung in den Folgejahren aber kontinuierlich sank, kam es in Ostdeutschland im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008–2012 zu einem massiven Anstieg. Auch wenn derzeit der tradierte Antisemitismus nicht stärker ausgeprägt ist, zeigen diese Schwankungen, dass das antisemitische Ressentiment abrufbar bleibt, im Moment aber in der Kommunikationslatenz abgesunken ist (Bergmann & Erb, 1986). Antisemitismus ist als dunkle Ressource, die in Zusammenhang mit spezifischen Bedrohungswahrnehmungen zur Verfügung steht, allerdings leicht mobilisierbar.

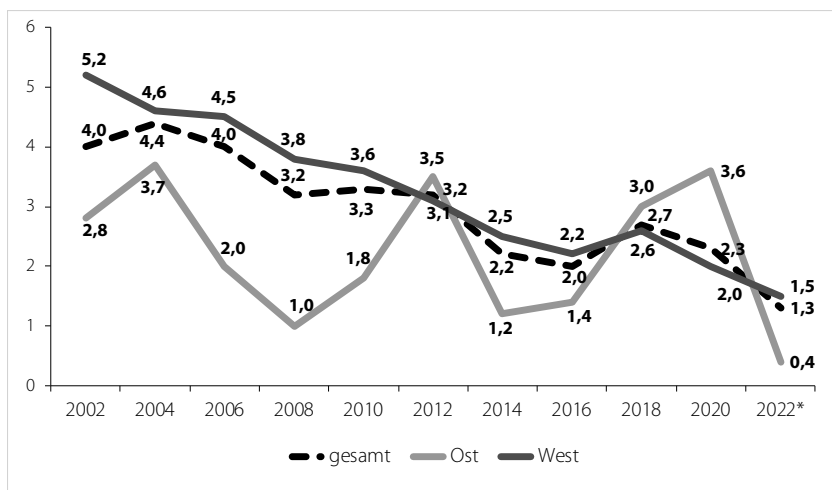
In der Dimension *Sozialdarwinismus* beobachten wir einerseits wieder einen leichten, aber kontinuierlichen Abwärtstrend im Westen und andererseits starke Schwankungen im Osten (Grafik 9). Die manifeste Zustimmung war mit 9,1 % (2004) und 7,8 % (2012) im Osten mehrmals deutlich höher als im Westen. 2022 ist sie allerdings beinahe auf Null zurückgegangen. Hier ist anzumerken, dass wir die mitunter sehr hohe latente Zustimmung zu den hier eingeflossenen Aussagen gerade auch in Ostdeutschland – siehe Grafik 3 oben – nicht berücksichtigen. Insofern ist auch beim Sozialdarwinismus von einem höheren mobilisierbaren Potenzial, also einer derzeit in der Latenz befindlichen Zustimmungsbereitschaft in der (ostdeutschen) Bevölkerung auszugehen.

Grafik 9: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Sozialdarwinismus« 2002–2022 (Neo-NS-Ideologie; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ***p < .01

Grafik 10: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Verharmlosung des Nationalsozialismus« 2002–2022 (Neo-NS-Ideologie; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: *p < .05

Dem Faktor Neo-NS-Ideologie ordnen wir als vierte Dimension die *Verharmlosung des Nationalsozialismus* zu. Die Zustimmung im Zeitverlauf ist Grafik 10 zu entnehmen. Auch hier bestätigt sich der Eindruck, dass wir in Westdeutschland von tendenziell abnehmenden Werten ausgehen können, während wir im Osten mit Schwankungen konfrontiert sind. Im Jahr 2022 hat die Zustimmung im Osten mit beinahe Null einen Tiefstwert erreicht, wobei auch hier darauf hingewiesen werden muss, dass es sich nur um die manifeste Zustimmung zu allen drei Items handelt.

Langzeitverlauf in den Dimensionen des Ethnozentrismus

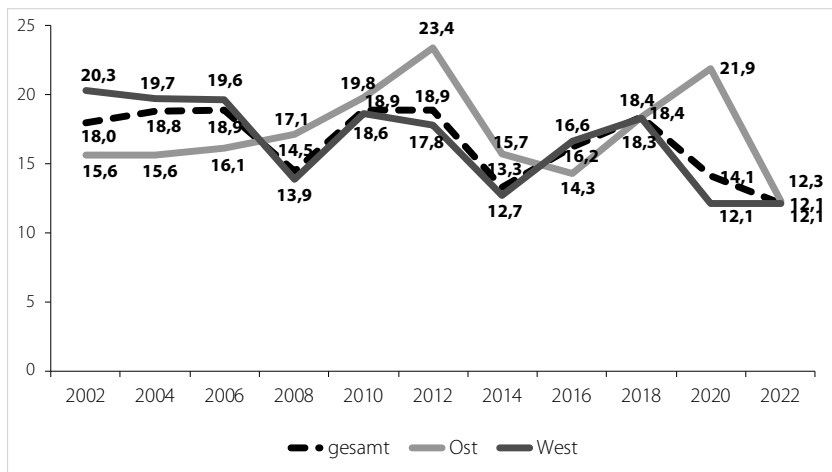
Das Niveau der dem Faktor Ethnozentrismus zugeordneten Dimensionen liegt wie bereits in den Vorjahren deutlich höher als das der Neo-NS-Ideologie. Auch lassen sich hier nicht im selben Maße Rückgänge verzeichnen, im Gegenteil. So beobachten wir beim *Chauvinismus* im Langzeitverlauf sowohl im Osten als auch im Westen Schwankungen (Grafik 11). Derzeit liegen die Werte jeweils auf einem Tiefstand und sehr dicht beieinander.

Ein abweichendes Bild bietet der Zeitverlauf für die Dimension *Ausländerfeindlichkeit* (Grafik 12). Bei den Ressentiments gegen Migrantinnen und Migranten registrieren wir wieder bzw. weiterhin deutlich höhere Werte unter ostdeutschen Befragten. Eine über die Jahre bestehende Tendenz zurückgehender Zustimmung im Westen steht im Kontrast zu den Zu- und Abnahmen im Osten: Im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise erfassten wir hier 2012 mit 38,5 % einen Rekordwert, dem ein starker Rückgang und in den letzten Jahren wieder ein Anstieg auf nun 33,1 % folgten. Auch in dieser Dimension ist offenbar zumindest in Ostdeutschland trotz zeitweisem Rückgang immer wieder eine höhere Zustimmung mobilisierbar, die besonders in Krisensituationen auch offen artikuliert wird.

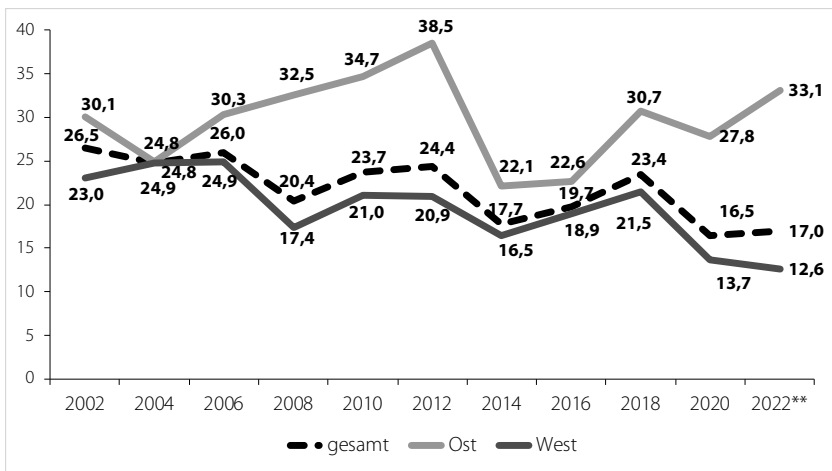
Geschlossen rechtsextremes Weltbild im Langzeitverlauf

Um die Entwicklung der Zustimmung zur rechtsextremen Einstellung insgesamt darzustellen, greifen wir auf einen weiteren Cut-Off-Wert zurück. Diesmal betrachten wir die durchschnittliche Zustimmung zu allen 18 Items des Fragebogens und legen dafür, wie schon in den Vorjahren, den Wert 63 fest. Bei 18 Items ergibt sich anhand der Antwortskala ein

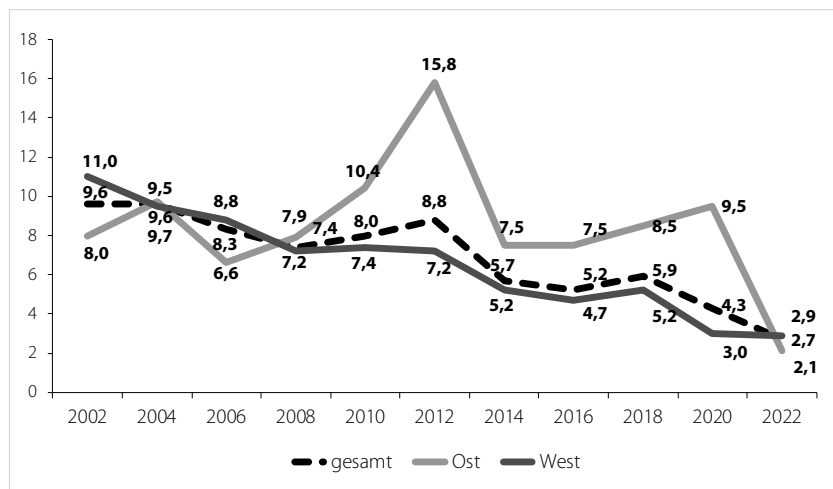
Grafik 11: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Chauvinismus« 2002–2022 (Ethnozentrismus, in %)



Grafik 12: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension »Ausländerfeindlichkeit« 2002–2022 (Ethnozentrismus; in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Grafik 13: Anteil an Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild 2002–2022 (in %)

Minimalwert von 18 und ein Maximalwert von 90, sodass der Cut-Off-Wert einer mittleren Zustimmung von 3,5 entspricht. Wie in Grafik 13 zu sehen ist, fasst die Entwicklung der Gesamtskala die bisher beschriebenen Ergebnisse noch einmal zusammen: Im Westen beobachten wir einen weiterhin anhaltenden Trend, der Anteil der Personen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild ist inzwischen auf 2,9 % zurückgegangen. Für Ostdeutschland zeigen sich im Langzeitverlauf deutliche Schwankungen von 8,0 % (2002) über 15,8 % (2012) und 9,5 % (2020) bis hin zu nur 2,1 % (2022). Die bereits in den einzelnen Dimensionen der Neo-NS-Ideologie zu verzeichnenden Rückgänge führen auch beim geschlossen rechtsextremen Weltbild zu einem Rückgang. Insgesamt hat diese Ideologie zur Legitimation der Ressentiments in der Bevölkerung aktuell an Bedeutung verloren. Dass andere Motive derzeit die autoritären Aggressionen besser legitimieren, ohne dass zum Beispiel die Dimensionen des Ethnozentrismus in gleichem Maße an Bedeutung verloren haben, ist den Analysen in Kapitel 3 und 4 zu entnehmen. Die Pandemie und der Krieg führten zu einer neuen autoritären Dynamik mit partieller Verschiebung der zentralen Motive zur Rationalisierung der Abwertung. Die Darstellung nach dem Cut-Off-Wert könnte aber zumindest bis zu einem gewissen Grad die

latente, also »teilweise« Zustimmung verdecken. Zudem muss mit Blick auf die Schwankungen damit gerechnet werden, dass sich derzeit latente Einstellungspotenziale erneut mobilisieren lassen.

Rechtsextreme Einstellungsdimensionen und Soziodemografie

In diesem Abschnitt gehen wir auf ausgewählte Zusammenhänge der rechtsextremen Einstellung mit soziodemografischen Variablen ein. Dabei greifen wir wiederum auf die bereits beschriebene Zustimmung nach dem Cut-Off-Wert ≥ 12 für die einzelnen Dimensionen zurück. Befragte, die diesen überschreiten, gelten jeweils als ausländerfeindlich, antisemitisch usw. eingestellt. So lässt sich einerseits nachzeichnen, in welchen statistischen Gruppen die Zustimmungswerte höher bzw. niedriger liegen. Andererseits geht es uns auch darum aufzuzeigen, dass kaum eine Gruppe frei von demokratiefeindlichen Einstellungen ist. Anders gesagt: Rechtsextreme Einstellungen sind überall in der Gesellschaft, auch in vermeintlich davorgefeiten Milieus anzutreffen, wenn auch in teils unterschiedlichem Ausmaß.

Wir beginnen mit der Darstellung der rechtsextremen Einstellung je Dimension und im Vergleich von Ost und West (Tab. 4). Während die Unterschiede bei der *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*, beim *Antisemitismus* sowie beim *Chauvinismus* im Jahr 2022 nicht signifikant ausfallen, sind der *Sozialdarwinismus* und die *Verharmlosung des Nationalsozialismus* in Westdeutschland weiter verbreitet als in Ostdeutschland. In den beiden letzteren Dimensionen sind die latenten Zustimmungswerte, wie bereits erwähnt, im Osten jedoch sehr hoch, sodass ein großes Einstellungspotenzial hier unberücksichtigt bleibt. Im Gegensatz dazu ist die Ausländerfeindlichkeit im Osten mit 33,1 % deutlich ausgeprägter als im Westen (12,6 %). Insgesamt sind damit die Werte in den Dimensionen der Neo-NS-Ideologie im Westen in der Tendenz höher, während der Rechtsextremismus im Osten mit einer stark ausgeprägten Ausländerfeindlichkeit eine andere Ausdrucksform annimmt.

In Tabelle 5 ist die Zustimmung je Dimension nach Bildungsgrad dargestellt. Der Einfachheit halber unterschieden wir dabei die Befragten mit mindestens Abitur von jenen mit einem niedrigeren Abschluss. Unterschiede zeigen sich hier beim Antisemitismus sowie bei den beiden

Dimensionen des Ethnozentrismus. Bei allen drei Dimensionen liegt der Anteil manifest-rechtsextremer Einstellung bei den Personen mit niedrigerer Bildung um etwa das Doppelte höher.

Tabelle 4: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Ost- und Westdeutschland (in %)

	Gesamt (N = 2.522)	Ost (N = 535)	West (N = 1.987)
Neo-NS-Ideologie			
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	2,2	1,5	2,4
Antisemitismus	3,2	3,0	3,3
Sozialdarwinismus **	1,8	0,2	2,2
Verharmlosung des Nationalsozialismus *	1,3	0,4	1,5
Ethnozentrismus			
Chauvinismus	12,1	12,3	12,1
Ausländerfeindlichkeit **	17,0	33,1	12,6

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Tabelle 5: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Bildungsgrad (in %)

	mit Abitur (N = 622)	ohne Abitur (N = 1.890)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	1,8	2,3
Antisemitismus *	1,8	3,7
Sozialdarwinismus	1,8	1,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus	0,8	1,4
Ethnozentrismus		
Chauvinismus **	6,6	13,9
Ausländerfeindlichkeit **	8,7	19,6

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Tabelle 6: Manifest-rechtsextreme Einstellung je Dimension bei Männern und Frauen (in %)

	Männer (N = 1.254)	Frauen (N = 1.264)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	2,3	2,1
Antisemitismus **	4,6	1,9
Sozialdarwinismus *	2,4	1,1
Verharmlosung des Nationalsozialismus **	1,9	0,6
Ethnozentrismus		
Chauvinismus *	13,7	10,6
Ausländerfeindlichkeit **	19,7	14,3

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Beinahe durchgehend signifikant höhere Anteile manifest-rechtsextremer Einstellungen finden sich bei Männern im Vergleich zu Frauen (Tab. 6).² Auf niedrigerem Niveau sind die Unterschiede beim Antisemitismus, beim Sozialdarwinismus und bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus mehr als doppelt so hoch, beim Chauvinismus und bei der Ausländerfeindlichkeit zeigen sich auf höherem Niveau ebenfalls deutliche Unterschiede. Interessant ist, dass wir in unserer Studie von 2020 (Decker et al., 2020a) nur in den Dimensionen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit signifikante Unterschiede fanden. Der Rückgang bei der Zustimmung zu extrem rechten Einstellungen insgesamt basiert also vermutlich stärker auf einem Rückgang unter Frauen.

Als vierte soziodemografische Variable blicken wir auf das Alter, und zwar in Kombination mit dem Merkmal Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland (Tab. 7). Dies ist insofern sinnvoll, als verschiedene Geburtsjahrgänge in Ost- und Westdeutschland in unterschiedlichem Ausmaß von der deutschen Teilung und den anschließenden Transformationserfahrungen betroffen waren und daher oft auch unterschiedliche Einstellungen vertreten (Heller et al., 2020c). Im Vergleich zu unserer letzten Veröffent-

² Die Befragten, die als Geschlecht „divers“ angaben, wurden auf Grund der geringen Gruppengröße (N = 4) aus der Analyse ausgeschlossen. Statistische Gruppenvergleiche setzen eine entsprechende Stärke der Teilgruppen voraus.

Tabelle 7: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension in Abhängigkeit vom Alter (in %) nach Ost/West

		16–30 Jahre Ost N = 77 West N = 379	31–60 Jahre Ost N = 295 West N = 1.046	ab 61 Jahre Ost N = 163 West N = 562
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Ost	1,3	1,4	1,8
	West	3,4	2,0	2,3
Antisemitismus	Ost	1,4	2,4	4,9
	West	3,2	2,9	4,1
Sozialdarwinismus	Ost	-	0,3	-
	West	3,4	1,9	1,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus	Ost	1,3	0,3	-
	West	1,9	1,5	1,4
Ethnozentrismus				
Chauvinismus	Ost	19,5 *	8,5	16,0
	West	9,5 *	11,3	15,4
Ausländerfeindlichkeit	Ost	22,1 **	35,6 **	33,7 **
	West	9,3 **	12,6 **	14,8 **

Sämtliche angegebene Unterschiede im Ost-West-Vergleich in den Altersgruppen sind signifikant; Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, * $p < .05$

lichung zeichnet sich eine interessante Verschiebung ab: 2020 sahen wir bei den jungen Ostdeutschen höhere Anteile als bei den älteren Ostdeutschen und ein gegenläufiges Muster in Westdeutschland (Decker et al., 2020a). In diesem Jahr bestätigt sich dieses Muster für die beiden Dimensionen des Ethnozentrismus. Nur der Chauvinismus ist unter jungen Ostdeutschen im Vergleich aller Gruppen noch am weitesten verbreitet. Bei der Ausländerfeindlichkeit ist der Anteil bei älteren Ostdeutschen deutlich höher, wenn auch junge Ostdeutsche klar ausländerfeindlicher eingestellt sind als junge Westdeutsche.

In Tabelle 8 beschreiben wir die Ausprägung der Dimensionen der rechtsextremen Einstellung in unterschiedlichen Erwerbsstatusgruppen. Bedeutsame Unterschiede finden sich vor allem in den beiden Dimensionen des Ethnozentrismus, wobei der Anteil der manifest-rechtsextremen Einstellung in der Gruppe der Arbeitslosen deskriptiv am höchsten ist.

Der Chauvinismus ist unter Erwerbstätigen am wenigsten vertreten. Insgesamt zeigt sich hier aber, dass keine dieser Gruppen frei von antidemokratischen Einstellungen ist.

Tabelle 8: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension nach Erwerbsgruppen (in %)

	Schul-/ Berufs- ausbildung (N = 159)	Erwerbs- tätige (N = 1.589)	Arbeits- lose (N = 100)	Hausfrau/ Haus- mann (N = 56)	Ruhe- stand (N = 607)
Neo-NS-Ideologie					
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	3,1	1,9	3,0	3,6	2,5
Antisemitismus	2,6	2,7	4,0	3,6	4,5
Sozialdarwinismus	4,4	1,5	2,0	3,6	1,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,9	1,0	2,0	1,8	1,7
Ethnozentrismus					
Chauvinismus **	13,2	10,4	17,0	12,5	15,7
Ausländerfeindlichkeit **	7,6	16,3	27,0	17,9	19,3

Pearsons Chi-Quadrat: ** p < .01

Mit der sogenannten Sonntagsfrage (»Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, ...«) fragen wir die Parteipräferenz der Befragten ab (Tab. 9). Wenig überraschend ist die im Vergleich und über alle Dimensionen hinweg deutlich höhere Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen unter Befragten, die ihr Kreuz bei der Alternative für Deutschland (AfD) machen würden. Einen höheren Anteil in den Dimensionen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit – wenn auch deutlich niedriger als bei der rechtsextremen AfD – finden wir auch bei den Nichtwählerinnen und Nichtwählern sowie bei Anhängerinnen und Anhängern der Linken. Insgesamt sind die weiter verbreiteten Einstellungsdimensionen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit in allen Gruppen vertreten. Im Vergleich zu 2020 ist unter den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen der Anteil chauvinistisch und ausländerfeindlich Eingestellter angewachsen, wenn auch weiterhin unterdurchschnittlich. Außerdem interessant ist, dass Chau-

vinismus unter FDP-Anhängerinnen und -Anhängern und bei der SPD und der Linken die Ausländerfeindlichkeit stärker als bei den jeweils anderen Parteien vertreten sind. Befragte, die sich bei der Parteiwahl unsicher sind, weisen in diesen beiden Dimensionen die niedrigsten Werte auf.

Wie bereits 2020 finden sich auch in dieser Erhebung zunächst nur geringfügige Unterschiede zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern mit Blick auf den Anteil manifest-rechts-extremer Einstellungen (Tab. 10). Dies ist in Einklang zu bringen mit der These, dass sich in Gewerkschaften die Breite der Einstellungen der gesamten Gesellschaft wiederfinden (vgl. Stöss, 2007; Kiess & Schmidt, 2020). Interessanterweise finden sich in diesem Jahr aber Unterschiede in der Dimension der Ausländerfeindlichkeit: Der Anteil manifest-ausländerfeindlich eingestellter Personen ist unter den Gewerkschaftsmitgliedern geringer.

Tabelle 9: Anteil der Menschen mit manifest-rechtsextremen Einstellungen je Dimension unter den Parteiwählerinnen und -wählern (in %)

	CDU/CSU (N = 493)	SPD (N = 458)	FDP (N = 123)	Grüne (N = 264)	Die Linke (N = 112)	AfD (N = 148)	Nichtwählerinnen und Nichtwähler (N = 290)	Parteiwahl unsicher (N = 91)	Wahlteilnahme unklar (N = 218)
Neo-NS-Ideologie									
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	2,0	0,7	-	0,8	0,9	10,8	3,1	3,3	2,3
Antisemitismus**	1,2	1,5	2,5	0,4	5,4	17,7	4,1	3,3	5,1
Sozialdarwinismus**	1,2	0,7	0,8	0,4	1,8	8,8	3,1	1,1	2,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus	0,8	0,2	-	0,4	0,9	10,8	1,4	1,1	1,8
Ethnozentrismus									
Chauvinismus**	11,8	9,2	14,6	8,7	13,4	32,4	13,1	8,8	12,0
Ausländerfeindlichkeit**	12,8	16,6	6,5	9,9	30,4	55,4	22,1	4,4	18,4

Pearsons Chi-Quadrat: ** p < .01; wegen freier Felder teilweise keine Signifikanzberechnung

Tabelle 10: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Gewerkschaftsmitgliedschaft (in %)

	Mitgliedschaft (N = 463)	keine Mitgliedschaft (N = 2.032)
Neo-NS-Ideologie		
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	2,6	2,1
Antisemitismus	2,2	3,5
Sozialdarwinismus	2,2	1,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,1	1,3
Ethnozentrismus		
Chauvinismus	12,0	12,2
Ausländerfeindlichkeit *	13,7	17,6

Pearsons Chi-Quadrat: * p < .05

Tabelle 11: Manifest-rechtsextreme Einstellungen je Dimension und Äquivalenzeinkommen (in %)

	unter 1.000 Euro (N = 188)	1.000 bis 2.000 Euro (N = 1.108)	2.000 bis 3.000 Euro (N = 757)	mehr als 3.000 Euro (N = 435)
Neo-NS-Ideologie				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	1,6	2,6	2,3	1,2
Antisemitismus	3,7	4	2,4	2,8
Sozialdarwinismus	3,7	1,6	2	0,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,7	1,5	0,9	0,9
Ethnozentrismus				
Chauvinismus **	12,8	13,4	13	7,4
Ausländerfeindlichkeit **	22,3	24,1	11,6	6

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05

Tabelle 11 gibt die Verteilung der geschlossen manifest-rechtsextremen Einstellung über verschiedene Einkommensgruppen hinweg an. Wir nehmen hier als Referenzwert das Äquivalenzeinkommen, welches im Gegensatz zum individuellen Einkommen die Haushaltsgröße berücksichtigt

und so ein realistischeres Bild der ökonomischen Situation über verschiedene Haushaltskonstellationen hinweg ermöglicht. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich in den beiden Dimensionen des Ethnozentrismus. Chauvinistische Einstellungen sind in den Gruppen bis 3.000 Euro Einkommen ungefähr gleich häufig vertreten und nehmen dann in der höchsten Einkommensgruppe deutlich ab. Manifest-ausländerfeindliche Ansichten werden in der größten Einkommensgruppe (zwischen 1.000 und 2.000 Euro) besonders häufig vertreten, in der niedrigeren Gruppe sind sie ungefähr gleich häufig anzutreffen. Mit steigendem Äquivalenzeinkommen sinkt der Anteil geschlossen manifest-ausländerfeindlich eingestellter Personen. Ein ähnliches Profil lässt sich auch für die Dimensionen der Neo-NS-Ideologie ausmachen: Außer beim Antisemitismus findet sich in der höchsten Einkommensgruppe jeweils der niedrigste Anteil manifest-rechtsextremer Einstellung. Insgesamt ist aber auch hier festzuhalten, dass antidemokratische Einstellungen in allen Gruppen vorhanden sind.

Tabelle 12: Was wählen Menschen mit geschlossen rechtsextremem Weltbild (in %)?

	gesamt ($N_{2022} = 68$)				bei Wahlteilnahme ($N_{2022} = 48$)								
	Wahlteilnahme	keine Wahlteilnahme	Wahlteilnahme unsicher	nicht wahlberechtigt	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	AfD	andere Partei	weiß noch nicht, welche Partei
2020	55,7	20,8	15,1	-	20,8	3,8	11,8	1,9	-	3,8	32,1	11,3	15,1
2022	72,1	16,2	8,8	2,9	10,2	6,1	10,2	2,0	2,0	6,1	57,1	-	4,1

Kein Chi-Quadrat-Test möglich, daher keine Signifikanztestung

Ein wichtiger Befund ist der Tabelle 12 zu entnehmen: Während die Mobilisierungsreserve für extrem rechte Parteien in den Jahren bis 2020 unter den Nichtwählern groß war, ist sie nun gesunken. Gegenwärtig haben extrem rechte Parteien ihr Reservoir nahezu ausgeschöpft, hiervon profitiert vor allem die AfD.

In Tabelle 13 ist das Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen dargestellt. Personen mit einem rechtsextremen Weltbild zeigen hier ein deutlich vermindertes Vertrauen. Dabei tritt im Kontrast zu den Ergebnissen der Erhebung im Jahr 2020 ein weiterer vorangeschrittener

Tabelle 13: Wie viel Vertrauen haben Menschen mit geschlossen rechtsextremen Weltbild in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen? (in %)

Vertrauen in ...		Geschlossen rechts- extremes Weltbild (N = 68)	Andere (zwischen N = 2.407 und N = 2.425 durch Fehlwerte)
Gerichte **	2020	–	–
	2022	35,3	82,6
Bundestag **	2020	41,0	65,1
	2022	16,2	60,3
Bundesregierung **	2020	36,2	63,9
	2022	14,7	53,6
Politische Parteien **	2020	22,1	37,2
	2022	10,3	39,0
Wissenschaft **	2020	–	–
	2022	44,1	84,2

Pearsons Chi-Quadrat 2022: ** p < .01

Vertrauensverlust zutage. Waren es 2020 noch 41 % der Rechtsextremen, die dem Bundestag vertrauten, sind es in diesem Jahr nur noch 16,2 %. Das höchste Vertrauen wird von ihnen noch den Gerichten und der Wissenschaft entgegengebracht, jedoch ist der Unterschied zum Vertrauen, welches diese Institutionen in der restlichen Gesellschaft innehaben, eklatant. Die Legitimation des Bundestags, der Bundesregierung und der politischen Parteien ist unter den Rechtsextremen hingegen kaum vorhanden. Nur 10,3 % bis 16,2 % der Befragten haben Vertrauen in die jeweilige Institution.

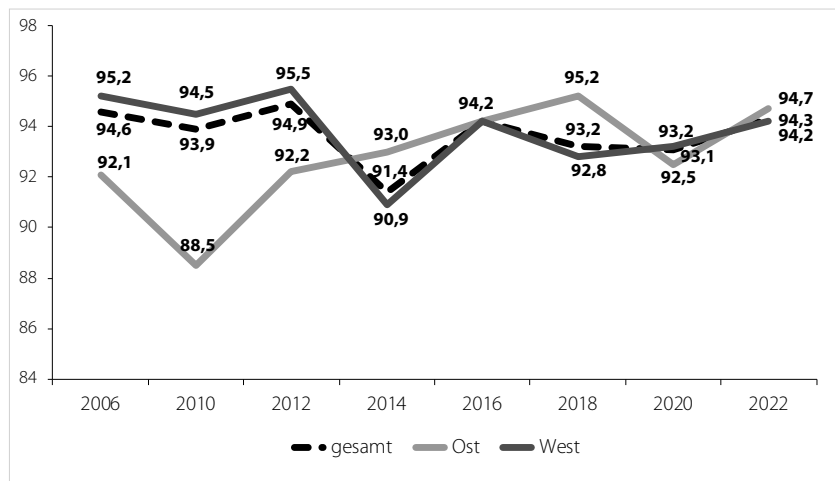
Demokratiezufriedenheit und politische Deprivation

Neben dem Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung kamen auch in diesem Jahr weitere Erhebungsinstrumente zur Erfassung verschiedener Dimensionen politischer Einstellungen zum Einsatz, für die zum Teil bereits Vergleichswerte aus vorherigen Erhebungen vorlagen. Wir beginnen mit den drei Fragen zur *Beurteilung der Demokratie in Deutschland*, und zwar (1) zur Demokratie als Idee, (2) zur Demokratie, wie sie in der Verfassung

festgelegt ist, und (3) zur Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik funktioniert. Die Zustimmungsraten im Zeitverlauf seit 2006 finden sich in den Grafiken 14 bis 16. Die Zustimmung zur *Demokratie als Idee* ist in Ost- wie Westdeutschland insgesamt sehr hoch, wobei sie im Osten stärkeren Schwankungen unterworfen ist als im Westen. Bereits in der letzten Befragung kam es zu einer Annäherung zwischen Ost und West, die sich in dieser Erhebung auf höherem Niveau fortsetzt: 94,3 % aller Befragten sind von der Idee der Demokratie überzeugt.

Die Zustimmung zur *Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist*, fällt hingegen meist weniger hoch aus, und es fanden sich in der Vergangenheit größere Unterschiede zwischen Ost und West. Im Westen können wir in diesem Jahr eine ähnlich hohe Zustimmung verzeichnen wie in den letzten Befragungen: Knapp 80 % sind mit der in der Verfassung festgelegten Demokratie zufrieden. Bemerkenswert ist der rapide Anstieg im Osten: Waren die Werte in der letzten Befragung im Westen noch deutlich höher als im Osten, so ist es 2022 andersherum: Über 90 % der ostdeutschen Befragten unterstützen die Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist. Dieser Anstieg korrespondiert mit dem Rückgang der Neo-NS-Ideologie. Diese Schwankungen lassen sich teilweise auf soziale und politische Veränderungen und Krisensituationen zurückführen und werden

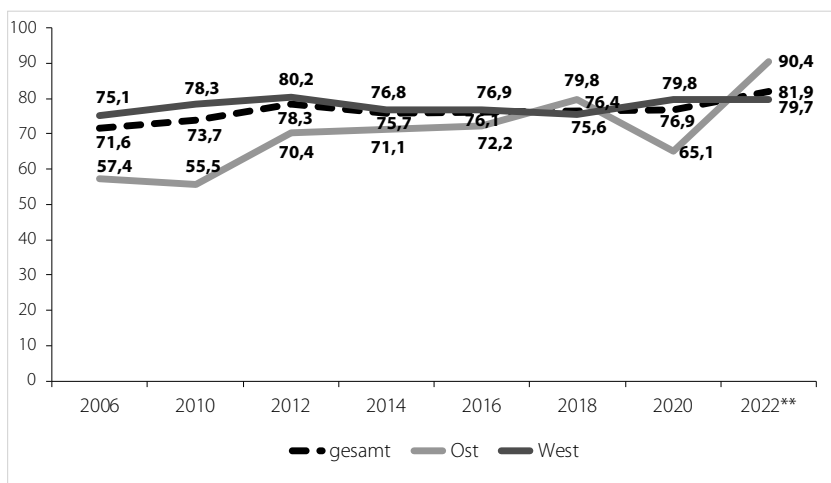
Grafik 14: Zustimmung zur »Demokratie als Idee« 2006–2022 (in %)



mit der vertiefenden Analyse zu den Pandemie- und Kriegsfolgen noch Thema (vgl. Kap. 4 und Kap. 5). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Zufriedenheit mit der Verfassungsrealität zunächst einmal weniger die Zufriedenheit mit konkreten demokratischen Normen als vielmehr eine Legitimation des politischen Systems kennzeichnet. Die Identifikation mit diesem scheint in den letzten Jahren insbesondere im Osten sprunghaft gestiegen zu sein.

Auch mit Blick auf die *Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert*, also die alltägliche politische Praxis, lässt sich ein mehr oder weniger kontinuierlicher Aufwärtstrend in den Zustimmungsraten innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung verzeichnen, der sich 2022 fortsetzt. So können wir eine Annäherung der Werte für den Osten an jene für den Westen beobachten, obgleich der Unterschied weiterhin statistisch signifikant ist. In der westdeutschen Bevölkerung nimmt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, die als sehr konkrete Form der Demokratie seit Beginn unserer Erhebung weniger Zustimmung erfährt als die anderen beiden Aspekte, leicht ab im Vergleich zu 2020, bleibt jedoch auf relativ hohem Niveau verglichen mit den ersten hier verfüg-

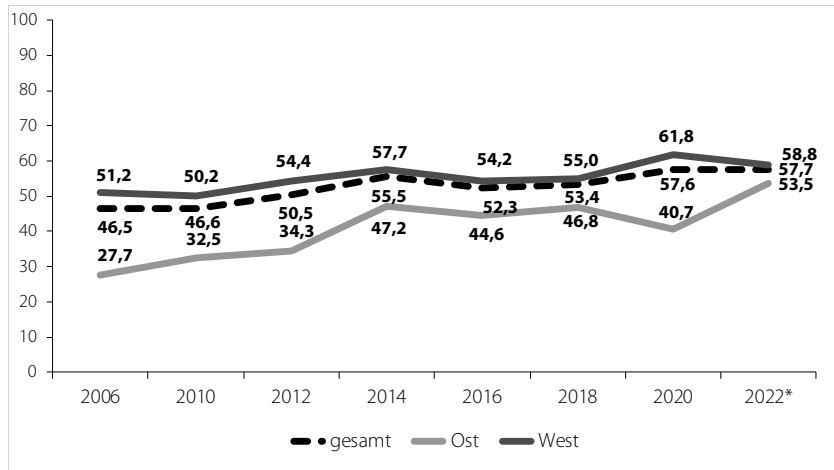
Grafik 15: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist« 2006–2022 (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ***p < .01

baren Erhebungszeitpunkten 2006 und 2010: Mit 58,8 % ist immer noch eine überwiegende Mehrheit der Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden.

Grafik 16: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert« 2006–2022 (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: * $p < .05$

Dem leichten Anstieg in der Zufriedenheit mit der Demokratie steht eine weiterhin hohe *politische Deprivation* in Ost- wie Westdeutschland gegenüber. Als politische Deprivation erfassen wir die Wahrnehmung, die Demokratie nicht ausreichend mitgestalten zu können. Es geht um die Diskrepanz zwischen gewünschtem Einfluss auf die Politik und empfundener politischer Ohnmacht und Einflusslosigkeit. Seit 2006 erfassen wir die politische Deprivation mittels zweier Aussagen. Die Wahrnehmung, dass »Leute wie ich« keinen Einfluss auf das Regierungsgeschehen haben, teilen in Ostdeutschland 81,3 % der Befragten (Tab. 14). Damit liegt der Wert leicht unter dem Wert der letzten Erhebung 2020, ist aber weiterhin höher als in Westdeutschland, wo mit 72,7 % ebenfalls eine große Mehrheit der Befragten dieser Überzeugung ist.

Tabelle 14: Politische Deprivation, Zustimmung zur Aussage »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut« (in %)

	2006** (N = 5.028)	2010 (N = 2.503)	2012** (N = 2.505)	2016** (N = 2.507)	2018** (N = 2.506)	2020** (N = 2.483)	2022** (N = 2.504)
gesamt	79,1	79,6	76,8	73,1	70,4	72,9	74,5
Ost	87,6	83,0	83,2	78,0	78,2	83,6	81,3
West	77,1	78,7	76,6	71,8	68,4	70,2	72,7

Pearsons Chi-Quadrat zwischen Ost und West: ** p < .01

Ebenfalls mit leichten Schwankungen, aber hoch sind die Zustimmungswerte hinsichtlich der Wahrnehmung, dass es als »sinnlos« erlebt wird, sich politisch zu engagieren (Tab. 15). Dieser Auffassung sind mit 74,3 % in Ost- und 63,8 % in Westdeutschland erneut mehr Menschen als in den Vorjahren. Insgesamt ist also nur jede vierte befragte Person überzeugt, Einfluss auf Regierungsentscheidungen nehmen zu können (Tab. 14), und nur ein Drittel der Befragten sieht Sinn in eigenem politischem Engagement. Die wahrgenommene Ferne der Regierungspolitik wie auch die wahrgenommene Bedeutungslosigkeit politischer Teilnahme werden offenkundig.

Mit Blick auf die COVID-19-Pandemie zeigt sich, dass die unterschiedlichen Reaktionen auf die Krise (etwa die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, und autoritäre Reaktionen, vgl. Kap. 3) einen Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Demokratie und zur wahrgenommenen politischen Deprivation aufweisen. Dabei wird deutlich, dass die Unzufriedenheit mit der Demokratie einerseits und die Wahrnehmung begrenzter politischer Teilhabemöglichkeiten andererseits nicht ausschließlich mit der Ablehnung von politischen Maßnahmen in der Krise einhergehen. Ausgerechnet jene, welche sich haben impfen lassen, aber mit Aggressionen gegenüber denen auftreten, die dies nicht getan haben, zeigen ein besonders hohes Maß an politischer Deprivation bei gleichzeitig hoher Zufriedenheit mit dem demokratischen System.

Tabelle 15: Politische Deprivation, Zustimmung zur Aussage »Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren« (in %)

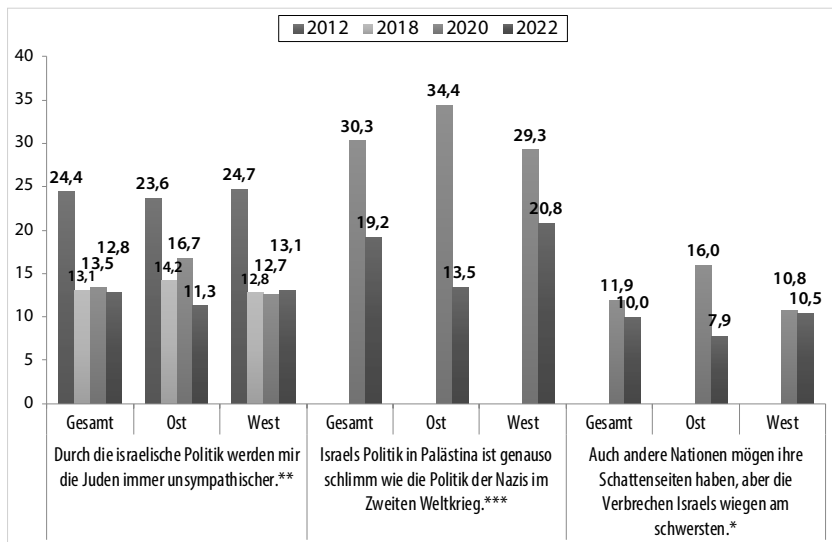
	2006** (N = 5.023)	2010 (N = 2.498)	2012 (N = 2.503)	2016** (N = 2.498)	2018** (N = 2.494)	2020** (N = 2.473)	2022** (N = 2.497)
gesamt	69,1	71,0	59,5	60,4	58,7	59,1	66,0
Ost	77,1	73,5	64,9	65,8	69,1	65,9	74,3
West	67,1	70,3	58,2	59,1	56,1	57,4	63,8

Pearsons Chi-Quadrat zwischen Ost und West: ** p < .01

Antimoderne Ressentiments und spezifische Zielgruppen autoritärer Aggressionen

In der Untersuchung rechtsextremer Einstellungen bildet *Sozialdarwinismus* die allgemeine Bereitschaft ab, autoritären Hass auf »Schwächere« oder »Abweichende« auszuleben. Als Ideologie der Ungleichwertigkeit legitimiert und rationalisiert eine rechtsextreme Einstellung die autoritären Aggressionen gegen Andere, wobei die autoritäre Aggression das Bindeglied der mit ihr verbundenen spezifischen Ressentiments gegen Migrantinnen und Migranten, Jüdinnen und Juden, Frauen sowie weitere Gruppen bildet. Da es relevant ist, welche Gruppen den Hass auf sich ziehen, führen wir hierzu eine differenzierte Erhebung durch. So haben wir seit einigen Jahren zwei Fragebögen zu Muslimfeindschaft und Antiziganismus, welche im Rahmen der Studienreihe *Deutsche Zustände* (Heitmeyer, 2012) entwickelt worden sind, in unsere Untersuchung aufgenommen. Neben tradiertem Antisemitismus messen wir zudem anhand zweier Fragebögen antisemitische Ressentiments in Form von israelbezogenem und Schuldabwehrantisemitismus. Beide Ressentiments gestatten es, dem Antisemitismus trotz der sozialen Ächtung des tradierten Antisemitismus Ausdruck zu verschaffen. In der Forschung wird für diese Formen von einer Umwegkommunikation gesprochen (Bergmann & Erb, 1986), wenn der Hass auf Jüdinnen und Juden durch den Bezug auf Israel rationalisiert werden soll oder über die Relativierung der Shoah Ausdruck finden kann. Als weitere antimoderne Einstellungen untersuchen wir darüber hinaus Antifeminismus und Sexismus.

Grafik 17: Manifeste Zustimmung zum israelbezogenen Antisemitismus 2012, 2018, 2020 und 2022 (in %)



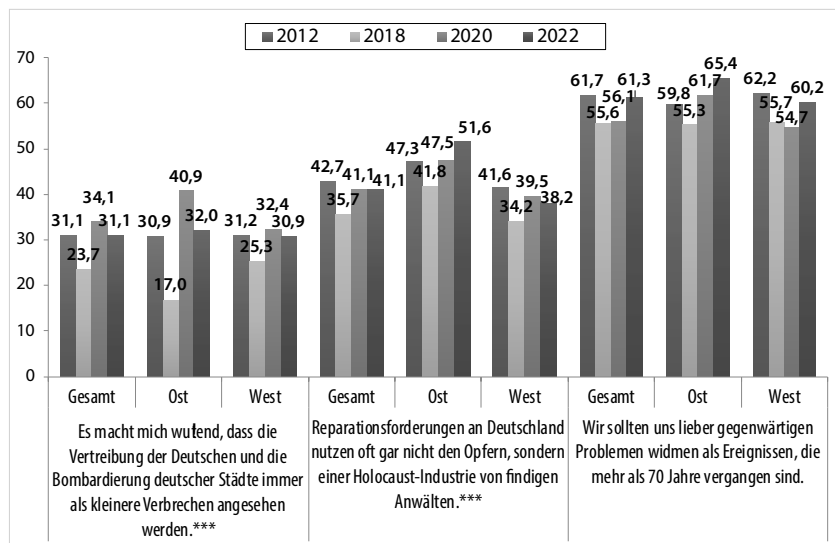
Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, * $p < .05$

Der *israelbezogene Antisemitismus* fungiert in der Migrationsgesellschaft als Brückennideologie und Scharnier zwischen verschiedenen antimodernen Milieus. In den Jahren 2012 und 2018 haben wir ihn anhand eines Items erhoben (»Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer«), 2020 kamen zwei weitere hinzu (»Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg« und »Auch andere Nationen mögen ihre Schattenseiten haben, aber die Verbrechen Israels wiegen am schwersten«). Seit 2018 sehen wir eine relative Stabilität der Einstellung: Israelbezogener Antisemitismus wird manifest von 10 % bis 21 % der Befragten geteilt (Grafik 17). Das Besondere dieser Form des Antisemitismus ist, dass sie auch für migrantische Gruppen zustimmungsfähig ist (Decker & Celik, 2019), während Schuldabwehrantisemitismus in der Regel von Menschen mit Migrationsgeschichte nicht so deutlich befürwortet wird. Die Verbindungslinie zwischen beiden antisemitischen Ressentiments wird anhand der Zustimmung zum Vergleich der israelischen Politik mit der Nazideutschlands deutlich. *Schuldabwehr-*

antisemitismus erhoben wir bereits 2012 anhand von drei Items, die seit 2018 regelmäßig in unsere Untersuchung einfließen (Grafik 18). Nach einem sprunghaften Anstieg über alle Items in der LAS 2020 sind auch in diesem Jahr bei zwei von drei der Aussagen höhere Zustimmungswerte zu verzeichnen. Der Schuldabwehrantisemitismus bleibt die meistverbreitete Ausdrucksmöglichkeit für den Antisemitismus in Deutschland.

Da wir Antisemitismus als ein übergreifendes, antimodernes Ressentiment verstehen, wollen wir die Verbreitung seiner verschiedenen Erscheinungsformen in unterschiedlichen politischen Milieus in den Blick nehmen. Dafür ziehen wir die Selbsteinschätzung der Probanden hinzu, die gebeten wurden, sich auf einer zehnstufigen Skala politisch zu verorten (zwischen »links« und »rechts«). Zur besseren Darstellbarkeit haben wir diese Abstufung in Zweierschritten auf fünf Positionen reduziert und das Vorkommen manifester Ressentiments gegenüber Jüdinnen und Juden in diesen Gruppen berechnet (Grafik 19). Sehr deutlich zeigt sich, dass antisemitische Ressentiments umso häufiger geteilt werden, je weiter rechts sich die Befragten selbst verorten. Dem tradierten Antisemitismus

Grafik 18: Manifeste Zustimmung zum Schuldabwehrantisemitismus 2012, 2018, 2020 und 2022 (in %)

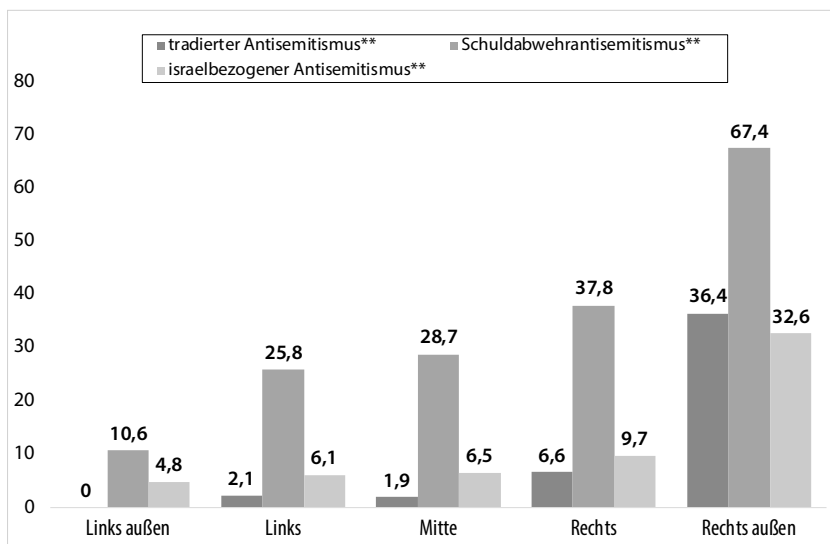


Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, * $p < .05$

stimmen Menschen, die sich links außen im politischen Spektrum verorten (N = 104), nicht manifest zu. Die Differenz zwischen denen, die sich links (N = 657), und jenen, die sich in der politischen Mitte (N = 1.272) verorten, ist zu vernachlässigen – es finden sich um die 2 % mit manifesten tradierten Antisemitismus. Das Bild verändert sich bei denen, die sich rechts der Mitte (N = 393) oder sogar rechts außen verorten (N = 44), signifikant. Auch bei den anderen Formen des Antisemitismus ist der Befund so eindeutig, dass nicht allein von einer Tendenz gesprochen werden kann.

Mit *Muslimfeindschaft* und *Antiziganismus* erfassen wir auch in diesem Jahr die Abwertung zweier Gruppen, die von extrem rechten Akteuren bis hinein in demokratische Milieus immer wieder als Feindbilder instrumentalisiert werden. Beim Antiziganismus bauen diese auf jahrhundertealten Vorurteilen auf, die auch nach der Porajmos (dt. »Verschluckung«; bezeichnet den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten) weite Verbreitung finden und mitunter kaum tabuisiert sind. Bei der Muslimfeindschaft sind es neben den ebenfalls alten

Grafik 19: Manifeste Zustimmung zu Erscheinungsformen des antisemitischen Ressentiments in Abhängigkeit von der politischen Selbstverortung (in %)



Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Stereotypen auch der moderne islamistische Terrorismus und dessen mediale Thematisierung, die die Fremdgruppenkonstruktion mit Bildern versorgen.

Wie bei der Ausländerfeindlichkeit beobachten wir auch für *Muslimfeindschaft* 2022 teils deutlich höhere Werte im Osten (Tab. 16). Hier stimmen 46,6 % der Befragten der Aussage »Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden« mindestens »überwiegend« zu, nur eine Minderheit lehnt die Aussage explizit ab. Im Vergleich liegt die Zustimmung zu dieser Aussage mit 23,6 % im Westen deutlich niedriger. Bei der zweiten Aussage ist der Unterschied weniger ausgeprägt, aber weiterhin signifikant: 42,7 % im Osten und 36,6 % im Westen fühlen sich durch »die vielen Muslime hier [...] manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.« Bei der Interpretation dieser Werte sollte der deutlich niedrigere Bevölkerungsanteil an Menschen muslimischen Glaubens in den ost-deutschen Bundesländern beachtet werden (Ost: 0,7 %–2,9 %, West: 4,4 %–10,8 %; Tanis, 2021). Ausschlaggebend für eine hohe Zustimmung zu diesen Aussagen kann also nicht ein häufigerer (potenzieller) Kontakt mit Muslima und Muslimen sein, vielmehr ist das Gegenteil der Fall (zur sogenannten Kontakthypothese siehe Kap. 5).

Auch beim *Antiziganismus* zeigt sich 2022 eine deutlich höhere Abwertungsbereitschaft im Osten: Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen »hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma« in seiner oder ihrer Nähe aufhielten, und eine klare Mehrheit ist »überwiegend« oder »voll und ganz« der Meinung, dass Sinti und Roma zur Kriminalität neigen. Doch auch im Westen liegen die Zustimmungswerte für antiziganistische Aussagen, die sich zwischen 29,7 % und 39,3 % bewegen, auf einem hohen Niveau.

In Tabelle 16 haben wir zudem die Zustimmungswerte der letzten fünf Erhebungen (seit 2014) zu den fünf Aussagen zu Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus zusammengestellt. Beim Blick auf die Zahlen wird deutlich, dass beide Ressentiments in der deutschen Bevölkerung dauerhaft weitverbreitet sind. Allerdings sind die Werte im Westen zum zweiten Mal in Folge und über alle fünf Fragen hinweg gesunken. Im Osten hingegen zeigt sich über nahezu alle Aussagen hinweg ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2020 – davon ausgenommen ist lediglich die Wahrnehmung, sich durch »die vielen Muslime hier [...] wie ein Fremder im eigenen Land« zu fühlen. Auffällig ist, dass die Zustimmungswerte unter den Befragten in

Ostdeutschland teilweise deutlich über denjenigen im Westen liegen – es ergeben sich bis zu 23 Prozentpunkte Unterschied. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit Bezug auf die beiden Gruppen ist insbesondere unter den Befragten im Osten weiterhin stark ausgeprägt.

Tabelle 16: Muslimfeindschaft und Antiziganismus 2014–2022 (Zustimmung in %)

		2014	2016	2018	2020	2022
Muslimfeindschaft						
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.*	Ost	40,2	53,5	50,4	40,2	46,6
	West	34,6	37,3	41,7	24,2	23,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.**	Ost	33,5	50,0	54,4	55,1	42,7
	West	44,4	49,2	55,1	44,8	36,6
Antiziganismus						
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.**	Ost	58,0	61,5	60,2	44,5	54,9
	West	53,7	56,0	54,4	41,2	35,4
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.**	Ost	47,8	47,8	56,1	41,3	44,2
	West	46,2	49,3	47,0	33,8	29,7
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.**	Ost	54,2	56,8	69,0	54,1	61,6
	West	55,8	58,4	57,8	52,5	39,3

Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$, * $p < .05$

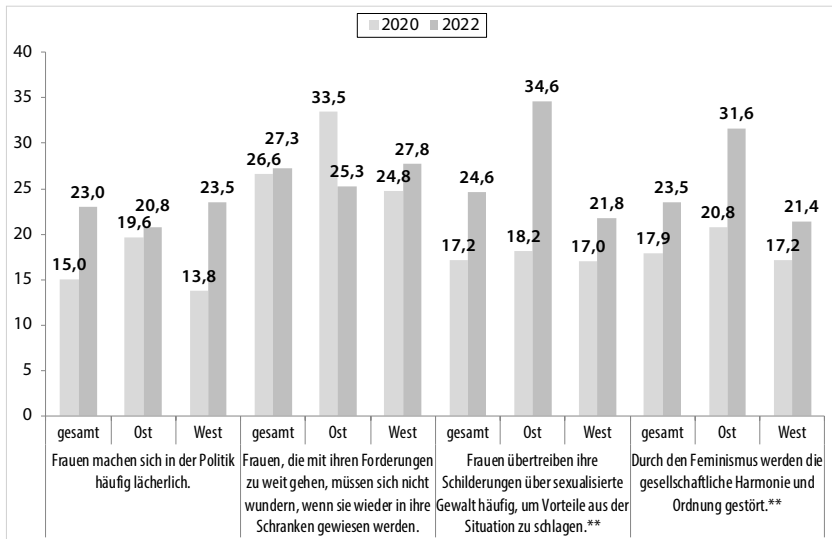
Seit 2006 erfassen wir *Sexismus* und seit 2020 auch *Antifeminismus* als wichtige Facette eines antimodernen Weltbildes. Rechtsextremismus und Autoritarismus gehen nicht selten mit der Abwertung feministischer Emanzipationsbestrebungen und Errungenschaften sowie mit stereotypen Rollenvorstellungen einher. Wie tief sexistische und antifeministische Tendenzen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verankert sind, haben wir in der LAS 2020 eingehend untersucht (Höcker et al., 2020).

Seit 2020 erfassen wir *Antifeminismus* anhand von vier Items auf einer vierstufigen Skala (von 1 = »stimme überhaupt nicht zu« bis 4 = »stimme voll und ganz zu«; Höcker et al., 2020). Im Vergleich zu dieser ersten Erhebung sind die Zustimmungswerte 2022 über alle Aussagen hinweg angestiegen (Grafik 20). Im Mittel stimmt rund ein Viertel der Befragten den

Aussagen zu, wobei im Osten deutlich häufiger die Meinung vertreten wird, dass »Frauen [...] mit ihren Schilderungen über sexualisierte Gewalt häufig [übertreiben], um Vorteile aus der Situation zu schlagen«, und dass »durch den Feminismus [...] die gesellschaftliche Harmonie und Ordnung gestört« werden. Beide Positionen werden 2022 in Ostdeutschland sogar noch deutlich häufiger geteilt als 2020. Ein Rückgang findet sich lediglich bei der Zustimmung zur Aussage, dass »Frauen, die mit ihren Forderungen zu weit gehen, [...] sich nicht wundern [müssen], wenn sie in ihre Schranken gewiesen werden«, und hier auch nur in Ostdeutschland.

Zur Erfassung *sexistischer Einstellungen* nutzen wir vier Items zu Rollenvorstellungen – zwei wurden bereits in den Befragungen 2006 und 2016 eingesetzt, zwei weitere kamen 2020 neu hinzu (Grafik 21) –, deren Grundlage ein Fragebogen aus der Studienreihe *Deutsche Zustände* ist (Endrikat, 2003). Während zwischen 2006 und 2020 eher ein Rückgang in sexistischen Einstellungen zu verzeichnen war, zeigt sich 2022 fast durchgängig eine stärkere Zustimmung zu sexistischen Aussagen. Ungefähr jeder fünfte Befragte ist der Meinung, dass sich »Frauen [...] wieder mehr auf die

Grafik 20: Zustimmungswerte zu den Items der Skala Antifeminismus nach Ost und West im Zeitvergleich (in %)

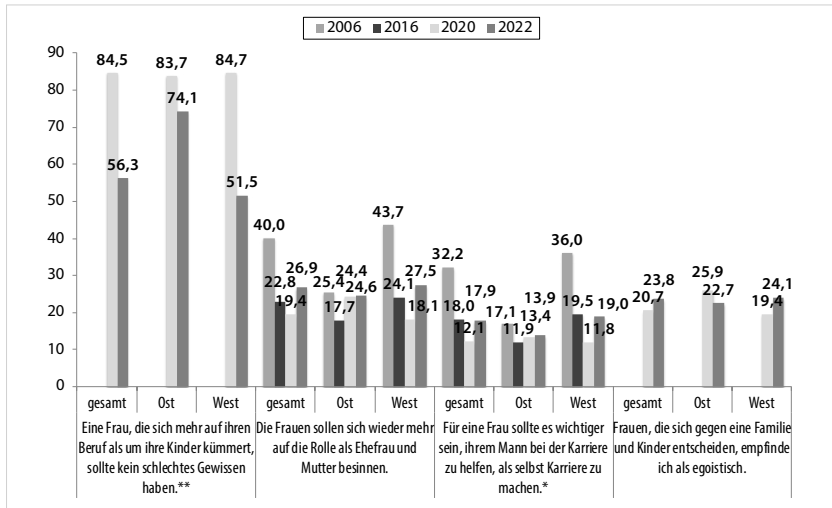


Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen« sollten, und empfindet »Frauen, die sich gegen eine Familie und Kinder entscheiden, [...] als egoistisch«. Vermutlich weil in Ostdeutschland meist eher liberalere Rollenvorstellungen vorherrschen, die häufig auf die Gleichstellungsbemühungen der DDR zurückgeführt werden, finden wir 2022 weiterhin Unterschiede zwischen Ost und West, die sich besonders stark auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehen. Für die deutsche Gesamtbevölkerung fällt vor allem die im Vergleich zu 2020 stark gesunkene Zustimmung zu der Aussage, dass Frauen kein schlechtes Gewissen haben sollten, wenn sie sich mehr auf ihren Beruf als auf ihre Kinder konzentrieren, ins Auge. Waren 2020 noch über 80 % der Befragten davon überzeugt, ist es 2022 nur noch knapp über die Hälfte. Es ist zu vermuten, dass das veränderte Meinungsbild auch auf Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Mit ihr ging durch geschlossene Institutionen der Kinderbetreuung (Kindergarten, Schule) eine Verlagerung der Betreuungsverantwortung auf die Familie – und vor allem auf Mütter – einher, während für die Eltern gleichzeitig die Notwendigkeit bestand, ihre Berufstätigkeit fortzuführen. Insgesamt lässt sich mit Blick auf die gewonnenen Daten festhalten: Die Befürwortung klassischer Familienkonstellationen, in welcher die Frau hauptsächlich als Mutter und Ehefrau gesehen wird, ist wieder stärker auf dem Vormarsch.

Diese Tendenz zeigt sich auch im Stimmungsbild hinsichtlich eines *gewaltbezogenen Männlichkeitsideals*, das wir in diesem Jahr erstmals erfasst haben (Tab. 17). Die ersten drei der unten genannten Aussagen wurden einem Fragebogen von Kalter et al. entnommen (Kalter et. al., 2017), die vierte Frage von uns entwickelt. Die Beantwortung erfolgte auf einer fünfstufigen Skala (1 = »stimmt überhaupt nicht« bis 5 = »stimmt genau«), wobei wir für die Darstellung jeweils die beiden ablehnenden und die beiden zustimmenden Antworten zusammengefasst haben. Mit einer internen Konsistenz von .76 kann die Reliabilität des Fragebogens als adäquat eingestuft werden. Zunächst lässt sich feststellen, dass die Zustimmungswerte für die einzelnen Aussagen teilweise sehr hoch ausfallen. So meint mehr als die Hälfte der Befragten, dass »ein Mann immer noch die Verantwortung als Ernährer seiner Familie« tragen sollte, »wenn es darauf ankommt«. Dabei ist die Zustimmung im Osten sogar höher als im Westen. Besonders eklatant sind die Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der Akzeptanz männlicher Gewalt: Mehr als ein Drittel der Ostdeutschen findet, dass »ein Mann

Grafik 21: Zustimmungswerte zur Skala Sexismus im Zeitvergleich (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01, *p < .05. Das erste Item ist invertiert, das heißt, dass hier niedrige Zustimmungsraten für sexistische Einstellungen stehen.

Tabelle 17: Zustimmung bzw. Ablehnung eines gewaltbezogenen Männlichkeitsideals 2022 (in %)

		Ablehnung	weder noch	Zustimmung
Ein Mann sollte bereit sein, Frau und Kinder mit Gewalt zu verteidigen.**	Gesamt	38,6	26,6	34,9
	Ost	28,4	25,8	45,9
	West	41,3	26,8	31,9
Ein Mann sollte bereit sein, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren.**	Gesamt	53,5	25,5	21,0
	Ost	34,0	29,5	36,5
	West	57,8	27,4	16,9
Wenn es darauf ankommt, hat ein Mann immer noch die Verantwortung als Ernährer seiner Familie.**	Gesamt	25,3	24,1	50,6
	Ost	14,3	22,0	63,7
	West	28,3	24,7	47,0
Männer haben einen rationaleren Blick auf Dinge als Frauen.**	Gesamt	36,0	30,1	33,9
	Ost	34,6	24,6	40,8
	West	36,4	31,6	32,1

Pearsons Chi-Quadrat zwischen Ost und West: **p < .01. Interne Konsistenz (Cronbach's Alpha) = .76

[...] bereit sein [sollte], sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren«, und 45,9 % sind überzeugt, dass »ein Mann [...] bereit sein [sollte], Frau und Kinder mit Gewalt zu verteidigen«. Dieser letzten Aussage stimmt jedoch auch fast ein Drittel der westdeutschen Befragten zu.

Vor dem Hintergrund nicht abnehmender rechtsextrem motivierter Gewalttaten haben wir in diesem Jahr erneut einen Fragebogen zur Dokumentation der *Gewaltakzeptanz* und *Gewaltbereitschaft* eingesetzt. Hierbei differenzieren wir zwischen der Bereitschaft, selbst Gewalt anzuwenden, und der Akzeptanz von Gewalt durch andere (Ulbrich-Herrmann, 1995). Die Probanden hatten die Möglichkeit, sich anhand einer vierstufigen Skala (1 = »stimmt überhaupt nicht« bis 4 = »stimmt voll und ganz«) in Bezug auf die Aussagen zu positionieren. In Tabelle 18 sind die Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft für 2022 und die Vorjahre dargestellt, wobei die zustimmenden Antwortkategorien 3 und 4 zusammengefasst wurden. Auffällig ist 2022 die deutlich höhere *Gewaltbereitschaft* unter den ostdeutschen Befragten: Jeder vierte von ihnen gibt an, in bestimmten Situationen bereit zu sein, körperliche Gewalt anzuwenden, um eigene Interessen durchzusetzen, während dies nur auf 13,5 % der Westdeutschen zutrifft. Interessanterweise verkehrt sich die Tendenz mit Blick auf die *Gewaltakzeptanz*: Jeder fünfte Westdeutsche gibt 2022 an, dass er zwar selbst keine Gewalt anwenden würde, aber es gut findet, wenn andere »ihre Fäuste sprechen lassen«, im Osten befürworten hingegen nur 14 % der Befragten Gewalt durch andere. Diese Zustimmungswerte sind überraschend. Während sich 2020 keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und

Tabelle 18: Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz 2006–2022 (in %)

		2006	2016	2018	2020	2022
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.**	Ost	12,3	20,1	15,1	8,8	24,0
	West	14,8	19,0	13,6	10,2	13,5
Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen, wenn's anders nicht mehr weitergeht.**	Ost	21,6	31,2	19,0	19,1	14,0
	West	21,1	21,6	22,2	16,2	20,2

Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ***p < .01

West fanden, treten sie 2022 umso deutlicher zutage. So ist im Osten ein starker Anstieg der eigenen Gewaltbereitschaft zu verzeichnen, im Westen stieg hingegen die Gewaltakzeptanz. Beides ist als Indikator für eine gewachsene Anspannung zu verstehen und zeigt eine unabhängig von der politischen Einstellung bestehende hohe Aggressionsbereitschaft an (vgl. Kap. 3 und 4).

Das Autoritäre Syndrom 2022 und im Zeitverlauf

Autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft sowie das Autoritäre Syndrom als individuelle Reaktion auf diese Dynamiken sind seit Beginn fester Bestandteil unserer Untersuchungsreihe und geben ihr seit 2018 auch ihren neuen Namen. Die klassische Autoritarismustheorie, wie sie von Adorno et al. (1950) entworfen wurde, betrachtet Autoritarismus als eine Persönlichkeitseigenschaft, die bereits durch frühe Sozialisationserfahrungen angelegt wird. Moderne Theorien, die sich hauptsächlich auf die sadomasochistische Dynamik des Autoritären Syndroms konzentrieren, gehen zudem davon aus, dass Autoritarismus als Verhaltensdisposition durch bestimmte Faktoren, insbesondere durch als bedrohlich wahrgenommene äußere Situationen, verstärkt werden kann (Duckitt & Fisher, 2003; Feldmann & Stenner, 1997; Oesterreich, 2005; siehe Kap. 3, 4 und 5).

Mit autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus erfassen wir drei Elemente des Autoritären Syndroms, deren Einfluss auf das Zustandekommen rechtsextremer und ethnozentrischer Einstellungen vielfach belegt wurde (Decker & Brähler, 2000; Lederer, 2000; Oesterreich, 2000; Fuchs, 2003). Diese drei Elemente erfassen erstens die Dynamik aus Unterwerfung unter gesellschaftliche und politische Autoritäten, zweitens die Abfuhr von Aggressionen durch die Verurteilung sozial abweichenden Verhaltens sowie drittens ein Festhalten an der bestehenden Ordnung (vgl. auch Altemeyer, 1981, 1988, 1996) und bilden damit die *sadomasochistische Dynamik* des Autoritären Syndroms ab (Decker et al., 2020b). *Projektivität*, die zweite Dimension in unserer Definition des Autoritären Syndroms, besteht aus den beiden Elementen Verschwörungsmentalität und Aberglaube.

Zur Erfassung der drei Elemente der sadomasochistischen Dynamik des autoritären Syndroms nutzen wir seit 2018 einen bewährten Frage-

bogen von Beierlein et al. (2014), die *Kurzskala Autoritarismus* (KSA-3; Heller et al., 2022).

Die aktuellen Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen der drei Elemente finden sich in Tabelle 18, wobei die zwei Stufen der Ablehnung und die zwei Stufen Zustimmung zusammengefasst wurden. Es zeigt sich, dass die Aussagen der *autoritären Aggression* breite Zustimmung in der Bevölkerung erfahren. Fast die Hälfte aller Befragten (47,7 %) findet, dass »Unruhestifter [...] deutlich zu spüren bekommen [sollten], dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind«, weniger als ein Viertel lehnt diese Aussage explizit ab. Auch beim *Konventionalismus* finden sich teilweise sehr hohe Zustimmungsraten. So finden 45,7 %, dass »Traditionen [...] unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden [sollten]«, und mehr als ein Drittel stimmt der Forderung zu, dass »bewährte Verhaltensweisen [...] nicht infrage gestellt werden [sollten]«. Bei den Aussagen zur *autoritären Untervürflichkeit* fallen die Zustimmungsraten niedriger aus – immerhin 27,4 %, also mehr als ein Viertel der Befragten findet jedoch, dass »wir [...] starke Führungspersonen [brauchen], damit wir in der Gesellschaft sicher leben können«.

Aus Grafik 22 wird deutlich, dass die autoritäre Aggression, also der Anteil derjenigen, die voll und ganz zustimmen, zwar seit 2016 gesunken ist, sie jedoch nach wie vor ein sehr hohes Niveau aufweist. Die grundsätzliche Bereitschaft, Gründe für die Ressentiments gegen andere zu finden, ist bei jedem zweiten Befragten zu finden. Die Verbreitung von Ressentiments und damit auch von antidemokratischen Reflexen zeigt sich hier so deutlich ausgeprägt, da diese noch nicht an ideologische Motive gebunden sind. Die politischen Inhalte, die die Aggressionen legitimieren und rationalisieren, können sich unterscheiden, und gerade in einer fragmentierten Gesellschaft werden konkrete politische Ziele immer nur von einer Teilgruppe geteilt. Weil sie das antidemokratische Potenzial in der Bevölkerung unabhängig von Ideologien und Weltanschauungen sichtbar machen, ist die Messung von grundsätzlicher Aggressionsbereitschaft und Untervürflichkeit von so großer Bedeutung. An welche ideologische Begründung sich diese Abwertungsbereitschaft haftet, ist hoch relevant, aber sekundär.

Seit 2014 haben wir lediglich drei der neun Aussagen der Kurzskala Autoritarismus (KSA-3) durchgängig in unseren Befragungen eingesetzt, weshalb die in Grafik 22 abgebildeten Zustimmungsraten auf den Aussagen 2., 5. und 8. aus Tabelle 19 beruhen. Da keine gemittelte Zustimmung

Tabelle 19: Sadomasochistische Dimensionen des autoritären Syndroms 2022 (in %)

	stimme ganz und gar nicht/ wenig zu	stimme etwas zu	stimme ziemlich/voll und ganz zu
autoritäre Aggression			
1. Gegen Außenseiter und Nichtsteuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.	34,8	30,7	34,5
2. Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	23,8	28,4	47,7
3. Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden.	34,9	33,7	31,5
autoritäre Unterwürfigkeit			
4. Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.	38,8	33,8	27,4
5. Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen.	47,9	30,3	21,8
6. Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.	49,8	32,6	17,6
Konventionalismus			
7. Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	20,7	33,6	45,7
8. Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	27,8	35,7	36,5
9. Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	34,3	37,5	28,1

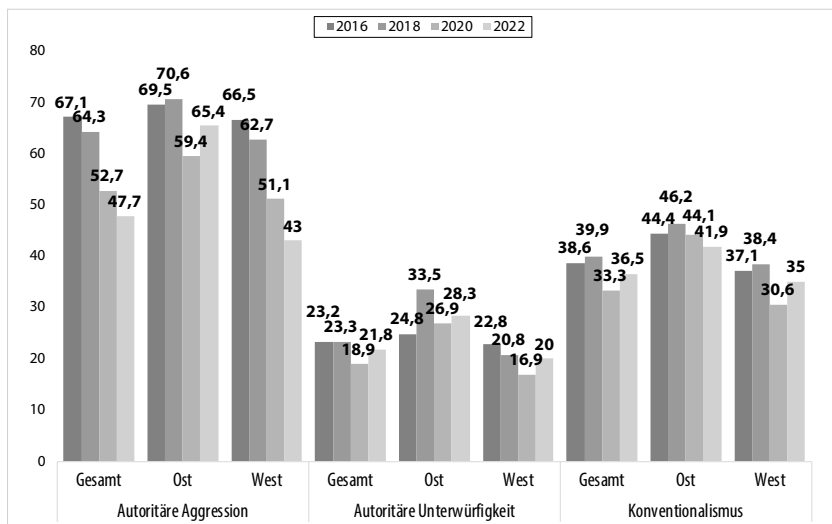
Skalierung: 1 = »stimme gar nicht zu«, 2 = »stimme wenig zu«, 3 = »stimme etwas zu«, 4 = »stimme ziemlich zu«, 5 = »stimme voll und ganz zu«

über drei Aussagen hinweg berechnet wird, ist die Zustimmung insgesamt höher, trotzdem bildet auch diese Kurzform des Autoritarismus-Fragebogens die Tendenz sehr gut ab (Heller et al., 2020b). Mit Blick auf die Zustimmung zu der Aussage, mit der wir autoritäre Aggression erfassen, zeigt sich eine interessante Divergenz zwischen den neuen und den alten

Bundesländern. Während in Westdeutschland die Zustimmungsrates 2022 im Vergleich zu 2020 noch einmal drastisch zurückgegangen ist, stieg sie in Ostdeutschland um 6 Prozentpunkte an. Dort sind mit 65,4 % fast zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass abweichendes Verhalten hart sanktioniert werden sollte. Während die manifest-rechtsextreme Einstellung insbesondere in Ostdeutschland deutlich zurückgegangen ist, nimmt in diesem Bevölkerungsteil demnach die autoritäre Aggression zu. Es ist naheliegend, dass sich diese Aggression nun in anderer Form als in klassisch rechtsextremen Äußerungen manifestiert.

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland steigen die Zustimmungswerte der Dimension *autoritäre Unterwürfigkeit* im Vergleich zu 2020 an, wobei sie im Osten stets deutlich höher liegen als im Westen. Ein Grund dafür könnte sein, dass sich der Wunsch nach starken Leitfiguren und Führungspersonen durch die Krisen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskrieges in der Ukraine intensiviert hat. Mit Blick auf die Dimension des *Konventionalismus* ist ein Anstieg in Westdeutschland

Grafik 22: Zustimmung zu drei ausgewählten Aussagen der autoritären Aggression, autoritären Unterwürfigkeit und Konventionalismus bundesweit und im Ost-West-Vergleich (in %)

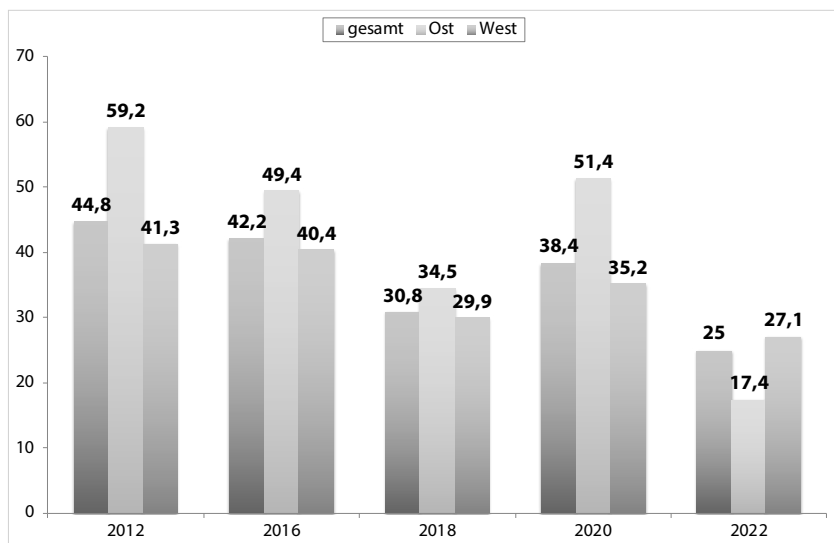


2022: Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West auf allen drei Elementen, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

und ein leichter Rückgang in Ostdeutschland zu verzeichnen. Trotzdem sind die Zustimmungsraten in den neuen Bundesländern (41,9 %) nach wie vor höher als in den alten (35 %).

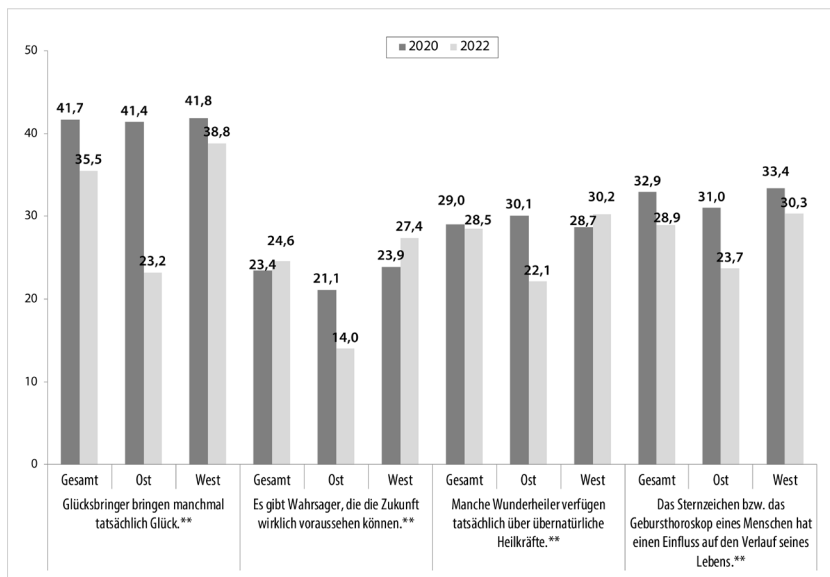
Auch in Bezug auf die Verschwörungsmentalität findet sich in Ostdeutschland ein starker Rückgang (Imhof & Decker, 2013; siehe Grafik 23). Mit diesem Begriff wird innerhalb der Sozialpsychologie das Bedürfnis nach Verschwörungserzählungen bezeichnet, also die Stärke des Wunsches nach entsprechenden Verschwörungsmythen (Moscovici, 1987; vgl. Kap. 8 und Kap. 1). Grundsätzlich handeln Menschen aus Bedürfnissen, die durch die Umgebungssituation beeinflusst werden. Auch das autoritäre Syndrom wird durch diese Motivation bestimmt, ein Rückgang auf einer oder mehreren Dimensionen zeigt Bedürfnisveränderungen an. Das Bedürfnis nach Verschwörungsnarrativen ist 2022 nach einem Anstieg im Jahr 2020 deutlich zurückgegangen. Durch die Zunahme von autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus einerseits und der Abnahme von Verschwörungsmentalität und Aberglauben (siehe Grafik 24)

Grafik 23: Manifeste Verschwörungsmentalität 2012, 2016, 2018, 2020 und 2022 über drei Items zusammengefasst (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West in den Jahren 2012, 2016, 2020 und 2022, Pearsons Chi-Quadrat: $p < .01$

Grafik 24: Manifester Aberglaube 2020 und 2022 (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$

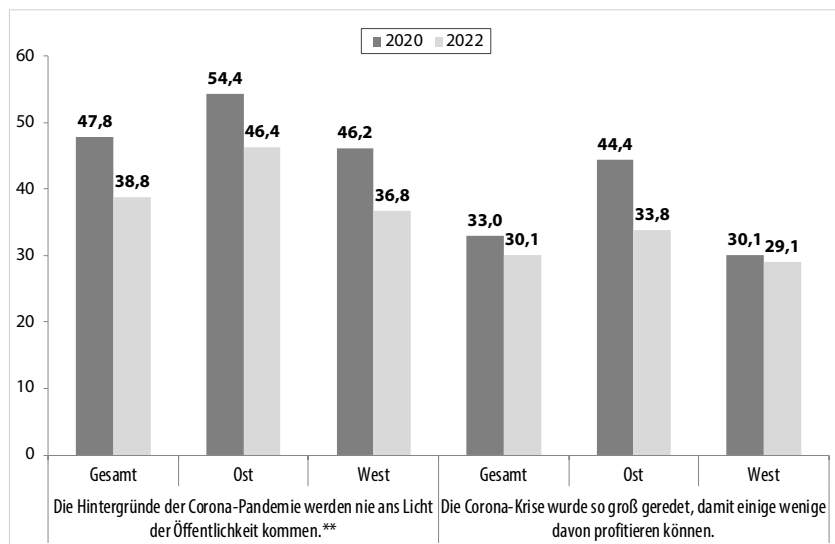
andererseits ist es seit 2020 zu einer Verschiebung im Autoritären Syndrom gekommen. Die Legierung hat sich – trotz geringerer autoritärer Aggression – zugunsten der Dimensionen des Sadomasochismus verändert. Diese Bewegung und den Zusammenhang mit den Maßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie werden wir in Kapitel 3 näher untersuchen.

Wie in der LAS 2020 kamen zudem zwei Aussagen zum Einsatz, mit denen der Glaube an COVID-bezogene Verschwörungserzählungen gemessen wurde (Grafik 25). Wir sehen auch hier einen Rückgang im Glauben an diese Narrative, allerdings ist er in Ostdeutschland nicht ganz so deutlich wie in Westdeutschland, und die Zustimmungswerte sind in den ostdeutschen Bundesländern immer noch deutlich höher.

Zum ersten Mal wurde von uns die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen gemessen, die sich auf den Klimawandel beziehen (Grafik 26). Sie fällt bei Weitem nicht so hoch aus wie die zu COVID-bezogenen Narrativen. Sehr deutlich wird aber, dass in Ostdeutschland häufiger der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel geleugnet wird: Während nur

jeder zehnte Westdeutsche diesen Zusammenhang verneint, ist es in Ostdeutschland jeder fünfte. Dass nur jeder siebte Befragte die Auswirkungen des Klimawandels für übertrieben hält, zeigt, dass die Losung »neben uns die Sintflut« nicht mehr aufrechtzuerhalten ist (Lessenich, 2016) und bei der überwältigenden Mehrheit ein Bewusstsein für die Zusammenhänge von Naturkatastrophen und gesellschaftlichen Bedingungen entstanden ist.

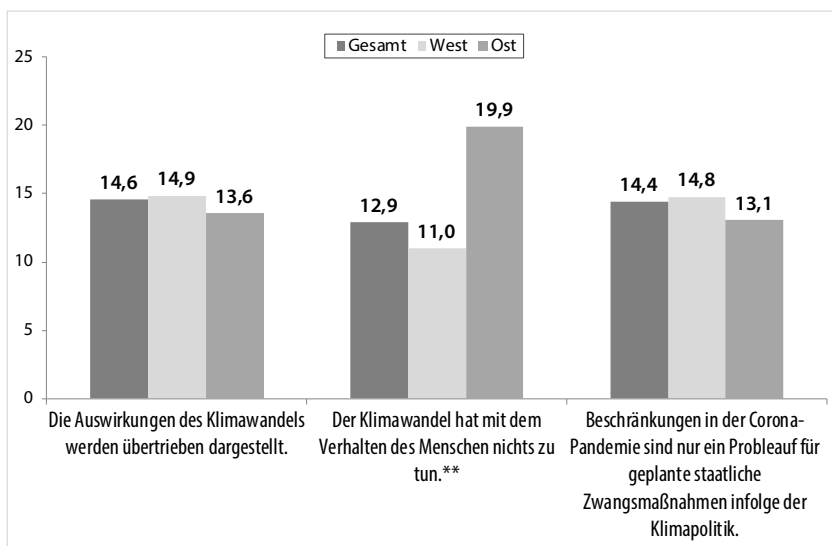
Grafik 25: Zustimmung zu COVID-bezogenen Verschwörungserzählungen (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Ost und West 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$

Abschließend betrachten wir die Verbreitung der Elemente des Autoritären Syndroms in den verschiedenen politischen Milieus und gehen damit der Frage nach, welche Potenziale für eine antidemokratische Mobilisierung auch jenseits manifester Ideologien der Ungleichwertigkeit, also jenseits rechtsextremer Einstellungen bestehen. Wie schon bei der Betrachtung des Antisemitismus greifen wir deshalb auf die politische Selbstverortung der Befragten zurück (s.o., Grafik 27). Zwar kann das Autoritäre Syndrom in unterschiedlichen Legierungen auftreten (vgl. Kap. 7), dennoch sehen wir, dass es in der Regel rechts außen am stärksten ausgeprägt ist. Allerdings sind die Unterschiede in der Zusammensetzung sehr rele-

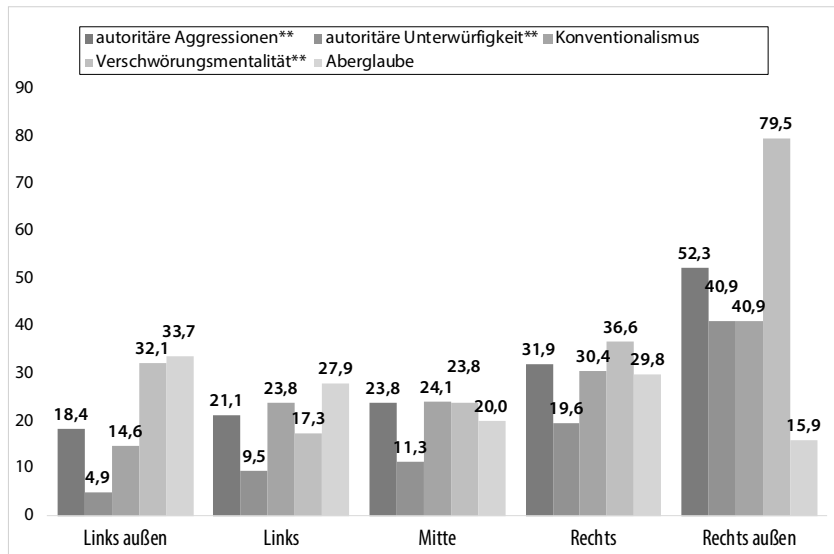
Grafik 26: Zustimmung zu Verschwörungserzählungen mit Bezug zum Klimawandel (in %)



Pearsons Chi-Quadrat zwischen Ost und West: ** $p < .01$

vant. Verschwörungsmentalität weist die größten Sprünge auf – sie ist links außen bei einem Drittel der Befragten sowie rechts außen bei drei von vier Probanden manifest, aber bei allen gleichermaßen sehr hoch präsent. Gerade weil in der Gruppe der moderaten »Linken« der kleinste Anteil festgestellt wird, ist der Kontrast zu links außen eindrucklich. Immerhin ist der Aberglaube links außen besonders stark, sodass der Charakter des Autoritären Syndroms innerhalb eines ausgeprägten linken Milieus durch die Projektivität bestimmt wird. Dass dies trotzdem nicht zu einem links geprägten Verschwörungsmilieu gegen die Corona-Maßnahmen führt, können wir anhand unserer vertiefenden Analyse in Kapitel 7 feststellen. Dort wird auch deutlich, wie stark andere Faktoren – etwa Geschlecht, aber auch allgemeine Gesellschaftsbilder – sowie die unterschiedliche Zusammensetzung des Syndroms in den politischen Milieus mit darüber entscheiden, welche antidemokratischen Mobilisierungspotenziale bestehen.

Grafik 27: Das Autoritäre Syndrom in seinen Ausprägungen nach Links-rechts-Selbsteinschätzung (in %)



Pearsons Chi-Quadrat zwischen den Gruppen: **p < .01

Fazit und Diskussion

Zentrale Ergebnisse werden wir zunächst in Stichpunkten zusammenstellen. In der anschließenden kurzen Diskussion werden neben einem ersten Fazit auch Fluchtlinien für die weitere Auswertung in den folgenden Kapiteln gezogen. Als zentrale Ergebnisse der LAS 2022 halten wir fest:

- Insgesamt ist ein Rückgang bei manifest-rechtsextremen Einstellungen im Bereich der Neo-NS-Ideologie zu verzeichnen, insbesondere im Osten.
- Die Demokratiezufriedenheit verweilt im Westen auf gleichbleibend hohem Niveau und ist im Osten sogar angestiegen. Trotzdem bleibt die Zufriedenheit mit der Verfassungsrealität weiterhin relativ niedrig, zumal die politische Deprivation auf sehr hohem Niveau angekommen ist.
- Gleichzeitig bleiben die Zustimmungswerte in den Dimensionen des Ethnozentrismus sehr hoch und steigen im Osten leicht an. Eine aggressive Fremdgruppenabwertung in Form von Ressentiments gegen

Migrantinnen und Migranten bei gleichzeitiger Aufwertung des Eigenen wird konstant als legitim wahrgenommen und ist weiterhin Scharnier zur extremen Rechten.

- Auch die latenten Zustimmungswerte der Neo-NS-Ideologie sind durchgängig hoch. Das bedeutet, dass sie nicht grundsätzlich verschwunden ist, sondern derzeit lediglich eine geringere Bedeutung zur Legitimation der autoritären Aggressionen hat.
- Bereits beim getrennt erhobenen Schuldabwehrantisemitismus zeigt sich, dass Kernelemente des antisemitischen Ressentiments nicht verschwunden sind. Aussagen dieses Inhalts werden von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt, und auch diese Zustimmung ist angestiegen.
- Die Demokratiebedrohung vor allem durch die autoritären Aggressionen gegen »Andere« wird auch durch die weiterhin hohen Zustimmungswerte zu Antiziganismus und Muslimfeindschaft verdeutlicht. Beide Ressentiments werden immer noch von einem großen Teil der Bevölkerung geteilt, und wir müssen insbesondere im Osten einen Anstieg der Zustimmungswerte verzeichnen.
- Der Anstieg des Antifeminismus und die darin zum Ausdruck kommenden aggressiven Impulse gegen Frauen schärfen das Bild einer zunehmenden Verschiebung der Demokratiebedrohung durch die erhöhte Aggressionsbereitschaft auf spezifische Gruppen in der Gesellschaft zusätzlich. Die hohe Zustimmung zu gewaltbereiten Männlichkeitsidealen fügt sich an dieser Stelle ein (vgl. Kap. 8).
- Diejenigen, die nach wie vor ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufweisen, zeigen sich noch gewaltbereiter, wählen häufiger die AfD und haben weniger Vertrauen in Verfassungsinstitutionen als noch 2020. Ein kleiner Teil der Bevölkerung hält also an rechtsextremen Einstellungen fest, und es gibt eine deutliche Tendenz zur Radikalisierung.
- Während die Wahlbereitschaft im Allgemeinen zugenommen hat, ist das Wählerpotenzial der AfD unter den Unentschiedenen weitestgehend ausgeschöpft.
- Verschwörungsmentalität hat in der Breite der Bevölkerung an Relevanz verloren.
- Die Legierung des Autoritären Syndroms hat sich verändert: Kamen in der Erhebung 2020 noch stärker Verschwörungsmentalität und Aberglaube zum Tragen, ist gegenwärtig wieder ein Anstieg der autoritären Unterwürfigkeit und des Konventionalismus zu verzeichnen. Autori-

täre Aggressionen gehen zwar zurück, finden sich aber immer noch bei fast jedem zweiten Befragten.

Die Befunde zeigen eines deutlich an: Rechtsextremismus ist zur Zeit nur in Teilen dazu geeignet, die autoritären Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Inwiefern diese Entwicklung mit aktuellen Herausforderungen durch Krieg und Pandemie zusammenhängt, die mit der Stärkung der Exekutive auch eine autoritäre Position in der Gesellschaft gestärkt hat, wird noch analysiert. So konnten staatliche Institutionen offenbar die autoritären Bedürfnisse vor dem Hintergrund der Krisen der letzten Jahre teilweise befriedigen. Das zeigt sich auch an der anhaltenden (bzw. im Osten sogar angestiegenen) Zufriedenheit mit der Demokratie. Die demokratischen Strukturen können – gerade wegen der Betonung von Expertenwissen – gleichzeitig deliberative und autoritäre Bedürfnisse bedienen.

Der Rückgang einer einheitlichen rechtsextremen Ideologie hängt auch mit der Fragmentierung des autoritären Milieus in Zeiten des aus unterschiedlichen Quellen stammenden Bedrohungserlebens zusammen. In Bezug auf die COVID-19-Pandemie konnten etwa autoritär-submissive Wünsche durch eine strikte Einhaltung der Maßnahmen ausgelebt werden, während autoritär-aggressive Regungen gegen Ungeimpfte gerichtet wurden. Auf der Gegenseite finden sich dann projektiv-autoritäre Aggressionen, ein autoritäres Syndrom, das als scheinbare Rebellion gegen eine Autorität in Erscheinung tritt (siehe auch Kap. 3).

Die Krisenwahrnehmung löste eine Zeit der Exekutive aus und – im Kontrast zu den in Russland sichtbar hervortretenden Konsequenzen eines autokratischen Systems – eine Zufriedenheit mit dem politischen System. Gleichzeitig ist aber die politische Deprivation so hoch wie bisher selten, und das Ventil für die weiter bestehenden Ressentiments wird wieder stärker in bestimmten Gruppen gefunden (Muslime, Migranten, Sinti und Roma, Frauen, Juden). An dieser Stelle kann im Vorgriff auf das Kapitel 3 auch schon darauf hingewiesen werden, dass zur Befriedigung dieser generellen Aggressionsbereitschaft auch neue Gruppen identifiziert wurden.

Auch vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine lässt sich argumentieren, dass die Demokratie in weiten Teilen der Bevölkerung als etwas Schützenswertes erkannt wurde. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die Kriegssituation mit einer Rationalisierung der Aggres-

sionen und einer klaren Unterteilung der Welt eben jene Bedürfnisse auch befriedigt (siehe Kap. 4). In den Männlichkeitsnormen und im Antifeminismus zeigt sich zudem die Bedeutung von heroischen Vorstellungen, die entlang von Geschlechterbildern reaktiviert werden (vgl. Kap. 13). Durch Krieg und Pandemie treten in der Wahrnehmung der Menschen auch komplexere Herausforderungen in ihrer Relevanz zurück (vgl. Kap. 11). Aus der autoritären Dynamik resultierende autoritäre Wünsche werden demnach nicht mehr primär in Form manifest-rechtsextremer Einstellungen geäußert; das Objekt und die Möglichkeiten zur Befriedigung dieser Wünsche haben sich vielmehr verschoben und ausdifferenziert.

Literatur

- Adorno, T. W. (1954). *Minima Moralia*. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften, Bd. 4*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Altemeyer, B. (1981). *Right-wing authoritarianism*. Winnipeg: University of Manitoba Press.
- Altemeyer, B. (1988). *Enemies of freedom: Understanding right-wing authoritarianism*. San Francisco, CA: Jossey-Bass.
- Altemeyer, B. (1996). *The Authoritarian Specter*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). Die Kurzsкала Autoritarismus (KSA-3): ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-426711> (08.08.2022).
- Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38, 223–246.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–63). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2000). Antisemitismus und Autoritarismus im vereinten Deutschland. *Psychosozial*, 24, 31–51.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O. & Celik, K. (2019). Antisemitismus in der Berliner Bevölkerung. In G. Pickel, K. Reimer-Gordinskaya & O. Decker (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie* (S. 50–67). Springer: zu Klampen.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197–212). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020a). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.),

- Alte Ressentiments – Neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 27–87). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C. & Brähler, E. (2020b). Das autoritäre Syndrom: Dimension und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Alte Ressentiments – Neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Duckitt, J. & Fisher, K. (2003). The impact of social threat on worldview and ideological attitudes. *Political Psychology*, 24(1), 199–222. DOI: 10.1111/0162-895X.00322.
- Endrikat, K. (2003). Ganz normaler Sexismus. Reizende Einschnürung in ein Rollenkorsett. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände – Folge 2* (S. 120–144). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Feldman, S. & Stenner, K. (1997). Perceived threat and authoritarianism. *Political Psychology*, 18(4), 741–770. DOI: 10.1111/0162-895X.00077.
- Fuchs, M. (2003). Rechtsextremismus von Jugendlichen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 55, 654–678.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heller, A., Decker, O. & Brähler, E. (2020a). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In A. Heller, O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.
- Heller, A., Decker, O., Schmalbach, B., Beutel, M., Fegert, J. M., Brähler, E. & Zenger, M. (2020b). Detecting Authoritarianism Efficiently: Psychometric Properties of the Screening Instrument Authoritarianism – Ultra Short (A-US) in a German Representative Sample. *Frontiers in Psychology*, 11. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2020.533863>.
- Heller, A., Tibubos, A. N., Beutel, M. & Brähler, E. (2020c). *Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel*. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Heller, A., Decker, O., Clemens, V., Fegert, J. M., Heiner, S., Brähler, E. & Schmidt, P. (2022). Changes in authoritarianism before and during the COVID-19 pandemic: Comparisons of latent means across East and West Germany, gender, age, and education. *Frontiers in Psychology*, 13(941466). DOI: 10.3389/fpsyg.2022.941466.
- Heyder, A. & Decker, O. (2011). Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In A. Langenohl & J. Schraten (Hrsg.), *(Un-)Gleichzeitigkeiten: Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert* (S. 189–222). Marburg: Metropolis.
- Höcker, C., Pickel, G., & Decker, O. (2020). Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Alte Ressentiments – Neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Holz, K. (2001). *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146–162). Gießen: Psychosozial.
- Kalter, F., Heath, A. F., Hewstone, M., Jonsson, J. O., Kalmijn, M., Kogan, I. & van Tubergen, F. (2017). Children of Immigrants Longitudinal Survey in Four European Countries (CILS4EU) – Vollversion. Datenbestand zur on-site Nutzung. *GESIS Datenarchiv, Köln*. ZA5353 Datenfile Version 3.3.0. <https://doi.org/10.4232/cils4eu.5353.3.3.0>.

- Kiess, J. (2011). Rechtsextrem – extremistisch – demokratisch? In Forum für kritische Rechts-extremismusforschung (Hrsg.), *Ordnung. Macht. Extremismus* (S. 240–260). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kiess, J. & Decker, O. (2010). Der Rechtsextremismusbegriff – Einführung und Problemanzeige. In O. Decker, J. Kiess, M. Weißmann & E. Brähler (Hrsg.), *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland* (S. 11–20). Springe: zu Klampen (2012).
- Kiess, J., Decker, O., Heller, A. & Brähler, E. (2020): Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbilds. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 211–248). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, J. & Schmidt, A. (2020). Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Alte Ressentiments – Neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 119–147). Gießen: Psychosozial.
- Lederer, G. (2000). Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit im deutsch-deutschen Vergleich. Ein Land mit zwei Sozialisationskulturen. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 199–214). Opladen: Buderich.
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München: Hanser Berlin.
- Moscovici, S. (1987). The conspiracy mentality. In C. F. Graumann & S. Moscovici (Hrsg.), *Changing conceptions of conspiracy* (S. 151–169). New York: Springer.
- Oesterreich, D. (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus: Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In S. Rippl, Chr. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69–92). Opladen: Leske + Buderich.
- Oesterreich, D. (2005). Flight into security: A new approach and measure of the authoritarian personality. *Political Psychology*, 26(2), 275–297. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2005.00418.x
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2011). *When groups meet: The dynamics of intergroup contact*. Philadelphia, PA: Psychology Press.
- Stöss, R. (2007). *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Tanis, Kerstin (2021): *Muslimisches Leben in Deutschland* (2020). Fact Sheet zur regionalen Verteilung muslimischer Religionsangehöriger mit Migrationshintergrund aus einem muslimisch geprägten Herkunftsland nach Bundesland. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/Kurzberichte/fb38-muslimisches-leben-factsheet.pdf> (15.09.2022).
- Ulbrich-Herrmann, M. (1995). Zur Verbreitung von gewaltbefürwortenden Einstellungen und Gewaltverhalten. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus* (S. 127–141). Weinheim: Juventa.
- Weiß, V. (2017). *Die autoritäre Revolte: die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.

3. Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie

Ein sozialpsychologischer und medizinsoziologischer
Blick auf die gegenwärtigen Herausforderungen

*Oliver Decker, Fiona Kalkstein, Julia Schuler, Kazim Celik,
Elmar Brähler, Vera Clemens & Jörg M. Fegert*

Einleitung

Am 7. April 2022 – zwei Wochen, bevor wir mit den Fragebögen für die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (LAS 2022) ins Feld gingen – scheiterten im Bundestag alle Anträge zur Einführung einer Impfpflicht. In dieser Frage vom Fraktionszwang befreit, konnten sich die Abgeordneten nicht mehrheitlich auf einen der Anträge verständigen – ein für den parlamentarischen Betrieb in Deutschland bemerkenswerter Vorgang. Sowohl Gesetzesinitiativen für als auch gegen eine Impfpflicht fielen bei den Parlamentariern durch. Selbst die Beschlussvorlage, erst im Herbst über eine Impfpflicht zu entscheiden, überzeugte nicht. Der zuvor in der Öffentlichkeit lange debattierte und vom Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) präferierte Vorschlag einer allgemeinen Impfpflicht wurde erst gar nicht eingebracht, zu sehr befürchtete die Regierung, dass die Initiative auch bei den eigenen Abgeordneten durchfällt (Tagesschau, 07.04.2022). Dass selbst der Antrag für eine Impfpflicht ab dem Alter von 60 Jahren sich nicht behaupten konnte, zeigt, dass diese Sorge nicht unbegründet war.

Wir wollen keinesfalls in eine Parlamentsschelte einstimmen, wie sie in Deutschland gerne geübt wird, wenn der Bundestag zur Arena einer demokratischen Aushandlung wird. Man kann sogar mit einigem Recht

sagen, dass die Debatte um die Impfpflicht sichtbares Zeugnis eines weiterhin funktionierenden demokratischen Prozesses ist. Unser Interesse bezieht sich auf einen anderen Aspekt. Denn auch wenn die Einführung einer Impfpflicht scheiterte, so war der Versuch, sie zu implementieren, nicht allein dem Wunsch geschuldet, der Pandemie etwas entgegenzusetzen zu können. Auf diesem Weg sollte nicht zuletzt auch ein *Gefühl von Kontrolle und Handlungsfähigkeit* im Angesicht einer Pandemie und einer damit verbundenen Vielzahl von Herausforderungen, welche die Öffentlichkeit seit Jahren beschäftigen und noch über lange Zeit beschäftigen werden, erzeugt werden. Um diesen und ähnlichen Herausforderungen zu begegnen, braucht es zwar fundierte Reaktionsmöglichkeiten, doch oft genug wird das so dringende Bedürfnis nach Handlungsfähigkeit mit Gruppenidentifikation, Personifizierung und Kurzschlusshandlungen befriedigt. Auch wenn wir versuchen, Situationen, die unsere Handlungsmöglichkeiten übersteigen, zu vermeiden, gibt es sie im Alltag immer wieder, und sie führen zu Erfahrungen von Hilflosigkeit und Kontrollverlust. Diese sind wiederum schwerer auszuhalten als zum Beispiel die Wut auf andere, die wir glauben für die Misere verantwortlich machen zu können. Psychoanalytisch gesprochen droht in einem solchen Fall der Abwehr von Angst und Handlungsverlust eine Regression (Mentzos, 1990). Anstelle reifer psychischer Konfliktbearbeitung wird auf entwicklungspsychologisch vorgängige Möglichkeiten zurückgegriffen: Projektion oder Spaltung zum Beispiel. Solcherlei Abwehrreaktionen existieren dabei nicht allein beim Individuum, vielmehr können auch Gruppen »regredieren« (Jacques, 1953; Brunner, 2018), wobei die Abwehr von Ohnmachtserfahrung und das geteilte Bedürfnis nach Kontrolle und Handlungsfähigkeit dadurch erreicht werden, dass die Situation gemeinsam verleugnet wird. Sowohl die Aussage »Es existiert keine Pandemie« einerseits als auch die Suche nach scheinbar Schuldigen andererseits können deshalb als regressive Handlungsfähigkeit verstanden werden. Durch diese Regression wird zwar das Ziel der Abwehr und der Bedürfnisbefriedigung erreicht, jedoch geschieht das auf Kosten der Realitätswahrnehmung.

Ob und in welcher Form auch während der Pandemie diese regressive Handlungsfähigkeit zu beobachten war, muss dringend einer Analyse unterzogen werden. In diesem Kapitel werden deshalb nicht die politischen Entscheidungen untersucht, sondern die psychosozialen Dynamiken in der Gesundheitskrise. Weil eine solche Untersuchung nicht ohne ein Verständ-

nis des institutionellen und staatlichen Rahmens auskommt, tritt zur sozialpsychologischen auch eine medizinsoziologische Perspektive.

In der aktuellen Leipziger Autoritarismus Studie nehmen wir die Haltung zur Impfung in den Blick. Der Konflikt um das Impfen ist von größter gesellschaftlicher und politischer Brisanz. Auch wenn sich der aktuelle Fokus der gesellschaftlichen Debatte angesichts des russischen Krieges in der Ukraine sowie steigender Öl-, Gas- und Lebensmittelpreise verschoben haben mag (COSMO, 2022b), polarisiert die Impffrage doch bis heute. Als Untersuchungsreihe zur politischen Einstellung interessiert uns in dieser Hinsicht, welche Motive sich mit dem Impfen, welche sich mit der Impfgegnerschaft verbinden und wie sich dieses drängende Thema mit anderen politischen Vorstellungen verknüpft. Wie immer in unserer Studienreihe soll dabei die individuelle Einstellung der Befragten Auskunft über die Gesellschaft und damit über die demokratische Resilienz unter Bedingungen einer verstärkten Krisenwahrnehmung geben.

Die Corona-Proteste

Parallel zu den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie hat sich eine Protestbewegung entwickelt, die sich zunächst gegen die Pflicht zum Tragen einer Maske und schließlich – nachdem die Vakzine auf den Markt kamen – gegen die Impfempfehlung mit neu entwickelten Impfstoffen bzw. die Testpflicht für Ungeimpfte richtete. Der Protest war an der Oberfläche getragen von der Verteidigung individueller Freiheiten gegen die staatlichen Eingriffe vor dem Hintergrund der Pandemie. Unter der Erscheinungsebene fand die Forschung jedoch schon früh sehr unterschiedliche Motivationen: Während die Protestbewegung in Westdeutschland von »esoterischen, diffusen und verschwörungsgläubigen« Protagonisten getragen werde (Quent & Richter, 2021, S. 292), sei sie in Ostdeutschland stärker von protesterfahrenen Neonazis und der rechts-extremen AfD bestimmt (Frei & Nachtwey, 2021). Auch wenn diese Unterteilung zwischen Ost und West relativ schematisch erscheint, gibt diese Beobachtung einen deutlichen Hinweis auf unterschiedliche autoritäre Dynamiken, wie sie von uns beschrieben wurden (Decker et al., 2020): Sie schwanken zwischen projektiver Verleugnung und autoritären Aggressionen (vgl. Kap. 7).

Das Mobilisierungspotenzial der Protestbewegung schien wiederum überwiegend bei Menschen zu liegen, die sich selbst in der politischen Mitte verorten (Grande et al., 2021). Neben allen möglichen Differenzen sei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Proteste gemeinsam, »dass es sich mehrheitlich um gebildete Angehörige der Mittelschicht handelt« (Nachtwey et al., 2020, S. 51; Brunner et al., 2021). Der Idee, dass diese gesellschaftliche »Mitte« ein Ort des Maßes und der Mäßigung sei – diesem in Deutschland so beliebten Mitte-Mythos (Decker & Türcke, 2016) –, schieben Frei und Nachtwey durch ihre Forschungsergebnisse jedoch einen Riegel vor. Vielmehr würden in der Protestbewegung Esoterik und Anthroposophie eine »nicht zu unterschätzende Rolle« spielen und unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern »eine Anlage zum verschwörungstheoretischen Denken« sowie »eine relative Neigung zum Antisemitismus« bestehen (Frei et al., 2021, S. 252; vgl. Nachtwey et al., 2020; Reuband, 2022). Die oben beschriebene Mischung aus Realitätsverleugnung und Aggression als Erfahrung regressiver Handlungsfähigkeit war also das Motiv, welches die Demonstranten verband. So war es denn auch kein Grund zur Entwarnung, als deutlich wurde, dass das Mobilisierungspotenzial der Bewegung relativ stabil bei ca. 10 % lag (Grande et al., 2021): Im gesamten Bundesgebiet – ob in Leipzig, Reutlingen oder Schweinfurt – eskalierten die Demonstrationen im Verlauf der Pandemie zunehmend und es kam zu massiven Ausschreitungen und Gewalt (Deutschlandfunk, 2021). Die Befürchtung, dass sich hier ein radikalisiertes Potenzial aufbaut, welches sich auch jenseits von Demonstrationen entladen kann, wurde im September 2021 traurige Realität, als ein Mann den jungen Mitarbeiter einer Tankstelle in Idar-Oberstein, Alexander W., erschoss. Der Mitarbeiter hatte den Mann dazu aufgefordert, eine Maske zu tragen. Kurz darauf kamen Informationen an die Öffentlichkeit, dass der Täter sich aktiv an Telegram-Chats aus dem Milieu von Corona-Leugnern beteiligte, dort Verschwörungsideologien anhing und Gewaltfantasien äußerte (Litschko, 2022). Er sei bekennender Querdenker gewesen und äußerte in den sozialen Medien Sympathien für die rechtsextreme AfD (Hermann, 2021). Es liegt auf der Hand, dass die Tat nicht repräsentativ für die Proteste ist, doch zeigt sie zum einen, wohin das Radikalisierungspotenzial führen kann, sowie zum anderen, dass es »eindeutig rechts« zu verorten ist (Grande et al., 2021, S. 26; vgl. Kap. 8 in diesem Buch).

Diese Beobachtungen führen uns zur Untersuchung der psychosozialen Dynamik während der Pandemie samt der autoritären Reaktionen. Allerdings ist eine solche Untersuchung nicht nur mit Blick auf die COVID-19-Pandemie von großer Bedeutung. Man könnte sagen: Sie ist ein Rückblick auf das Kommende (Türcke, 1998). So wollen wir nicht zuletzt Auskunft über die Resilienz der Gesellschaft bekommen, gibt doch die Reaktion auf die Pandemie ein Beispiel für die Wahrnehmung von und den Umgang mit Krisen und gesellschaftlichen Herausforderungen im globalen Maßstab. Die derzeit noch kaum absehbaren Folgen des russischen Krieges in der Ukraine sowie die Folgen des Klimawandels zeichnen sich bereits als solche nächsten Herausforderungen ab. Umso relevanter bleibt es zu verstehen, wie die Menschen mit den affektiven Begleiterscheinungen Angst, Ungewissheit und Ohnmacht, die solche Krisen zwangsläufig mit sich bringen, umgehen. Denn obwohl es in krisenhaften Zeiten auf Solidarität und reflexive Handlungsfähigkeit ankommt und auch ein gesteigertes Bedürfnis danach besteht, sind genau diese Verhaltensweisen in solchen Momenten nicht in Sicht (Fritsche et al., 2017).

Die Diskussion um die Impfung als Motiv der Polarisierung

Der Einfluss von Kontrollverlust und Bedrohungserleben auf Intergruppenkonflikte ist gut dokumentiert: Insbesondere autoritäre Orientierungen nehmen zu und autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft steigern sich (Fritsche et al., 2011; Fritsche et al., 2013). Wir gehen davon aus, dass der gesellschaftliche Konflikt, der sich um das Impfen entfacht hat, sowie die individuelle Impfbereitschaft nicht nur rationale Aspekte enthalten, sondern auch unterschiedliche unbewusste, verdrängte, emotionale Verarbeitungsweisen der ungewissen und beängstigenden Situation zum Ausdruck bringen.

Nicht all diejenigen, die sich nicht impfen lassen, stehen den Corona-Maßnahmen allgemein skeptisch gegenüber, leugnen die Pandemie oder befürworten den Protest. So viel über die Protestbewegung mittlerweile bekannt ist, so wenig weiß man über die heterogene Gruppe der Ungeimpften. Die Impfquote auf Bundesländerebene korreliert zwar mit der Wahl der AfD (Reuband, 2022), und die Inzidenzen steigen dort an, wo rechtsextreme Parteien erfolgreich sind (Richter et al., 2021), doch sollten diese Ergebnisse nicht missinterpretiert werden: Dass die Impfquote nied-

rig und die Inzidenzen hoch sind, wo extrem rechte Parteien Erfolge verbuchen können, bedeutet nicht, dass Ungeimpfte extrem rechts wählen. Auf Individualebene können noch keine Aussagen getroffen werden. Richter et al. (ebd.) interpretieren ihre Ergebnisse vielmehr so, dass die Menschen dort, wo extrem rechte Parteien Wahlerfolge erzielen, generell weniger Vertrauen in den Staat und seine Institutionen haben sowie bei der lokalen Bevölkerung eine größere Unzufriedenheit mit der Demokratie vorherrscht. In Untersuchungen auf Individualebene finden sich Hinweise, die diesen grundlegenden Vertrauensmangel bestätigen (COSMO, 2022a; Grande et al., 2021; Haug et al., 2021). Als sozialpsychologische Einflussfaktoren sind also bisher allein Verschwörungsmentalität sowie interpersonelles Vertrauen bekannt (Geiger et al., 2021; Hettich et al., 2021; Janssens et al., 2021; Haug et al., 2022), und die Motive der ungeimpften Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere die Verbindung der Impfentscheidung mit der psychosozialen Dynamik während der Pandemie bilden nach wie vor Desiderate der Forschung. Zwar ist vor allem aus Befragungen von Angehörigen im Gesundheitssystem bekannt, dass es sich bei den Geimpften in der Regel um Menschen mit einem höheren sozioökonomischen Status handelt, hohes Alter einen positiven Einfluss auf die Impfbereitschaft hatte, Männer häufiger bereit waren, sich impfen zu lassen, und Migranten Impfungen eher ablehnten, doch zeigt dies nur einmal mehr, dass die individuelle Impfentscheidung, ob nun für oder gegen eine Impfung, sehr unterschiedlich motiviert ist.

Für uns und das Verständnis der sozialen Dynamik während der Pandemie ist entsprechend nicht nur die Einstellung der Ungeimpften interessant, sondern auch die derjenigen, die sich haben impfen lassen. Was führt zur Impfung, welche Motive verbinden sich mit der Impfbereitschaft? Selten wurden bisher die politischen Einstellungen untersucht, selten ihre Motivation, die Wahrnehmung der Pandemie und die eigene politische Positionierung in beiden Gruppen sowie im Verhältnis zueinander.

Medizinsoziologische Überlegungen zu Autorität und Gesundheit

Der eingangs in Erinnerung gerufenen Plenarsitzung zur Impfpflicht ging eine lange gesellschaftliche Debatte voraus, die in den Medien, der Bevöl-

kerung und auf der Straße ausgetragen wurde. In der deutschen Gesellschaft war die Haltung zur Einführung einer Impfpflicht nicht nur kontrovers, die Frage polarisierte (Richter et al., 2022). Manche repräsentative Untersuchung sah zwar eine Mehrheit für ihre Einführung (ebd.), doch die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern hatten sich nachhaltig verhärtet. Mit der individuellen Haltung zur Impfung rückte auch die präventive Medizin und damit das Gesundheitssystem in den Mittelpunkt des politischen Geschehens. Selten wurde jedoch die gesellschaftliche Funktion, die die Medizin schon im Normalbetrieb hat, in den Blick genommen. Dabei ist die moderne Medizin eine vergesellschaftende Instanz ersten Ranges.

Beide Voraussetzungen des Gesundheitsverhaltens – Gesundheitspolitik und individuelle Motive – liegen auf den ersten Blick weit auseinander. Tatsächlich sind sie aber – das galt bereits vor und erst recht während der Pandemie – sehr eng verzahnt, und die Funktionsweise ihrer Verbindung sollte zumindest in groben Zügen gekannt werden, wenn man die soziale Dynamik während der Pandemie verstehen will. Die Medizinsoziologie, eine Soziologie der Medizin, kann dabei helfen, dieses Verständnis zu entwickeln.

Obwohl zu Beginn der Pandemie vor allem sichtbar wurde, dass das Gesundheitssystem über Jahrzehnte durch Kostendeckelung und Strukturabbau an seine Grenzen gebracht worden war, waren doch nicht nur die medizinischen, sondern gerade auch die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu Beginn der Pandemie eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Durch entsprechende politische Entscheidungen wurden die Entwicklung, Zulassung und Produktion von Impfstoffen gegen COVID-19 möglich (Kuchinke, 2021). Dass nach dieser Phase allerdings im Herbst 2021 trotz eines Überschusses an Vakzinen nur ein unzureichender Anteil der Bevölkerung als grundimmunisiert galt, führte zu den oben beschriebenen, intensiven Debatten.

Um die Bevölkerung mit dem Impfstoff zu versorgen, setzte die Exekutive auf eigens eingerichtete Impfzentren. Die »sprechende Medizin«, die durch jahrelange persönliche Beziehung mit Vertrauensvorschuss ausgestatteten Hausärzte, war anfänglich nicht in die Impfkampagne eingebunden. Doch statt einer Kritik an den Versorgungsstrukturen rückte schnell eine andere Auseinandersetzung in den Mittelpunkt der Debatte: Mit den sogenannten »Impfverweigerern« wurde das individuelle Verhalten

Einzelner als Ursache für das drohende Scheitern der Präventionsstrategie ausgemacht. Eine sogenannte »Herdenimmunität«, so war die Befürchtung, könne durch die geringe Zahl an Impfungen nicht erreicht werden.

Mit heutigem Kenntnisstand können wir allerdings davon ausgehen, dass bereits zum Jahreswechsel 2021/2022 mehr Menschen grundimmunisiert waren, als die damals vom Robert Koch-Institut (RKI) veröffentlichte Impfquote (74,2 %; RKI, 2021) vermuten ließ. Dieses Ergebnis stellte ein Forschungsprojekt des RKI in Zusammenarbeit mit dem Sozio-oekonomischen Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Sommer 2022 vor (DIW & RKI, 2022). Im Rahmen der repräsentativen Studie wurden mehr als 11.000 Personen befragt und auf IgG-Antikörper gegen das COVID-19-Virus getestet. Bei 92 % von ihnen ließen sich IgG-Antikörper gegen das COVID-19-Virus feststellen. Diese Menschen waren mindestens zweimal mit dem COVID-19-Erreger in Kontakt gekommen, Impfungen und Erkrankung eingerechnet. Zwei Drittel der Studienteilnehmer hatten zu diesem Zeitpunkt sogar dreimal Kontakt mit dem Genmaterial des Virus, also zum Beispiel zwei Impfungen und eine Erkrankung.

Im Kontrast zu diesen Zahlen sticht rückblickend der öffentliche Diskurs besonders ins Auge, drehte er sich doch häufig um vermeintlich persönliches Fehlverhalten, dessen Ahndung oder Kontrolle eine Lösung der angespannten Lage bringen sollte. So war 2021 die Wahrnehmung der Pandemie und des damals sprunghaften Anstiegs der COVID-19-Infektionen sehr stark durch die stagnierende Zahl der Geimpften geprägt. Ein erneuter Lockdown war absehbar und die vermeintlich Schuldigen waren schnell ausgemacht: die Ungeimpften. Begünstigt wurde diese Betrachtungsweise durch die stark von Verschwörungsmythen beeinflusste und teilweise von extrem Rechten angeführte Protestbewegung, die sich gegen jede präventive Maßnahme stellte und die Debatte prägte. Doch müssen wir im Rückblick feststellen, dass diese Wut auf die Ungeimpften weniger von der Realität gestützt war als von einem Bedürfnis nach Handlungsfähigkeit, das sich in der Personifizierung des Problems in einer gesellschaftlichen Gruppe äußerte.

Um diese soziale Dynamik zu verstehen, ist es hilfreich, die Forschung des Sozialtheoretikers und Medizinhistorikers Michel Foucault zu kennen. Der Untersuchungsgegenstand seines Werkes *Überwachen und Strafen* (Foucault, 1975) war die enge Verbindung von Medizin und Verwaltung bei der

Durchsetzung einer instrumentellen Rationalität. Nur weil etwas aus Sicht der Medizin und Gesundheitspolitik wünschenswert und rational ist, handeln Menschen nicht nach diesen Erkenntnissen. Was muss hinzutreten, dass Bürgerinnen und Bürger ihr Leben nach Maximen ausrichten? Die pure Einsicht ist es jedenfalls nicht, wenn Menschen aus eigener Motivation so handeln wollen, wie sie aus Sicht der Gesundheitspolitik sollen.

Exemplarisch untersucht hat Foucault die Übernahme der Rationalität am Beispiel des Reglements für eine von einer Seuche betroffenen Stadt am Ende des 17. Jahrhunderts: Vorgesehen war eine zentrale Verwaltung, die zu jeder Zeit den Aufenthaltsort und den Gesundheitszustand der einzelnen Bewohner erfasste. Dieses »Sichtbarkeitsregime«, dem alle Bewohner, ob krank oder gesund, während des Seuchenzuges unterworfen wurden, half die Seuche einzudämmen und zu bekämpfen. Aber nicht wegen dieser Wirkung interessiert sich Foucault für das erste Auftreten des »gläsernen Bürgers«, vielmehr markiert dieses »Sichtbarkeitsregime« einen Übergang in der obrigkeitlichen Kontrolle. Während das Reglement zu Seuchenzeiten zwar auf Sichtbarmachung der Krankheit setze, so fand die Kontrolle in diesem Fall noch von außen statt. Viel effektiver, so Foucaults analytischer Clou, ist es jedoch, wenn die Individuen selbst diese Kontrolle übernehmen. Erreicht wird ein solches Verhalten durch eine beständige, individuelle Sichtbarkeit, die durch ein Arrangement ermöglicht wird, das Foucault in Anlehnung an den Philosophen Jeremy Bentham »Panoptikum« nennt. Er sah darin das Modell moderner Verwaltung – nicht mehr nur begrenzt auf eine Stadt oder einen bestimmten Moment, sondern als grundsätzliches Organisationsprinzip moderner Gesellschaften. Wenn potenziell das Verhalten jedes Einzelnen immer sichtbar ist, aber der Zeitpunkt der Sichtbarkeit nicht durch ihn kontrolliert werden kann, dann führt das zu einer Übernahme der Kontrolle durch die Individuen selbst: Sie prüfen nahezu in jedem Moment, so Foucaults These, ob ihr Verhalten mit der rationalen Norm deckungsgleich ist. Somit ist das Subjekt nicht mehr nur Adressat eines Appells, sondern selbst Urheber von Interventionen (Bröckling, 2007, S. 21). Während der Pandemie zeigte sich ein weiterer Effekt dieser internalisierten Kontrolle: Die Eigenverantwortung, sich um seine Gesundheit zu kümmern, wurde bei vielen zum dauerhaften Verdacht, dass nicht alle genügend für die Gesundheit aller tun.

Diese doppelte Logik – Schutz vor und bei Erkrankung zu bieten *und* abweichendes Verhalten zu verhindern – ist der Medizin bis heute eingeschrieben. Das hat sich durch die Liberalisierung der Gesellschaft nicht grundsätzlich verändert, obwohl es zunächst so schien. Anfang der 1980er Jahre verpflichteten sich in der sogenannten Ottawa-Charta die Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und damit auch die Bundesrepublik Deutschland auf eine umfangreiche Neuorientierung der Krankheitsversorgung. Mitgetragen vom Geist der zahlreichen Bürgerrechtsbewegungen aus dem vorangegangenen Jahrzehnt hebt die Charta das »Empowerment« der Bürgerinnen und Bürger hervor, die nunmehr befähigt werden sollen, selbst durch ihr Verhalten ihre Erkrankung zu verhindern. Diese Absicht ist zunächst sehr begrüßenswert, denn bis heute besteht eine massive soziale Ungleichheit beim Krankheitsrisiko und der Lebenserwartung entlang der drei Schichtgradienten Bildung, Einkommen und berufliche Position (Lampert et al., 2019). Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die Medizin ihren angestammten Ort, das Krankenhaus und die Arztpraxis, verlassen und in Betrieben und Schulen die Bedingungen eines gesunden Lebens vermitteln, Krankenversicherungen sollten ihren Mitgliedern Präventionsprogramme anbieten und zur Dokumentation ihrer täglichen Leistungen auffordern. Angedacht war der Aufbau einer elektronischen Gesundheitsakte, die die gesamte Krankheitsbiografie für jeden Arzt und jede Ärztin unabhängig von Ort und Zeit einsehbar machen und damit eine optimale Versorgung und Prävention gewährleisten sollte.

Leider machte die COVID-19-Pandemie jedoch deutlich, dass sich die Realität nicht großartig verändert hatte: Wieder waren besonders untere Einkommensgruppen und prekarierte Beschäftigte betroffen (Hövermann & Kohlrausch, 2020). Einen Effekt hatte die Ottawa-Charta aber dennoch: Während das Ziel, die Menschen *zu befähigen*, sich um ihre Gesundheit selbst zu kümmern, nur zum Teil erreicht wurde, werden die Menschen dennoch für ihre Krankheit zur Verantwortung gezogen. Appelle an die Selbstfürsorge, gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung reichen nicht, wenn die soziale Lage genau all das verhindert. Das hat wenig mit der Uneinsichtigkeit der Menschen, viel aber mit den sozialen Widersprüchen zu tun, unter denen sie leben müssen. Gesetzt wird auf *Verhaltensprävention*, nicht *Verhältnisprävention*. Das ist genauso wenig ein Zufall wie die zeitliche Koinzidenz der Entstehung der Ottawa-Char-

ta mit dem in Fahrt kommenden Neoliberalismus. Er brachte auch den »Healthismus« hervor, so die damalige Analyse dieser Gesundheitspolitik (Kühn, 1993). Sie war auf das Engste verbunden mit einer Verantwortungsverlagerung an die Menschen selbst, ihr »Lebensstil« sollte angepasst werden. Die »daraus abgeleiteten »gesundheitserzieherischen« Anpassungsanforderungen rechnen damit, vom Individuum als Möglichkeit zur moralischen Entlastung, zur Sühne, genutzt zu werden« (ebd., S. 26).¹

In den Überlegungen des Gesundheitswissenschaftlers Kühn wird auch die Verbindung zur neoliberalen Ökonomie deutlich, denn diese ermöglicht, dass die doppelte Logik der Medizin aus Kontrolle und Gesundheitsversorgung funktioniert. Die Internalisierung des Habitus baut auch auf einer Heilsökonomie auf: Wer verdienstvolle Leistungen sammelt, darf sich Hoffnung machen, fit genug zu sein, also auch nicht krank zu werden. »Das ist eine Art säkularisierter Prädestinationslehre der Klassengesellschaft.« (Kühn, 1993, S. 30) Nicht trotz der Fokusverschiebung von der kurativen auf die präventive Medizin, sondern wegen dieses Paradigmenwechsels in der Gesundheitspolitik ist ein Effekt zu beobachten, der auch in der Pandemie zutage trat: eine nachhaltige Veränderung unseres Verständnisses von Krankheit und Gesundheit. Weniger als die schlechte personelle Ausstattung von Gesundheitsämtern und Intensivstationen, weniger eine die Zoonosen begünstigende Ausdehnung menschlichen Lebensraums schien die Gemüter zu erregen, vielmehr war die Debatte über die richtige Lebensführung entbrannt und die Wut über jene groß, die sich scheinbar nicht an die Regeln hielten. Schon früh tauchten während der Pandemie beispielsweise medial verstärkte Gerüchte über massenweise Corona-Partys auf, die sich zwar nicht bestätigen ließen, aber doch die Stimmungslage abbildeten. Das Bedrohungserleben durch COVID-19 war groß, und die Menschen brauchten gleichermaßen Beruhigung und Ventile. Letzteres war offensichtlich auch im individuellen Fehlverhalten anderer zu finden.

1 Hier kam zum ersten Mal auch eine neue Klassenposition in ihre Rechte, die der *professional-managerial class*. Sie erfüllt nicht nur einen Verwaltungsauftrag, sondern mit der Vermittlung »richtiger« Verhaltensweisen auch einen policing-Auftrag. Der nahm in demselben Maße zu, wie die neoliberale Logik das Individuum flexibilisierte (Ehrenreich & Ehrenreich, 1977), und führt auch zu einer Entsolidarisierung: Sind es doch vor allem gut ausgebildete, zumeist akademische Berufsgruppen, die mit der Vermittlung des Habitus auch ihre eigene Klassenlage legitimieren und absichern.

Dabei ist das Individuum für seine Erkrankung nicht selbst verantwortlich. Soweit die vom Medizinsoziologen Talcot Parsons Anfang der 1950er Jahre beschriebene und bis heute in der Medizin gültige Ansicht. Krankheit stellt zwar, so Parsons, aus gesellschaftlicher Sicht eine Rollenverletzung dar – das Individuum kann die Aufgaben, für die es sozialisiert wurde, nicht ausführen, und das ist für die Gesellschaft eine unerwünschte Störung –, aber wer erkrankt, trägt dafür nicht die Verantwortung. Deshalb wird er mit Krankheitsbeginn von der Erfüllung sozialer Verpflichtungen weitestgehend freigestellt und hat vor allem die Verpflichtung, an seiner Genesung mitzuwirken (Parsons, 1951). Auch wenn dieses Krankheitsverständnis in der Medizin fortbesteht, änderte sich etwas durch die oben beschriebene Betonung der präventiven Medizin. Schon in den 1980er Jahren war vonseiten der Medizinsoziologie selbstkritisch von »Direktiven eines »richtigen Lebens« die Rede, zu deren Ausarbeitung sie sich plötzlich verpflichtet sah, und es wurde die Sorge geäußert, dass sie durch »staatliche Gesundheitsforschung und -programme auch ideologische Funktionen« zu erfüllen habe (Gerhardt et al., 1985). Unter der Hand, so die Erwartung, mutiert das Empowerment des individuellen Gesundheitsverhaltens zur Pflicht: »The duty to be well« (Greco, 1993). Doch auch wenn das Risiko, morgen schwer zu erkranken, trotz aller Selbstfürsorge immer vorhanden ist, änderte diese frühe Kritik nichts an der Tendenz. Im Gegenteil: Die heutige »Gesellschaft der Prävention« (Bröckling, 2008) erfährt eine breite Akzeptanz – verschafft sie dem Individuum doch die Fiktion von Handlungsfähigkeit und Kontrolle über etwas, was faktisch nur schwer zu kontrollieren ist (Decker & Grave, 2011).

Die Untersuchung

Die LAS 2022 wurde in Kooperation mit der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Ulm durchgeführt, wodurch wir in unserer Untersuchung auch auf Fragen zum Impfstatus zurückgreifen konnten. Neue Fragen und Items, anhand derer die Bewertung der Regierungspolitik im Hinblick auf die Pandemie durch die Befragten erfasst wird, fanden ebenfalls Einzug in die Untersuchung. Wie bereits in der LAS 2020 messen wir Autoritarismus mit einer Fragebogenbatterie entlang von fünf Dimensionen, die das Autoritäre Syndrom prägen können (Decker et al.,

2020). Drei von ihnen – autoritäre Aggressionen, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus – ordnen wir einem *sadomasochistischen Typus* zu. Während diese drei Dimensionen durch ihren Bezug zu den durch eine Autorität repräsentierten Normen und Regeln noch mit der Anerkennung der Realität verbunden sind, deuten die beiden anderen Dimensionen – Verschwörungsmentalität und Aberglaube – auf eine projektive Verleugnung der Realität hin. Dieser *projektive Typus* des Autoritären erreicht das Kontrollerleben primär über die Idee, dass nichts ist, wie es scheint. In die Untersuchung gingen zudem Fragebögen ein, die der Erfassung sowohl der politischen Einstellung als auch des Einflusses weiterer Persönlichkeitsaspekte auf das Impfverhalten dienen.

Ein in dieser Hinsicht zentraler Aspekt ist das Vertrauen, wobei wir nicht nur das in Mitmenschen gesetzte »Gesichtsvertrauen« (Luhmann, 1968), sondern auch das abstrakte Vertrauen in Institutionen wie Gerichte, Parteien oder Wissenschaft erfasst haben. Ist Letzteres vorhanden, kann es als Schutz vor Unsicherheit dienen; dessen Fehlen wiederum ist eine mögliche Erklärung für fehlende Impfbereitschaft. Der Sozialtheoretiker Anthony Giddens wies schon vor dreißig Jahren auf die Bedeutung von Vertrauen in modernen Gesellschaften hin (Giddens, 1990). Denn das Verständnis der technischen und medizinischen Voraussetzungen von Impfungen kann, wenn überhaupt, außerhalb des Expertensystems nur aus »vagen Teileinsichten in die gegebene »Wissensgrundlage« bestehen (ebd., S. 40). Es braucht daher stärker noch als das Vertrauen in Mitmenschen eine im Individuum ausgebildete Fähigkeit zum Vertrauensvorschluss. Passenderweise vergleicht Giddens an der gleichen Stelle diese Fähigkeit mit einer »Impfung gegen die Unsicherheit und Ängste«, verabreicht würde dieser »Wirkstoff« durch »die wichtigste Versorgungsgestalt während der Kindheit« (ebd., S. 120). Um diese Fähigkeit zu messen, wurde auch die Kurzform eines Fragebogens zu epistemischem Vertrauen aufgenommen. Dabei handelt es sich um ein auf der psychoanalytischen Entwicklungspsychologie basierendes Konzept des erlebten Vertrauens (Kampling et al., 2022). Weil die Ausbildung dieses epistemischen Vertrauens einen engen Zusammenhang mit der körperlichen Entwicklung hat, nutzten wir in der Untersuchung auch einen Kurzfragebogen zum Körpererleben (Brähler et al., 2000). Darüber hinaus ziehen wir im Folgenden weitere, in Kapitel 2 bereits beschriebene Fragebögen heran, so auch den Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung.

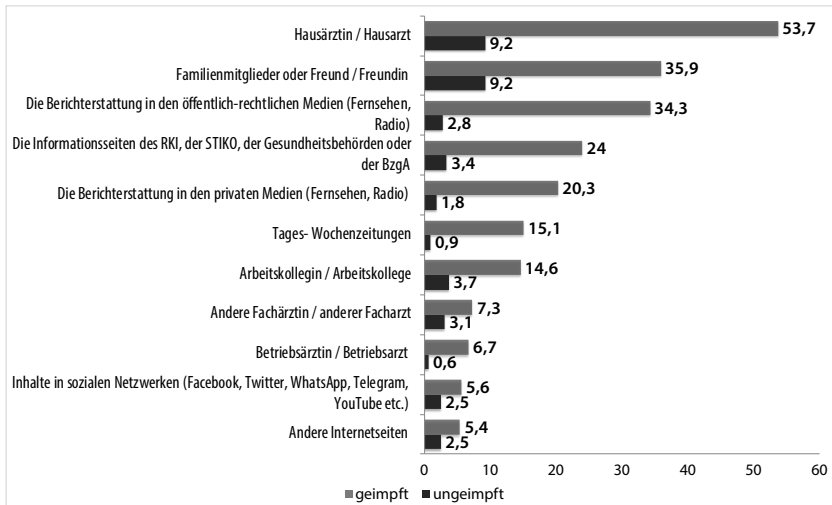
Wir werden zunächst die Verbreitung der Impfbereitschaft in der Bevölkerung dokumentieren, um hierauf aufbauend die mit ihr verbundenen autoritären Dynamiken in der Gesellschaft zu betrachten. Was sind soziodemografische Merkmale, mit denen sich die Gruppe der Geimpften von der Gruppe der Ungeimpften unterscheiden lässt? Welche Rückschlüsse können wir von der politischen Einstellung auf die Impfbereitschaft ziehen? Darauf aufbauend, können wir drei Gruppen innerhalb der Gesellschaft unterscheiden und anschließend vergleichen: die Ungeimpften, eine Gruppe von Geimpften, welche hohe autoritäre Aggressionen gegen Ungeimpfte äußert, und das Gros der Befragten, die geimpft sind und keine autoritären Aggressionen gegen Ungeimpfte aufweisen. Dabei werden mit * jeweils signifikante Unterschiede gekennzeichnet, die zwischen den Geimpften und den Ungeimpften bestehen (Signifikanzniveaus: ** $p < .01$ und * $p < .05$). Mit + werden signifikante Unterschiede zwischen der Gruppe der Geimpften mit autoritären Aggressionen gegen Ungeimpfte im Vergleich zur Gruppe aller restlichen Geimpften gekennzeichnet (Signifikanzniveaus: ++ $p < .01$ und + $p < .05$). Zuletzt stellen wir die Ergebnisse einer Regressionsanalyse vor, mit der wir die Einflussfaktoren auf die Impfbereitschaft bestimmen.

Die Ergebnisse

Zunächst lässt sich feststellen, dass 87 % der Befragten angeben, geimpft zu sein. Diese Zahl entspricht sowohl den Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) für über 18-Jährige (RKI, 2022) als auch den Ergebnissen aus anderen Umfragen (u. a. COSMO 2022a). Angesichts der dargestellten Tendenz ist davon auszugehen, dass die Alterskohorte bis zum 16. Lebensjahr unterdurchschnittlich selten geimpft ist und sich auch dadurch geringe Werte bei der Gesamtimpfquote ergeben. Tabelle 1 zeigt, dass die Impfquote mit zunehmendem Alter steigt. Geben bei den unter 24-Jährigen nur 81,3 % an, geimpft zu sein, sind es bei den 45- bis 54-Jährigen schon 86,3 % und bei denjenigen, die 75 Jahre und älter sind, sogar knapp 95 %. Ungeimpft sind mittlerweile nur noch 13 % der Bevölkerung ab 16 Jahren.

Tabelle 1: Übersicht der Impfquote je nach Alterskohorte

	Geimpft	
	Ja	Nein
Gesamt	87,1 % (N = 2.192)	12,9 % (N = 325)
Altersgruppe		
16–24 Jahre	81,3 %	18,7 %
25–34 Jahre	82,6 %	17,4 %
35–44 Jahre	84,7 %	15,3 %
45–54 Jahre	86,3 %	13,7 %
55–64 Jahre	89,5 %	10,5 %
65–74 Jahre	92,1 %	7,9 %
ab 75 Jahre	94,7 %	5,3 %

Grafik 1: Einschätzung, wer zum Impfen überzeugen kann (in %)


Wir fragten ebenfalls danach, wer die Befragten zum Impfen überzeugt hat bzw. überzeugen könnte (Grafik 1). Unter den Geimpften genießen die Hausärzte das größte Vertrauen – fast 54 % geben an, durch diese überzeugt worden zu sein. Auf sie folgt die Überzeugungskraft von Fami-

lienmitgliedern oder Freunden und die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Medien. Auch bei denjenigen, die bisher nicht geimpft sind, haben Hausärzte sowie Familie und Freunde das größte Potenzial, sie zum Impfen zu bewegen. Auffällig ist hingegen die geringe Überzeugungskraft der öffentlich-rechtlichen Medien sowie der Tages- und Wochenzeitungen, die unter den Ungeimpften mit das Schlusslicht bilden.

Diejenigen, die angaben, bisher nicht geimpft zu sein, wurden gefragt, ob sie noch eine Impfung planen (Tab. 2). Es ist kaum überraschend, dass der überwiegende Teil (85 %) von ihnen auch nicht mehr vorhat, sich impfen zu lassen. 13,3 % geben an, sie seien noch unentschlossen. Lediglich 1,9 % der Ungeimpften sagen, sie würden sich eher oder auf jeden Fall noch impfen lassen. Dies entspricht in etwa dem Ergebnis anderer Umfragen (vgl. COSMO, 2022a).

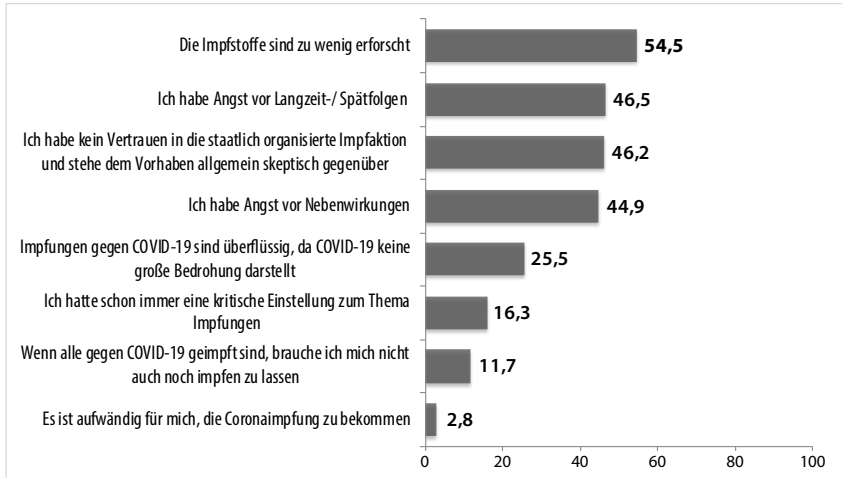
Tabelle 2: Impfbereitschaft bei bisher Ungeimpften (in %)

Möchten Sie sich noch impfen lassen?				
auf jeden Fall	eher ja	unentschlossen	eher nein	auf keinen Fall
0,6	1,3	13,3	31,0	53,8

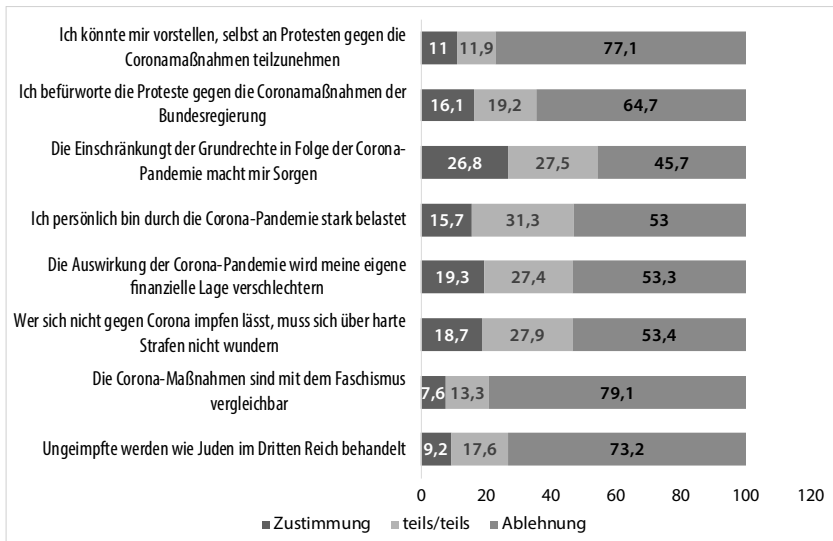
Grafik 2 bietet einen Überblick über die Gründe, warum sich gegen eine Impfung entschieden wurde. Die am häufigsten genannten Gründe hängen mit Angst und Misstrauen gegenüber den neu erforschten Impfstoffen sowie Misstrauen gegenüber dem Staat zusammen. So ist über die Hälfte der Ungeimpften (54 %) der Meinung, die Impfstoffe seien zu wenig erforscht, knapp die Hälfte befürchtet Langzeit- oder Spätfolgen und fast ebenso viele haben Angst vor Nebenwirkungen. Skepsis und Misstrauen gegenüber der staatlich organisierten Impfkampagne sind mit 46 % ähnlich weitverbreitet. Dass es zu aufwendig sei, eine Impfung zu bekommen, geben hingegen nur knapp 3 % an. Es herrscht der Eindruck vor, dass es keine Schwierigkeit war, an eine Impfung zu kommen. Sie wird allerdings grundsätzlich abgelehnt.

Die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik ist seit 2020 immer wieder durch Proteste gegen die Corona-Maßnahmen geprägt. In Grafik 3 dargestellt sind die Einstellungen und Bewertungen zu den Corona-Maßnahmen und den gegen sie gerichteten Protesten sowie die Bereitschaft, an diesen teilzunehmen. Erkennbar ist, dass sich in der

Grafik 2: Gründe der Ungeimpften (in %; Mehrfachnennung möglich)



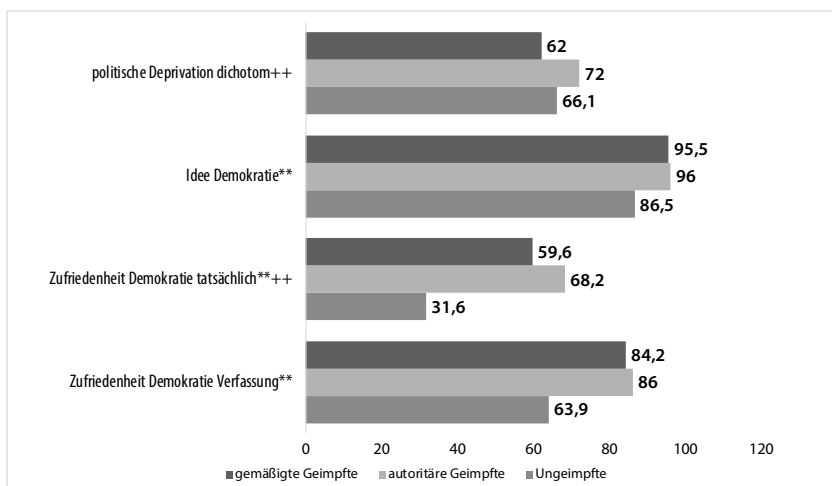
Grafik 3: Einstellungstems zu Corona-Maßnahmen und Protestunterstützung (in %)



Gesamtbevölkerung keine breite Unterstützung für die Proteste findet, wobei das vorhandene Protestpotenzial von mehr als 10 % dennoch als hoch zu bewerten ist. In Bezug auf die Maßnahmen werden Sorgen wegen der Grundrechtseinschränkungen am häufigsten geteilt, und es erlebt sich auch nur die Hälfte der Befragten als nicht durch die Pandemie belastet.

Interessant ist, dass die autoritäre Aggression gegen Ungeimpfte in der Bevölkerung häufiger geteilt wird als NS-Vergleiche. Das ist auf der manifesten Ebene beruhigend, denn es bedeutet, dass eine Propaganda mit NS-Verharmlosung angelehnt an den Schuldabwehrantisemitismus bei der Mehrheit nicht greifen konnte. Aber andererseits zeigt der Wunsch nach harten Strafen auch ein autoritäres und damit ebenfalls antidemokratisches Potenzial an. Wir müssen feststellen, dass manifest autoritäre Aggressionen gegen Ungeimpfte immerhin fast bei jedem fünften Geimpften zu finden sind. Diese Gruppe ist mit $N = 450$ zudem deutlich größer als die Zahl der Ungeimpften mit $N = 325$. Aufgrund dieser Feststellung betrachten wir im Folgenden neben den Ungeimpften zwei separate Gruppen an Geimpften: die *autoritären Geimpften*, die geimpft sind und autoritäre Aggressionen gegen Ungeimpfte zeigen, sowie die *gemäßigten Geimpften*, die keine entsprechenden Ressentiments äußern.

Grafik 4: Zufriedenheit mit der Demokratie und politische Deprivation (in %)

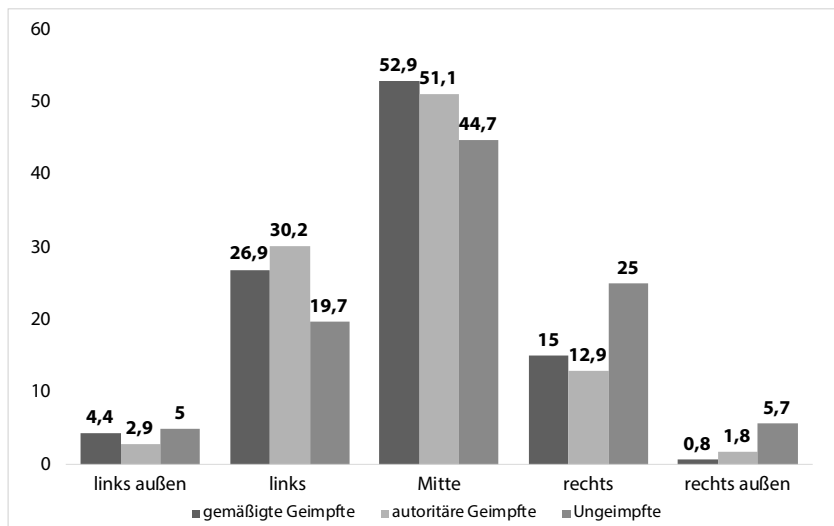


Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$; signifikante Unterschiede zwischen autoritären und gemäßigten Geimpften: ++ $p < .01$

Einen ersten Eindruck von der politischen Einstellung in den drei Gruppen gibt die Zufriedenheit mit der Demokratie (Grafik 4). Wir vergleichen jeweils die Unterstützung, welche die Idee der Demokratie erfährt, mit der Zufriedenheit mit der Verfassungsnorm und der Verfassungsrealität in Deutschland. Darüber hinaus wird mit der politischen Deprivation das Erleben der politischen Wirksamkeits- und Teilhabemöglichkeiten abgebildet. Hier fällt ein Unterschied zwischen den beiden Gruppen der Geimpften auf: Diejenigen mit autoritären Aggressionen gegen Ungeimpfte erleben sich seltener politisch depriviert. Hierzu passt auch, dass sie mit der Verfassungsnorm und -realität signifikant zufriedener sind als die gemäßigten Geimpften. Ziehen wir die Position der Ungeimpften und ihre durchgängig niedrigere Zufriedenheit hinzu, sind die Corona-Politik und die Selbstpositionierung zu dieser Politik eng verbunden mit der Legitimation des politischen Systems.

Grafik 5 zeigt die politische Selbsteinschätzung in der Erhebungswelle. Unter ungeimpften Menschen finden sich mehr, die sich rechts oder rechts außen einschätzen, als in den anderen Gruppen, dafür entsprechend weniger in der politischen Mitte. Obwohl sich in der Gruppe der autoritären Geimpften ein Drittel links der Mitte und die Hälfte in der politischen

Grafik 5: Politische Selbsteinschätzung (in %)



Mitte verorten, trifft man unter ihnen oft rechtsextreme Einstellungen an (Tab. 3; vgl. Kap. 2). Sie sind zwar nicht die Regel, werden aber häufiger geteilt als bei den gemäßigten Geimpften. Vergleicht man die autoritären Geimpften mit den Ungeimpften, fällt auf, dass Ethnozentrismus in beiden Gruppen deutlich ausgeprägt ist, wobei jedoch Ausländerfeindlichkeit bei den autoritären Geimpften sogar häufiger vorkommt. Auch haben beide Gruppen deutlich erhöhte Werte im tradierten Antisemitismus. Zugespitzt formuliert, richten sich die autoritären Aggressionen der autoritären Geimpften also gegen Menschen, die zwar nicht geimpft sind, ansonsten aber die eigenen rechtsextremen Einstellungen teilen.

Tabelle 3: Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in den Gruppen (in %)

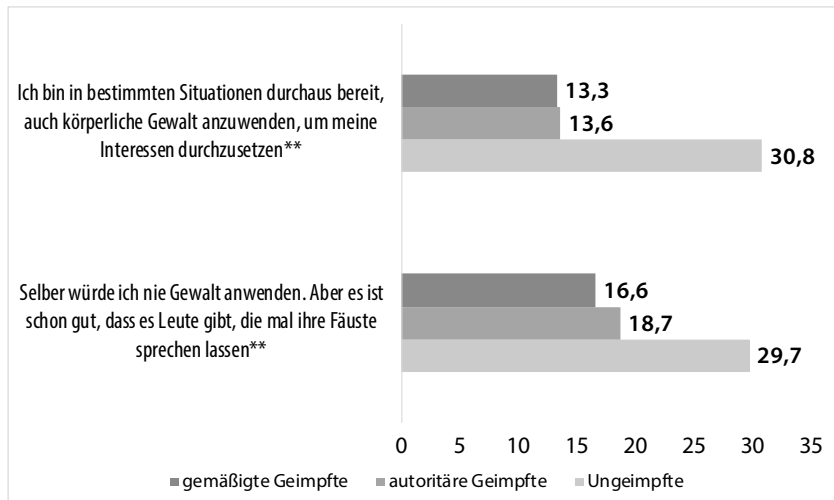
	gemäßigte Geimpfte	autoritäre Geimpfte	Ungeimpfte
Dimensionen rechtsextreme Einstellung			
Neo-NS-Ideologie			
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	1,4	2,4	5,6
Antisemitismus (tradiert) **++	1,7	3,8	10,6
Sozialdarwinismus **+	1,0	2,2	4,9
Verharmlosung Nationalsozialismus**	0,6	1,3	4,3
Ethnozentrismus			
Chauvinismus***++	9,8	17,1	18,4
Ausländerfeindlichkeit***++	12,6	30,9	21,6
antimuslimische und antisemitische Ressentiments			
Muslimfeindschaft++	20,7	41,2	38,3
israelbezogener Antisemitismus***++	5,2	10,4	14,0
Schuldabwehrantisemitismus++	26,9	38,2	29,5
antimoderne Ressentiments in Bezug auf Geschlecht			
Sexismus**	21,9	29,9	43,6
Antifeminismus**	21,9	26,9	42,3
gewaltbereite Männlichkeitsnormen***++	37,1	43,8	53,3

Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$; signifikante Unterschiede zwischen autoritären und gemäßigten Geimpften: ++ $p < .01$; + $p < .05$

Zu diesem Bild passen auch die insgesamt deutlich häufiger anzutreffenden israelbezogenen antisemitischen Ressentiments, der Schuldabwehrantisemitismus und die Muslimfeindschaft sowie die Verbreitung weiterer Dimensionen antimoderner Ressentiments (jeweils Tab. 3). Es überrascht, dass der Schuldabwehrantisemitismus unter Ungeimpften nicht so verbreitet ist. NS-Vergleiche, wie sie für die Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen kennzeichnend waren und wie wir sie auch in unserer Stichprobe unter den Ungeimpften finden, sind häufig motiviert durch diese Schuldabwehr. Andererseits ist die Behauptung, es ergehe einem selbst in der heutigen Bundesrepublik so wie Juden in Nazi-Deutschland, daran gebunden, dass die Verfolgungserfahrung von Juden nicht geleugnet wird. Das macht die Zustimmung zu dieser Aussage für die Ungeimpften möglicherweise schwieriger als für die Gruppe der autoritären Geimpften.

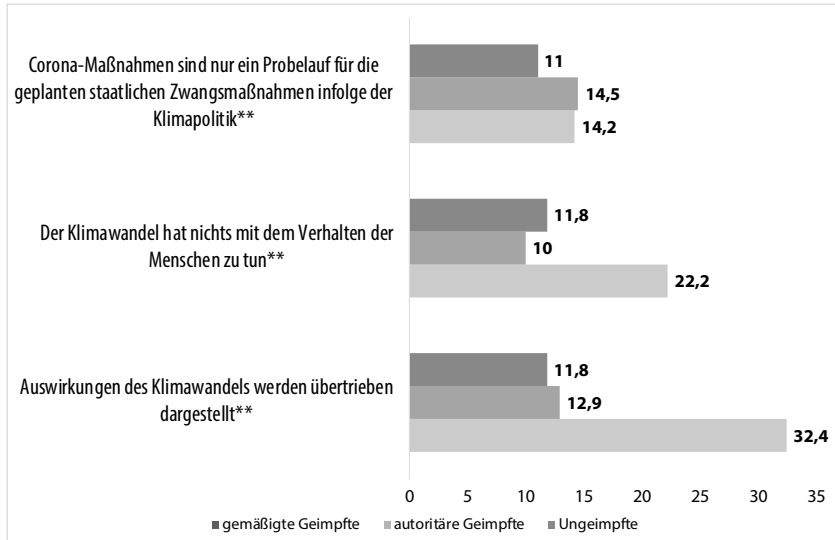
Hinsichtlich der Gewaltbereitschaft unterscheiden sich die autoritären Geimpften nicht von den gemäßigten – allein die Werte in der Gruppe der Ungeimpften heben sich deutlich ab (Grafik 6): Knapp jeder dritte Ungeimpfte äußert sich bereit, seine Ziele im Zweifel auch mit Gewalt durchzusetzen oder dies bei anderen zu akzeptieren. In der Einschätzung

Grafik 6: Gewaltbefürwortung und Gewaltbereitschaft (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$

Grafik 7: Leugnung des Klimawandels (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$

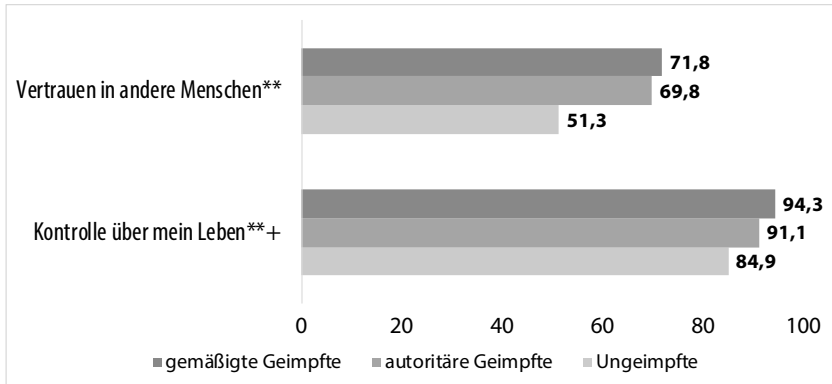
der politischen Deprivation unterscheiden sich die Gruppen nicht (ohne Abbildung).

In Grafik 7 ist die Verteilung des Klimakrisenskeptizismus dargestellt. In allen drei Items sind die Unterschiede zwischen den Gruppen signifikant. Rund ein Drittel aus der Gruppe der Ungeimpften ist der Ansicht, dass die Auswirkungen des Klimawandels übertrieben dargestellt werden und dass die Corona-Maßnahmen ein Probelauf gewesen seien für künftige Klimazwangsmaßnahmen.

Persönlichkeitsfaktoren als Ursachen für die Impfbereitschaft

Als Persönlichkeitsvariablen haben wir unter anderem unterschiedliche Ebenen des Vertrauens betrachtet. In Grafik 8 sind das interpersonelle Vertrauen und das Kontrollbewusstsein dargestellt. Dabei fällt besonders auf, dass Ungeimpfte ihren Mitmenschen wenig Vertrauen entgegenbringen.

Grafik 9 bildet die Zustimmungswerte zum Vertrauen in Gerichte, den Bundestag, die Bundesregierung, Parteien und die Wissenschaft ab. Die

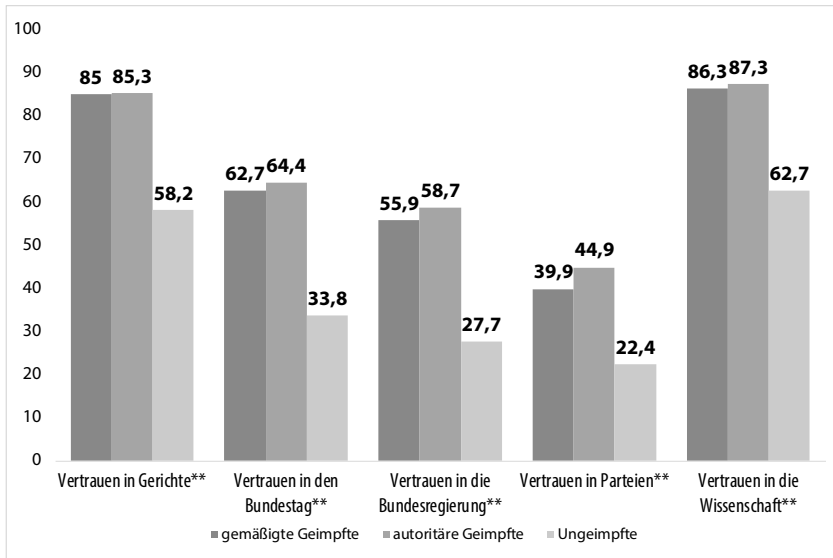
Grafik 8: Vertrauen und Kontrollbewusstsein

Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$; signifikante Unterschiede zwischen autoritären und gemäßigten Geimpften: + $p < .05$

Befragten sollten ihr Vertrauen in die jeweilige Institution auf einer vierstufigen Skala angeben (1 = vertraue sehr bis 4 = vertraue überhaupt nicht), die Stufen 1 und 2 wurden als Vertrauen codiert. Es überrascht nach den eben präsentierten Ergebnissen vielleicht nicht, dass die autoritären Geimpften jeweils ein leicht, wenn auch nicht signifikant höheres Vertrauen zeigen als die anderen Geimpften. Es zeigt sich, dass ungeimpfte Personen signifikant seltener Vertrauen in Institutionen haben. Über alle Institutionen hinweg geben geimpfte Menschen mit 20 bis 25 Prozentpunkten häufiger an, diesen zu vertrauen. Für beide Gruppen der Geimpften gilt, dass sie Gerichten (85 %; 85,3 %) und der Wissenschaft (86,3 %; 87,3 %) am häufigsten Vertrauen schenken. Bei den Ungeimpften steht die Wissenschaft (62,7 %) ebenfalls mit den Gerichten (58,2 %) an der Spitze. Das Vertrauen in die Bundesregierung und in die Parteien ist in allen Gruppen seltener. Unter den Menschen, die nicht geimpft sind, geben nur 22,4 % an, den Parteien zu vertrauen, und nur 33,8 % vertrauen dem Bundestag.

Auch wenn es nur einen Teil der jeweiligen Gruppe betrifft, gibt es doch deutliche Unterschiede beim epistemischen Vertrauen zwischen Ungeimpften, gemäßigten und autoritären Geimpften (Grafik 10; Zustimmung zu Aussagen wie »Ich finde es sehr nützlich, aus dem zu lernen, was andere mir über ihre Erfahrungen erzählen«). Dabei fällt auf, dass sich in der

Grafik 9: Vertrauen in gesellschaftliche und Verfassungsinstitutionen (in %)

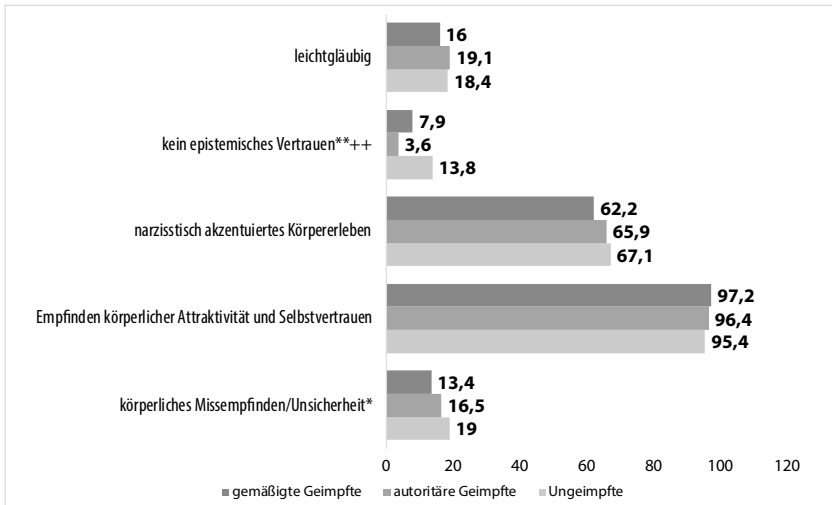


Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$

Gruppe der Ungeimpften häufiger Menschen finden, die kein epistemisches Vertrauen an sich wahrnehmen. Auch das Körpererleben ist bei einer größeren Teilgruppe der Ungeimpften durch Missempfinden oder Unsicherheit geprägt. Gerade der erste Befund ist allerdings insofern erstaunlich, als dass in der Gruppe der autoritären Geimpften weniger Menschen ein epistemisches Misstrauen aufweisen als in der Gruppe der gemäßigten Geimpften. Das kann damit zusammenhängen, dass in der Großgruppenregression über die Identifikation mit der Autorität das Gefühl von Grundvertrauen restituiert werden kann.

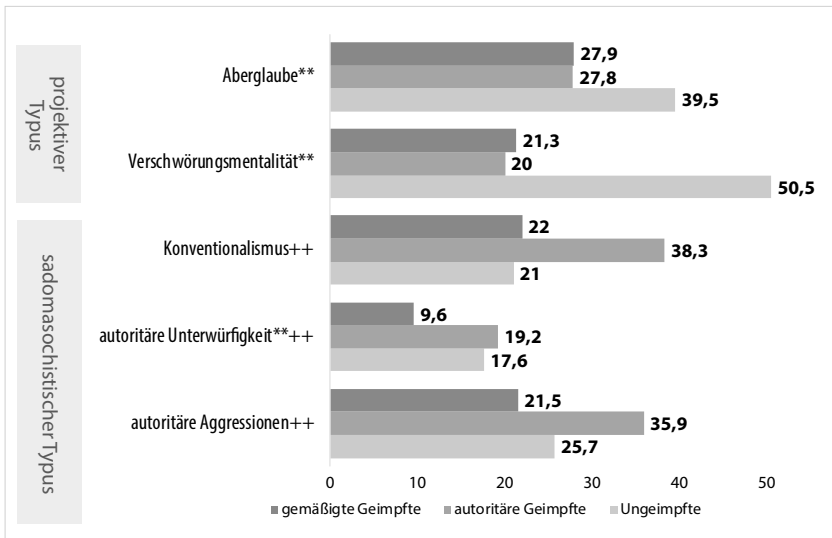
Das Bild, welches die Gruppen durch ihr Antwortverhalten auf den Dimensionen des Autoritarismus zeigen, entspricht unseren oben formulierten Erwartungen (Grafik 11). Ungeimpfte und autoritäre Geimpfte zeigen jeweils zwei getrennte autoritäre Syndrome: Ungeimpfte entsprechen mit ihrem hohen Anteil an Verschwörungsmentalität und Aberglaube dem *projektiven Typus*, der durch Verleugnung der Realität die Bedrohungswahrnehmung reduziert und durch Esoterik das Kontrollgefühl erhöht. Die autoritären Geimpften entsprechen dagegen dem *sadomasochistischen Typus*.

Grafik 10: Epistemisches Vertrauen und Körpererleben



Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$; * $p < .05$; Signifikante Unterschiede zwischen autoritären und gemäßigten Geimpften: ++ $p < .01$

Grafik 11: Ausprägung des Autoritarismus (in %)



Signifikante Unterschiede zwischen Geimpften und Ungeimpften: ** $p < .01$; signifikante Unterschiede zwischen autoritären und gemäßigten Geimpften: ++ $p < .01$

Hier finden sich mehr Unterwürfige, generell mehr aggressive Ressentiments und eine Betonung der Konventionen.

In der Zusammenschau lässt sich aus den Gruppenvergleichen die Krisenverarbeitung während der Pandemie entlang zweier Legierungen des Autoritären beschreiben, mit denen Menschen auf die Ohnmacherfahrung und den Kontrollverlust reagieren. Wir sehen hier eine Polarisierung der Gesellschaft, die sich nicht entlang ausdrücklicher politischer Motive konstituiert, sondern in der Haltung zur Impfung. Nichtsdestotrotz finden sich antidemokratische Einstellungen und Gesellschaftsvorstellungen bei beiden Typen (vgl. Tab. 4), was zur Gefahr für die liberale Demokratie wird.

Tabelle 4: Typen der autoritären Reaktion in der gesellschaftlichen Krise

Der sadomasochistische Typus	Der projektive Typus
Autoritäre Aggressionen, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus	Verschwörungsmentalität, Aberglaube
Häufig sehr zufrieden mit der Verfassungsnorm und -realität in Deutschland	Deutlich unzufrieden mit der Verfassungsnorm und -realität in Deutschland
Politische Selbstverortung eher Mitte-Links	Normalverteilung der politischen Selbstverortung, häufiger als andere an den Außenrändern
Ethnozentrismus	Neo-NS-Ideologie
Schuldabwehrantisemitismus und tradierter Antisemitismus	Israelbezogener Antisemitismus und tradierter Antisemitismus
Nicht mehr allgemeine Gewaltbereitschaft	Allgemeine Gewaltbereitschaft deutlich erhöht
Gewaltbereite Männlichkeitsnormen, Antifeminismus und Sexismus	Gewaltbereite Männlichkeitsnormen, Antifeminismus und Sexismus
Erleben von epistemischem, interpersonellem und institutionellem Vertrauen	Geringes epistemisches, interpersonelles und institutionelles Vertrauen

Ergebnisse der Regressionsanalyse

Mit der binär logistischen Regressionsanalyse bestimmen wir die Einflüsse einzelner Faktoren auf die Impfbereitschaft in ihrer Stärke (Tab. 5). Als strukturprüfendes Verfahren weist sie die Besonderheit auf, dass es sich bei der abhängigen Variablen um eine binär kodierte Variable handelt

(Backhaus et al., 2015, S. 284). So können zwei Gruppen – Geimpfte und Ungeimpfte – miteinander verglichen werden (»Haben Sie sich bereits gegen das Coronavirus impfen lassen?«; 0 = nein, 1 = ja). Neben anderen Indikatoren zeigt der Omnibus-Test für das dargestellte Modell eine hohe Signifikanz auf ($p < .001$). Auch anhand der Werte für Nagelkerkes- R^2 kann eine Beurteilung bezüglich der Güte des Modells getroffen werden. Als sogenannte Pseudo- R^2 -Statistik ist Nagelkerkes- R^2 nicht genauso zu bewerten wie das R^2 im Rahmen von linearen Regressionsanalysen und damit nicht als der Anteil der erklärten Streuung an der gesamten Streuung der abhängigen Variable. Dennoch gilt, dass ein höherer Wert für Nagelkerkes- R^2 , welcher zwischen 0 und 1 liegt, auch mit einer höheren Erklärungskraft gleichbedeutend ist. Die Nutzung von Individualdaten berücksichtigend, erweist sich unser Modell mit einem Nagelkerke- R^2 von 0,296 letztlich als annehmbares bis gutes Modell (vgl. ebd., S. 295).

Die Interpretation der Auftretenswahrscheinlichkeit der Impfung bei Vorliegen der Einflussfaktoren (Odds Ratios; im Folgenden auch OR) sieht in korrekter und präziser Form folgendermaßen aus: Bei einer OR über 1 erhöht sich die relative Chance, auf einen Geimpften zu treffen, um das jeweilige Vielfache – bei $OR = 1,500$ also um das 1,5-Fache. Sollte die OR unter 1 liegen, sinkt die relative Wahrscheinlichkeit, geimpft zu sein, entsprechend – halbiert sich also bei $OR = 0,500$.

Die Ergebnisse der vorliegenden Regressionsanalyse zeigen im Hinblick auf sozioökonomische Prädiktoren vor allem zwei signifikante Faktoren auf – das Alter und das Haushaltseinkommen. Je höher die Altersgruppe, desto höher ist auch die relative Wahrscheinlichkeit, dass eine Person geimpft ist. Bei der Altersgruppe der 31- bis 60-Jährigen liegt sie um das 1,4-Fache höher, bei den über 60-Jährigen steigt sie sogar um das 2,7-Fache. Dies bestätigt den Befund aus Tabelle 2. Ein Haushaltseinkommen zwischen 1.250 und 2.499 Euro pro Monat erhöht im Vergleich zur geringeren Einkommensgruppe ebenfalls die relative Wahrscheinlichkeit, geimpft zu sein, um das 1,6-Fache. Die Zugehörigkeit zu einer noch höheren Einkommensgruppe ist in diesem Zusammenhang hingegen nicht signifikant. Auch Unterschiede im Hinblick auf den Bildungsgrad und das Geschlecht sowie der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschen erweisen sich nicht als signifikant.

Während die manifeste Leichtgläubigkeit im Vergleich zwischen den Gruppen keine großen Unterschiede zeigte (vgl. Grafik 10), ergibt sich in

Tabelle 5: Logistische Regression – Prädiktoren für die Impfung

Regressionsmodell: Haben Sie sich bereits gegen das Coronavirus impfen lassen?	Odds Ratios
Geschlecht: weiblich	1,223
31–60 Jahre	1,441*
60 Jahre oder älter	2,674***
ansässig in: Ostdeutschland	0,807
Bildung: Abitur	1,346
Haushaltseinkommen: 1.250–2.499 Euro/Monat	1,625*
Haushaltseinkommen: ab 2.500 Euro/Monat	1,426
Kontrolle über mein Leben	1,298
epistemisches Vertrauen	1,816*
Leichtgläubigkeit	1,823**
Institutionsvertrauen	2,397***
politische Deprivation	1,038
Zufrieden: Verfassungsrealität	1,443*
Links-Rechts-Selbsteinordnung: Mitte	1,073
Links-Rechts-Selbsteinordnung: Rechts	0,675
Corona: Sorgen wegen Grundrechtseinschränkungen	0,479***
Corona: Belastet durch Corona	1,189
Corona: Vergleich der Maßnahmen mit NS	0,470**
israelbezogener Antisemitismus (Skala)	0,972
Schuldabwehrantisemitismus (Skala)	1,002
Rechtsextremismus: Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur (Skala)	0,999
Rechtsextremismus: Chauvinismus (Skala)	1,060
Rechtsextremismus: Ausländerfeindlichkeit (Skala)	1,106**
Rechtsextremismus: Antisemitismus (Skala)	0,919*
Rechtsextremismus: Sozialdarwinismus (Skala)	0,962
Rechtsextremismus: Verharmlosung des Nationalsozialismus (Skala)	1,024
Autoritarismus: autoritäre Aggression (Skala)	1,043
Autoritarismus: autoritäre Unterwürfigkeit (Skala)	0,984
Autoritarismus: Konventionalismus (Skala)	1,110**

Regressionsmodell: Haben Sie sich bereits gegen das Coronavirus impfen lassen?	Odds Ratios
Autoritarismus: Verschwörungsmentalität (Skala)	0,919***
Autoritarismus: Aberglaube (Skala)	0,948*
Sexismus	0,458***
Antifeminismus	0,895
Antiziganismus	1,139
Muslimfeindschaft	0,716
Cox & Snell R ²	0,157
Nagelkerkes R ²	0,296
Modellsignifikanz	0,000

Anmerkungen: Dargestellt ist eine binär logistische Regression; Datengrundlage: 2.522 Befragte in Deutschland; Daten ungewichtet; Einbezogen in Analyse 2.325. **Abhängige Variable:** Haben Sie sich bereits gegen das Coronavirus impfen lassen? 0 = Ungeimpft, 1 = Geimpft. **Referenzkategorien:** Geschlecht: männlich, 16–30 Jahre alt, Ansässig in: Westdeutschland, Haushaltseinkommen: < 1.250 Euro/Monat, Links-Rechts-Selbsteinordnung: Links; für die übrigen kategorialen Variablen immer jeweils die negative Ausprägung, so z.B. bei Bildung: Abitur – Referenzkategorie: Kein Abitur. **Signifikanzniveaus:** * p < .05, ** p < .01, *** p < .001.

den Mittelwertvergleichen unter Berücksichtigung der Antwortstreuung durchaus ein signifikanter Unterschied. So erweisen sich epistemisches Vertrauen und Leichtgläubigkeit im Rahmen der Regressionsanalyse als signifikante befördernde Elemente für das Geimpftsein: Wer epistemisches Vertrauen angibt (OR = 1,816) und leichtgläubig ist (OR = 1,823), ist mit einer relativen Wahrscheinlichkeit von über 80 % häufiger geimpft. Ein sehr starker signifikanter Effekt geht auch vom Institutionsvertrauen aus – wenn es vorhanden ist, steigt die relative Chance, geimpft zu sein, um das 2,397-Fache. Ein weniger starker, doch trotzdem signifikanter Effekt liegt für die Zufriedenheit mit der Verfassungsrealität vor (OR = 1,443). Insgesamt erweist sich Vertrauen, ob nun im Allgemeinen oder Institutionsvertrauen, als wichtiger Prädiktor für die Entscheidung, sich impfen zu lassen. Wie auch zuvor anhand der Grafik 5 gezeigt werden konnte, ordnen sich die Gruppen der Geimpften und Ungeimpften nicht eindeutig links oder rechts im politischen Spektrum ein. Dies stellt sich im Rahmen der Regressionsergebnisse in Form eines nicht signifikanten Wertes dar.

Hinsichtlich der Präventionsmaßnahmen gegen SARS-CoV-2 sind es vor allem Sorgen vor Grundrechtseinschränkungen und Vergleiche mit

dem Nationalsozialismus, welche die relative Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der Geimpften zu gehören, deutlich senken (Corona: Sorgen wegen Grundrechtseinschränkungen, OR = 0,479; Corona: Vergleich der Maßnahmen mit NS, OR = 0,470). Auch weisen Autoritarismus (hier insbesondere die Projektivität), tradierter Antisemitismus und Sexismus einen ähnlichen Effekt auf – allerdings mit Ausnahmen: Während insbesondere Verschwörungsmentalität, aber auch Aberglaube, tradierter Antisemitismus und Sexismus die relative Wahrscheinlichkeit, geimpft zu sein, deutlich senken (Rechtsextremismus: Antisemitismus, OR = 0,919; Autoritarismus: Verschwörungsmentalität, OR = 0,919; Autoritarismus: Aberglaube, OR = 0,948; Sexismus, OR = 0,458)², sind sowohl Konventionalismus als auch Ausländerfeindlichkeit befördernde Faktoren für die Impfung (Rechtsextremismus: Ausländerfeindlichkeit, OR = 1,106; Autoritarismus: Konventionalismus, OR = 1,110). Das entspricht auch den oben aufgeführten Werten (Tab. 3; Grafik 11) und verweist auf die für die Geimpften mit inbegriffene Gruppe derjenigen, die autoritäre Aggressionen gegen Ungeimpfte hegen.

Fazit

Keine Frage, durch die Pandemie kam es zu einer Polarisierung der Gesellschaft. An der Oberfläche trennte sich die Bevölkerung während der Pandemie in zwei Lager: Ungeimpfte und Geimpfte. Bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass sich zwischen drei Gruppen unterscheiden lässt: jene, die autoritäre Reaktionen mit einer vorherrschend projektiven Reaktion zeigte (Ungeimpfte); jene, die mit einer sadomasochistischen Reaktion auf die Belastung reagierte (autoritäre Geimpfte); und die größere Gruppe, die keine regressive Handlungsfähigkeit zeigte (gemäßigte Geimpfte). Dass es unter den Geimpften einen autoritären Typus gibt, der seine Angst und Hilflosigkeitserfahrung in der Identifikation mit einer Autorität abwehrt und in der Abfuhr der Spannung gegen »Abweichler« auch Genugtuung für die eigene Abhängigkeit findet, täuschte über die gesellschaftliche Konfliktlage hinweg. Auf Grundlage unserer Ergebnisse und theoretischen

2 Für die Autoritarismus und Rechtsextremismus abbildenden Variablen ist zu berücksichtigen, dass es sich um Mittelwert-Indizes, also metrische Variablen, handelt.

schen Überlegungen lassen sich für die Pandemie also zwei autoritäre Verarbeitungsformen beschreiben.

Da die präventive Medizin nicht erst seit der Pandemie eine zentrale Position in der Gesundheitspolitik innehat, ist die Übernahme der präventiven Rationalität bereits in den Alltag vieler Menschen eingebunden. Hier bringt sie durch ihre doppelte Funktion aus Kontrolle und Schutzmöglichkeit eine autoritäre Dynamik hervor, die in Momenten von Bedrohungserleben bei einem relevanten Anteil der Bevölkerung als autoritäre Aggression zum Tragen kommt. Eine solche sadomasochistische autoritäre Reaktion ermöglicht über die Prothesensicherheit einer wissenschaftlichen und staatlichen Autorität die Kompensation von Ohnmachts- und Bedrohungserleben. Die bei diesem Typus – in unserem Fall die autoritären Geimpften – anzutreffende Anerkennung der Realität führt zwar in der Identifikation mit der Autorität zu einer situationsangemessenen Verhaltensweise, dem Impfen, aber wenn die weiterhin bestehende Unsicherheit und Abhängigkeit von der Autorität verleugnet wird, braucht es ein Ventil. Wenn zudem die Ambivalenz der freiwilligen Unterwerfung nicht wahrgenommen werden kann, muss auch die Aufgabe individueller Wünsche zugunsten dieser übergeordneten Rationalität verleugnet werden. Mit den aus diesen Quellen stammenden Aggressionen gelingt es, sowohl die Erfahrung der Ohnmacht abzuwehren als auch die Wut über den Verlust eigener Lebensführung auszuleben.

Der andere Weg zur Kontrollrestitution führt über eine autoritäre Reaktion, die wesentlich von Verschwörungsmentalität und Aberglauben getragen ist – zu beobachten bei den Ungeimpften. Die Verleugnung der Existenz eines Virus bzw. seiner Gefährlichkeit hilft, die bewusste Bedrohungswahrnehmung zu reduzieren, auch wenn der Glaube an die Verschwörungserzählungen offenbart, dass das Gefühl der Bedrohung nicht vollständig abgewehrt werden kann. Die Bedrohung geht nun jedoch von dunklen Mächten aus, und mit dieser Personifizierung besteht zumindest eine paranoide Handlungsfähigkeit. Selbst wenn die von uns Befragten nicht selbst in einer bestehenden Protestgruppe gegen die Corona-Maßnahmen aktiv sein sollten oder auf Demonstrationen gehen, über die mediale Berichterstattung und die sozialen Medien können sich durch Identifikation relativ stabile Großgruppen bilden.

In dieser Hinsicht stellen beide imaginierte Gruppen – die Ungeimpften wie auch die autoritären Geimpften – bereits einen eigenen Schutzraum zur

Verfügung, wodurch sie bzw. die Gruppenmitglieder selbst zu einem idealisierten Objekt werden (Chasseguet-Smirgel, 1975). Auch führt dies zu einer Gruppenregression (Bion, 1961), deren geteilte Fantasien zur Beschaffenheit der Welt für die jeweiligen Gruppenmitglieder zusätzlich Sicherheit und Halt bieten. Einerseits können Großgruppenregressionen Krisenereignisse abfedern (Brunner, 2016), andererseits wurde und wird die Bedrohung der Demokratie dadurch verstärkt. Das gilt zum einen für die Gruppe derjenigen, die aufgrund von Verschwörungsglauben gegen das Impfen opponieren, auch wenn diese Gruppe verhältnismäßig klein ist. Zum anderen darf aber hinsichtlich der Einschätzung des antidemokratischen Potenzials nicht übersehen werden, welche zusätzliche Gefahr vom Typus des autoritären Geimpften ausgeht. Und zwar nicht nur wegen einer Polarisierung in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, sondern vielmehr, weil eine solche gesellschaftliche Debatte bei einer Spaltung in »gut« und »böse« nicht mehr stattfindet (Bion, 2013). Gruppenregression ist kein Phänomen der Pandemie, aber durch das besondere Bedrohungserleben eines »viralen Angriffs auf fragile Subjekte« (vgl. Bossert, 2022) findet sie sich in neuer Qualität. Da in der durch die sozialen Medien bestimmten Öffentlichkeit laute und radikale Positionen mehr Aufmerksamkeit und Klickzahlen bekommen sowie eine erhöhte Erregungsbereitschaft besteht, haben die autoritären Bedürfnisse der beiden autoritären Gruppen die Debatte überproportional bestimmt. Dies gilt es bei Debatten auch in zukünftigen Konflikten zu berücksichtigen.

Die Autoritären teilen eine Krisenwahrnehmung, die auf einer Unterteilung der Welt in »gut« und »böse«, »schwarz« und »weiß« aufbaut. Gerade die in beiden Fällen vorherrschende Personifizierung (Verschwörungsmentalität hier, autoritäre Aggressionen dort) ist für eine Krisenwahrnehmung typisch, welche ihre Lösung als finale Entscheidung im Kampf zwischen zwei Gruppen sucht. Mit einer deliberativen Demokratie hat das wenig zu tun. Im Rückblick kann man die Frage stellen, ob die öffentliche Debatte um die Impfpflicht tatsächlich nur von der Sorge um einen Schutz der Bevölkerung getragen war oder ob die Forderung nach einer sanktionsbewährten Impfpflicht nicht auch dem Wunsch Rechnung trug, Handlungsfähigkeit zu erleben und Ressentiments berechtigterweise nachgeben zu können. Umso mehr gilt es hervorzuheben, dass der Deutsche Bundestag der scheinbar einfachen Lösung nicht gefolgt ist.

Dabei steht die Gesellschaft nicht etwa nur in der Verantwortung, dieser Gewalt keinen Raum zu geben, sondern dass sie mit ihrer eigenen alltäglichen autoritären Dynamik das Bedürfnis nach autoritären Aggressionen überhaupt erst hervorbringt. Entscheidend im Angesicht der gesellschaftlichen Herausforderungen ist nicht nur, wie demokratisch oder autoritär die Menschen orientiert sind, sondern wie demokratisch oder autoritär die Bedingungen sind, unter denen sie leben müssen. Entscheidend ist zudem, reflexive Handlungsfähigkeit zu erreichen, statt auf regressives Ausagieren von Ohnmacht und Ressentiments zu setzen (vgl. Kalkstein & Höcker, 2022). Deshalb ist es wichtig, dass Aushandlungsprozesse demokratisch organisiert sind. Immer wieder aufs Neue muss geprüft werden, wie gewaltvoll das Allgemeine, die Gesellschaft, gegenüber dem Besonderen, den Menschen, ist.

Literatur

- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, R. & Weiber, R. (2015). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin: Springer.
- Bion, W. R. (2018[1961]). *Erfahrungen in Gruppen und andere Schriften*. Stuttgart: Klett.
- Bion, W. R. (2013). Attacks on Linking. *The Psychoanalytic Quarterly*, 82, 285–300.
- Bossert, F. (2022). *Viraler Angriff auf fragile Subjekte. Eine Psychoanalyse der Denkfähigkeit in der Pandemie*. Gießen: Psychosozial.
- Brähler, E., Strauß, B., Hessel, A. & Schumacher, J. (2000). Normierung des Fragebogens zur Beurteilung des eigenen Körpers (FBek) an einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe. *Diagnostica*, 46, 156–164.
- Bröckling, U. (2007). *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, U. (2008). Vorbeugen ist besser ... Zur Soziologie der Prävention. *Behemoth. A Journal of Civilisation*, 1, 38–48.
- Brunner, M. (2016). Vom Ressentiment zum Massenwahn. Eine Einführung in die Sozialpsychologie des Antisemitismus und die Grenzen psychoanalytischer Erkenntnis. In C. Busch, (Hrsg.), *Schiefheilungen: zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus* (S. 14–35). Wiesbaden: Springer.
- Brunner, M. (2018). Collectivities and Anxieties. Some Critical Psychoanalytical Reflections. *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft*, 4, 163–184.
- Brunner, M., Daniel, A., Knasmüller, F., Maile, F., Schadauer, A. & Stern, V. (2021). *Corona-Protest-Report. Narrative – Motive – Einstellungen*. <https://doi.org/10.31235/osf.io/25qb3> (19.8.2022).
- Chasseguet-Smirgel, J. (1987[1975]). *Das Ichideal. Psychoanalytischer Essay über die »Krankheit der Idealität«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- COSMO – Covid-19 Snapshot Monitoring (2022a). COSMO PANEL – Langzeitstudie zum Erleben und Verhalten von Geimpften und Ungeimpften in Deutschland und Österreich. <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/panel2/> (09.08.2022).

- COSMO – Covid-19 Snapshot Monitoring (2022b). Zusammenfassung und Empfehlungen Welle 65. Risikowahrnehmung, Schutzverhalten, Akzeptanz von aktuellen Maßnahmen. <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/65/> (09.08.2022).
- Decker, O. & Grave, T. (2011). Überwacht oder überwacht? Von einigen biopolitischen zu einigen heilsökonomischen Aspekten von eHealth. *Leviathan*, 38, 191–209.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom. Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 179–209). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Türcke, C. (2016). Die Mitte – ein mythischer Ort. Oliver Decker im Gespräch mit Christoph Türcke. *Zeitschrift für kritische Theorie*, 22, 214–228.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) & Robert Koch-Institut (RKI) (2022). *Corona-Monitoring bundesweit – Welle 2*. Berlin: RKI DIW. https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Studien/lid/Factsheet-CoMoBu-Welle-2.pdf?__blob=publicationFile (09.08.2022).
- Deutschlandfunk (2021). Warum eskalieren die Corona-Proteste? *Deutschlandfunk*, 29.12.2021. <https://www.deutschlandfunk.de/corona-demonstrationen-und-gewalt-100.html> (12.09.2021).
- Ehrenreich, B. & Ehrenreich, J. (1977). The Professional Managerial Class. *Radical America*, 11, 13–31.
- Foucault, M. (1975). *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frei, N. & Nachtwey, O. (2021). *Quellen des »Querdenkertums«*. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Basel: Universität Basel. <https://boell-bw.de/de/2021/11/19/quellen-des-querdenkertums-eine-politische-soziologie-der-corona-proteste-baden> (19.8.2022).
- Frei, N., Schäfer, R. & Nachtwey, O. (2021). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34, 249–258.
- Fritsche, I., Deppe, J. & Decker, O. (2013). Außer Kontrolle? Ethnozentrische Reaktionen und gruppenbasierte Kontrolle. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextreme Einstellung in der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 161–173). Gießen: Psychosozial.
- Fritsche, I., Jonas, E. & Kessler, T. (2011). Collective Reactions to Threat: Implications for Inter-group Conflict and for Solving Societal Crises. *Social Issues and Policy Review*, 5, 105–140.
- Fritsche, I., Moya, M., Bukowski, M., Jugert, P., Lemus, S. D., Decker, O., Valor-Segura, I. & Navarro, G. (2017). The Great Recession and Group-Based Control: Converting Personal Helplessness into Social Class Ingroup Trust and Collective Action. *Journal of Social Issues*, 73, 117–137.
- Geiger, M., Rees, F., Lilleholt, L., Santana, A. P., Zettler, I., Wilhelm, O., Betsch, C. & Böhm, R. (2021). Measuring the 7Cs of Vaccination Readiness. *European Journal of Psychological Assessment*, 38, 261–269.
- Gerhardt, U., Friedrich, H., Deppe, H.-U., Gerhardt, U. & Novak, P. (1985). Risikofaktoren, primäre Prävention und das Problem des richtigen Lebens: Zur Funktion der Soziologie in der Medizin. *Medizinische Soziologie. Jahrbuch* 4, 107–127. Frankfurt am Main: Campus.
- Giddens, A. (1990). *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grande, E., Hutter, S., Hunger, S. & Kanol, E. (2021). *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland*. Berlin: WZB Discussion Paper.
- Greco, M. (1993). Psychosomatic subjects and the ›duty to be well‹: personal agency within medical rationality. *Economy and Society*, 22, 357–372.

- Haug, S., Altenbuchner, A., Zachmayer, T. & Weber, K. (2022). Impfbereitschaft, Impfskepsis und Impfung in der COVID-19-Pandemie. *GWP: Gesellschaft Wirtschaft Politik* 71, 192–204.
- Hermann, J. (2021). Der Todesschütze von Idar-Oberstein: ein Corona-Leugner mit Gewaltphantasien? *Neue Zürcher Zeitung*, 22.09.2021. <https://www.nzz.ch/international/der-todesschuetze-von-idar-oberstein-ein-corona-leugner-mit-gewaltphantasien-ld.1646716> (12.09.2022).
- Hess, B.-J. (2009). *Seuchenschutzgesetzgebung in den deutschen Staaten und im Kaiserreich vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Reichsseuchengesetz 1900. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde an der Philosophischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg*. Heidelberg: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/10458/1/dissertation_15_02_10.pdf) (0908.2022).
- Hettich, N., Beutel, M. E., Ernst, M., Schliessler, C., Kampling, H., Kruse, J. & Braehler, E. (2022). Conspiracy endorsement and its associations with personality functioning, anxiety, loneliness, and sociodemographic characteristics during the COVID-19 pandemic in a representative sample of the German population. *PLOS ONE* 17, e0263301.
- Hettich, N., Krakau, L., Rückert, K., Brähler, E., Zahn, D., Yilmaz, S., Münzel, T., Gianicolo, E., Schmidtmann, I., Schulz, A., Wild, P. S., Lackner, K. J., Schuster, A. K. & Beutel, M. E. (2021). Willingness to be vaccinated against SARS-CoV-2 in the German population during the second wave of the pandemic. *Deutsches Ärzteblatt International*, 188(42), 720–721.
- Hövermann, A. & Kohlrausch, B. (2020). Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. *WSI Mitteilungen*, 6, 485–492.
- Janssens, U., Kluge, S., Marx, G., Hermes, C., Salzberger, B. & Karagiannidis, C. (2021). Einstellung zur Impfung gegen SARS-CoV-2. *Medizinische Klinik – Intensivmedizin und Notfallmedizin*, 116, 421–430.
- Jaques, E. (1953). On the Dynamics of Social Structure: A Contribution to the Psycho-Analytical Study of Social Phenomena. *Human Relations*, 6, 3–24.
- Kalkstein, F. & Höcker, C. (2022). »Ich habe Besseres zu tun« – Autoritäre Rebellion und die Hoffnung auf moralischen Zusammenhalt als zwei fehlgeschlagene Bewältigungsversuche der Covid-19 Pandemie, *Freie Assoziation*, 25(2) (im Druck).
- Kampling, H., Kruse, J., Lampe, A., Nolte, T., Hettich, N., Brähler, E., Sachser, C., Fegert, J., Gingelmaier, S., Fonagy, P., Krakau, L., Zara, S. & Riedl, D. (2022). Epistemic trust and personality functioning mediate the association between adverse childhood experiences and posttraumatic stress disorder and complex posttraumatic stress disorder in adulthood. *Frontiers in Psychiatry*, 13.
- Kuchinke, B. A. (2021). *Impfstoffmärkte, COVID-19 und gesundheitspolitische Maßnahmen: Ordnungswirtschaftliche Anmerkungen. Ilmenau Economics Discussion Papers, No. 152*. Ilmenau: Technische Universität Ilmenau, Institut für Volkswirtschaftslehre.
- Kühn, H. (1993). *Healthismus: eine Analyse der Präventionspolitik und Gesundheitsförderung in den U.S.A.* Berlin: Edition Sigma.
- Lampert, T., Kroll, L. E. & Dunkelberg, A. (2007). Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen*, 42, 11–18.
- Lampert, T., Hoebel, J. & Kroll L. E. (2019). Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland – Aktuelle Situation und Trends. *Journal of Health Monitoring*, 4(1). DOI 10.25646/5868.
- Litschko, K. (2022): Eine nicht fassbare Tat. Prozess zu Tötung in Idar-Oberstein. *taz*, 20.03.2022. <https://taz.de/Prozess-zu-Toetung-in-Idar-Oberstein/!5842633/> (12.09.2022).
- Luhmann, N. (1968). *Vertrauen: ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Enke (1989).
- Mentzos, S. (1990). *Interpersonale und institutionelle Abwehr*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Nachtwey, O. & Heumann, M. (2019). Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus. In K. Dörre, H. Rosa, K. Becker, S. Bose & B. Seyd (Hrsg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie*, 435–453. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste*. Basel: Universität Basel.
- Parsons, T. (1951). Struktur und Funktion der modernen Medizin. In: In R. König & M. Tönnemann (Hrsg.), *Probleme der Medizin-Soziologie. Sonderband der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 3, 10–57. Opladen: Westdeutscher Verlag (1957).
- Quent, M. & Richter, C. (2021). Gegen den »Mainstream«. Ost und West im Protest vereint. In H. Kleffner & M. Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 292–300). Freiburg: Herder.
- Reuband, K.-H. (2022). AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 1, 67–94.
- Richter, C., Wächter, M., Reinecke, J., Salheiser, A., Quent, M. & Wjst, M. (2021). Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 1(2), 191–211.
- Richter, S., Faas, T., Joly, P. & Schieferdecker, D. (2022). Sag, wie hältst Du's mit der Impfpflicht? Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht. *Rapid-Covid, Policy Brief* 1/2022.
- Robert Koch-Institut (2021). Digitales Impfquotenmonitoring zur COVID-19-Impfung. Daten vom 31.12.2021. https://github.com/robert-koch-institut/COVID-19-Impfungen_in_Deutschland/blob/master/Archiv/2021-12-31_Deutschland_Impfquoten_COVID-19.csv (12.09.2022).
- Robert Koch-Institut (2022). Digitales Impfquotenmonitoring zur COVID-19-Impfung. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Impfquoten-Tab.html (12.09.2022).
- Sachverständigenausschuss (2022). Evaluation der Rechtsgrundlagen und Maßnahmen der Pandemiepolitik. Jülich: Bundesgesundheitsministerium/Forschungszentrum Jülich.
- Tagesschau (2022). Impfpflicht-Anträge scheitern im Bundestag. *Tagesschau*, 07.04.2022. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/impfpflicht-corona-bundestag-101.html> (12.09.2022).
- Türcke, C. (1998). *Rückblick aufs Kommende: Atlanten der neuen Weltordnung*. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.
- Türcke, C. (2019). *Digitale Gefolgschaft. Auf dem Weg in eine neue Stammesgesellschaft*. München: Beck.

4. Krieg in Europa – Konflikte in der Welt

Die Haltung der Deutschen zu Krieg und Militär am Beispiel des Krieges gegen die Ukraine

Oliver Decker, Alexander Yendell, Ayline Heller & Elmar Brähler

Am 24. Februar 2022 begann Russland nach wochenlangen Truppenaufmärschen entlang der Grenze den Krieg gegen sein Nachbarland Ukraine. Russland konnte zwar auf Unterstützung des bis dahin durch Proteste geschwächten Regimes in Weißrussland setzen und damit seine Angriffsposition durch die Verlängerung der Frontlinie zur Ukraine deutlich verbessern. Aber Weißrussland blieb in Europa auch das einzige Land, welches den Angriffskrieg Russlands unterstützte. Die mangelnde Unterstützung für die völkerrechtswidrige Aggression dürfte die russische Regierung wenig überrascht haben, vielmehr hat sie diese Haltung durch die gezielte Brutalität gegen die ukrainische Bevölkerung zusätzlich befördert. Mit Sicherheit unerwartet kam aber allem Anschein nach der Widerstand der Ukraine selbst und – so viel darf man vermuten – auch die entschiedene Politik der europäischen Staaten und der USA. Während in der Vergangenheit – etwa bei der Annexion der Krim und dem mit brutaler Gewalt gegen die Zivilbevölkerung geführten Krieg in Syrien – die Reaktionen eher einem vielstimmigen Chor glichen und Russland mit koordinierten und nachhaltigen Sanktionen nicht zu rechnen brauchte, fiel die Antwort jetzt unisono aus. Es wurden gemeinsame Sanktionen gegen Russland verhängt und die Ukraine militärisch unterstützt. Auch wenn in der öffentlichen Diskussion Bedenken gegen direkte Waffenlieferungen geäußert wurden, so wurden diese mit der Angst vor einer Ausweitung des Krieges, gar vor einem drohenden Atomkrieg begründet, nicht aber mit einer Unterstützung Russlands. Zwar waren in Deutschland durchaus Stimmen zu

vernehmen, die sich gegen eine Unterstützung der Ukraine aussprachen, aber es blieb die vorherrschende Haltung, dass der Ukraine geholfen werden soll, und zwar nicht allein mit den humanitären Interventionen, auf die sich die Bundesrepublik lange beschränkt hatte: Nun sollte es auch um eine militärische Unterstützung gehen. Die als »Sondervermögen der Bundeswehr« apostrophierte, gewaltige Summe von 100 Milliarden Euro konnte fast widerspruchsfrei im Bundestag verabschiedet werden. Einzig die CDU wollte Bedingungen erfüllt sehen, die die Verwendung der Mittel betrafen: Ihr Anliegen war es, dass keinesfalls anderes als Rüstungsgüter für die Bundeswehr angeschafft wird. Selbst die sogenannte Cyberabwehr, eigentlich ebenfalls Kernbestand der Landesverteidigung, solle mit zusätzlichen Mitteln und nicht aus dem Sondervermögen finanziert werden. Nun haben sich CDU, Bündnisgrüne, SPD und FDP geeinigt. Der Kompromiss fiel im Sinne der CDU aus, und zudem soll der Wehretat demnächst auf mindestens 2 % des Bundesinlandsprodukts pro Jahr ansteigen. Wenige Wochen später, am 12. September 2022, bekräftigte die Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) in einem als »Grundsatzrede« deklarierten Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) diese Absicht der Bundesregierung und stellte sogar eine größere Steigerungsrate in Aussicht. Die »Zeitenwende«, von der ihr Parteigenosse Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung im Februar desselben Jahres mit Blick auf den Krieg sprach (Scholz, 2022), finde vor allem »in den Köpfen« statt: Der Zweite Weltkrieg sei seit knapp 80 Jahren vorbei und Deutschland nähme eine Führungsrolle in Europa ein (Fleischer, 2022).

Hier geht es nicht um die Frage, ob es der richtige oder falsche Weg war, der nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gewählt worden ist. Vielmehr geht es um eine Bestandsaufnahme. Sie fällt umso schwerer, da sie nicht aus der distanzierten Perspektive, sondern durchaus in der Mitte des Geschehens und im Bewusstsein vorgenommen wird, dass viele Aspekte erst im Rückblick berücksichtigt werden können. Was aber an der Gegenwart auffällt, ist das weitestgehend geräuschlose Funktionieren in Zeiten des Krieges. Es mag als Handlungsfähigkeit der Bundesregierung begrüßt werden, aber diese Handlungsfähigkeit ist in eine längere Entwicklungslinie eingebunden und versteht sich nicht von selbst. Das eröffnet der sozialwissenschaftlichen Forschung die Möglichkeit, die Gegenwart in den Zusammenhang mit ihrer Vergangenheit zu stellen, sie

zu kontrastieren oder Identisches im Wechsel zu suchen. Auch bei hier ist Vorsicht geboten: Eine Analogiebildung verbietet sich ebenso wie die Indienstnahme vergangener Ereignisse zur unvermittelten Begründung gegenwärtiger Positionen. Der historische Kontrast kann aber immerhin die Veränderungen sichtbar machen und damit helfen, den Blick auf empirische Befunde der Gegenwart zu schärfen. Damit werden Bezugspunkte klarer, die im Alltagsbetrieb untergehen.

Berühmt ist die Formulierung des britischen Historikers Eric Hobsbawm vom »langen 19. Jahrhundert«. Hobsbawm sah dessen Anfang 1789, in der Französischen Revolution, und sein Ende 1914, im Beginn des Ersten Weltkrieges (Hobsbawm, 1987). Das »lange 19.« mündete ins »kurze 20. Jahrhundert«, das mit dem Fall der Mauer und dem Ende der Sowjetunion sein frühzeitiges Ende fand. An der Nahtstelle zwischen beiden Stand der Erste Weltkrieg, mit dem das »Zeitalter der Massaker« (Hobsbawm, 1995, S. 41) begann. Dieses war geprägt durch zwei Angriffskriege, mit denen die Welt von Deutschland aus und von Deutschen überzogen wurde. Grundlage waren eine soldatische Männlichkeit und Heroismus (Theweleit, 1977) – diese wohlgemerkt nicht als Wesensmerkmal jener Männer, sondern als Ausdruck eines die ganze Gesellschaft durchziehenden »Ressentiment[s] der beherrschten Subjekte der Naturbeherrschung« (Horkheimer & Adorno, 1944, vgl. auch Kap. 13).

Und dennoch: Am Ende dieses kurzen 20. Jahrhunderts, so stellt Hobsbawm fest, sollte »die Vormachtstellung des zweimal besiegten Deutschlands in den frühen 90er Jahren, als der Staat keinerlei Ansprüche mehr darauf erhob, eine unabhängige Militärmacht in Europa zu sein, wesentlich unangefochtener sein [...], als es das militaristische Deutschland vor 45 je angestrebt hatte« (Hobsbawm, 1995, S. 41).

Trotz aller Erfolge der deutschen Politik (wie der Versuch seit den 1970er und 1980er Jahren, sich der Verantwortung für die eigene Geschichte zu stellen) sei unter der Oberfläche auch vieles konserviert worden, das transformierte und so dennoch präsent und wirkmächtig bliebe. Dan Diner, ebenfalls Historiker, sprach mit Blick auf Shoah und Antisemitismus von einem »Sarkophag«, dessen Deckel in der Gegenwart Risse bekäme und unter dem das Unerledigte, Verdrängte der Vergangenheit sichtbar wurde (Diner, 2004; Brunner, 2011).

So präsent mittlerweile in der Politikwissenschaft die Rede von der »Wiederkehr des Verdrängten« geworden ist, selten kehrt das Verdrängte in

seiner ureigenen Gestalt zurück (Schuler et al., 2021). Auch wenn sich schnelle Deutungen – oder Analogiebildungen – verbieten, die Wirkmächtigkeit des vergangenen Jahrhunderts auf die Konflikte der Gegenwart sollte nicht allein aufgrund der propagandistischen Bezugnahme Russlands auf einen Kampf gegen »Nazis« Aufmerksamkeit bekommen. Vielmehr bedarf es einer »historischen Gesellschaftspsychologie« (Elias, 1939, S. 385), welche die unterschiedlichen Verbindungslinien zwischen den vielgestaltigen individuellen Reaktionen, den aktuellen Ereignissen und vergangenen Konflikten zu ziehen vermag. Daran, diese Aufgabe zu bewältigen, würde der vorliegende Beitrag scheitern; es kann aber gelingen, im Kontakt mit der Empirie einige Aspekte herauszuarbeiten.

Nun kann man festhalten, dass der Ukraine-Krieg so wenig der erste Krieg nach 1945 in Europa ist, wie es nicht das erste Mal ist, dass eine Bundesregierung mit Militärpolitik im Ausland aktiv wird. In der Politik und der öffentlichen Debatte geraten unter dem Druck der derzeitigen Ereignisse die postjugoslawischen Kriege in Vergessenheit. Nach einer Serie von Kriegen auf dem Balkan zu Anfang der 1990er Jahre fand 1999 der erste Krieg statt, an dem sich Deutschland nach 1945 beteiligte – ohne UN-Mandat unter Leitung der NATO. Zum ersten Mal seit 1945 wurde die Bundeswehr in einen Militäreinsatz geschickt – unter einer SPD-geführten Bundesregierung und mit Beteiligung von Bündnis90/Die Grünen. Dieser Kriegseinsatz und der indirekte Auschwitz-Vergleich des damaligen Außenministers Joseph Fischer lösten heftige Proteste bei den Parteitagstreffen der Bündnisgrünen aus (Decker, 2022). In Erinnerung blieb der Tortenwurf eines Mitglieds, dessen Ziel der Außenminister bei seiner Rede vor den Parteitagsdelegierten war.

Diese Entwicklung fiel nicht vom Himmel, die Nachkriegsordnung des Zweiten Weltkrieges löste sich mit dem Fall des Eisernen Vorhangs auf und die vereinigte Bundesrepublik hatte ihren Platz auf der Weltbühne neu zu definieren. Diese Bemühung hält bis heute an. Und die militärische Handlungsfähigkeit scheint mit dazuzugehören. Weil es im Kern auch beim sich verändernden Selbstverständnis in Deutschland um Identifikationsprozesse der Deutschen geht (Stahl et al., 2009), rief noch 2012, vor gerade mal zehn Jahren, die Aussage des Bundespräsidenten Horst Köhler, die Bundeswehr müsse auch für die Sicherung von Handelswegen für die Wirtschaft einsetzbar sein, Proteste hervor. Immerhin gaben etwa im selben Zeitraum, also 2014, 35,4 % der im Rahmen der Allgemeinen

Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) befragten Personen an, dass die »deutschen Streitkräfte« ihr Grund seien, »stolz« auf Deutschland zu sein; 28,1 % nannten als Grund die »deutsche Geschichte« (GESIS, 2018). Nun muss man berücksichtigen, dass mit 50,4 % die Hälfte der Befragten gar nicht erst »stolz auf Deutschland« sein wollte. Aber 2004, zehn Jahre davor, lag der Anteil derer, die ihren Stolz mit den Streitkräften begründeten, bei nur 30,5 % (GESIS, 2011), und 56,7 % hatten gar nicht erst eine »nationale Identität« ausgeprägt. Eine durchaus deutliche Veränderung – sie zeigt ein verändertes Selbstverständnis nicht nur der offiziellen Politik, sondern auch in der Bevölkerung an.

Der NATO-Doppelbeschluss über die atomare Nachrüstung in Europa von 1981 wurde von der damaligen sozial-liberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt mitgetragen (durch den Bundestag ratifiziert wurde er erst 1983 unter der Nachfolgeregierung). Damals führte die Haltung der SPD-Führung selbst zu Unmut unter den eigenen Bundestagsabgeordneten, zwei verließen wegen der Rüstungspolitik die eigene Partei. Die damalige Friedensbewegung wurde als außerparlamentarische Opposition zu einer großen, von einem breiten politischen Bündnis getragenen Bewegung, die mehrere Großdemonstrationen mit sechststelligen Teilnehmerzahlen mobilisieren konnte, etwa die zentrale Kundgebung 1981 im Bonner Hofgarten.

Diese Bewegung hat auch den ersten Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag im Jahr 1983 mit ermöglicht. Die Forderung der Demonstranten im Bonner Hofgarten nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO war zu diesem Zeitpunkt ein Programmpunkt der Partei (Unterseher, 2015). 40 Jahre nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag und 23 Jahre nach dem Einsatz der Bundeswehr im Kosovo sehen sich die Bündnisgrünen mit dem Problem konfrontiert, gleichermaßen den Parteitagbeschluss für Waffenlieferungen in die Ukraine sowie den vom Parteivorsitzenden Omid Nouripour in seiner Rede formulierten Anspruch, »immer Friedenspartei zu bleiben«, zu vertreten.

An den Schwierigkeiten dieser Partei, die wie keine andere die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre im Westen und die Bürgerrechtsbewegung im Osten und damit die Demokratisierung des postnationalsozialistischen Deutschlands repräsentiert, lässt sich auch die Suche nach einer Position zum Krieg in einer aufgeklärten Gesellschaft illustrieren. Denn diese Herausforderung besteht ebenso für die Bundesrepublik

insgesamt vor dem Hintergrund ihrer Geschichte. Auch wenn die deutsche Bundeswehr mittlerweile an vielen Auslandseinsätzen beteiligt und in Kriegshandlungen eingebunden war – Afghanistan, Mali, Irak, Südsudan, Westsahara etc., die Bundeswehr listet aktuell 13 Einsatzorte auf (Bundeswehr, 2022) –, so sind diese Einsätze zwar offizielle Regierungspolitik, bilden aber ein kaum wahrgenommenes Engagement.

Der Ukraine-Krieg ist nicht der erste Krieg in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit ihm rückte jedoch die angesprochene Problematik in den Fokus. Es stellt sich daher die Frage, welches Echo er in der Bevölkerung findet, wo das bundesdeutsche Engagement endet, von wem die Unterstützung der Ukraine mitgetragen wird und was die Haltung zum Krieg aus sozialpsychologischer Perspektive mitbegründet.

Methode und Stichprobe

Als Russland im Februar 2022 den Angriffskrieg gegen die Ukraine startete, hatte der Druck der Fragebögen für die elfte Erhebung im Rahmen der *Leipziger Autoritarismus Studie* bereits begonnen. Es war uns deshalb nicht möglich, Fragen zum Krieg und den damit einhergehenden Veränderungen und Verunsicherungen in die Haupterhebung aufzunehmen. Da wir dieses einschneidende Ereignis mit seinen anhaltenden Konsequenzen nicht unberücksichtigt lassen wollten, entschlossen wir uns, eine zusätzliche Erhebung zu den Einstellungen zu Krieg und Frieden im Allgemeinen sowie zum Ukraine-Krieg im Besonderen in der Bevölkerung Deutschlands zu veranlassen. Dafür beauftragten wir das Marktforschungsinstitut *Bilendi & respondi* mit der Befragung von 4.000 Personen aus Ost- und Westdeutschland im Alter von 18 bis 74 Jahren. Das Unternehmen verfügt über ein großes Onlinepanel, über das Personen für die Teilnahme an der Untersuchung gewonnen werden konnten. Diese Art der Befragung bietet im Vergleich zu klassischen, sogenannten »face-to-face«-Befragungen den Vorteil, dass sich der Befragungszeitraum erheblich verkürzt – statt nach mehreren Monaten sind die Daten hier bereits nach wenigen Tagen verfügbar. Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 7. und dem 15. August 2022. Für die Befragten ist die Erhebung weniger aufwendig, da sie ohne die Anwesenheit eines Dritten am eigenen internetfähigen Endgerät ausgefüllt werden kann. Gleichzeitig ist jedoch die Repräsentativität der Stich-

probenziehung eingeschränkt, weil es sich um keine Zufallsstichprobe handelt. So nehmen zum Beispiel nur jene Personen an der Umfrage teil, die einen Internetzugang haben. Das trifft auf jeden 20. Menschen in der Bundesrepublik aber nicht zu (Statistisches Bundesamt, 2022). Um trotzdem eine möglichst hohe Vergleichbarkeit mit der deutschen Gesamtbevölkerung zu ermöglichen, wurde die Stichprobe deshalb *quotiert*, sodass sie der deutschen Bevölkerung mit Blick auf Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund ähnelt. Außerdem wurde, wie schon in der Hauptbefragung, die Gruppe der in Ostdeutschland Lebenden überrepräsentiert.

Die Befragten setzten sich schließlich aus 2.014 Männern (50,3 %) und 1.986 Frauen (49,7 %) zusammen. Das mittlere Alter betrug 46,6 Jahre (SD = 15,5). In Bezug auf den Bildungsabschluss wiesen 33,8 % mindestens ein (Fach-)Abitur auf, 32,5 % besaßen einen Realschulabschluss oder einen Abschluss der Polytechnischen Oberschule, und 33,8 % hatten einen niedrigeren oder keinen formalen Bildungsabschluss. 1.039 Personen (26 %) gaben an, in den neuen Bundesländern zu wohnen, während 2.961 (74 %) aus den alten Bundesländern stammten.

Die Befragung umfasste neben einem Fragenblock zu soziodemografischen Merkmalen (analog zur Hauptbefragung) sowie einigen Fragebögen, die ebenfalls bereits in der Hauptbefragung eingesetzt wurden (wie Rechtsextremismus, Autoritarismus, Antifeminismus und Gewaltbereitschaft; siehe Kap. 2), außerdem Fragen zu Einstellungen zum Krieg, zur NATO und zu Atomwaffen sowie zum Verhältnis zu Russland, der Ukraine, China und den USA. Die verwendeten Fragen und deren Antwortformat werden in den folgenden Abschnitten jeweils kurz vorgestellt.

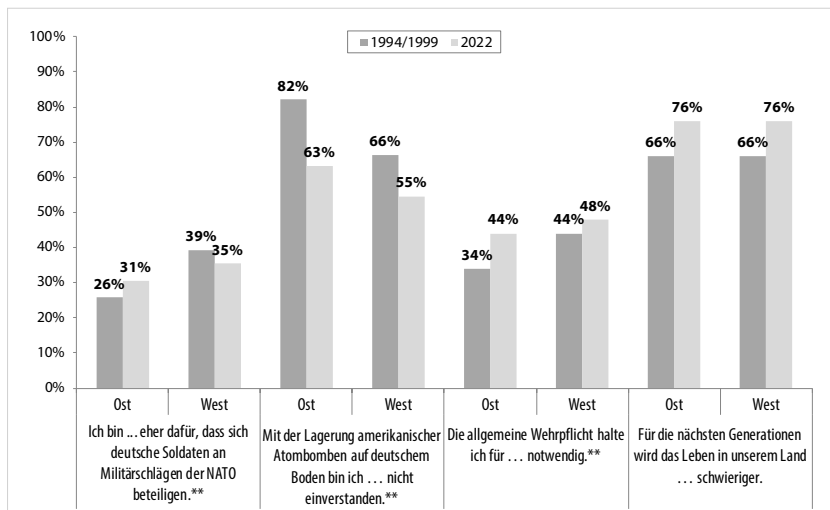
Ergebnisse der Erhebung 2022

Mit dem Krieg in der Ukraine und den Auseinandersetzungen mit Russland geriet die Bundesrepublik in einem weitaus höheren Maße, als es bis dahin der Fall war, auch als militärischer Akteur in den Blick. Die Frage, wie die deutsche Bevölkerung zu militärischen und kriegeerischen Einsätzen Position bezieht, hat damit eine seit den 2000er Jahren – seit den postjugoslawischen Kriegen und dem Krieg gegen den Irak – nicht mehr dagewesene Aktualität erhalten.

Einstellungen zum Krieg damals und heute – ein Vergleich mit den 1990er Jahren

Bereits 1994 und 1999 wurden von uns die Einstellungen zu militärischen Aktivitäten Deutschlands in bevölkerungsrepräsentativen Befragungen erhoben, und auch die Zukunftserwartungen waren zu dieser Zeit ein wichtiges Thema. Konkret wurden im April 1999 anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der »Wende« 1.003 Westdeutschen und 997 Ostdeutschen im Alter von 14 bis 50 Jahren die Fragen gestellt, (1) ob sie eher dafür oder dagegen seien, dass sich deutsche Soldaten an NATO-Militärschlägen beteiligen, und (2) ob sie mit einer weiteren Lagerung amerikanischer Atombomben auf deutschem Boden einverstanden seien oder nicht. Beide Fragen konnten auf einer Skala von $-3 = \text{»dafür« bzw. »einverstanden«}$ über $0 = \text{»unentschieden«}$ bis $+3 = \text{»dagegen« bzw. »nicht einverstanden«}$ beantwortet werden (Brähler & Richter, 1999). Bei einer ähnlichen Befragung, die bereits 1994 mit 1.022 ost- und 2.025 westdeutschen Personen durchgeführt wurde, kamen außerdem zwei Items zum Einsatz, welche (3) die Einschätzung der Wehrpflicht als »notwendig« oder »sinnlos« und

Grafik 1: Einstellungen zu militärischen Aktivitäten Deutschlands sowie Zukunftserwartungen 1994/1999 und 2022 in Ost- und Westdeutschland



Die Werte der Erhebungen von 1994 und 1999 stammen aus Brähler und Richter (1995, 1999). Signifikante Ost-West-Unterschiede 2022, Pearsons Chi-Quadrat: ** $p < .01$.

(4) die Zukunftserwartung, also ob das Leben für die nächste Generation in Deutschland »leichter« oder »schwieriger« werden würde, abfragten (Brähler & Richter, 1995). Auch hier diente eine Skala von -3 über 0 bis +3 zur Abstufung. 2022 stellten wir diese Fragen in gleicher Form. Eine Übersicht der Ergebnisse findet sich in Grafik 1.

Auch wenn sich beide Befragungen in Bezug auf die Stichprobenziehung und -zusammensetzung sowie im Befragungsmodus unterscheiden und deshalb keine statistischen Signifikanztestungen zwischen den Erhebungszeitpunkten vorgenommen wurden, so wird deskriptiv dennoch deutlich, dass sich die Ablehnung militärischer Beteiligung, sei es in Form von NATO-Einsätzen, Atomwaffenlagerung oder der Wehrpflicht, insbesondere in Ostdeutschland verringert hat. Während sich dort 1999 lediglich 25,9 % für eine Beteiligung deutscher Soldaten an NATO-Militärschlägen aussprachen, liegt der Anteil heute bei über 30 %. Die Ablehnung von Atomwaffenlagerungen auf deutschem Boden sank deutlich von 82,1 % auf 63,1 %, und die Wehrpflicht halten heute immerhin 44,1 % für notwendig, während es 1999 nur 34 % waren. Ungefähr jede fünfte befragte Person ist bei diesen Punkten jedoch weiterhin unentschlossen.

In Westdeutschland sank die Zustimmung zur Beteiligung an NATO-Militärschlägen demgegenüber leicht, von 39,3 % im Jahr 1999 auf 35,4 % im Jahr 2022. Damit steht die westdeutsche Bevölkerung einer militärischen Beteiligung aber nach wie vor offener gegenüber als die ostdeutsche. In Bezug auf die Zustimmung zur Lagerung amerikanischer Atombomben auf deutschem Boden sowie die Einschätzung der allgemeinen Wehrpflicht als notwendig zeigt sich eine ähnliche Tendenz wie bei den ostdeutschen Befragten: Beides wird eher als notwendig angesehen bzw. weniger stark abgelehnt als noch vor 20 Jahren. Im Mittel ist auch hier die Zustimmung in Westdeutschland signifikant höher als in Ostdeutschland.

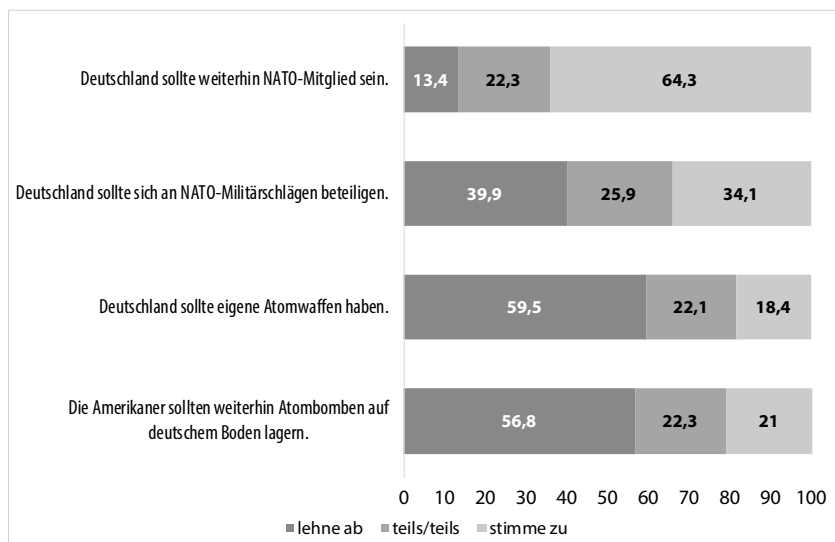
Zuletzt zeigt sich auch mit Blick auf die Zukunftserwartungen in Ost- und Westdeutschland ein klares Bild: Waren es 1994 zwei Drittel der Befragten, die davon ausgingen, dass das Leben für die nächsten Generationen in unserem Land schwieriger würde, sind es heute mehr als drei Viertel. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Bevölkerung in Deutschland der Zukunft tendenziell pessimistischer entgegensieht, als dies in den 1990er Jahren der Fall war. Andererseits ist die Bereitschaft, militärische Beteiligung zu tolerieren oder sogar zu unterstützen, vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges jedoch gestiegen.

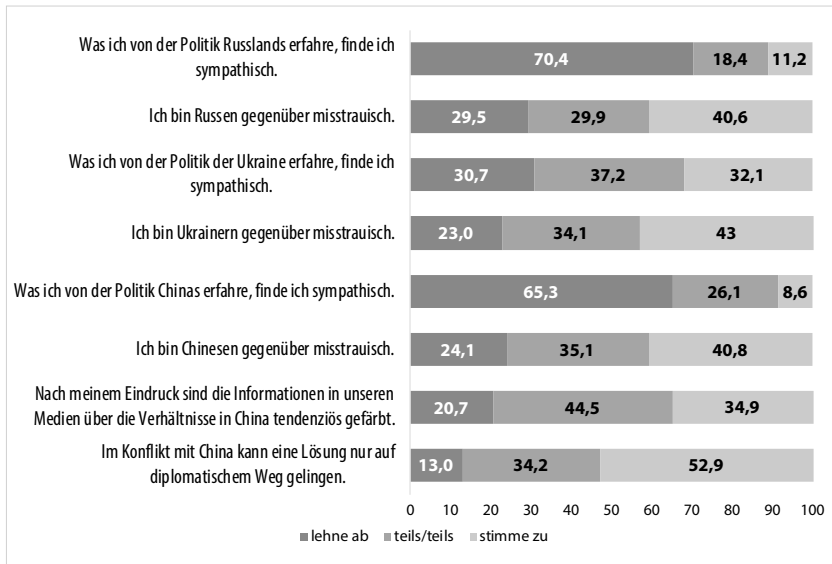
Einstellungen gegenüber Kriegen vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und dem Konflikt mit China

In der Erhebung wurden den Befragten 22 Aussagen zu verschiedenen Aspekten im Zusammenhang mit aktuellen Konflikten zwischen der NATO, Russland und China zur Bewertung vorgelegt. Um die Ergebnisse leichter zugänglich zu machen, stellen wir sie im Folgenden als Zustimmung, Ablehnung und Indifferenz dar, obwohl sich das Antwortformat der einzelnen Fragen teilweise unterschied.

Die 22 Aussagen lassen sich in drei Bereiche gliedern, die in den Grafiken 2 bis 4 abgebildet sind. Zunächst interessierten wir uns für die Einstellungen zur Bündnis- und Wehrpolitik im Allgemeinen (Grafik 2). Hier stellte sich heraus, dass etwas weniger als zwei Drittel der Befragten (64,3 %) der Meinung sind, Deutschland solle weiterhin NATO-Mitglied sein. Eine explizite Ablehnung findet sich bei 13,4 %. Hinsichtlich der Beteiligung an NATO-Militärschlägen ist die Positionierung weniger deutlich: Fast 40 % sprechen sich dagegen aus, aber auch mehr als ein Drittel dafür. In Bezug auf den Besitz und die Lagerung von Atomwaffen spricht sich immer noch eine Mehrheit explizit dagegen aus, dass Deutschland

Grafik 2: Zustimmung zu Aussagen der Bündnis- und Militärpolitik (in %)



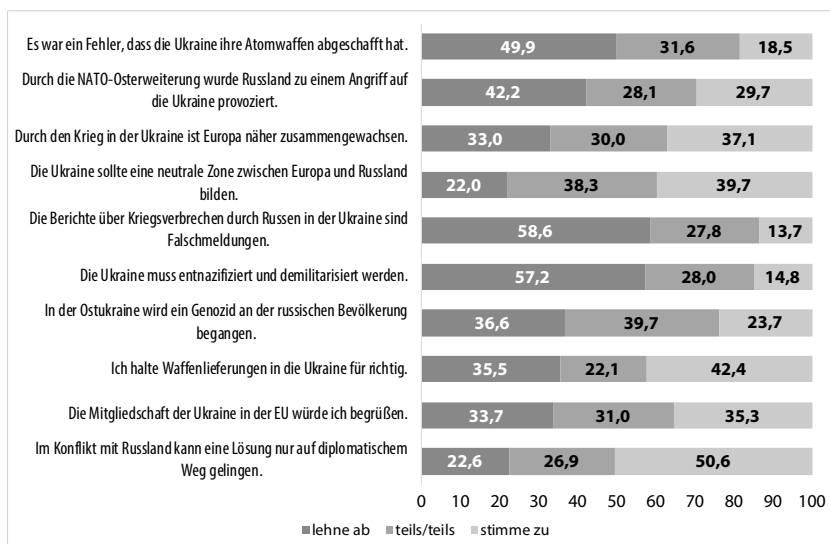
Grafik 3: Einstellungen zu Russland, der Ukraine und China (in %)

eigene Atomwaffen haben sollte (59,5 %) bzw. dass amerikanische Atomwaffen weiterhin auf deutschem Boden gelagert werden sollten (56,8 %).

Ein zweiter Bereich erfasste die Einstellungen zu Russland, der Ukraine und China, um ein erstes Bild der Einschätzung dieser Konflikte zu bekommen. Es zeigt sich eine deutliche Divergenz zwischen den Einschätzungen der Politik Chinas und Russlands im Vergleich zu deren Bewohnern: Während sowohl die Politik Chinas als auch die Politik Russlands von einer großen Mehrheit als unsympathisch erlebt wird (65,3 % im Falle Chinas und 70,4 % im Falle Russlands), ist man sich beim Misstrauen gegenüber den Bewohnern eher uneins: Jeweils ca. 41 % beschreiben ein Misstrauen gegenüber Chinesen und Russen, jedoch sehen 24,1 % (China) und 29,5 % (Russland) ein solches Misstrauen nicht gegeben. Die Bewertung der ukrainischen Politik fällt sehr heterogen aus: Der größte Anteil (37,2 %) vermag die Politik nicht zu bewerten, ähnlich groß sind jedoch auch die Gruppen derer, die die Politik als sympathisch einschätzen (32,1 %) bzw. die sie als unsympathisch erleben (30,7 %).

Zuletzt interessierte uns die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum konkreten Kriegsgeschehen in der Ukraine. Insgesamt herrscht in der

Grafik 4: Bewertung des Krieges in der Ukraine (in %)



Bevölkerung Deutschlands zum Zeitpunkt der Befragung große Uneinigkeit, was die Bewertung und den Umgang mit dem Krieg betrifft. Zwar ist man mehrheitlich der Meinung, dass der Konflikt mit Russland nur auf diplomatischem Weg gelöst werden kann (50,6 %), man glaubt Berichten von Kriegsverbrechen der Russen in der Ukraine (58,6 %) und findet mehrheitlich nicht, dass die Ukraine entnazifiziert und demilitarisiert werden sollte (57,2 %). Zum Zeitpunkt der Erhebung findet sich jedoch keine klare Positionierung in Bezug auf die wichtige Frage der Waffenlieferungen (hier ist mit 42,4 % der größte Anteil dafür, mehr als jeder Fünfte enthält sich jedoch auch), und auch eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU wird zu gleichen Teilen abgelehnt (33,7 %), begrüßt (35,7 %) oder indifferent betrachtet (31 %). Ein ähnliches Bild ergibt sich hinsichtlich der Frage, ob Europa durch den Krieg in der Ukraine näher zusammengewachsen sei. Immerhin 29,7 % der Befragten glauben, dass Russland durch die NATO-Osterweiterung zu einem Angriff auf die Ukraine provoziert wurde, und geben damit dem Bündnis zumindest eine Teilschuld an der Auseinandersetzung. Der größere Anteil der Befragten findet es aber auch richtig, dass die Ukraine ihre Atomwaffen abgeschafft hat (49,9 %). Große Unsicher-

heit besteht bei der Frage, ob die Ukraine eine neutrale Zone zwischen Europa und Russland bilden sollte (38,3 % geben teils/teils an, 39,7 % lehnen dies ab), und auch, ob in der Ostukraine ein Genozid an der russischen Bevölkerung begangen wird, kann von den meisten nicht recht beantwortet werden (39,7%).

Clusteranalyse: Fünf Einstellungstypen

In Bezug auf die oben dargestellten Fragen zum Krieg hat uns interessiert, ob sich verschiedene politische Milieus ausfindig machen lassen. Hierfür haben wir auf Basis einer *k-means Clusterzentrenanalyse* (zum Vorgehen vgl. z.B. Kap. 7) fünf Typen identifiziert, die sich voneinander hinsichtlich ihrer Einstellungen unterscheiden. In der Clusterzentrenanalyse wurden die Antworten zu den 22 Aussagen berücksichtigt, die in den Grafiken 2 bis 4 dargestellt sind. Es kristallisierten sich dabei zwei demokratische Milieus heraus: Die *diplomatischen Demokraten und Antimilitaristen* stehen Militärischem grundsätzlich skeptisch gegenüber, während die *demokratischen Militär- und Waffenlieferungsunterstützer* kriegsrische Einsätze als letztes Mittel zur Erhaltung der Demokratie durchaus tolerieren. Zwei weitere Milieus sind politisch eher indifferent: Ein recht »junges« Milieu, die *unpolitische Mitte*, ist tendenziell autoritär unterwürfig eingestellt, glaubt relativ häufig an Verschwörungserzählungen und verharmlost nicht selten den Nationalsozialismus; ein älteres Milieu, die *unterwürfigen (Rechts-)Konservativen*, zeichnet sich ebenfalls durch vergleichsweise hohe Rechtsextremismus- und Autoritarismuskwerte aus und positioniert sich hinsichtlich der Fragen zu kriegsrischen Auseinandersetzungen wenig eindeutig. Beim fünften und letzten Milieu handelt es sich um eine vorwiegend rechtsextreme und autoritäre Gruppe, die zu Verschwörungsmentalität neigt, aber Militär und Krieg grundsätzlich

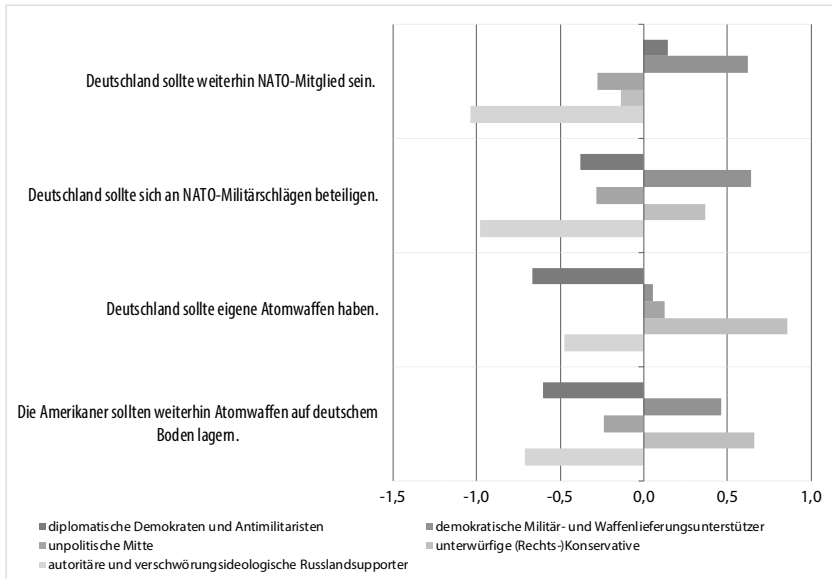
Tabelle 1: Politische Milieus in Zeiten des Krieges (Anteil an der Gesamtstichprobe in %)

diplomatische Demokraten und Antimilitaristen (N=875)	demokratische NATO- und Militärunterstützer (N=1.143)	indifferente politische Mitte (N=634)	unterwürfige (Rechts-)Konservative (N=812)	autoritäre und verschwörungsideologische Russlandsupporter (N=536)
21,9	28,6	15,9	20,3	13,4

eher skeptisch gegenübersteht. Wir haben diese Gruppe die *autoritären und verschwörungsideologischen Russlandsupporter* genannt.

Im Folgenden werden diese fünf Milieus ausführlicher dargestellt und miteinander in Beziehung gesetzt. Einleitend erläutern wir zunächst ihre Positionierungen hinsichtlich der 22 Clustervariablen, um anschließend kurz auf weitere Charakteristika dieser Milieus in Bezug auf andere Einstellungskomponenten und soziodemografische Merkmale einzugehen. Für die grafische Darstellung haben wir in den folgenden Abbildungen den Mittelwert der Items gleich Null gesetzt. Damit werden sowohl die Abweichung der jeweils einzelnen Milieus von der Gesamtgruppe als auch das unterschiedliche Antwortverhalten der Milieus im Vergleich zueinander sichtbar. Negative Werte sind somit als stärkere Ablehnung bzw. weniger starke Zustimmung der jeweiligen Aussagen im Vergleich zum Gesamtmittel zu verstehen, positive Werte indizieren eine weniger starke Ablehnung bzw. stärkere Zustimmung als in der Gesamtpopulation. Signifikante Abweichungen vom Gesamtmittelwert ($p < .05$) liegen vor, wenn der z-Wert im Betrag größer als 1,96 ist (also bei z-Werten $< -1,96$ oder $> 1,96$). Wir sehen, dass die Abweichungen vom Mittelwert bei den einzelnen Milieus nicht signifikant, die Unterschiede zwischen den Milieus aber sehr deutlich ausgeprägt sind.

Wie in der Grafik 5 zu erkennen, zeigen sich sehr unterschiedliche Perspektiven auf die NATO-Bündnispolitik. Auch wenn sich die Gruppe der *diplomatischen Demokraten und Antimilitaristen* und die Gruppe der *demokratischen Waffenlieferungsunterstützer* hinsichtlich anderer politischer Themen ähneln, so sind sie sich mit Blick auf die Bündnisfragen nur in einem Punkt einig: Sie stimmen im Mittel deutlicher als die Gesamtstichprobe zu, dass Deutschland NATO-Mitglied bleiben sollte. Uneins sind sie jedoch darüber, ob sich Deutschland an Militärschlägen der NATO beteiligen sollte, und auch in ihrer Positionierung zum Thema Atomwaffen – seien es eigene deutsche oder amerikanische auf deutschem Boden – differieren diese beiden demokratischen Milieus. In jenen drei Fragen sind sich die *demokratischen Waffenlieferungsunterstützer* mit den *unterwürfigen (Rechts-)Konservativen* einig; beide Gruppen sprechen sich tendenziell eher als die Gesamtgruppe für eine aktive NATO-Beteiligung und für Atomwaffenlagerungen aus. Klar dagegen sind neben den *diplomatischen Demokraten* vor allem die *autoritären und verschwörungsideologischen Russlandsupporter*, die jegliche Bündnisbeteiligung und Waffenlagerung eher ablehnen.. Das Milieu der *un-*

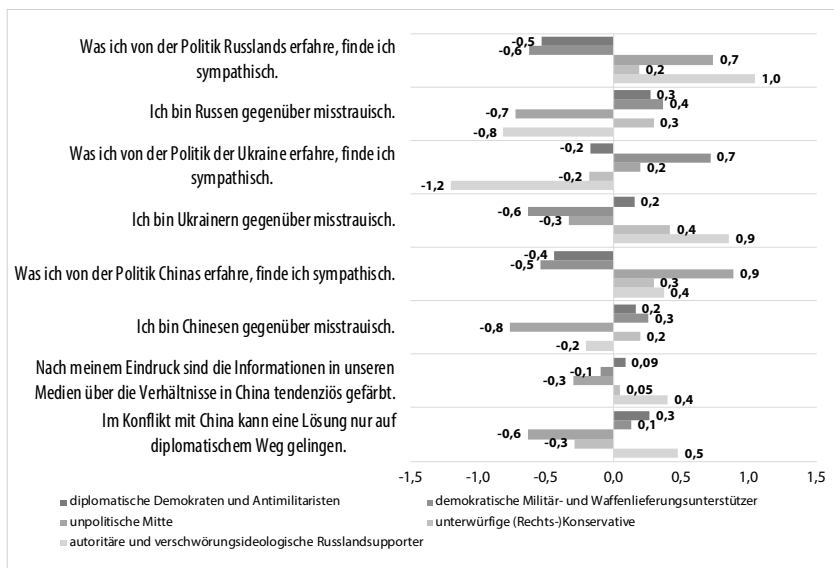
Grafik 5: Haltung zur Bündnis- und Wehrpolitik in den jeweiligen Milieus

z-standardisierte Werte der mittleren Zustimmung in den Milieus; 0 = Mittelwert über die Gesamtstichprobe, negative Werte stehen für eine im Mittel stärkere Ablehnung bzw. weniger starke Zustimmung, positive Werte bilden eine stärkere Zustimmung bzw. weniger starke Ablehnung als im Gesamtmittel ab.

politischen Mitte positioniert sich tendenziell gegen die NATO, spricht sich aber weniger deutlich als die Gesamtstichprobe gegen eigene Atomwaffen Deutschlands aus.

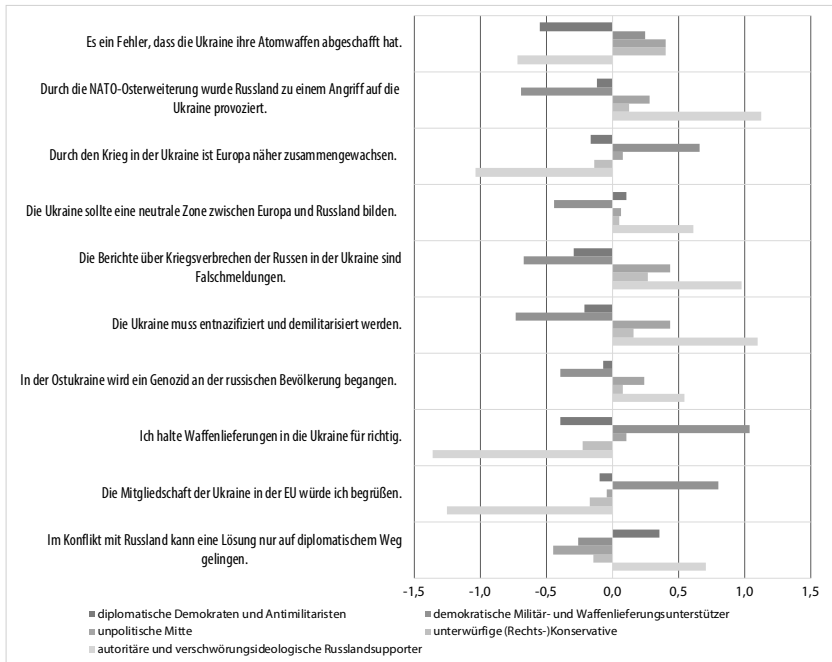
In Bezug auf die Einstellungen zu den Kriegs- und Konfliktparteien Russland, Ukraine und China sind sich die beiden demokratischen Milieus in der Ablehnung der russischen und der chinesischen Politik und in ihrem vergleichsweise hohen Misstrauen gegen Russen und Chinesen einig. Beide Gruppen glauben außerdem tendenziell, dass der Konflikt mit China auf dem diplomatischen Weg zu lösen ist (Grafik 6). Die beiden Milieus unterscheiden sich jedoch eindeutig, wenn es um die Ukraine geht: Bei den *demokratischen Waffenlieferungsunterstützern* findet sich die deutlichste Parteinahme für die ukrainische Politik, und auch den Ukrainern selbst wird wenig Misstrauen entgegengebracht. Komplett gegenläufig verhält sich die Gruppe der *autoritären und verschwörungsideologischen Russlandsupporter*. Zwar

Grafik 6: Haltung zu aktuellen Kriegsparteien und Konfliktfeldern: Ukraine, Russland, China in den Gruppen



z-standardisierte Werte der mittleren Zustimmung in den Milieus; 0 = Mittelwert über die Gesamtstichprobe, negative Werte stehen für eine im Mittel stärkere Ablehnung bzw. weniger starke Zustimmung, positive Werte bilden eine stärkere Zustimmung bzw. weniger starke Ablehnung als im Gesamtmittel ab.

sprechen sie sich tendenziell ebenfalls für eine diplomatische Lösung des Konflikts mit China aus, aber nicht nur dessen Politik, sondern vor allem die Russlands findet in dieser Gruppe mehr Anklang als in der Gesamtstichprobe. Demgegenüber steht eine massive Ablehnung der Politik der Ukraine, und auch den Ukrainern – im Gegensatz zu Chinesen und Russen – bringt diese Gruppe viel Misstrauen entgegen. Die beiden Milieus der *unpolitischen Mitte* und der *unterwürfigen (Rechts-)Konservativen* weisen keine klare Parteinahme in Bezug auf die Ukraine und Russland auf: Die *unpolitische Mitte* ist sowohl den Russen als auch den Ukrainern gegenüber wenig misstrauisch und findet deren jeweilige Politik tendenziell sympathisch. Gleiches gilt auch für China. Die *unterwürfigen (Rechts-)Konservativen* sind Chinesen, Ukrainern und Russen gegenüber gleichermaßen misstrauisch und ergreifen eher Partei für China und Russland als für die Ukraine.

Grafik 7: Haltung zum Krieg gegen die Ukraine in den Gruppen

z-standardisierte Werte der mittleren Zustimmung in den Milieus; 0 = Mittelwert über die Gesamtstichprobe, negative Werte stehen für eine im Mittel stärkere Ablehnung bzw. weniger starke Zustimmung, positive Werte bilden eine stärkere Zustimmung bzw. weniger starke Ablehnung als im Gesamtmittel ab.

Es zeigt sich eine starke Zerklüftung zwischen unterschiedlichen Milieus mit Blick auf zentrale Fragen des aktuellen Kriegsgeschehens (Grafik 7): Zwischen den Milieus wechseln sich gemeinsame Positionen in der einen Frage mit diametralen Ansichten in anderen Fragen ab, selten ist ein gemeinsamer Nenner über mehrere Fragestellungen hinweg erkennbar. Hinsichtlich der noch zu berichtenden, teilweise hohen Deckung bei weiteren politischen Zielen und Einstellungen (s.u.) ist dieser Befund schon hier hervorzuheben.

Betrachten wir daher nun vertiefend die Zusammenhänge dieser Positionen mit anderen politischen Orientierungen in den Milieus. Weil wir auch weitere Einstellungssitems und soziodemografische Werte abbilden, greifen wir für alle auf den prozentualen Anteil der Zustimmung oder

Ablehnung zurück. Das gilt ebenso für die in den Grafiken 5 bis 7 dargestellten, bisher als Mittelwert angegebenen Tendenzen: Im Folgenden werden die prozentualen Anteile der Zustimmung in der jeweiligen Gruppe berichtet.

Die diplomatischen Demokraten und Antimilitaristen

Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Befragten, die etwa ein Fünftel der Gesamtgruppe ausmacht (21,9 %). Wie bereits erwähnt sind sie mehrheitlich gegen NATO-Einsätze, finden die russische Politik sehr unsympathisch, sind auch mehrheitlich misstrauisch gegenüber Russen, jedoch oftmals indifferent, was ihre Sympathie für die ukrainische Politik und das Vertrauen gegenüber Ukrainern anbelangt. Etwa 20 % der Angehörigen dieses Milieus – und damit weniger als im Gesamtmittel – glauben an einen Genozid an der russischen Bevölkerung in der Ostukraine, doch kaum jemand in diesem Milieu fordert eine Denazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine. Trotzdem wollen nicht wenige in diesem Milieu, dass die Ukraine eine neutrale Zone zwischen Russland und Europa wird. Auch glauben nur sehr wenige, dass es sich bei den Berichten über die Kriegsverbrechen der russischen Armee um Falschmeldungen handelt. Trotz Skepsis gegenüber dem Militär wollen die meisten Angehörigen dieses Milieus, dass Deutschland NATO-Mitglied bleibt. Sie halten es allerdings für richtig, dass die Ukraine ihre Atomwaffen abgeschafft hat, wollen nicht, dass Deutschland eigene Atomwaffen hat, und sind dagegen, dass Amerika Atomwaffen in Deutschland lagert. Im Konflikt mit Russland setzen sie trotz negativer Einschätzung der Rolle Russlands auf Diplomatie, was auch damit zusammenhängen mag, dass sie Militärisches generell häufig abstoßend finden, nicht glauben, Kriege gehören zur Natur des Menschen, und selten überzeugt sind, ein Staat brauche ein starkes Militär. Von allen Milieus sind die *diplomatischen Demokraten* am stärksten davon überzeugt, dass Kriege moralisch verwerflich sind. Die Androhung von militärischer Gewalt ist für sie überdurchschnittlich häufig etwas, das großen Schaden anrichtet, und sie lehnen militärische Einsätze insgesamt am deutlichsten ab. Konsequenterweise halten sie daher mehrheitlich die Waffenlieferungen in die Ukraine für falsch. Obwohl die Angehörigen dieses Milieus die Politik Chinas sehr unsympathisch finden und sie auch nur wenig Vertrauen in Chinesen haben, setzen sie doch im Vergleich mit den

anderen am stärksten auch im Konflikt mit China auf Diplomatie. Dies passt in die Haltung der Ablehnung von Militär und Gewalt, von der die *diplomatischen Demokraten* geprägt sind.

Die Angehörigen des Milieus neigen selten zu Antifeminismus, sind selten verschwörungsgläubig, vergleichsweise wenig autoritär und politisch eindeutig links geprägt. Der Wähleranteil ist überdurchschnittlich hoch, und die Angehörigen wählen häufig die SPD, die Grünen und die Linken. Die Mehrheit wohnt in den alten Bundesländern, sowohl der Frauenanteil (59,8 %) als auch das Bildungsniveau sind vergleichsweise hoch. Das Durchschnittsalter liegt mit 48,2 Jahren über dem der Gesamtstichprobe (46,6), zusätzlich ist die Hälfte der Milieugehörigen über 50 Jahre alt.

Die demokratischen Militär- und Waffenlieferungsunterstützer

Das zweite demokratische Milieu der *Militär- und Waffenlieferungsunterstützer* ist dem ersten Milieu politisch in vielerlei Hinsicht sehr ähnlich, unterscheidet sich aber in Bezug auf Militäreinsätze und dem Glauben an demokratische Lösungen. Es handelt sich mit 1.143 Befragten (28,6 %) um das zahlenmäßig größte Milieu. Die Angehörigen dieses Milieus sind deutlich häufiger als die *diplomatischen Demokraten* dafür, dass sich Bundeswehrsoldaten an NATO-Militärschlägen beteiligen (63,9 % Zustimmung); ein Drittel unter ihnen ist sogar für die Lagerung amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden – allerdings sind auch genauso viele dagegen. Eine klare Parteinahme für die Ukraine und gegen Russland zeichnet ihre Haltung aus: Von allen Befragten sind sie diejenigen mit den niedrigsten Sympathiewerten für die Politik Russlands, allerdings bedeutet dies nicht, dass das Misstrauen gegenüber Russen stärker ist als beispielsweise im ersten Milieu. Anscheinend wird in diesem Milieu stärker zwischen der Politik und den Menschen in Russland differenziert. Diese Interpretation wird dadurch gestützt, dass dieses Milieu am wenigsten ausländerfeindlich eingestellt ist. Im Gegensatz zu den *diplomatischen Demokraten* finden die Angehörigen dieses Milieus die ukrainische Politik vorwiegend sympathisch, und sie haben von allen Milieus das größte Vertrauen in Ukrainer. Sie sind am stärksten davon überzeugt, dass die Ukrainer keinen Genozid an den Russen begehen, und so gut wie niemand meint, dass die Ukraine entnazifiziert und entmilitarisiert werden muss. Sie glauben fast alle, dass die Meldungen über Kriegsverbrechen durch die Russen in der Ukraine wahr

sind, und lehnen die Aussage ab, die Ukraine solle eine neutrale Zone zwischen Europa und Russland bilden. Selbstverständlich ist auch eine überwiegende Mehrheit für Waffenlieferungen an die Ukraine. Es verwundert bei derart eindeutiger Parteinahme für die Ukraine nicht, dass dieses Milieu mehrheitlich davon überzeugt ist, dass die EU aufgrund des Krieges in der Ukraine stärker zusammengewachsen ist. Als einziges Milieu würden sie einen Eintritt der Ukraine in die EU eindeutig befürworten. Auch die Einstellungen zur NATO sind wie erwähnt positiv: Angehörige dieses Milieus glauben mehrheitlich nicht, dass die NATO Russland zu dem Krieg provoziert hat; fast alle wollen, dass Deutschland NATO-Mitglied bleibt. Wie alle anderen Milieus wissen auch die Angehörigen dieser Gruppe, dass die Androhung militärischer Gewalt Schaden anrichtet. Eine Mehrheit glaubt sogar, dass eine Welt ohne Krieg möglich sei. Häufiger als in allen anderen Milieus ist man hier jedoch auch der Meinung, dass Kriege zum Schutz von Freiheit und Menschenrechten gebilligt werden müssten. Es handelt sich demnach um eine Gruppe von Personen, die sich grundsätzlich zwar gegen kriegsähnliche Handlungen ausspricht – so wird im Konflikt mit China auch eher eine diplomatische Lösung vertreten –, im Zweifelsfall, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft scheinen, sind die Angehörigen dieses Milieus aber durchaus bereit, die eigenen demokratischen Werte mit Waffengewalt zu verteidigen.

Auf den ersten Blick ist bei den *demokratischen Militär- und Waffenlieferungsunterstützern* Autoritarismus nicht vorherrschend. Schaut man allerdings differenzierter auf die Subdimensionen, fällt die höhere autoritäre Aggression im Vergleich zum ersten Milieu auf, ähnliches gilt für autoritäre Unterwürfigkeit und die Gewaltbereitschaft. Deutlich niedriger als bei allen anderen Milieus ist aber bei den Angehörigen dieses Milieus der Hang zur Verschwörungsmentalität. Sie sind selten antifeministisch eingestellt und haben in allen Rechtsextremismusdimensionen die niedrigsten Werte. Eine Ideologie der Ungleichwertigkeit kann sie nicht zu einem Krieg bewegen, aber ihre autoritären Aggressionen finden eine andere Begründung für ihre Realisierung. Hinsichtlich der Parteipräferenz ist es dem ersten Milieu ähnlich, allerdings ist die Präferenz für Grüne (im Ranking auf dem 1. Platz) und SPD stärker, während weniger Personen die Linken, aber mehr Personen CDU/CSU wählen. Von allen Milieus ist es dasjenige mit dem größten Bezug zu den alten Bundesländern. Insgesamt ist das Durchschnittsalter am höchsten im Vergleich (50,3 Jahre), und Männer sind hier

im Vergleich stärker vorzufinden als in den anderen Milieus. In diesem Milieu finden sich häufig Personen mit hohem Bildungsniveau.

Die unpolitische Mitte

Das Milieu der *unpolitischen Mitte* positioniert sich nicht so eindeutig wie die ersten beiden Milieus in Bezug auf Fragen zum Krieg. Die Angehörigen sind in dieser Frage eher indifferent; das Interesse an Russland, der Ukraine und auch an China ist gering. Man findet hier eine gewisse Heterogenität von Einstellungen mit einer Tendenz, sich politischer Stellungnahmen zu enthalten. Die zaghafte Ablehnung des Militärischen sticht fast bemerkenswert heraus. Eine knappe Mehrheit ist beispielsweise gegen den NATO-Einsatz von Bundeswehrsoldaten. Dass Deutschland NATO-Mitglied bleibt, erfährt zwar tendenziell Zustimmung, aber auch hier wollen sich viele nicht eindeutig positionieren. Gleiches gilt für die Frage danach, ob es falsch war, dass die Ukraine ihre Atomwaffen abgeschafft hat. Man ist mehrheitlich dafür, dass Deutschland keine Atomwaffen hat, und lehnt auch die Lagerung amerikanischer Atomwaffen in Deutschland ab. Nicht wenige (45,3 %) finden alles Militärische abstoßend, und die Mehrheit glaubt auch, dass der Krieg moralisch grundsätzlich verwerflich ist und eine Welt auch ohne Kriege möglich wäre.

Viele Angehörige dieses Milieus finden die Politik der Russen unsympathisch, es finden sich aber auch viele, die sich in dieser Frage nicht eindeutig positionieren. Ihr Misstrauen gegenüber Russen ist allerdings überdurchschnittlich gering. Auf Diplomatie setzt etwa ein Viertel, nicht auf Diplomatie etwa ein Drittel; der größte Anteil liegt aber bei denjenigen, die hier unentschieden sind. In Bezug auf die Ukraine ergibt sich ein ähnliches Bild: Man weiß häufig nicht, ob die ukrainische Politik sympathisch oder unsympathisch ist, und auch in Bezug auf die EU-Mitgliedschaft gibt es keine eindeutige Positionierung in die eine oder andere Richtung. Der Anteil derjenigen, die sich für Waffenlieferungen in die Ukraine aussprechen, ist etwas höher als der jeweilige Anteil der Ablehnenden und Indifferenten. Auch Chinesen gegenüber hat man eher Vertrauen, wobei deren Politik häufig indifferent betrachtet wird. Hinsichtlich der Frage, ob Kriege gerechtfertigt sind, um Freiheit und Menschenrechte zu schützen, finden sich zu fast gleichen Anteilen Personen, die dieser Meinung sind, die Aussage ablehnen bzw. sich neutral positionieren.

Im Vergleich zu den anderen kann dieses Milieu als weniger politisch bezeichnet werden. Das zeigt sich auch anhand der Tatsache, dass wir in der unpolitischen Mitte den höchsten Anteil an Personen finden, die nicht wissen, ob sie überhaupt zur nächsten Bundestagswahl gehen. Ist die Entscheidung gefallen, finden sich eigentlich alle Parteipräferenzen wieder. Am stärksten ist die Zustimmung zu SPD, FDP und CDU. Die Angehörigen dieses Milieus stufen sich selbst zwischen links und rechts in der Mitte ein. Es gibt eine deutliche Tendenz zur autoritären Unterwürfigkeit und eine ausgeprägte Verschwörungsmentalität. Beides spricht für eine gewisse Verunsicherung, die einen Wunsch nach Eindeutigkeiten und Orientierung hervorbringt: Durch eine Autorität oder durch eine Welterklärung. Möglicherweise ist das auch der Grund, warum in diesem Milieu am häufigsten der Nationalsozialismus verharmlost wird. Trotz der tendenziellen Ablehnung von Kriegen ist diese Kombination irritierend, weil mit einer Verharmlosung des Nationalsozialismus auch die Anfälligkeit für autoritäre Antworten steigt. Mit einem Durchschnittsalter von 38,5 Jahren ist es von allen Milieus das jüngste und mit 634 Befragten (15,9 %) eines der kleinsten.

Die unterwürfigen (Rechts-)Konservativen

Das Milieu der *unterwürfigen (Rechts-)Konservativen* ähnelt der *unpolitischen Mitte*. Auch hier finden wir häufig eine indifferente Position gegenüber kriegesischen Konflikten, wenn auch mit einer leichten Tendenz zur Befürwortung. Das Interesse an den Konflikten ist ebenfalls vergleichsweise gering. Das gilt beispielsweise für die Beteiligung an NATO-Militärschlägen. Hier sind mit 41,4 % etwas weniger als die Hälfte für eine mögliche Beteiligung, 18,2 % dagegen und 40,4 % indifferent. Der Anteil der Indifferenten ist auch in Bezug auf die Frage nach der Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden hoch; allerdings liegt das Milieu mit einem Anteil von knapp über einem Drittel, die für die Lagerung auf deutschem Boden sind, im Ranking mit dem Milieu der *demokratischen Militär- und Waffenlieferungsunterstützer* ganz vorne. Die russische Politik findet man mehrheitlich unsympathisch, und das Misstrauen gegenüber Russen ist ebenfalls hoch – allerdings gibt es auch viele Indifferenten. Keine klare Position ergibt sich hinsichtlich der Diplomatie: Hier ist der Anteil der neutral Positionierten am höchsten, tendenziell spricht man sich dann aber eher

für diplomatische Lösungen aus. Eine Mehrheit des Milieus findet die Politik der Ukraine weder unsympathisch noch sympathisch, und viele schätzen Ukrainer weder misstrauisch noch nicht misstrauisch ein. Auch gibt es keine klare Tendenz, ob man für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine ist oder nicht. Waffenlieferungen finden viele nicht richtig, etwas mehr als ein Drittel ist indifferent und jeder Fünfte hält die Lieferungen für richtig. Eine knappe Mehrheit findet Chinas Politik eher unsympathisch, viele misstrauen Chinesen oder positionieren sich neutral. Nur wenige sagen eindeutig, sie seien Chinesen gegenüber nicht misstrauisch. Eine Mehrheit positioniert sich nicht klar in der Frage, ob sie Diplomatie im Konflikt mit China als den richtigen Weg einschätzen oder nicht. Immerhin ist der Anteil derjenigen, die auf Diplomatie setzen, deutlich höher als der Anteil derjenigen, die davon nicht überzeugt sind. Auch in Bezug auf die Frage nach einem Genozid an den Russen fällt auf, dass viele neutral antworten. Dass die Ukraine entmilitarisiert und entnazifiziert werden soll, finden nur die wenigsten, aber auffällig ist erneut der hohe Anteil an neutral Positionierten, die sich auch bei der Frage nach Berichten über die Kriegsverbrechen der Russen und der Frage, ob die Ukraine eine neutrale Zone bilden soll, sowie bei Positionen zur den Fragen, ob die EU stärker zusammengedrückt sei und die NATO den Krieg provoziert habe, finden. Knapp über die Hälfte der Milieuangehörigen meint, Deutschland müsse in der NATO bleiben. Auch in Bezug auf den Besitz von Atomwaffen, ist der Anteil der Indifferenten wieder sehr hoch. Allerdings fällt hier auf, dass der Anteil derjenigen, die meinen, die Deutschen brauchten Atomwaffen mit einem Anteil von 40,5 % am höchsten ist. Auch bei den generellen Fragen zum Militär und Kriegen positionieren sich die Angehörigen des Milieus auffallend häufig neutral. Die häufige Positionierung in der Mittelkategorie könnte auch mit einem Unwissen bezüglich der Themen zusammenhängen, da das Milieu die meisten Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau hat. Politisch ist es eher rechts: Die Rechtsextremismuswerte sind relativ hoch. Viele Angehörige fühlen sich CDU und AfD zugeneigt (20,1 % bzw. 19,2 %), aber einige würden auch die SPD wählen (16,1 %). Es handelt sich dabei um ein eher rechts-konservatives Milieu, welches im Vergleich mit den anderen die höchsten Autoritarismuswerte aufweist. Auffällig sind vor allem die Werte hinsichtlich der autoritären Unterwürfigkeit, die als eine Anpassungsbereitschaft zu verstehen ist. Die vielen neutralen Positionen könnten passend zur

Unterwürfigkeit ein Indiz für eine Tendenz sein, sozial erwünscht zu antworten, um bloß nicht zu sehr anzuecken.

Die autoritären und verschwörungsideologischen Russlandsupporter

Bei dem Milieu der *autoritären und verschwörungsideologischen Russlandsupporter* handelt es sich um ein zahlenmäßig zwar recht kleines (13,4 % der Befragten), aber vorwiegend rechtsextremes Milieu, welches sich zum Teil auf die Seite Russlands und gegen die NATO stellt. Die Mehrheit in diesem Milieu ist gegen NATO-Einsätze der Bundeswehr und lehnt amerikanische Atomwaffen auf deutschem Boden ab. Zwar findet sich keine Mehrheit, die eindeutig Russlands Politik im Allgemeinen sympathisch findet, aber mit knapp über einem Drittel ist der Anteil derjenigen, die dies tun, unter allen Milieus am höchsten. Wichtig ist aber nicht nur, dass ihre Sichtweise auf den Krieg mit jener Russlands identisch ist (s. o., Grafik 7). Es ist auch das Milieu mit dem größten Vertrauen gegenüber Russen. Es setzt am allerstärksten auf Diplomatie, findet die Politik der Ukraine mehrheitlich unsympathisch und misstraut mehrheitlich Ukrainern. Nicht überraschend halten die Milieuangehörigen gar nichts von der EU-Mitgliedschaft der Ukraine, und so gut wie keiner findet die Waffenlieferungen an die Ukraine gut. Es überrascht weiterhin nicht, dass viele – aber nicht die Mehrheit – an einen Genozid an den Russen in der Ostukraine glauben, und die Mehrheit möchte, dass die Ukraine entnazifiziert und entmilitarisiert wird. Die meisten Angehörigen des Milieus antworten neutral bei der Frage nach der Wahrhaftigkeit der Berichte über Kriegsverbrechen durch die Russen, aber etwas über ein Drittel hält die Berichte für falsch. Dementsprechend möchte eine Mehrheit, dass die Ukraine eine neutrale Zone wird. Nach Meinung der *autoritären und verschwörungsideologischen Russlandsupporter* soll Deutschland keine Atomwaffen haben, über deren Abschaffung in der Ukraine man aber mehrheitlich froh ist.

Die Angehörigen dieses Milieus lehnen Militär und Kriege generell eher ab. Sie sind am häufigsten sogar der Meinung, dass die Welt ohne Kriege auskäme, halten eher nichts von militärischen Werten und Tugenden und glauben nicht, dass Kriege für den Schutz von Freiheit und Menschenrechten notwendig seien. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es gleichzeitig das Milieu mit den höchsten Rechtsextremismusscores ist – besonders hoch sind die Werte für Chauvinismus und Ausländerfeindlich-

keit –, bekommt die Ablehnung des Militärischen eine auf die aktuelle Situation bezogene Forderung. Nicht wenige werden mit ihrer Ablehnung des Krieges die Verteidigung der Ukraine meinen. Diese Interpretation hat das in diesem Milieu sehr präsente gewaltbezogene Männlichkeitsideal auf ihrer Seite. Verschwörungsmentalität und Antifeminismus sind ebenfalls weitverbreitet. Es wundert nicht, dass der Anteil der Männer etwas höher ist als jener der Frauen. Am allerdeutlichsten macht sich der Charakter des Milieus an der Parteiaffinität bemerkbar. Fast die Hälfte (49 %) der Angehörigen dieses Milieus wählt die AfD. Die anderen Parteien sind weit abgeschlagen, auf Platz zwei kommt mit 11 % Die Linke. Auch bei den Russlandsupportern ist das mittlere Lebensalter geringfügig höher als im Mittel der Gesamtstichprobe, allerdings ist der Anteil der über 50-Jährigen sehr hoch. Wenig überraschend ist der Anteil der Bevölkerung Ostdeutschlands mit 41,2 % am höchsten. Es handelt sich also um ein vorwiegend rechts-extremes Milieu mit einer Affinität zu Russland.

Was hängt mit Kriegsbefürwortung zusammen?

Unabhängig vom Krieg Russlands gegen die Ukraine interessiert uns, welche Merkmale mit einer Kriegsbefürwortung einhergehen. Neben Rechts-extremismus und Autoritarismus sowie der dazugehörigen Verschwörungs-mentalität war für uns die Verbindung einer generellen Kriegsbefürwortung zu Antifeminismus, einem gewaltbezogenen Männlichkeitsideal, der Gewaltbereitschaft, der Fähigkeit zur Empathie, Narzissmus und Sadismus von Interesse. Die generelle Kriegsbefürwortung wurde gemessen anhand der Bewertung von sechs Aussagen zu Krieg im Allgemeinen, wobei die Polung so gewählt wurde, dass hohe Werte eine starke Kriegsbefürwortung indizierten: »Ich empfinde alles Militärische als abstoßend«; »Krieg ist grundsätzlich moralisch verwerflich«; »Im Prinzip wäre auch eine Welt ohne Kriege möglich«; »Schon die Androhung militärischer Gewalt richtet im Allgemeinen großen Schaden an« (Cronbach's Alpha: .653). In Tabelle 2 finden sich die Zusammenhangsmaße (Cramers-V) in Bezug auf die Kriegsbefürwortung: Alle Indikatoren stehen im Zusammenhang mit der Befürwortung von Kriegen. Das gilt für die Neo-NS-Ideologie der rechts-extremen Einstellung (Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus) wie auch für den rechtsextrem motivierten Ethnozentrismus (Chauvinismus, Auslän-

Tabelle 2: Generelle Kriegsbefürwortung

Neo-NS-Ideologie	
Befürwortung Diktatur ^a	.325**
Antisemitismus ^a	.310**
Sozialdarwinismus ^a	.321**
Verharmlosung des Nationalsozialismus ^a	.328**
Ethnozentrismus	
Chauvinismus ^a	.334**
Ausländerfeindlichkeit ^a	.310**
Sadomasochistischer Autoritarismus und Verschwörungsmentalität	
autoritäre Aggression ^a	.322**
autoritäre Unterwürfigkeit ^a	.318**
autoritärer Konventionalismus ^a	.318**
Verschwörungsmentalität ^a	.377**
Geschlechterverhältnis und Destruktivität	
Antifeminismus ^a	.367**
gewaltbezogenes Männlichkeitsideal ^b	.351**
Gewaltbereitschaft ^a	.326**
dunkle Triade	
mangelnde Empathie ^b	.528**
Narzissmus ^c	.342**
Sadismus ^d	.384**

Zusammenhangsmaße: Cramers V; **p < .01; die Skalenbildungen sind in Kapitel 2 beschrieben; mangelnde Empathie^b »Ich empfinde warmherzige Gefühle für Leute, denen es weniger gut geht als mir«; »Wenn ich sehe, wie jemand ausgenutzt wird, glaube ich, ihn schützen zu müssen«; »Mich berühren Dinge sehr, die ich nur beobachte«; »Ich versuche, bei einem Streit zuerst beide Seiten zu verstehen, bevor ich eine Entscheidung treffe«; »Ich glaube, jedes Problem hat zwei Seiten, und versuche deshalb beide zu berücksichtigen«; »Bevor ich jemanden kritisiere, versuche ich mir vorzustellen, wie ich mich an seiner Stelle fühlen würde«; Narzissmus^c: »Ich habe es verdient, als große Persönlichkeit angesehen zu werden«; »Ich ziehe viel Kraft daraus, eine ganz besondere Person zu sein«; »Mit meinen besonderen Beiträgen schaffe ich es, im Mittelpunkt zu stehen«; »Ich will, dass meine Konkurrenten scheitern«; »Ich finde es aufregend, andere Menschen zu verletzen«; Sadismus^d: »Die Leute würden Gefallen daran finden, anderen weh zu tun, wenn sie es einmal ausprobieren würden«; »Ich habe andere Menschen verletzt, weil ich es konnte«; »Ich habe andere schon mal gedemütigt, um sie in Schach zu halten«; »Ich würde es genießen, jemand anderen körperlich, sexuell oder emotional zu verletzen«.

derfeindlichkeit). Für die drei sadomasochistischen Dimensionen des Autoritarismus (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus) lassen sich genauso deutliche Zusammenhänge finden wie für die Gewaltbereitschaft, das gewaltbezogene Männlichkeitsideal sowie den Antifeminismus. Von den drei Elementen der »dunklen Triade«, also einer Persönlichkeitsstruktur mit hoher soziopathischer Neigung, findet sich der stärkste Zusammenhang zwischen mangelnder Empathie und der Befürwortung von Kriegen. Sadismus und Narzissmus sind auf dem Niveau der anderen Faktoren ausgeprägt.

Diskussion und Fazit

Dieses Kapitel zielte darauf ab, die Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands zum Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, zum Konflikt mit China sowie zu kriegerischen Auseinandersetzungen im Allgemeinen zu untersuchen. Dafür nutzten wir eine zusätzliche Onlinebefragung, die unsere reguläre Erhebung ergänzte.

Im Vergleich zu Erhebungen aus den 1990er Jahren zeigt sich 2022 ein pessimistischerer Blick auf die Zukunft: Drei Viertel der Befragten glauben, dass das Leben für die nächste Generation in Deutschland schwieriger werden wird. Gleichzeitig steigt die Zustimmung zur Wehrpflicht, und auch die Ablehnung der Lagerung amerikanischer Atombomben auf deutschem Boden ist 2022 deutlich niedriger als in den 1990er Jahren. Der Wunsch, sich gegen mögliche Angriffe verteidigen zu können, wurde offenbar durch den Krieg in der Ukraine verstärkt.

Mittels ausgewählter Aussagen konnten wir zeigen, dass die Einstellungen zu aktuellen (kriegerischen) Konflikten und dem richtigen politischen Umgang damit durchaus heterogen sind. Insgesamt spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor gegen kriegerische Auseinandersetzungen aus. So werden eigene deutsche wie auch amerikanische Atomwaffen auf deutschem Boden nach wie vor mehrheitlich abgelehnt; und auch wenn ein generelles Missfallen der Politik Chinas und Russlands überwiegt, lässt sich dieses nicht 1:1 auf ein Misstrauen gegenüber den Bürgern der jeweiligen Nationen übertragen. Eine Mehrheit sieht den diplomatischen Weg als zielführend in den Konflikten mit China und Russland. In den meisten anderen Fragen, gerade in Bezug auf den Krieg in der Ukrai-

ne, gehen die Meinungen jedoch auseinander: Ob Deutschland sich an NATO-Militärschlägen beteiligen soll, Waffenlieferungen an die Ukraine richtig sind, die Ukraine Teil der EU werden soll – in keinem dieser Punkte findet sich eine klare Mehrheit für die eine oder die andere Seite. Um strukturelle Unterschiede im Antwortverhalten und somit in der Positionierung zu diesen Fragen aufzudecken, nutzen wir eine Clusteranalyse, die fünf Milieus bzw. Antworttypen identifizieren konnte.

Vor dem Hintergrund einer sich in ihrer Ausdrucksform wandelnden autoritären Dynamik, wie wir sie bereits in Kapitel 2 beschrieben haben, ist insbesondere das zahlenmäßig größte Milieu – wir haben die Gruppe die *demokratischen Militär- und Waffenlieferungsunterstützer* genannt – von Interesse. Wir finden in dieser Gruppe ein erstaunlich hohes Potenzial autoritärer Aggression, das sich jedoch nicht an klassische Ungleichheitsvorstellungen im Sinne des Rechtsextremismus oder Antifeminismus bindet, sondern vielmehr andere Realisierungsformen sucht. Die Gewaltbereitschaft ist in diesem Milieu vergleichsweise hoch, jedoch wird auf ein demokratisches Grundverständnis Wert gelegt, das es zu verteidigen gilt. Für zukünftige Analysen ist von Interesse, dass es sich um ein Milieu handelt, das vornehmlich Sympathien für die Bündnisgrünen hat. Da es sich bei dieser Erhebung nicht um eine Längsschnittuntersuchung handelt, also keine Vergleichsdaten für diese Gruppe aus vorhergehenden Untersuchungen vorliegen, muss die Interpretation unter Vorbehalt erfolgen. Dennoch kann eine sehr unterschiedliche politische Kultur unter den Anhängern dieser einstmals vornehmlich pazifistischen Partei festgestellt werden. Auch wenn hier wie in der Breite der Bevölkerung keine eindeutige nationalistische oder völkische Befürwortung des Krieges ausgemacht werden kann, findet sich doch eine relevante Gruppe an Kriegsbefürwortern. Für sie folgt diese Haltung eher aus wahrgenommenen Sachzwängen bzw. der Abwehr von Aggressionen. Diese Haltung erinnert sehr an die Legimitation des ersten Kriegseinsatzes Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Kosovokrieg. Die Beteiligung wurde damals nicht aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands abgelehnt, sondern im Gegenteil: Sie wurde mit der Shoah begründet (s. Einleitung). Interessanterweise steht dieser Gruppe an Kriegsbefürwortern eine nur geringfügig kleinere Gruppe gegenüber, die *diplomatischen Demokraten*, die zwar sowohl diese Kriegsgründe als auch den Militarismus insgesamt ablehnt, aber trotzdem in derselben politischen Kultur beheimatet ist. An-

gehörige des Milieus der *demokratischen Militär- und Waffenlieferungsunterstützer* unterstützen Militäreinsätze im Namen der Demokratie, weil sie diese zur Bekämpfung von Diktatur und Autokratien als letztes legitimes Mittel ansehen. Eine Ideologie der Ungleichwertigkeit kann sie nicht zu einem Krieg bewegen, aber ihre autoritären Aggressionen finden eine andere Begründung für ihre Realisierung.

Besorgniserregend, wenngleich zahlenmäßig weit weniger verbreitet, ist das Milieu der *autoritären und verschwörungsideologischen Russlandsupporter*. Immerhin jeder Achte fällt in diese Gruppe, deren Angehörige sich zwar als Kriegsgegner verstehen, jedoch die höchsten Werte im Rechtsextremismus (insbesondere im Bereich des Ethnozentrismus) aufweisen und zu Verschwörungsmentalität und Antifeminismus neigen. Dieses Milieu birgt demnach ein hohes antidemokratisches Potenzial, und ihre Ablehnung von Krieg und Militär muss im Kontext ihrer Unterstützung eines autoritären Staates gesehen werden. Für die Politik stellt sich damit die schwierige Aufgabe, auch in Kriegszeiten demokratische Werte zu wahren und zu vermitteln.

Nicht zu vernachlässigen sind auch die beiden Milieus, die sich als politisch indifferent präsentieren und zusammen mehr als ein Drittel der Befragten ausmachen: das Milieu der *unterwürfigen (Rechts-)Konservativen* und das der *unpolitischen Mitte*. Beide Gruppen enthalten sich einer Positionierung zu aktuellen Konfliktlagen, zeichnen sich aber durch eine autoritäre Unterwürfigkeit aus, die auf eine gewisse Orientierungslosigkeit und den Wunsch, geleitet zu werden, hindeutet. Dass dieser Wunsch in unterschiedlichen Formen artikuliert werden kann, zeigt sich darin, dass das Milieu der *unpolitischen Mitte* eher zu Verschwörungsmentalität neigt, während das Milieu der *unterwürfigen (Rechts-)Konservativen* eher in klassischen rechts-extremen Positionen Anschluss findet.

Betrachten wir die Einflüsse auf die ausdrückliche Kriegsbefürwortung jenseits des Ukraine-Krieges, dann werden weitverbreitete Faktoren sichtbar: Sowohl Autoritarismus in den unterschiedlichen Legierungen als auch Ethnozentrismus finden sich in breiten Teilen der Bevölkerung (s. Kap. 2). Es handelt sich also vor allem um Faktoren, die negative Aspekte der Persönlichkeit und antidemokratische Einstellungsmuster beschreiben. Auch wenn sie gegenwärtig bei den meisten Menschen nicht zu einer manifesten Kriegsbefürwortung führen, so machen sie doch viele anfällig für andere Kriegsanlässe. Ausdrückliche Kriegsbefürwortung ist mit man-

gelnder Empathiefähigkeit, gefolgt von Sadismus, Verschwörungsmentalität und Antifeminismus am stärksten assoziiert.

Literatur

- Bundeswehr (2022). Die aktuellen Einsätze im Überblick. <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr> (30.09.2022).
- Brähler, E. & Richter, H.-E. (1995). Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40/41, 13–20.
- Brähler, E. & Richter, H.-E. (1999). Ost- und Westdeutsche – 10 Jahre nach der Wende. In H. Berth & E. Brähler (Hrsg.), *Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall* (S. 9–27). Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- Brunner, M. (2011). Trauma, Krypta, rätselhafte Botschaft. Einige Überlegungen zur intergenerationellen Konfliktodynamik. *Psychosozial*, 2, 43–59.
- Decker, O. (2022). Verdichtete Orte. Wiederkehr der Vergangenheit, Konflikte der Gegenwart. In J. Reichmayr & M. Reichmayr (Hrsg.), *Paul Parin Werkausgabe – Das Bluten aufgerissener Wunden. Psychoanalyse, faschistische Ideologie und Krieg in Europa. Schriften 1992–1997* (S. 9–25). Wien: Mandelbaum.
- Diner, D. (2004). Der Sarkophag zeigt Risse: Über Israel, Palästina und die Frage eines »neuen Antisemitismus«. In C. Heilbronn, D. Rabinovici & N. Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte* (S. 310–329). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. (1939). Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. In *Gesammelte Schriften, Bd. 3.2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp (1997).
- Fleischer, J. (2022). Lambrecht: Die Bundeswehr muss Kern deutscher Sicherheit sein, 12.09.2022. <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/lambrecht-bundeswehr-muss-kern-deutscher-sicherheit-sein-5494860> (22.09.2022).
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2011). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2004. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA3762 Datenfile Version 2.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.10977>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2018). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5240 Datenfile Version 2.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13141>.
- Hobsbawm, E. J. (1987). *The Age of Empire. 1875–1914*. New York: Vintage Books.
- Hobsbawm, E. J. (1995). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag (2012).
- Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1944). Die Dialektik der Aufklärung. In G. Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften, Bd. 5*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Scholz, O. (2022). Regierungserklärung vom 27. Februar 2022. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (22.09.2022).
- Schuler, J., Schließler, C. & Decker, O. (2021). Das Autoritäre Syndrom – Wiederkehr des Verdrängten? *Jahrbuch der Psychoanalyse*, 83, 79–104.
- Stahl, B., Vogel, H. & Harnisch, S. (2009). *Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten: die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996–2008*. Baden-Baden: Nomos.

- Statistisches Bundesamt (2022). Zahl der Woche Nr. 14 vom 5. April 2022. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2022/PD22_14_p002.html;jsessionid=65EC07737172EF5C8BCFF112057F42DA.live711 (24.9.2022).
- Theweleit, K. (1977). *Männerphantasien Band 1. Frauen, Fluten, Körper, Geschichte*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag (1995).
- Unterseher, L. (2015). »Raus aus der NATO!«: Als Die Grünen noch so richtig unerbittlich radikal waren. In L. Unterseher (Hrsg.), *Das Dilemma militärischer Sicherheit: Kritische Berichte aus drei Jahrzehnten* (S. 49–53). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

II. Vertiefende Analysen

5. Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext

Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung
autoritärer Einstellungen in Deutschland

Ayline Heller, Marius Dilling, Johannes Kiess & Elmar Brähler

Einleitung

Die Leipziger Autoritarismus Studien weisen seit 2002 kontinuierlich auf Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der Verbreitung von Einstellungen wie Rechtsextremismus, Autoritarismus, Demokratiefeindlichkeit u. v. m. hin. Dieser Fokus ist auch 32 Jahre nach der Vereinigung noch berechtigt, blickt man auf anhaltende Differenzen zwischen Ost und West bezüglich der Einkommens- und insbesondere Vermögensstruktur, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Verbreitung der erwähnten und weiterer Einstellungen (Heller et al., 2020). Neben dem Ost-West-Unterschied sind aber auch andere regionale Unterschiede relevant. Bereits in unseren Untersuchungen von 2008 (Decker & Brähler, 2008) und 2014 (Decker et al., 2015), in denen auf Grundlage kumulierter, d. h. zusammengeführter Stichproben der Jahre 2002–2008 bzw. 2002–2014 ein Bundesländervergleich möglich war, zeigte sich, dass offenbar auch ein Nord-Süd-Gefälle bei der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen besteht. Vor allem für den Freistaat Bayern zeigten sich dabei sehr hohe Werte.

Mit Blick auf Autoritarismus, den wir als treibende Kraft hinter den verschiedenen Formen antimoderner Einstellungen vermuten, lässt sich feststellen, dass trotz der Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland auch 2022 noch Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern bestehen, und zwar insbesondere in der gemessenen autori-

tären Aggression¹ und der autoritären Unterwürfigkeit². Lediglich im Konventionalismus finden sich keine Ost-West-Unterschiede. In dieser Dimension zeigt sich 2022 wiederum ein Nord-Süd-Gefälle: In Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zusammengefasst werden deutlich höhere Zustimmungswerte erreicht als in den nördlichen westdeutschen Bundesländern.³ Eine Untersuchung, Ausdifferenzierung und Erklärung dieser regionalen Spezifika ist das Ziel dieses Kapitels. Wir limitieren unsere Betrachtung dabei auf die drei genannten Dimensionen von Autoritarismus nach Altemeyer et al. (1988, 1996). Gemeint ist eine Haltung, die häufig mit der Metapher eines Radfahrers beschrieben wird, der »nach oben buckelt und nach unten tritt« (vgl. auch Adorno, [1952] 2004, S. 368) und dabei in ausgetretenen Bahnen verbleibt. Die beiden Dimensionen, die Decker et al. (2020) unter »Projektivität« ebenfalls als Teil des autoritären Syndroms eingeordnet haben, *Verschwörungsmentalität* und *Aberglaube*, lassen wir in diesem Kapitel außen vor (siehe dazu Kap. 7).

In zurückliegenden Veröffentlichungen haben wir neben der spezifischen ostdeutschen Transformationserfahrung und der jüngeren Geschichte Ostdeutschlands immer wieder auf Strukturfaktoren hingewiesen, die augenfällige Ost-West-Unterschiede erklären könnten. Darunter zählen die Alters- und Bildungsstruktur, das Geschlechterverhältnis, Arbeitslosigkeitserfahrungen sowie die wirtschaftliche Strukturschwäche gerade im Osten und viele weitere Faktoren. Solche Umgebungs- oder Kontextfaktoren können bei der Herausbildung von Einstellungen eine Rolle spielen, werden bei der Analyse aber meist nur implizit oder im Nachhinein als mögliche Erklärungen berücksichtigt. In den letzten Jahren sind zu dieser Frage neue Untersuchungen erschienen, an die wir in diesem Kapitel anschließen möchten. Wir wollen mithilfe einer Mehrebenenanalyse untersuchen, ob bestimmte Charakteristika auf der Kreisebene mit höheren bzw. niedrigeren Autoritarismuswerten einhergehen. Dazu skizzieren wir

- 1 Die Zustimmung lag in den alten Bundesländern auf einer Skala von 5 bis 15 durchschnittlich 1,54 Punkte unter der der neuen Bundesländer (95%-CI[1,24; 1,84], $t(2.515) = 10,02$, $p < .001$).
- 2 Die Zustimmung lag in den alten Bundesländern auf einer Skala von 5 bis 15 durchschnittlich 0,49 Punkte unter der der neuen Bundesländer (95%-CI[0,12; 0,78], $t(2.417) = 3,30$, $p < .001$).
- 3 In den südwestlichen Bundesländern lag die Zustimmung auf einer Skala von 5 bis 15 durchschnittlich 0,53 Punkte über der der nordwestlichen Bundesländer (95%-CI[0,27; 0,79], $t(1.982) = 3,97$, $p < .001$).

zunächst den Forschungsstand und unsere theoretischen Überlegungen, beschreiben im Anschluss die verwendeten Daten sowie unser Vorgehen und präsentieren daraufhin die Ergebnisse unserer Analysen. Abschließend diskutieren wir mögliche Anschlussfragen sowie praktische Implikationen.

Warum der Kontext wichtig ist

Unsere Ausgangsfrage lautet, *welche sozialstrukturellen Kontextfaktoren die Prävalenz autoritärer Einstellung – und damit eine wichtige Einflussgröße für rechtsextreme Einstellung sowie extrem rechtes Wahlverhalten – mitbestimmen*. Auf der individuellen Ebene versucht die Theorie des autoritären Charakters (Adorno et al., 1950) die Entwicklung von Stereotypen und Vorurteilen mit Fokus auf die Sozialisation zu erklären. Dieser Ansatz konzeptualisiert Autoritarismus als eine Charaktereigenschaft, die weitgehend durch frühkindliche Erfahrungen beeinflusst und von weiteren Sozialisationserfahrungen modelliert wird sowie im späteren Leben zu verschiedenen Formen von Vorurteilen führen kann. In seiner Weiterentwicklung des Ansatzes und Messinstrumentariums operationalisierte Altemeyer (1981, 1988, 1996) Autoritarismus in drei Dimensionen: *Autoritäre Unterwürfigkeit* beschreibt die Tendenz eines Individuums, der Führung eines starken Herrschers zu folgen, *autoritäre Aggression* erfasst das Ausmaß, in dem eine Person (sozial) abweichendes Verhalten zu bestrafen trachtet, und *Konventionalismus* misst die Bereitschaft, sich an etablierte Verhaltensregeln zu halten (Altemeyer, 1981, 1988, 1996; Beierlein et al., 2014; Bizumic & Duckitt, 2018). In diesen neueren Ansätzen wird Autoritarismus als eine Reihe von Einstellungen betrachtet, die durch soziale Interaktionen erlernt und durch bestimmte situative Faktoren und politische Situationen verändert werden (Heller et al., 2022). In der klassischen wie der neueren Autoritarismusforschung werden zwar die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Autoritarismus mitgedacht, aber bisher nur bedingt in die empirische Erfassung integriert. Behandelt gerade die klassische Theorie im Kern die langfristig gesellschaftlich vermittelte, aber schon durch die frühkindliche Sozialisation geprägte Ausbildung eines autoritären Syndroms (im Kontext einer gesellschaftlichen autoritären Dynamik), so benötigen autoritäre Bewegungen doch politische, soziale oder diskursive Gelegenheiten, um

in konkreten historischen Situationen zur Geltung zu kommen (siehe auch Rensmann, 1998).

Sozial-, wirtschafts- oder auch infrastrukturelle Faktoren (Dilling & Kiess, 2021) mögen »nur« den Kontext für individuelle Einstellungen und Wahlentscheidungen darstellen (Berg & Üblacker, 2020, S. 33), doch bereits die klassische Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal* von Marie Jahoda et al. (1933) zeigte vor fast 90 Jahren ihre Relevanz auf. In den letzten Jahren stellten Untersuchungen entsprechend fest, dass die AfD in solchen Wahlkreisen und Regionen häufiger gewählt wird, die durch Alterung, Abwanderung und wirtschaftliche Benachteiligung geprägt sind, da in diesen Regionen auch eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie vorzufinden ist (Franz et al., 2018; Meisner, 2019; Brachert et al., 2020). Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass eine hohe Arbeitslosenquote, ein geringer Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie ein im bundesweiten Vergleich geringerer Anteil von Menschen mit (Fach-)Hochschulabschluss in einem Kreis die Wahlchancen dieser extrem rechten Partei erhöhen (Giebler & Regel, 2017). Der Zusammenhang zwischen prekären Lebensumständen (z. B. niedrige Bildung, Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen) sowie den Transformationsprozessen strukturschwacher Regionen (Überalterung, weniger Geburten als Sterbefälle und Abwanderung) einerseits und Wahlentscheidungen andererseits wird häufig mit Verweis auf die Modernisierungsverliererthese diskutiert (Spier, 2010; Decker et al., 2010). Daneben hat Armin Schäfer (2012, 2015; Schäfer et al., 2013) nachgewiesen, dass die Wahlbeteiligung in ärmeren Stadtteilen deutlich unter jener in wohlhabenden Quartieren liegt. Rechtsextreme Einstellungen werden durch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, ein niedriges durchschnittliches Haushaltseinkommen sowie eine schlechte Arbeitsmarktentwicklung in den vergangenen zehn Jahren begünstigt (Quent, 2012). Wir vermuten, dass solche Kontextfaktoren auf Kreis-, Bundesländer- oder Länderebene auch mit erhöhten individuellen Autoritarismuswerten einhergehen.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, »dass die demografische Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen auch ein Gefühl der Perspektivlosigkeit mit sich bringt, wodurch Vertrauen in etablierte Parteien zu erodieren droht« (Franz et al., 2018, S. 136). Zunehmende Benachteiligung ist dabei an die vorhandene Infrastruktur – öffentlicher Personennahverkehr, ärztliche Versorgung, Polizeipräsenz, Einkaufsmöglichkeiten sowie Bildungseinrichtungen – gebunden und wird eher von Menschen in kleineren

Gemeinden berichtet. Die Sozialwissenschaftlerin Katja Salomo (2019) konnte außerdem zeigen, dass durch einen Männerüberhang in einer Region eher das Gefühl entsteht, demografisch abgehängt zu sein. Dies äußere sich in der Folge auch in ethnozentrischen Einstellungen und Unzufriedenheit mit der Demokratie. Neben Strukturfaktoren sind offenbar auch lokale politische und kulturelle Milieus sowie Traditionen relevant für die Tradierung von Einstellungen sowie das Wahlverhalten. Verschiedene Arbeiten haben gezeigt, dass die AfD dort besonders erfolgreich ist, wo früher schon die NPD (Richter & Bösch, 2017) oder noch früher die NSDAP erfolgreich war (Cantoni et al., 2019). Solche Nachweise müssen letztlich durch die historische Forschung bzw. mit Langzeit(wahl)daten erbracht werden. Die Ergebnisse plausibilisieren aber, warum es immer wieder Ausreißerregionen gibt, also Regionen, in denen trotz eher vorteilhafter Bedingungen extrem rechts gewählt wird (Dilling & Kiess, 2021).

Einen wichtigen Beitrag zur Rechtsextremismusforschung liefert entsprechend das Konzept der *Deprivation* (Rippl & Baier, 2005). Es erfasst die im Vergleich mit anderen Gruppen oder Einzelpersonen empfundene Benachteiligung der eigenen Situation und Gefährdung des eigenen Selbstbildes (Runciman, 1966; Walker & Pettigrew, 1984), wenn bestimmte ökonomische Erwartungen nicht erfüllt werden (Seipel & Rippl, 2000). Auch in der öffentlichen Debatte wird in Krisenzeiten zur Plausibilisierung extrem rechter Gewalt oder rechten Wahlverhaltens häufig auf niedrige Einkommen, Bildungsdefizite, Arbeitslosigkeits- und Transformationserfahrungen usw. verwiesen. Während direkte Zusammenhänge jedoch selten nachweisbar sind (Rippl & Baier, 2005; vgl. auch Decker et al., 2010), ist vor allem die *subjektive Wahrnehmung* der individuellen oder vor allem auch der kollektiven bzw. fraternalen Deprivation von Bedeutung (Rippl & Baier, 2005; Yoxon et al., 2019; Kiess et al., 2022). Für die Prävalenz des Autoritarismus gehen wir davon aus, dass Sozialisations-effekte (wie sie indirekt mit den Variablen Bildung und Alter erfasst werden) eine wichtige Rolle spielen, aber gerade auch die subjektiv wahrgenommenen Benachteiligungen – insbesondere der eigenen Gruppe oder Nation – mit einer erhöhten autoritären Einstellung in Zusammenhang stehen könnten. Dasselbe könnte auch für politische Deprivation – das Gefühl politischer Ohnmacht – gelten.

Zwei wichtige Thesen aus der Vorurteilsforschung argumentieren ebenfalls mit Kontextfaktoren, um die Entstehung bzw. die Verbreitung

von Vorurteilen zu erklären: die *Kontakthypothese* und die *Threat-Hypothese*. Im zum Klassiker gewordenen *The Nature of Prejudice* argumentierte Gordon Allport bereits 1954, dass der regelmäßige Kontakt zu einer Fremdgruppe Vorurteile gegenüber dieser reduzieren kann. 2006 konnten Thomas F. Pettigrew und Linda R. Tropp in einer breit angelegten Metaanalyse zeigen, dass sich diese Kontakthypothese über viele Studien hinweg bestätigt. Allport nahm aber auch an, dass Menschen, deren Vorurteile eng mit ihrer jeweiligen Disposition oder Charakterstruktur – z. B. auch dem Autoritarismus – verknüpft sind, weniger stark von den positiven Einflüssen des Intergruppenkontaktes in ihrer Haltung beeinträchtigt werden (vgl. Allport, 1954, S. 281). Kristof Dhont und Alain Van Hiel (2009) widersprechen dieser Annahme: Sie zeigen, dass insbesondere Vorurteile von besonders autoritären Menschen (*high scorer*) durch den Kontakt mit Fremdgruppen stark beeinflusst werden. Dabei ist insbesondere bei autoritären Menschen aber auch die Art und Weise des Kontaktes mit einer Fremdgruppe – positiv oder eher negativ – von Relevanz: So verringert zwar ein positiver Kontakt mit Fremdgruppen Vorurteile der autoritären *high scorer* besonders stark – ein negativer Kontakt erhöht diese allerdings auch stärker als bei *low scorern*. Hinzu kommt, dass diese *high scorer* den Kontakt zu Fremdgruppen einerseits häufiger vermeiden und sie insgesamt häufiger über negativen Kontakt mit Fremdgruppen berichten (Dhont & Van Hiel, 2009; Pettigrew & Tropp, 2011; Asbrock et al., 2012).

Eine auf den ersten Blick konkurrierende Perspektive, die *Threat-Hypothese*, argumentiert, dass eine große Fremdgruppe die (ökonomische und kulturelle) Bedrohungswahrnehmung und damit indirekt die Vorurteilsneigung erhöhe (Stephan & Stephan, 2000). Dies lässt sich auch mit der Autoritarismustheorie verbinden. So geht Detlef Oesterreich (2005) davon aus, dass Autoritarismus vor allem der Abwehr von Angst und Unsicherheit diene, und auch andere Studien konnten einen Zusammenhang zwischen hohen Werten in Autoritarismus und individueller, kollektiver und gesellschaftlicher Bedrohungswahrnehmung aufdecken (Duckitt & Fisher, 2003; Feldmann & Stenner, 2008). In einer breit angelegten Studie konnten Meulemann et al. (2020) über 20 Länder hinweg eine komplexe Interaktion zwischen Kontextfaktoren, wahrgenommener Deprivation, Bedrohungswahrnehmung und Vorurteilen aufdecken: Konkret nahm die Arbeitslosenquote einen Einfluss auf die wahrgenommene Deprivation und darüber indirekt auf die Bedrohungswahrnehmung. Letztere war es

wiederum, die zur Vorurteilsbildung beitrug. Wir müssen also davon ausgehen, dass es nicht die Kontextfaktoren alleine sind, die die Vorurteilsbildung beeinflussen, sondern dass diese im Zusammenspiel mit Deprivationserfahrungen und individuellen Merkmalen den Nährboden bilden können für antimodernes Denken.

Anknüpfend an die *Deprivationstheorien* und die *Threat-Hypothese* gehen wir in diesem Kapitel davon aus, dass autoritäre Einstellungen besonders in deprivierten Regionen erstarken, also in solchen, die u. a. eine hohe Arbeitslosenquote, ein niedriges durchschnittliches Bildungsniveau, ein niedriges Bruttoinlandsprodukt und weitere strukturell ungünstige Charakteristika aufweisen. Mit Blick auf die *Kontakthypothese* knüpfen wir an Überlegungen von Dhont und Van Hiel (2009) an, die vermuten, dass langfristiger Intergruppenkontakt zu einem niedrigeren Autoritarismusniveau beiträgt und damit auch Vorurteile weniger wahrscheinlich macht. Wir vermuten deshalb, dass sich die Anzahl an Schutzsuchenden⁴ in deutschen Kreisen auch auf das Ausmaß an autoritären Einstellungen – insbesondere auf die autoritäre Aggression – auswirken kann, da Kontaktmöglichkeiten entstehen, welche die Bedrohungswahrnehmung der Fremdgruppe »Schutzsuchende« verringern. In der Folge reagieren Autoritäre seltener »nach unten tretend«.

Insgesamt wollen wir im folgenden empirischen Teil dieses Kapitels zeigen, inwiefern soziale Kontextfaktoren zusätzlich zu Faktoren auf der individuellen Ebene sowie in Interaktion mit diesen eine spezifische, räumlich abgrenzbare Möglichkeitsstruktur – im Sinne der in der Mobilisierungsforschung umfassend untersuchten politischen Opportunitätsstrukturen (Tarrow, 1991; Kriesi et al., 1992) – für Autoritarismus darstellen. Im Fokus steht die Überlegung, dass solche Faktoren das Äußern autoritärer Ansichten wahrscheinlicher bzw. unwahrscheinlicher machen.

4 Unter Schutzsuchenden verstehen wir alle Personen, die sich aus humanitären Gründen in Deutschland aufhalten, also Schutzsuchende mit offenem, anerkanntem oder abgelehntem Schutzstatus. Andere Begriffe beschreiben rechtlich nur eine bestimmte Teilmenge von Schutzsuchenden (BBSR Bonn, 2019).

Verwendete Daten für die Mehrebenenanalyse

Um Kontextfaktoren in unseren Analysen berücksichtigen zu können, nutzen wir externe Daten des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR), das Indikatoren zur Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland auf Kreisebene zur Verfügung stellt. Dabei handelt es sich um die kleinste Raumeinheit, für die uns in unseren Daten eine ausreichende Anzahl an Fällen vorlag. Diese Raumindikatoren konnten wir über die Gemeindekennziffern, die uns von allen Befragten vorlagen, mit unseren Daten verbinden. Von den insgesamt 401 deutschen Kreisen bzw. kreisfreien Städten sind 193 durch unsere Befragten abgedeckt, wobei wir Kreise, die mit weniger als fünf Personen belegt sind, ausgeschlossen haben, um die Ergebnisse nicht zu verzerren. Außerdem haben wir all jene Personen ausgeschlossen, bei denen aufgrund fehlender Angaben für die Analyse relevante Informationen nicht vorhanden waren (listenweiser Ausschluss).⁵ Dadurch reduziert sich die Stichprobe für die folgende Analyse auf $N = 2.323$ Personen.

Auf Grundlage der Ergebnisse bisheriger Studien zum Einfluss von Kontextfaktoren auf politische Einstellungen waren wir insbesondere an der Beschreibung deprivierter Regionen interessiert. Bei der Auswahl der Variablen orientierten wir uns am Deprivationsindex des Robert-Koch-Instituts (Kroll et al., 2017) sowie am »German Index of Multiple Deprivation« (GIMD; Hofmeister et al., 2015; Bauer & Maier, 2018). Außerdem haben wir darauf geachtet, eine Varianzinflation aufgrund starker Zusammenhänge der Variablen untereinander zu verhindern.⁶ Folgende Kontextfaktoren konnten wir schließlich in der Analyse berücksichtigen: (1) die Arbeitslosenquote, (2) die Anzahl der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife, (3) das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sowie (4) das durchschnittliche Haushaltseinkommen zur Erfassung objektiver wirtschaftlicher Deprivation, (5) einen Index, der die einwohner-

5 Da die Fehlwerte für die einzelnen Indikatoren 5 % nicht überschreiten, gehen wir davon aus, dass der Ausschluss keinen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnisse hatte (Schafer & Graham, 2002).

6 Eine hohe Multikollinearität der Prädiktoren kann zu einer starken Verzerrung der Ergebnisse führen (Aiken et al., 1991). Sie kann über eine Analyse des Varianzinflationsfaktors (VIF) der einzelnen Prädiktoren überprüft werden. In unserer Analyse lag der höchste VIF leicht über fünf und damit im akzeptablen Bereich.

gewichtete Luftliniendistanz zu verschiedenen Orten des täglichen Bedarfs (Apotheke, Bushaltestelle, Supermarkt und Grundschule) zusammenfasst und somit die infrastrukturelle Anbindung abbilden soll, (6) und die Wanderungsbilanz, also die Anzahl der Zuzüge minus die Anzahl der Fortzüge pro 1.000 Einwohner, um Wachstums- bzw. Schrumpftendenzen einzelner Kreise zu erfassen. Da sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass ein hoher Anteil partnerloser Männer in einer Region – eine Tendenz, die vor allem für ostdeutsche, ländliche Regionen spezifisch ist – auch mit dem Gefühl einhergehen kann, demografisch »abgehängt« zu sein (Salomo, 2019; Kroehnert & Klingholz, 2007), nahmen wir (7) das Verhältnis weiblicher zu männlichen Einwohnern im Alter zwischen 20 und 40 Jahren in die Analyse auf. Zuletzt wollten wir mithilfe (8) des prozentualen Anteils Schutzsuchender an der Bevölkerung überprüfen, ob dieser sich im Sinne der oben geschilderten Kontakthypothese abmildernd auf autoritäre Einstellungen auswirkt. Tabelle 1 bietet eine Übersicht aller berücksichtigter Indikatoren mit Mittelwerten und Streuung.⁷

Neben den Variablen auf der Kontextebene haben wir außerdem folgende Variablen auf der individuellen Ebene in die Analyse aufgenommen: Alter, Geschlecht, Bildung (Abitur: ja/nein), aktuelle Arbeitslosigkeit und Haushaltsäquivalenzeinkommen. Außerdem berücksichtigten wir die wahrgenommene politische Deprivation sowie die wahrgenommene individuelle und kollektive Deprivation, um den Einfluss objektiver Kontexteinflüsse gegenüber individuell wahrgenommenen Deprivationserfahrungen zu modellieren. Diese Variablen und die verwendeten Formulierungen werden in Kapitel 2 ausführlich vorgestellt. Zuletzt analysieren wir den Einfluss der Wohnregion auf Individualebene, indem wir den aktuellen Wohnort differenziert nach Ost- und Westdeutschland in die Analysen aufnehmen.

7 Die Kontextfaktoren sind – mit Ausnahme des von uns gebildeten Nahversorgungsindex (Apotheke und Supermarkt sind aus dem Jahr 2017; Haltestellen und Grundschulen aus dem Jahr 2018) – auf dem Stand von 2019. Bei allen Daten handelt es sich um die aktuellsten, die das BBSR auf Kreisebene zur Verfügung stellt.

Tabelle 1: Lage- und Streuungsmaße der verwendeten Kontextfaktoren

Kontextfaktoren auf Kreisebene	<i>M</i>	<i>SD</i>	Min	Max
Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen in %	5,34	2,23	1,81	12,83
Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife an den Schulabgängern in %	35,04	8,32	11,5	53,87
Bruttoinlandsprodukt in 1.000 € je Einw.	40,38	16,23	18,15	115,95
Durchschnittliches Haushaltseinkommen in € je Einw.	1.950,10	230,66	1.420,67	2.934,37
Index der einwohnergewichteten Luftliniendistanz zu Apotheke, Bushaltestelle, Supermarkt und Grundschule (Nahversorgungsindex)	917,74	516,06	326,25	2.558
Wanderungsbilanz (Zuzüge minus Fortzüge je 1.000 Einw.)	3,86	3,20	-7,03	14,08
Verhältnis weibl. zu männl. Einw. zwischen 20 u. 40 Jahren in %	48,24	1,37	44,64	51,92
Anteil Schutzsuchender an Bevölkerung in %	2,31	1,42	0,24	14,98

^a Die Tabelle bezieht sich auf die finale Stichprobe (N = 2.393). Im Vergleich zur gesamtdeutschen Verteilung finden sich nur geringfügige Unterschiede. M = Mittelwert, SD = Standardabweichung, Min = Minimum, Max = Maximum.

Vorgehen der Mehrebenenanalyse

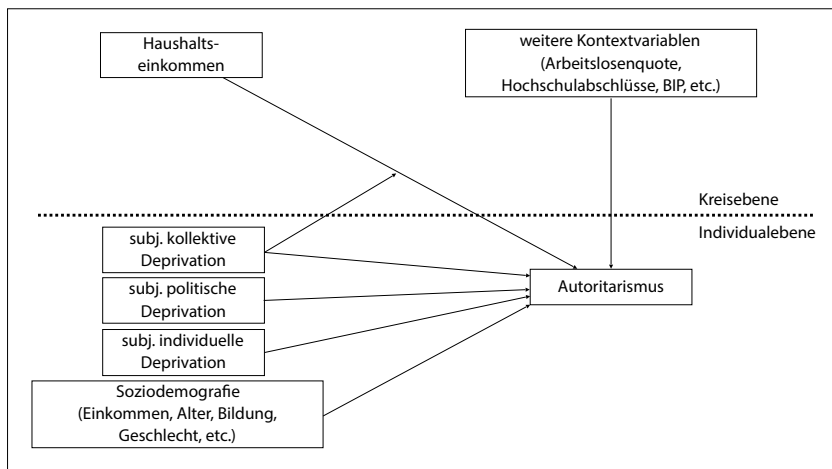
Um Kontextfaktoren in unseren Modellen statistisch adäquat zu berücksichtigen, nutzen wir sogenannte (hierarchische) Mehrebenen- oder Multi-levelmodelle. Anders als klassische Verfahren (wie lineare Regressionsmodelle) berücksichtigen diese Modelle, dass sich Personengruppen zum Teil systematisch unterscheiden. In unserem Fall gehen wir davon aus, dass sich Personen, die im gleichen Kreis oder der gleichen kreisfreien Stadt leben, aufgrund ähnlicher Umfeld- und Kontextfaktoren in ihren Einstellungen einander ähnlicher sind als Personen in unterschiedlichen Kreisen bzw. kreisfreien Städten. Diese Vorannahme lässt sich zunächst anhand des *Intra-Klassen-Koeffizienten* (ICC) statistisch überprüfen. Dieser Wert beschreibt, welcher Anteil an der gesamten Varianz – also den Unterschieden zwischen den Befragten – durch die Kreiszugehörigkeit erklärt wird. Je weiter sich der ICC von 0 entfernt, desto ungenauer werden die Schät-

zungen, wenn die Mehrebenenstruktur nicht berücksichtigt wird (Muthén, 1994; Lai & Kwok, 2015; Hox et al., 2018). In unserem Fall liegt der ICC bei .40 – die Anwendung von Mehrebenenmodellen ist demnach durchaus angezeigt.

Zur Berechnung des ICC wird ein sogenanntes Nullmodell (Modell 1) herangezogen. Dort ist die Struktur bereits angelegt, das heißt, dass die Befragten ihren jeweiligen Kreisen zugeordnet sind, sich aber noch keine weiteren Variablen im Modell befinden. Diese werden schrittweise aufgenommen: Zuerst fügen wir die Variablen auf der Individualebene hinzu (Modell 2), im zweiten Schritt die Variablen auf Kontext-, in unserem Fall der Kreisebene (Modell 3). Schließlich besteht in Mehrebenenmodellen die Möglichkeit, sogenannte *cross-level-Interaktionen* zu definieren (Modell 4). Diese beschreiben das Zusammenwirken eines Faktors auf der Individual-ebene mit einem Faktor auf der Kontextebene in ihrem Einfluss auf die vorherzusagende Variable. In unserem Fall gehen wir davon aus, dass sich die individuelle negative Einschätzung der Wirtschaftslage in Deutschland, also die wahrgenommene kollektive Deprivation, besonders stark in solchen Regionen auf autoritäre Einstellungen auswirkt, in denen die objektive wirtschaftliche Lage, namentlich das durchschnittliche Haushaltseinkommen, eigentlich gut ist. Die Angst vor wirtschaftlichem Niedergang dürfte in solchen Regionen in besonderem Maße zu einem Wunsch nach Führung und Lenkung sowie nach Aufrechterhaltung des Status Quo führen. Grafik 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Einflussfaktoren, wie sie im finalen Modell getestet wurden.

Die einzelnen Modelle werden schließlich schrittweise anhand eines Likelihood-ratio- χ^2 -Tests miteinander verglichen. Dieser gibt Aufschluss darüber, ob das neue, komplexere Modell die Daten besser beschreibt als das vorherige, sparsamere Modell. Außerdem wird zur Beurteilung der Modellgüte der Wert R^2 herangezogen, der angibt, welcher Anteil der gesamten Varianz autoritärer Einstellungen durch die Prädiktoren im Modell (marginal R^2) bzw. durch Prädiktoren und Kreiszugehörigkeit (conditional R^2) erklärt wird (Hox et al., 2018).

Grafik 1: Modellindikatoren des vierten Modells auf Individual- und Kreisebene sowie cross-level-Interaktion



Ergebnisse für die Gesamtskala Autoritarismus

In Tabelle 2 fassen wir die Ergebnisse der Multilevelanalyse für die Gesamtskala Autoritarismus zusammen. Wie sich am hohen ICC des Nullmodells zeigt, existieren eindeutige regionale Unterschiede zwischen den Befragten hinsichtlich ihrer autoritären Einstellungen, die durch die Multilevelanalyse erklärt werden sollten. Dafür werden im ersten Schritt die oben genannten Individualvariablen ins Modell aufgenommen. In Einklang mit bisherigen Studien zeigt sich ein signifikanter Alterseffekt: Ältere Personen vertreten eher autoritäre Positionen als jüngere. Außerdem finden wir einen Effekt der formalen Bildung: Personen mit Hochschulabschluss berichten deutlich weniger ausgeprägte autoritäre Einstellungen als Personen ohne einen solchen Abschluss. Auch Geschlechtsunterschiede werden sichtbar: Frauen stimmen autoritären Aussagen weniger stark zu als Männer. In Bezug auf die Indikatoren subjektiver Deprivationswahrnehmung findet sich ein signifikanter Einfluss der wahrgenommenen kollektiven Deprivation sowie der wahrgenommenen politischen Deprivation. Eine negative Einschätzung der Wirtschaftslage Deutschlands sowie das Gefühl, keinen Einfluss auf politische Prozesse zu haben bzw. dass es

sinnlos sei, sich politisch zu engagieren, sind mit einer stärkeren Zustimmung zu autoritären Aussagen verbunden. Allerdings gehen weder die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage noch das eigene Einkommen oder gegenwärtige Arbeitslosigkeit mit höheren Autoritarismuswerten einher. Bemerkenswerterweise wirkt sich auch nicht aus, ob der eigene Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland liegt. Alle statistisch signifikanten Effekte bleiben auch unter Hinzunahme der Kontextvariablen erhalten und können insgesamt 6,7 % (marginal R^2) der Varianz autoritärer Einstellungen aufklären. Der χ^2 -Test zeigt außerdem, dass das Modell mit Individualvariablen die Daten sehr viel besser erklärt als das Nullmodell.

Nimmt man nun die Kontextfaktoren ins Modell auf, zeigt sich erneut eine deutliche Verbesserung der Modellgüte. Die Prädiktoren können gemeinsam nun immerhin 11,6 % der Varianz aufklären. Unter Berücksichtigung der Kreiszugehörigkeit erhöht sich der Anteil erklärter Varianz auf 42,5 %. Das bedeutet, dass immer noch zusätzliche erklärende Faktoren für die Varianz zwischen den Kreisen existieren, die wir bisher noch nicht durch unsere Prädiktoren erfassen konnten. So könnten historische oder längsschnittliche (Langzeit-)Analysen differenzierten Aufschluss über die Milieustruktur einzelner Kreise bringen, und auch kleinschrittigere Analysen zu Nachbarschaftsstrukturen oder Peer-Groups könnten helfen, die Entstehung und Verbreitung autoritärer Einstellungen mit Kontextfaktoren in Verbindung zu bringen.

Wie erwartet zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote auf Kreisebene und individuellen autoritären Einstellungen: Bei einer hohen Arbeitslosenquote im Kreis weisen Befragte tendenziell höhere Autoritarismuswerte auf. Interessanterweise finden sich keine Effekte der Anzahl der Personen mit Hochschulabschluss, des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts, der Distanz zu Nahversorgungseinrichtungen oder der Wanderungsbilanz. Dafür hat das Geschlechterverhältnis einen maßgeblichen Einfluss: Je größer der Anteil von Frauen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren im Kreis ist, desto weniger stark ist die Ausprägung der autoritären Einstellungen – unabhängig vom individuellen Geschlecht unserer Befragten. Analog sind demnach Frauen und Männer auch gleichermaßen von einem hohen Männeranteil im Kreis betroffen: Ein hoher Anteil an Männern hängt auch bei Frauen mit einer stärkeren Zustimmung zu autoritären Aussagen zusammen. Gleiches gilt für den Anteil der Schutzsuchenden. Mit zunehmender Anzahl dieser

Personen in einem Kreis nimmt die Zustimmung zu autoritären Einstellungen ab. Dieser Befund deckt sich mit bisherigen Forschungsergebnissen zur Kontakthypothese. Durch (positive) Interaktion mit dem »Fremden« können Stereotype abgebaut werden. Psychoanalytisch gesprochen, kann der Kontakt also dazu führen, dass das Gegenüber nicht mehr als Projektionsfläche dienen kann, da man sich selbst und eigene Anteile im Gegenüber erkennt und es deshalb nicht mehr als fremd erlebt. In Regionen, die in Bezug auf die Herkunft homogener sind, bieten sich dementsprechend weniger Kontaktmöglichkeiten. Auch beim Haushaltseinkommen zeigt sich ein Effekt: In Kreisen mit hohem durchschnittlichen Haushaltseinkommen wird autoritären Aussagen eher zugestimmt. Dieser zunächst kontraintuitiv erscheinende Befund kann durch die Ergebnisse zur *cross-level*-Interaktion plausibilisiert werden.

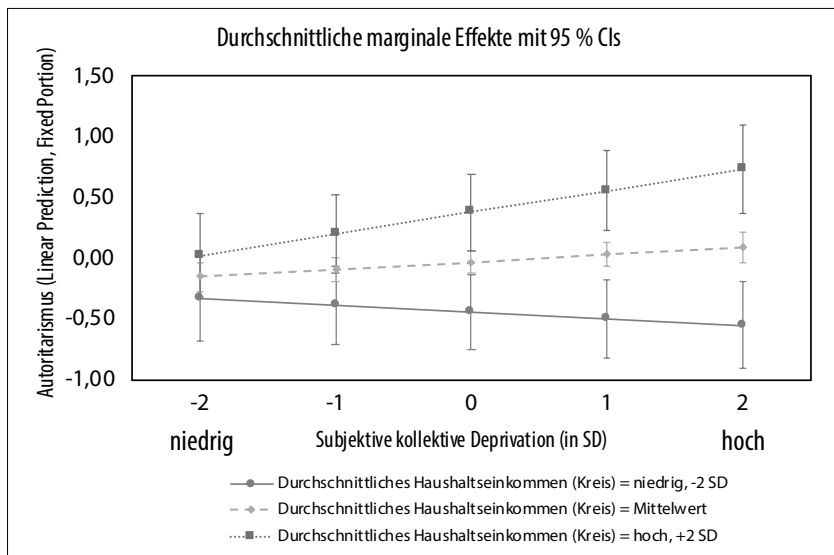
Das letzte Modell, welches diese Interaktion zwischen subjektiver kollektiver Deprivation, also der Einschätzung der Wirtschaftslage Deutschlands, und dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen auf Kreisebene berücksichtigt, führt erneut zu einer Verbesserung der Modellgüte: Es erklärt 43,4 % der individuellen Varianz autoritärer Einstellungen. Der Effekt der hinzugezogenen Variablen geht in die angenommene Richtung: In Kreisen, die besonders wohlhabend sind, wirkt sich die subjektive kollektive Deprivation besonders stark auf die Zustimmung zu autoritären Einstellungen aus (siehe Grafik 2). Die Interpretation liegt nahe, dass besonders in wohlhabenden Regionen eine subjektiv als schlecht wahrgenommene wirtschaftliche Lage Deutschlands Abstiegsängste hervorruft, welche einen Nährboden für autoritäre Einstellungen bilden können. Darüber hinaus kann dieser Befund mit dem Konzept des *sekundären Autoritarismus* in Einklang gebracht werden, das eine autoritäre Unterwerfung unter und Identifikation mit sekundären, also abstrakten Autoritäten anstelle von tatsächlichen autoritären Führungspersonlichkeiten beschreibt (Decker, 2019). Ist die Identifikation mit der »Wirtschaftsnation Deutschland« und dem damit einhergehenden Gefühl des »wir sind wieder wer« bedroht, kann auch eine psychische Destabilisierung folgen, welche sich in der Sehnsucht nach starken (personellen) Autoritäten sowie der autoritären Aggression gegenüber Außenseitern äußert (ebd.).

Tabelle 2: Schrittweiser Modellaufbau der Multilevelanalyse

	Gesamtskala Autoritarismus			
	Modell 1	Modell 2***	Modell 3**	Modell 4**
Individualvariablen				
Intercept	26.12***	26.68***	26.80***	26.85***
Einkommen		-0.03	-0.04	-0.03
Arbeitslosigkeit		-0.03	-0.04	-0.03
Alter		0.77***	0.78***	0.78***
Bildung		-2.15***	-2.13***	-2.17***
Geschlecht		-0.55*	-0.53*	-0.56*
subj. individ. Deprivation		0.06	0.05	0.02
subj. kollekt. Deprivation		0.51**	0.51**	0.48**
politische Deprivation		0.79***	0.78***	0.80***
Ost/West		1.28	0.77	0.46
Kontextvariablen				
Arbeitslosenquote			1.50**	1.55**
Hochschulabschlüsse			0.62	0.65
Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt			-0.11	-0.16
Nahversorgungsindex			-0.23	-0.20
Geschlechterverhältnis der 20- bis 40-Jährigen			-1.55***	-1.56***
Wanderungssaldo pro 1.000 Einwohner			-0.06	-0.08
Anteil Schutzsuchender			-0.92*	-0.92*
durchschnittl. Haushalts-einkommen			1.49**	1.57**
Interaktionseffekt aus Haushalts-einkommen & koll. Deprivation				0.46**
AIC	15.278,11	15.140,84	15.173,56	15.179,05
BIC	15.295,37	15.209,84	15.288,58	15.299,82
Log Likelihood	-7.636,06	-7.558,42	-7.566,78	-7.568,53
ICC	.402	.373	.350	.359
Marginal/Conditional R ²	0/.402	.067/.414	.116/.425	.116/.433

***p < .001; **p < .01; *p < .05; Die metrischen Indikatoren wurden für die Darstellung standardisiert, um die Vergleichbarkeit der Koeffizienten sicherzustellen.

Grafik 2: Interaktionseffekt zwischen subjektiver kollektiver Deprivation und dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen. SD = Standardabweichung; CI = Konfidenzintervall



Ergebnisse für die Subdimensionen des Autoritarismus

Um die bisher dargestellten Ergebnisse weiter auszudifferenzieren, schließen wir mit einer Betrachtung der Subdimensionen autoritärer Einstellung an, also der autoritären Aggression, der autoritären Submission oder Unterwürfigkeit sowie des Konventionalismus. Da die Subdimensionen untereinander zwar stark miteinander zusammenhängen, aber nichtsdestotrotz jeweils unterschiedliche individuelle Tendenzen abbilden, die in einzelnen Personen jeweils stärker oder schwächer ausgeprägt sein können, ist es durchaus möglich, dass die Subdimensionen von unterschiedlichen Kontextfaktoren beeinflusst werden. Tabelle 3 gibt die Ergebnisse dieser Analysen wieder.

In Bezug auf Individualfaktoren fällt bei der *autoritären Aggression* ein deutlicher Ost-West-Unterschied ins Auge. Die ostdeutsche Bevölkerung vertritt eher autoritär-aggressive Positionen als die westdeutsche. Bemerkenswerterweise schwächt sich dieser Effekt unter Berücksichtigung

Tabelle 3: Finale Modelle der Subdimensionen im Vergleich

	Subdimensionen des Autoritarismus		
	Aggression	Unterwürfigkeit	Konventionalismus
Individualvariablen			
Intercept	9.42***	7.93***	9.49***
Einkommen	0.03	0.05	-0.11
Arbeitslosigkeit	-0.74*	0.15	0.34
Alter	0.26***	0.12*	0.40***
Bildung	-0.78***	-0.61***	-0.77***
Geschlecht	-0.33**	-0.16	-0.07
subj. individ. Deprivation	-0.02	0.09	-0.05
subj. kollekt. Deprivation	0.10	0.23**	0.15*
politische Deprivation	0.30***	0.24***	0.27***
Ost/West	0.48	0.05	-0.07
Kontextvariablen			
Arbeitslosenquote	0,81**	0.42	0.32
Hochschulabschlüsse	0.24	0.20	0.21
Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt	-0.12	-0.05	0.00
Nahversorgungsindex	-0.03	-0.11	-0.06
Geschlechterverhältnis der 20- bis 40-Jährigen	-0.53**	-0.50**	-0.53**
Wanderungssaldo pro 1.000 Einwohner	0.06	0.00	-0.14
Anteil Schutzsuchender	-0.39*	-0.25	-0.29
durchschnittl. Haushaltseinkommen	0.62*	0.22	0.73***
Interaktionseffekt aus Haushaltseinkommen & koll. Deprivation	0.23***	0.20**	0.03
AIC	11.195,33	11.055,35	10.771,21
BIC	11.316,10	11.176,11	10.891,98
Log Likelihood	-5.576,67	-5.506,67	-5.364,61
ICC	.365	.362	.344
Marginal/Conditional R ²	.104/.431	.066/.404	.116/.420

*** p < .001, ** p < .01, * p < .05; Die metrischen Indikatoren wurden für die Darstellung standardisiert, um die Vergleichbarkeit der Koeffizienten sicherzustellen.

der Kontextfaktoren ab und verschwindet gänzlich, sobald der Interaktionsterm ins Modell aufgenommen wird. Die Ost-West-Unterschiede werden also maßgeblich durch strukturelle Kontextfaktoren erklärt. Autoritäre Aggression ist außerdem die einzige Subdimension, in der das Geschlecht und die individuelle Arbeitslosigkeit eine maßgebliche Rolle spielen: Männliche Personen sowie Personen, die gerade keiner Lohnarbeit nachgehen, sind eher der Meinung, dass man Unruhestifter hart bestrafen sollte, dass gegen »Außenseiter und Nichtsteuer« mit aller Härte vorgegangen werden sollte und dass gesellschaftliche Regeln ohne Mitleid durchgesetzt werden sollten. Diese Ansichten werden auf der Kreisebene durch einen hohen Anteil Erwerbsloser sowie durch ein hohes durchschnittliches Haushaltseinkommen verstärkt. Wie auch im Gesamtmodell kann sich wiederum ein hoher Anteil an Frauen und Schutzsuchenden abmildernd auswirken. Auch der Interaktionseffekt ist für diese Subdimension signifikant. Durch die Prädiktoren im Modell können insgesamt 10,4 %, unter Berücksichtigung der Kreiszugehörigkeit sogar 43,1 % der Varianz aufgeklärt werden.

Die *autoritäre Unterwürfigkeit* kann am schlechtesten durch unsere Modelle erklärt werden. Die Prädiktoren erklären insgesamt lediglich 6,6 % der Gesamtvarianz, unter Berücksichtigung der Kreiszugehörigkeit sind es 40,4 %. Neben den bekannten Einflussgrößen auf der Individualebene (Alter, Bildung, subjektive kollektive und politische Deprivation) zeigen sich auf Kontextebene lediglich das Geschlechterverhältnis sowie der Interaktionsterm als wirksame Einflussgrößen. Wie erwartet ist also die Sehnsucht nach starken Führungspersonen, die wichtige Entscheidungen treffen, bei den Personen besonders ausgeprägt, die in wohlhabenden Kreisen wohnen, aber die wirtschaftliche Lage in Deutschland eher schlecht einschätzen.

Die Subdimension *Konventionalismus* erfasst die Sehnsucht nach einer Aufrechterhaltung von Traditionen und bewährten Verhaltensweisen. Unsere Analyse ergibt, dass solche Einstellungen in Regionen mit einem hohen durchschnittlichen Haushaltseinkommen besonders ausgeprägt sind. Eine Interaktion mit der subjektiven kollektiven Deprivation besteht in dieser Subdimension jedoch nicht. Auch der Konventionalismus ist in solchen Regionen weniger stark ausgeprägt, in denen mehr Frauen als Männer zwischen 20 und 40 Jahren leben. Damit ist dies der einzige Effekt, der konstant in allen Subdimensionen besteht.

Diskussion

In diesem Kapitel haben wir erstmals im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studien eine räumliche Analyse auf Kreisebene durchgeführt. Schon Bundesländervergleiche (Decker & Brähler, 2008; Decker et al., 2015) sowie bivariate Analysen über die Jahre zeigten, dass Unterschiede nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen anderen Regionen bestehen und außerdem besser über strukturelle Merkmale der Regionen als über eine pauschale räumliche Zuteilung erklärt werden können. Deshalb haben wir aus dem Angebot des BBSR eine Vielzahl zusätzlicher Indikatoren herangezogen, die sozial- und wirtschaftsstrukturelle Unterschiede auf Kreisebene abbilden. Den Rahmen bildeten verschiedene Theorien zu Deprivation, Intergruppenkontakt sowie zur Bedrohungswahrnehmung.

Unsere Analyse zeigt tatsächlich bedeutsame regionale Unterschiede bei autoritären Einstellungen in Deutschland auf. Diese lassen sich teilweise mit den ausgewählten Variablen erklären. So gehen hohe Autoritarismuswerte insgesamt mit einer hohen Arbeitslosenquote, einem niedrigen Frauenanteil, einem geringeren Anteil an Schutzsuchenden sowie einem hohen durchschnittlichen Haushaltseinkommen (insbesondere im Zusammenspiel mit subjektiver kollektiver Deprivationswahrnehmung im Fall der autoritären Aggression und Unterwürfigkeit) einher. Bis auf das Haushaltseinkommen sind all diese Strukturmerkmale in ostdeutschen Kreisen eher anzutreffen als im Westen (t-Tests hier nicht abgebildet). Es ist also naheliegend, dass die regionalen Unterschiede zum Teil immer noch auf Strukturunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zurückzuführen sind bzw. in diesen ihren Ausdruck finden. Das zeigt sich vor allem auch daran, dass der Einfluss der Ost-West-Individualvariable in der Subdimension autoritäre Aggression verschwindet, wenn Kontextfaktoren im Modell berücksichtigt werden. Bei der autoritären Aggression spielen auf der Kontextebene außerdem die Arbeitslosenquote als Indikator für regionale Deprivation sowie (fehlende) Kontaktmöglichkeiten mit Schutzsuchenden eine Rolle. Abstiegsängste und narzisstische Kränkungserfahrungen (im Sinne eines sekundären Autoritarismus), wie sie sich durch ein hohes durchschnittliches Haushaltseinkommen bzw. den Interaktionseffekt von Haushaltseinkommen und kollektiven Deprivationserfahrungen ausdrücken, fallen in den drei Subdimensionen in unter-

schiedlichem Ausmaß ins Gewicht. Vermutlich eng mit dem subjektiven Deprivationserleben zusammenhängend, spielt das Geschlechterverhältnis in allen Dimensionen eine wichtige Rolle. Kreise mit einem Männerüberschuss bei den 20- bis 40-Jährigen bieten offenbar besonders günstige Mobilisierungs- und Herausbildungsbedingungen für autoritäre Einstellungen. Umgekehrt könnte es auch sein, dass (junge) Frauen Kreise verlassen, in denen Autoritarismus stärker verbreitet ist.

Außerdem ist festzustellen, dass Individualvariablen insgesamt mehr Varianz aufklären als die von uns verwendeten Kontextvariablen. Insbesondere die individuelle Wahrnehmung und Beurteilung einer Situation sind dabei für die Herausbildung autoritärer Einstellungen ausschlaggebender als die tatsächliche, objektive Deprivation. Allerdings spielt die Kreiszugehörigkeit auch nach Hinzunahme aller unserer Faktoren immer noch eine immense Rolle. Dies weist darauf hin, dass weitere, von uns hier nicht berücksichtigte Faktoren, die das lokale kulturelle und politische Milieu betreffen, für die Äußerung autoritärer Einstellungen relevant sind. Insgesamt ist naheliegend, dass nicht ein einzelner Kontextfaktor ausschlaggebend ist. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass unterschiedliche Faktoren in den verschiedenen Kreisen unterschiedliche Auswirkungen haben. Hierzu wäre weitere, auch kleinteiligere und sozialraumnahe Forschung wünschenswert (vgl. Pottie-Sherman & Wilkes, 2017, die zeigen konnten, dass die Nutzung unterschiedlicher Raumeinheiten zu sehr verschiedenen Ergebnissen führen kann).

Politisch ist aus unseren Ergebnissen abzuleiten, dass der Anspruch, gleiche Lebensbedingungen überall herzustellen, auch zur Prävention gegen Autoritarismus beitragen kann. Autoritarismus ist dort verbreiteter, wo er günstige Kontextbedingungen vorfindet. Das bezieht sich einerseits auf die einzelnen Menschen, die eine mehr oder weniger ausgeprägte Disposition aufweisen, aber eben auch auf sozialstrukturelle Faktoren. »Entgegenkommende Lebenswelten« (Habermas, 1991, S. 25) – das heißt demokratische Räume, die echte Teilhabe und Mitgestaltung ermöglichen sowie demokratische Werte vermitteln – *hemmen* autoritäre Dynamiken und *stärken* die Demokratie.

Literatur

- Adorno, T. W. ([1952] 2004). Vorurteil und Charakter. In R. Tiedemann (Hrsg.), *Gesammelte Schriften Band 9.2. Soziologische Schriften II Hälfte 2* (S. 360–373). Berlin: Directmedia Publishing GmbH.
- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswick, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality: Studies in prejudice*. New York: Harper & Brothers.
- Aiken, L. S., West, S. G. & Reno, R. R. (1991). *Multiple regression: Testing and interpreting interactions*. London, UK: Sage.
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Altemeyer, B. (1981). *Right-wing authoritarianism*. Winnipeg: University of Manitoba Press.
- Altemeyer, B. (1988). *Enemies of freedom: Understanding right-wing authoritarianism*. San Francisco, CA: Jossey-Bass.
- Altemeyer, B. (1996). *The Authoritarian Specter*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Asbrock, F., Christ, O., Duckitt, J. & Sibley, C. G. (2012). Differential Effects of Intergroup Contact for Authoritarians and Social Dominators. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 38(4), 477–490. DOI: 10.1177/0146167211429747.
- Bauer, H. & Maier, W. (2018). GIMD 2010 – Ein Update des »German Index of Multiple Deprivation«. *Berichte des Helmholtz Zentrums München*. DOI: 10.15134/2018M0001.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). Die Kurzskala Autoritarismus (KSA-3): ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-426711> (08.08.2022).
- Berg, L. & Üblacker, J. (2020). Räumliche Aspekte rechter Orientierung. Auf dem Weg zu einem konzeptionellen Rahmen. In L. Berg & J. Üblacker (Hrsg.), *Rechtes Denken, rechte Räume?* (S. 17–46). Bielefeld: transcript.
- Bizumic, B. & Duckitt, J. (2018). Investigating Right Wing Authoritarianism with a Very Short Authoritarianism Scale. *Journal of Social and Political Psychology*, 6(1), 129–150. DOI: 10.5964/jspp.v6i1.835.
- Brachert, M., Holtmann, E. & Jaeck, T. (2019). *Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019 in drei ostdeutschen Bundesländern*. Berlin: Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bundesamt für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR) (2019). *INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung*. <https://www.inkar.de/> (09.08.2022).
- Cantoni, D., Hagemeister, F. & Westcott, M. (2019). Persistence and activation of right-wing political ideology. *Rationality and Competition Discussion Paper Series*, 143.
- Decker, O. (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany. *Journal of Psychosocial Studies*, 12(1), 203–2013.
- Decker, O. & Brähler, E. (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2015). Rechtsextreme Einstellungen in den Bundesländern. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler. (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus* (S. 71–80). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimension und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.

- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dhont, K. & Van Hiel, A. (2009). We must not be enemies: Interracial contact and the reduction of prejudice among authoritarians. *Personality and individual differences*, 46(2), 172–177. DOI: 10.1016/j.paid.2008.09.022.
- Dilling, M. & Kiess, J. (2021). Die Landtagswahlen 2019 in Sachsen im Kontext der Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur auf Gemeindeebene. *EFBI Policy Paper 3-2021*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Duckitt, J. & Fisher, K. (2003). The impact of social threat on worldview and ideological attitudes. *Political Psychology*, 24(1), 199–222. DOI: 10.1111/0162-895X.00322.
- Feldman, S. & Stenner, K. (1997). Perceived threat and authoritarianism. *Political Psychology*, 18(4), 741–770. DOI: 10.1111/0162-895X.00077.
- Franz, C., Fratzscher, M. & Kritikos, A. S. (2018). AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. *diw Wochenbericht*, 85(8), 135–144.
- Giebler, H. & Regel, S. (2017). *Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Habermas, J. (1991). *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heller, A., Tibubos, A. N., Beutel, M. & Brähler, E. (2020). *Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel*. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Heller, A., Decker, O., Clemens, V., Fegert, J. M., Heiner, S., Brähler, E. & Schmidt, P. (2022). Changes in authoritarianism before and during the COVID-19 pandemic: Comparisons of latent means across East and West Germany, gender, age, and education. *Frontiers in Psychology*, 13(941466). DOI: 10.3389/fpsyg.2022.941466.
- Hofmeister, C., Maier, W., Mielck, A., Stahl, L., Breckenkamp, J. & Razum, O. (2016). Regionale Deprivation in Deutschland: Bundesweite Analyse des Zusammenhangs mit Mortalität unter Verwendung des ›German Index of Multiple Deprivation (GIMD)‹. *Das Gesundheitswesen*, 78(1), 42–48. DOI: 10.1055/s-0034-1390421.
- Hox, J. J., Moerbeek, M. & van de Schoot, R. (2018). *Multilevel Analysis. Techniques and Applications*. Riverside, CA: Routledge.
- Jahoda, M., Lazarsfeld, P. F. & Zeisel, H. (1933). *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziografischer Versuch*. Leipzig: Hirzel.
- Kiess, J., Schuler, J., Decker, O. & Brähler, E. (2022): Comeback des Autoritarismus-Konzepts: autoritäres Syndrom und autoritäre Dynamik zur Erklärung rechtsextremer Einstellung. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus* (S. 14–25). Jena: Amadeu-Antonio-Stiftung.
- Kriesi, H., Koopmans, R., Duyvendak, J. W. & Giugni, M. G. (1992). New social movements and political opportunities in Western Europe. *European Journal of Political Research*, 22(2), 219–244. DOI: 10.1111/j.1475-6765.1992.tb00312.x.
- Kroll, L. E., Schumann, M., Hoebel, J. & Lampert, T. (2017). Regionale Unterschiede in der Gesundheit-Entwicklung eines sozioökonomischen Deprivationsindex für Deutschland. *Journal of Health Monitoring*, 2(2), 103–120. DOI: 10.17886/RKI-GBE-2017-035.
- Kröhnert, S. & Klingholz, R. (2006). *Not am Mann: von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Lai, M. H. & Kwok, O. M. (2015). Examining the rule of thumb of not using multilevel modeling: The »design effect smaller than two« rule. *The Journal of Experimental Education*, 83(3), 423–438. DOI: 10.1080/00220973.2014.907229.

- Meisner, M. (2019). AfD profitiert von Abwanderung. Zurückbleibende Bewohner sich leeren der Landstriche verlieren das Vertrauen in Politik und Demokratie – sie werden konservativer und autoritärer. *Tagesspiegel*, 01.09.2019.
- Meuleman, B., Abts, K., Schmidt, P., Pettigrew, T. F. & Davidov, E. (2020). Economic conditions, group relative deprivation and ethnic threat perceptions: a cross-national perspective. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 46(3), 593–611. DOI: 10.1080/1369183X.2018.1550157.
- Muthén, B. O. (1994). Multilevel Covariance Structure Analysis. *Sociological Methods & Research*, 22(3), 376–398. DOI: 10.1177/0049124194022003006.
- Oesterreich, D. (2005). Flight into security: A new approach and measure of the authoritarian personality. *Political Psychology*, 26(2), 275–297. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2005.00418.x.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of personality and social psychology*, 90(5), 751–783. DOI: 10.1037/0022-3514.90.5.751.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2011). *When groups meet: The dynamics of intergroup contact*. Philadelphia, PA: Psychology Press.
- Pottie-Sherman, Y. & Wilkes, R. (2017). Does size really matter? On the relationship between immigrant group size and anti-immigrant prejudice. *International Migration Review*, 51(1), 218–250. DOI: 10.1111/imre.12191.
- Quent, M. (2012). *Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen: Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens*. Magdeburg: Meine Verlag.
- Rensmann, L. (1998). *Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität: Studien zur Struktur, Erklärungspotential und Aktualität*. Hamburg: Argument Verlag.
- Richter, C. & Bösch, L. (2017). *Demokratiefierne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. Jena: IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Rippl, S. & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57(4), 644–666.
- Runciman, W. G. (1966). *Relative deprivation and social justice: A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Salomo, K. (2019). The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia. *Political Geography*, 69, 103–117. DOI: 10.1016/j.polgeo.2018.07.001.
- Schäfer, A. (2012). Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten. *Politische Vierteljahresschrift*, 53, 240–264.
- Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schäfer, A., Vehrkamp, R. & Gagné, J. F. (2013). *Prekäre Wahlen: Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schafer, J. L. & Graham, J. W. (2002). Missing data: our view of the state of the art. *Psychological Methods*, 7(2), 147–177. DOI: 10.1037/1082-989X.7.2.147.
- Seipel, C. & Rippl, S. (2000). Ansätze der Rechtsextremismusforschung – ein empirischer Theorienvergleich. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 20(3), 303–318.
- Spier, T. (2010). *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stephan, W. G. & Stephan, C. W. (2000). An Integrated Threat Theory of Prejudice. In S. Oskamp (Hrsg.), *Reducing Prejudice and Discrimination* (S. 23–45). Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.

- Tarrow, S. (1991). Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven. *KZfSS – Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43(4), 647–670.
- Walker, I. & Pettigrew, T. F. (1984). Relative deprivation theory: An overview and conceptual critique. *British Journal of Social Psychology*, 23(4), 301–310. DOI: 10.1111/j.2044-8309.1984.tb00645.x.
- Yoxon, B., Van Hauwaert, S. M. & Kiess, J. (2019). Picking on immigrants: a cross-national analysis of individual-level relative deprivation and authoritarianism as predictors of anti-foreign prejudice. *Acta Politica*, 54(3), 479–520. DOI: 10.1057/s41269-017-0067-8.

6. Demokratie und politische Kultur

*Susanne Pickel, Gert Pickel, Natalie Gittner,
Kazim Celik & Johannes Kiess*

Demokratie, politische Kultur und autoritäre Dynamiken

Die Frage nach der *Stabilität des bundesdeutschen politischen Systems* stellt sich vor allem in Krisenzeiten. Dies gilt für terroristische Bedrohungen, Wirtschafts- oder Währungskrisen, Konfrontationen mit anderen Staaten oder in Pandemien. So ist es vielleicht wenig überraschend, dass seit Beginn der Querdenker-Protestbewegungen gegen die Maßnahmen zur Einschränkung der COVID-19-Pandemie Debatten um die Anerkennung der Demokratie in Deutschland aufkommen. Nun ist die Zahl derer, die wirklich auf die Straße gehen, sich über die Maßnahmen empören und auch vor antidemokratischen Äußerungen nicht haltmachen, übersichtlich. Gleichzeitig lässt sich in sozialen Netzwerken und auch offline eine Radikalisierung feststellen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Hassbotschaften – wahlweise gegen Politiker oder einfach nur Befürworter der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung – auf Twitter, Instagram oder bei Telegram kursieren; es gibt kaum eine Auseinandersetzung, in der Journalisten oder Polizisten nicht zum Ziel von verbalen, aber auch tätlichen Angriffen werden (Nocun & Lamberty, 2022). Immer wieder finden sich dabei rechtsautoritäre Argumentationsmuster und Verschwörungserzählungen, die mitunter sogar bis in den engen Familienkreis geteilt werden (Kiess et al., 2022). Könnte es also sein, dass die Stabilität der deutschen politischen Kultur und ein entsprechender demokratischer Konsens in der Gesellschaft brüchig werden?

Bereits 2020 konnten wir Anzeichen für Zersetzungspotenziale innerhalb des alle Gemeinschaftsmitglieder umfassenden gesellschaftlichen Zusammenhalts identifizieren (G. Pickel et al., 2020c; G. Pickel & S. Pickel,

2021). Offen blieb, ob diese Potenziale mittelfristig antidemokratische und antisystemische Konsequenzen mit sich bringen. Ausgehend von diesen Potenzialen und unter Berücksichtigung der aktuellen Situation der zunehmenden Krisen lässt sich die Frage stellen: *Wie ist der Stand der politischen Kultur in Deutschland, wer ist gegen sie und wie kann man dies erklären?* Diese Frage beinhaltet unterschiedliche Aspekte und Thesen. So nehmen wir an, dass die Legitimität der Demokratie nach wie vor ungebrochen ist, dass sich jedoch sowohl eine kleine, aber überzeugte Gruppe von Antidemokraten formiert als auch eine Gruppe von Bürgern mit nichtliberalen, nichtpluralistischen Vorstellungen von Demokratie ausbildet. Zudem vermuten wir, dass autoritäre Einstellungen und die Offenheit für Verschwörungserzählungen (Verschwörungsmentalität) Triebkräfte antidemokratischer Überzeugungen sind. Beides wird im Sinne einer *autoritären Dynamik* verinnerlicht, in gemeinsamen Gruppen bestärkt und gegen die Demokratie gerichtet. Um mit ihrem antidemokratischen Anliegen bis in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen – so unsere dritte These –, nutzen die politischen Akteure der extremen Rechten bestehende Vorurteile und Rassismen als wichtige Brückenideologien (Pickel et al., 2020b; Norris & Inglehart, 2019). Auf diese Weise untergraben sie die demokratische politische Kultur.

Politische Kulturforschung als Ausgangspunkt der Analyse demokratischer Stabilität

Zur Analyse des Zustandes der politischen Kultur in Deutschland eignet sich die *politische Kulturforschung* (Almond & Verba, 1963; S. Pickel & G. Pickel, 2006) mit ihrem von den Einstellungen der Bürger ausgehenden Blick auf die Stabilität bzw. Persistenz politischer Systeme. Gerne wird sie als eine *Krisentheorie* betrachtet, die dann Bedeutung gewinnt, wenn die Grundlagen dieser Stabilität gestört werden (Lipset, 1981; Easton, 1975). Die politische Kulturforschung befasst sich mit der subjektiven Seite der Politik, mit dem Wissen, den Gefühlen und den Bewertungen der Bürger gegenüber dem politischen System sowie seinen Amtsinhabern und untersucht, welche Einstellungen und Wertorientierungen die Bürger politischen Objekten entgegenbringen. Dabei geht es nicht um die Einstellungen des Individuums, sondern um die repräsentativen Überzeugungen des

politischen Kollektivs, die sich aus den zusammengefassten Einstellungen der Individuen ergeben. Ziel der politischen Kulturforschung ist die Erfassung (kultureller) Rahmenbedingungen, welche die *Stabilität* eines (demokratischen) politischen Systems fördern oder gefährden.

Die politische Kulturforschung untersucht verschiedene Ebenen der Einstellungen der Bürger zum politischen System (ausführliche Darstellung bei G. Pickel et al., 2020c, S. 95; S. Pickel & G. Pickel, 2016, S. 553). Soll eine Demokratie über lange Zeit stabil bleiben, dann müssen ihre Verfahren und Regeln mit den Einstellungen der Bürger korrespondieren. Gleichzeitig ist ein Grundkonsens innerhalb der Bevölkerung darüber, dass die Demokratie die für die Gesellschaft angemessenste Regierungsform ist, notwendig (Lipset, 1959, S. 77). Man spricht von normativer Anerkennungswürdigkeit der Demokratie »an sich« (»Demokratie als Staatsidee«) und von faktischer Anerkennung der Demokratie (Legitimität). Fehlt eine zumindest positiv-neutrale Haltung der Mehrzahl der Bürger gegenüber der Demokratie, dann besteht im Krisenfall die Gefahr des Zusammenbruchs. Es ist dabei egal, ob es sich um eine *ökonomische* Krise wie aktuell die hohe Inflation, eine *politische* Krise wie den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, eine *innere* Krise wie die COVID-19-Pandemie oder eine *soziale* Krise wie die steigende soziale Ungleichheit in Deutschland handelt. Die überwiegende Mehrheit der Bürger muss das System grundsätzlich unterstützen und aktiv dafür eintreten. Folgt man einer Faustregel, dann sollte der Anteil der aktiven Unterstützer der Demokratie (ca. 70 %) den der aktiven Gegner (maximal ca. 15 %) deutlich übersteigen (Diamond, 1999, S. 65). Ist dies nicht der Fall, gerät die Demokratie unter Druck: Sie muss sich mittelfristig wandeln (Reform) oder sie bricht zusammen und wird durch ein anderes politisches System ersetzt (Revolution).

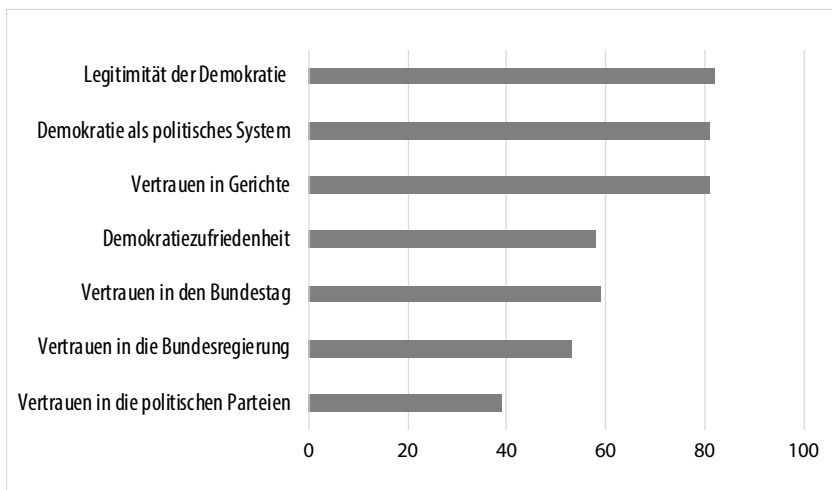
Die zuletzt angesprochene *politische Unterstützung* wird als eine Einstellung verstanden, mit der sich eine Person gegenüber einem politischen Objekt orientiert (Easton, 1979; Fuchs, 1989; S. Pickel & G. Pickel, 2006, 2020). Politische Objekte können positiv oder negativ unterstützt werden. Für den Erhalt einer Demokratie ist allerdings eine überwiegend positive politische Unterstützung notwendig. Die politische Unterstützung kann in *Legitimität* der Demokratie, ihre Anerkennung durch die Bürger um ihrer selbst willen, *Vertrauen* in politische Institutionen und die *Bewertung der Leistungsfähigkeit* der politischen Autoritäten unterschieden werden (Easton, 1975). Legitimität und Vertrauen bezeichnet Easton als »diffuse Unter-

stützung«, d. h. eine grundsätzliche Form der Zustimmung zu den Objekten um ihrer selbst willen. Die Bewertung der Leistungsfähigkeit des Systems nennt er »spezifische Unterstützung«. Hier richtet sich die Bewertung der Bürger auf die Ergebnisse politischen Handelns. Easton (1979, S. 171–225) identifiziert drei Unterstützungsobjekte: Die »politische Gemeinschaft« umfasst die Mitglieder eines politischen Systems und ihre grundlegenden Wertmuster. Hierzu gehören Gemeinschaftssinn, Zugehörigkeitsgefühl und gegenseitige Loyalität der Gemeinschaftsmitglieder, kurz ein gesellschaftlicher Zusammenhalt. Das Unterstützungsobjekt »politisches Regime« umfasst die grundlegende Struktur des demokratischen Institutionensystems (»Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist«). Hier beziehen sich die Orientierungen auf die Institutionen an sich, also die Rollen (z. B. die Position des Bundeskanzlers im politischen System) und nicht die konkreten Rollenträger (die Person des Bundeskanzlers). Die Rollenträger werden als Unterstützungsobjekt »politische Autoritäten« angesprochen und in Eastons Konzept »spezifisch« unterstützt. Das bedeutet, dass ihre eher kurzfristige politische und wirtschaftliche Leistung durch die Bürger bewertet wird. Sind die Bürger mehrheitlich unzufrieden, werden die entsprechenden Autoritäten abgewählt.

Zunächst wird die Akzeptanz der Demokratie, ihre Anerkennung, d. h. ihre *Legitimität* bestimmt. Ein Legitimitätsempfinden entsteht, wenn die Bürger anerkennen, dass ihre eigenen Werte und Vorstellungen mit dem politischen System – in unserem Fall mit dem der Bundesrepublik Deutschland – übereinstimmen. Das Legitimitätsempfinden ist die für den Erhalt der Demokratie wichtigste politische Einstellung. Sie bildet als grundsätzliche Anerkennung des politischen Systems seinen langfristigen Stabilitätsanker. *Vertrauen* umfasst die Hoffnung auf eine »Gemeinwohl-orientiertheit« der Gestaltung der politischen Institutionen und des Handelns der in ihnen tätigen Personen. Vertrauen speist sich aus der Sozialisation und den generalisierten *Output*-Erfahrungen der Bürger. Die konkreten Amtsträger werden als politische Autoritäten beurteilt. Den Inhaberinnen und Inhabern politischer Autoritätsrollen wird politische Unterstützung hauptsächlich dadurch zuteil, dass die Bürger die von den Autoritäten getroffenen Entscheidungen akzeptieren und als positiv bewerten. Zufriedenheit mit der Demokratie (»Demokratie in Deutschland, wie sie funktioniert«) entsteht aus der positiven Bewertung des Handelns der Autoritäten und einer grundsätzlichen Anerkennung der politischen Insti-

tutionen. In dieser bewertenden Einstellung der Bürger vermischen sich Leistungszufriedenheit und Legitimitätsempfinden. Demokratiezufriedenheit sollte deshalb nicht als Indikator für eine grundsätzliche Demokratiebefürwortung oder -ablehnung verwendet und verstanden werden. Vielmehr drückt sich durch ihr Fehlen eine Unzufriedenheit mit den aktuellen Zuständen und dem Handeln der Regierenden im Vergleich zu den Erwartungen, die an das demokratische politische System gestellt werden, aus.

Grafik 1: Politische Unterstützung in Deutschland 2022 (in %)



Zusammengefasst sehr und eher zustimmend bei vier Antwortmöglichkeiten.

Politische Kultur und politische Unterstützung 2022

Diese konzeptionelle Unterscheidung zeigt sich auch im Antwortverhalten der LAS 2022. Sowohl die Idee der Demokratie (Legitimität) als auch ihre Einschätzung als bestes Herrschaftssystem finden in der deutschen Bevölkerung hohe Zustimmung (Grafik 1). Gleichwohl sind schon mit der Gestaltung der Demokratie im Grundgesetz sowie der Idee der Demokratie ca. 13–18% der Bevölkerung mehr oder minder unzufrieden, von der Funktionsfähigkeit der deutschen Demokratie sind nur knapp unter 60% der *Bürger überzeugt*.

Offensichtlich werden bestimmte Erwartungen an unser politisches System von den politischen Autoritäten nicht in der gewünschten Weise erfüllt. Diese Diskrepanz zwischen Erwartung und Ertrag lässt sich auch an den Vertrauenswerten ablesen: Während die deutliche Mehrheit der Deutschen den Gerichten und dem Deutschen Bundestag als Kerninstitution der repräsentativen Demokratie vertraut und selbst der (neuen) Bundesregierung von mehr als der Hälfte der Deutschen Vertrauen geschenkt wird, besteht gegenüber den dem politischen Tagesgeschäft nächststehenden Institutionen ein höheres Misstrauen. Entsprechend wird den politischen Parteien nur von 38% der Bürger Vertrauen entgegengebracht, sie werden als weniger dem Allgemeinwohl verpflichtet angesehen (Marien, 2017, S. 97). Insgesamt sind die Vertrauenswerte im europäischen Vergleich, sieht man von Skandinavien ab, jedoch hoch. Im Zeitvergleich zur LAS 2020 sind alle Werte der politischen Unterstützung leicht gesunken. Allerdings kann man nicht davon sprechen, dass sich während der Pandemie große Teile der Bevölkerung von der Demokratie abgewendet hätten und sie umfänglich verändern oder gar beseitigen wollten. Vielmehr handelt es sich um eine Minderheit, die ihrer Unzufriedenheit bei Demonstrationen, Wahlen und im Internet lautstark Ausdruck verleiht. Entsprechend der genannten Faustregel darf man also (bislang noch) von einer Stabilität der Demokratie in Deutschland sprechen. Wer sind nun aber die Menschen, die an der Angemessenheit des demokratischen politischen Systems für unsere Gesellschaft zweifeln? Sind sie Gegner der Demokratie oder nur kritische Demokraten (Norris, 1999), die mit der konkreten Gestaltung ihres politischen Ideals in Deutschland unzufrieden sind und Verbesserungen der demokratischen Praxis anstreben?

Die demokratische politische Kultur und ihre Feinde

Noch während des Zweiten Weltkrieges, aber auch später immer wieder mahnend, bestimmte der Sozialphilosoph Karl Popper die *offene Gesellschaft und ihre Feinde* (Popper, 2003, S. 237–239). Dabei ging ein Blick in Richtung der ideologisch rechten Seite des politischen Spektrums und thematisierte die gerade dort zu lokalisierenden autoritären Versuchungen (auch Heit-

meyer, 2018). Nach 1945 blieb aus dieser Sicht der Rechtsextremismus der Hauptfeind der liberalen Demokratie (G. Pickel & S. Pickel, 2022). Eine der größten Sorgen demokratischer Politiker war es, dass es rechten Kräften gelingen könne, mit ihren Thesen in die Tiefe und Mitte der Gesellschaft vorzudringen. Dass diese Sorgen nicht vollkommen unbegründet waren, zeigte die Studienreihe der Leipziger Mitte-Studien und späteren Leipziger Autoritarismus Studien (LAS; z.B. Decker & Brähler, 2018, 2020a). Sie konnten ein Eindringen autoritärer Einstellungen in Teile der Gesellschaft belegen, die erkennbar über überzeugte Rechtsextremisten hinausreichen (Arzheimer, 2019). Sichtbarkeit erhielten diese Entwicklungen 2015 mit den ersten größeren Erfolgen einer rechtsradikalen, als rechtspopulistisch bezeichneten Partei – der AfD. Auch wenn die AfD versucht, sich als konservative und nicht rechtsradikale Partei zu präsentieren und nicht müde wird zu betonen, dass sie demokratisch gewählt wurde (was nicht als Garantie dafür genommen werden kann, dass eine Partei demokratisch ist), legen verschiedene Analysen doch eine antidemokratische Ausrichtung der Partei nahe (Celik et al., 2020, S. 163–169). Antidemokratische Einstellungen finden sich auch in weiten Teilen ihrer Anhängerschaft häufiger als in der Gesamtbevölkerung (S. Pickel, 2019). Diese Wahrnehmung wird durch die Daten der LAS 2022 gestützt. Die Wähler der AfD zeichnen sich durch eine starke Demokratieskepsis und geringes Institutionenvertrauen aus. Während Träger rechtsextremer Einstellungen

Tabelle 1: Indikatoren der politischen Kultur

	Rechtsextremismus (Skala)	Autoritarismus (Skala)	Wahl der AfD
Legitimität der Demokratie	–.39	–.15	–.19
Demokratie als politisches System	–.37	–.13	–.23
Demokratiezufriedenheit	–.29	n.s.	–.30
Vertrauen in Gerichte	–.29	n.s.	–.23
Vertrauen in den Bundestag	–.32	–.10	–.34
Vertrauen in die Bundesregierung	–.31	–.08	–.33
Vertrauen in die politischen Parteien	–.26	–.05	–.25

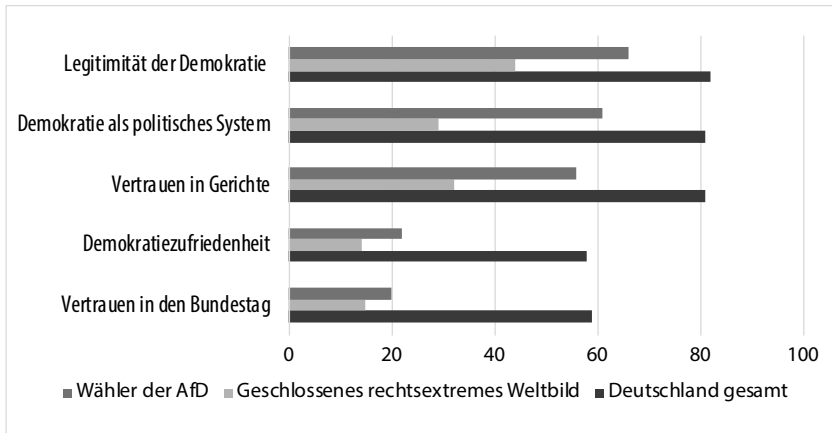
Pearsons Produkt-Moment Korrelationsanalysen, alle Werte $r < .01$.

sich stärker gegen die grundsätzliche Legitimität der Demokratie stellen, platzieren sich Wähler der AfD in Relation hierzu stärker gegen die gegenwärtige Demokratie – woraus allerdings mit der Zeit eine Distanz zur Demokratie an sich resultiert, wie die Zahlen zeigen (Tab. 1). Diese Korrelationen unterscheiden sich dabei im Kern kaum von Korrelationen zwischen Indikatoren der politischen Unterstützung und rechtsextremen Einstellungen.

Theoriekonform besteht zwischen der politischen Unterstützung der Demokratie und autoritären wie rechtsextremen Einstellungen ein negatives Verhältnis. Nehmen rechtsextreme Einstellungen zu, dann sinkt das Vertrauen in politische Institutionen und die Demokratie.¹ Dies betrifft nicht nur die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie, sondern auch die für die Stabilität des Systems wichtigere Legitimität der Demokratie. Autoritäre Einstellungen sind für die politische Unterstützung der Demokratie ebenfalls ungünstig. Die Zusammenhangswerte sind allerdings nicht so hoch wie die mit rechtsextremen Einstellungen oder mit der Bereitschaft zur Wahl der AfD. Dies zeigt auch die folgende Abbildung (Grafik 2), welche die Zustimmungswerte zu zentralen Aspekten der politischen Unterstützung der Demokratie für Bürger mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild und für Wähler der AfD darstellt.

Grafik 2 verdeutlicht, in welcher Distanz Menschen mit einem *geschlossenen rechtsextremen Weltbild* zur Demokratie stehen. Zwar ringt sich fast die Hälfte von ihnen ab, die Demokratie (eher) als das politische System zu sehen, das am besten zu unserer Gesellschaft passt. Aber die Mehrheit positioniert sich demokratiefeindlich und lehnt die Demokratie komplett ab. Betreffen die Einschätzungen die *aktuelle* Demokratie, sinkt die Zustimmung auf ca. jeden achten befragten Rechtsextremisten. Vergleichbar gering ist die Zahl derer, die der wichtigsten politischen Institution der Demokratie, dem Bundestag, ihr Vertrauen aussprechen. Selbst wenn sich damit Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild nicht vollständig von der Idee der Demokratie distanzieren, ist doch zu vermuten, dass ihr Bild von der Demokratie nicht zwingend mit dem einer liberalen, pluralen Demokratie harmoniert.

1 Rechtsextreme Einstellungen werden hier kontinuierlich gemessen. Das bedeutet, auch Nuancen der Offenheit für rechtsextreme Positionen werden berücksichtigt. Faktisch ergeben sich Aussagen im Sinne von »je stärker die rechtsextremen Einstellungen, desto geringer die politische Unterstützung der Demokratie«.

Grafik 2: (Anti-)demokratische Positionen nach Gruppen (in %)

Die Werte der *AfD-Wähler* sehen nur wenig besser aus. Sowohl das Vertrauen in den Bundestag als auch die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie im Land funktioniert, liegen fast auf der Höhe von überzeugten Rechtsextremisten. Nun kann man dies mit gutem Willen noch als Kritik am gegenwärtigen politischen System interpretieren. In diese Richtung deuten die höheren Vertrauenswerte in Gerichte und das Legitimitätsempfinden gegenüber der Demokratie. Es gilt aber zu beachten, dass immerhin ein Drittel der AfD-Wähler grundsätzliche Feinde der Demokratie sind. Die *AfD-Wählerschaft stellt somit einen Schattenbereich dar, in dem sich rechts-extreme und protestorientierte Bürger treffen können*. Dies birgt eine Gefahr: Die sich im AfD-Umfeld entwickelnden Filterblasen fördern die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts unter ehemaligen Protestwählern. Damit leisten sie antidemokratischen Haltungen Vorschub. Zudem reichen *einzelne rechtsextreme Haltungen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild in die Gesellschaft hinein*. Dies bestätigten die 45 % Zustimmung zu zumindest einer der 18 in Kapitel 2 ausführlich dargestellten Aussagen der Rechtsextremismusskala (ohne Abbildung). Überzeugte antidemokratische Positionen sind in Deutschland zwar nicht häufig – insbesondere mit Blick auf die grundsätzliche Legitimität der Demokratie –, gleichzeitig sind sie existent, steigern sich mit Bezug auf die aktuelle Demokratie und das Vertrauen in politische Institutionen und sind aktivierbar. Doch warum ist das so? Eine mögliche Antwort geben Brückennideologien, die rechtsautoritäre und an-

tidemokratische Einstellungen über den engen Kreis der extremen Rechten hinaus in die Mitte der Gesellschaft tragen. Beispiele solcher Brückenideologien sind gruppenbezogene Vorurteile und Rassismus.

Politische Kultur und Rassismus – eine toxische Beziehung

Heterogene Zugehörigkeiten, plurale Lebensentwürfe sowie religiöse Vielfalt prägen die postmigrantische Gesellschaft (Foroutan, 2012, 2021; G. Pickel, 2019; G. Pickel & S. Pickel, 2018) in Deutschland und sind mittlerweile gelebte Realität. Nach wie vor ist diese jedoch im Bewusstsein der in Deutschland lebenden Menschen unzureichend repräsentiert, anerkannt und befürwortet. So stehen demokratische und egalitäre Forderungen von Teilhabe in Widerspruch zu ausgrenzenden, exklusiven und homogenisierenden Gemeinschaftsvorstellungen. *Rassistische Einstellungen* und anderweitige Vorurteile bilden eine alarmierende Gefahr für die demokratische politische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt (G. Pickel et al., 2020c). Dieses Gefahrenpotenzial speist sich aus der weitreichenden Verbreitung über extrem rechte Kreise hinweg bis in die Mitte der Gesellschaft – und somit der Möglichkeit für rechtsextreme Gruppierungen, sie als Eingangstor in unterschiedliche Milieus hinein zu instrumentalisieren. An dieser Stelle richten wir unseren Blick auf die recht stabilen gruppenbezogenen Vorurteile und rassistischen Einstellungen gegenüber Muslimen sowie Sinti und Roma (u. a. Decker et al., 2020, S. 64–67; Öztürk & G. Pickel, 2021). Da in beiden Fällen ethnisierende und kulturalisierende Zuschreibungen stattfinden, ist es gerechtfertigt, von rassistischen Einstellungen zu sprechen, werden doch damit Grundprämissen rassistischer Diskriminierung abgebildet (Benedict, 2019).²

Antimuslimische Einstellungen finden ihren Ausdruck besonders in der Vorstellung einer »Überfremdung«, wie das Item »Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land« abfragt. Etwa 38 % der Befragten stimmen dieser Aussage zu, was gegenüber

2 Da wir in Umfragen nur Einstellungen messen können, diese aber dann weiterführend mit entsprechenden Bezügen als Rassismus oder Vorurteile interpretieren können, sprechen wir im Folgenden von antimuslimischen Einstellungen, antiziganistischen Einstellungen oder auch rassistischen Einstellungen, wenn die Bezugswerte den für Rassismus anzuwendenden Kriterien kultureller und ethnischer Abwertung entsprechen.

2020 geringfügig weniger Personen sind. Diese Empfindung spiegelt sich auch in hohen Bedrohungsängsten (48 %, 2022; ca. 43 %, 2020) gegenüber Muslimen wider (G. Pickel et al., 2020c, S. 107; auch G. Pickel et al., 2020a). Für diese Ablehnung wichtig ist der Prozess des Ausschlusses, im Sinne eines exklusiven »Wir« gegenüber einem exkludierten »Anderen«. Das »Muslimische« wird als das »Nicht-Eigene«, »Fremde« konzeptualisiert (Shooman, 2014). Unter Umständen wird es in gewissem Ausmaß geduldet, teilweise aber auch komplett abgelehnt. So stimmt fast ein Drittel (ca. 29 %) der Befragten für eine vollständige und nicht konditionierte Ablehnung der Zuwanderung von Muslimen.

Ähnliche Bedürfnisse nach Ausschluss und Ausgrenzung finden sich gegenüber *Sinti und Roma*. Das Item »Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten entfernt werden« findet etwa 33 % Zustimmung, und ca. 40 % der Befragten stimmen der Aussage zu, sie hätten Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in ihrer Umgebung aufhalten würden. Während es sich bei diesen Aussagen um relativ klar als rassistisch interpretierbare Handlungsaufforderungen und Aussagen handelt, kennzeichnet der konstruierte Zusammenhang von Kriminalität und Gruppenzugehörigkeit in der Aussage »Sinti und Roma neigen zu Kriminalität« ein klassisches Vorurteil. Mit 44 % Zustimmung unter den Befragten ist diese Aussage nur knapp nicht mehrheitsfähig. Insgesamt belegen die Zustimmungswerte die Kriminalisierung von Sinti und Roma, denen in rassifizierender Weise anhand ihres Gruppenstatus eine kriminelle Neigung unterstellt wird. Dieser Befund wird in besonderer Weise bedeutsam, wenn jene rassistischen Einstellungen in Verhalten überführt und handlungsleitend werden – sowohl individuell (Dischereit, 2020) als auch in Institutionen. So berichteten etwa Randjelović et al. (2020) für den Bereich Justiz und Polizei über Rassismus gegenüber Sinti und Roma.

Tabelle 2: Korrelationen zwischen rassistischen Einstellungen und Autoritarismus

	Antimuslimische Einstellungen (Skala)	Antiziganistische Einstellungen (Skala)
Autoritäre Aggression	.38	.39
Autoritäre Unterwürfigkeit	.42	.44
Konventionalismus	.43	.31

Pearsons Produkt-Moment Korrelationsanalysen, alle Werte $r < .01$.

Antimuslimische und antiziganistische Einstellungen treten nicht isoliert auf, sondern gehen zumeist mit anderen Formen der Abwertung einher und können daher als *Teil einer autoritären Aggression* verstanden werden. So ist von gemeinsamen Bezugspunkten der Abwertung auszugehen, wie die enge Kopplung der Abwertung von Muslimen und der Abwertung gegenüber Sinti und Roma nahelegt (Korrelation von .72; vgl. auch G. Pickel & Celik, 2019). Der Zusammenhang von antimuslimischen Einstellungen und Antiziganismus mit Autoritarismus wird anhand hoher Korrelation ersichtlich (Tab. 2). Bei antimuslimischen und antiziganistischen Einstellungen sind Fremdeithkonstruktionen sowie damit einhergehende Projektionen konstitutiv, die den transformativen Charakter antidemokratischer Einstellungen sichtbar werden lassen (Decker & Brähler, 2020a, S. 11–12).

Welche Auswirkung antimuslimische und antiziganistische Einstellungen auf die Stabilität des politischen Systems haben können, lässt sich anhand der Korrelationen zwischen ihnen und Elementen der politischen Kultur erahnen (Tab. 3). Durchweg ist ihr Einfluss auf die Einschätzung der Legitimität, die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee sowie auf die Performanzbewertung des politischen Systems negativ. Auch das Vertrauen in die politischen Institutionen leidet unter dem Vorhandensein rassistischer Einstellungen. Besonders stark betroffen sind das Vertrauen in den Bundestag und die Bundesregierung (Korrelationskoeffizienten bei jeweils $-.20$ und $-.21$). Neben der negativen Wirkung für die demokratische politische Kultur legen rassistische Einstellungen das Fundament für Diskriminierung und Ausgrenzung in der deutschen Gesellschaft – und bedrohen somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt (G. Pickel & Öztürk, 2022).

Ein elementarer Bestandteil im Konzept des gesellschaftlichen Zusammenhalts, welches die subjektive Einstellung gegenüber anderen Gesellschaftsmitgliedern umfasst, ist *Toleranz* (G. Pickel et al., 2020c, S. 92). Neben Weltoffenheit und Vielfalt ist sie Teil eines Credo im gesellschaftspolitischen Diskurs, das verwendet wird, um ein Zeichen gegen »Fremdenfeindlichkeit« und Rassismus zu setzen. *Doch wie verbreitet ist Toleranz tatsächlich und wie verträgt sie sich mit der weiten Verbreitung ressentimentgeladener Einstellungen?* Auf den ersten Blick scheint hier ein Paradoxon auf, da eine hohe Zustimmung für Toleranz bei gleichzeitig hohen Zustimmungswerten für antimuslimische und antiziganistische Aussagen

Tabelle 3: Korrelationen zwischen rassistischen Einstellungen und politischer Kultur

	Antimuslimische Einstellungen	Antiziganistische Einstellungen
Legitimität der Demokratie	–.07	–.09
Demokratie als politisches System	–.11	–.10
Demokratiezufriedenheit	–.13	–.13
Vertrauen in Gerichte	–.15	–.18
Vertrauen in den Bundestag	–.21	–.20
Vertrauen in die Bundesregierung	–.21	–.20
Vertrauen in die politischen Parteien	–.14	–.14

Pearsons Produkt-Moment Korrelationsanalysen, alle Werte $r < .01$.

festgestellt werden kann (ohne Abbildung). Zur Operationalisierung von Toleranz wurde auf vier Indikatoren nach Forst (2003, 2019) zurückgegriffen, die bereits in der LAS 2020 (G. Pickel et al., 2020c, S. 100) verwendet wurden und verschiedene Formen von Toleranz abbilden: die Akzeptanz einer Koexistenz von Minderheiten (*Toleranz-Koexistenz*), Respekt (generelle *Toleranz-Respekt*), die grundsätzliche Toleranz (*Toleranz-Wertschätzung*) sowie die an Bedingungen geknüpfte Duldung von Minderheiten (*Toleranz-Erlaubnis*). Insgesamt ist die Zustimmung zu den Toleranzdimensionen (wie bereits 2020) hoch (ebd., S. 101). So stimmen fast 88 % der Befragten dem Item »Wenn sich Ausländer und Minderheiten an unsere Gesetze halten, kommt es nicht darauf an, welche Religion sie haben« zu. Ähnlich hoch ist die Zustimmung zur Aussage »Solange die Freiheit anderer nicht verletzt wird, kann jeder so leben, wie er will« (ca. 86 %). Geringer fällt die Zustimmung zur Aussage »Verschiedene Lebensweisen und zunehmende Vielfalt bereichern uns« (ca. 64 %) aus. Gleiches gilt für das Item »Nur solange Deutschlands Traditionen bewahrt bleiben, können wir Minderheiten erlauben, so zu leben, wie sie möchten«, dem fast 71 % der Befragten zustimmen. Dennoch gibt es mit etwa 10–35 % einen Teil der Befragten, der diese Aussagen ablehnt.

Betrachtet man Toleranz nun im Kontext von rassistischen Ressentiments, zeigt sich ein erwartungsgemäß signifikanter Zusammenhang zwischen hohen Zustimmungswerten zu antimuslimischen und antiziganistischen Aussagen mit einer niedrigen Ausprägung von Toleranz (Tab. 4). Hiervon sind insbesondere die Dimensionen der generellen Toleranz oder

Tabelle 4: Korrelationen zwischen rassistischen Einstellungen und Toleranz

	Antimuslimische Einstellungen (Skala)	Antiziganismus (Skala)
Toleranz-Koexistenz	–.27	–.26
generelle Toleranz-Respekt	–.31	–.32
Toleranz-Wertschätzung	–.44	–.42
Toleranz-Erlaubnis	–.14	–.10

Pearsons Produkt-Moment Korrelationsanalysen, alle Werte $r < .01$.

Toleranz-Respekt sowie die Toleranz-Wertschätzung betroffen (Korrelationskoeffizienten im Bereich von $-.31$ und $-.44$). Dieser Befund belegt, dass die Zustimmungsbereitschaft zu rassistischen Einstellungen eine desintegrative Wirkung auf Toleranz – und somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt – besitzt.

Erklärungsfaktoren der politischen Kultur – mehr als nur die Wirtschaftslage

Was sind nun die zentralen Faktoren, die sich auf eine politische Kultur auswirken? Um diese herauszuarbeiten, bedarf es einer mehrdimensionalen Kausalanalyse. Dabei richten wir unseren Blick auf diejenigen, die die Demokratie für nicht legitim halten und/oder mit ihr unzufrieden sind und kein Vertrauen in politische Institutionen besitzen. Um nicht alle Vertrauenswerte gesondert überprüfen zu müssen, wurden diese gebündelt. Eine Faktorenanalyse mit den vier bisher verwendeten Items zum politischen Institutionenvertrauen ergab eine stabile eindimensionale Skala. Diese wird für die weitere Analyse verwendet. Neben den bereits vorgestellten Indikatoren und Skalen zu Toleranz, antimuslimischen und antiziganistischen Einstellungen sowie Messungen von Demokratie setzen wir weitere auf Vorurteile zielende Skalen als unabhängige Variablen ein – u. a. Sexismus, Antifeminismus und Antisemitismus (Höcker et al., 2020; vgl. Kapitel 8, Antifeminismus und Geschlechterdemokratie in diesem Buch). Ergänzt werden sie durch sozialstrukturelle Angaben, die Messung des Gefühls fehlender politischer Wirksamkeit, die Einschätzung der wirt-

schaftlichen Lage des Landes, soziales Vertrauen, Autoritarismus, Verschwörungsmentalität sowie soziale Dominanzorientierung.

In verschiedenen Studien der Demokratieforschung konnte für die Einschätzung der *wirtschaftlichen Lage im Land* ein starker Effekt auf die Demokratiezufriedenheit sowie ein abgemilderter auf das Vertrauen in Institutionen und die Legitimität der Demokratie nachgewiesen werden. Auch beeinflussen die Einschätzung der wirtschaftlichen Effektivität des politischen Systems und das Gefühl fehlender politischer Wirksamkeit die Bewertung politischer Autoritäten beim Umgang mit den Bürgern. Das Ergebnis unserer Studie bestätigt die bei Lipset (1981) aufgezeigte Verbindung der Bewertung der Regierenden und der wirtschaftlichen Effektivität mit dem Legitimitätsempfinden gegenüber dem politischen System (Tab. 5). Sowohl eine Unzufriedenheit mit der *wirtschaftlichen Lage im Land* als auch das Gefühl fehlender politischer Wirksamkeit fördern antidemokratische Positionen. Dieser Effekt richtet sich zunächst gegen das aktuelle demokratische System und seine Institutionen, erhöht aber (vermutlich vermittelt über die Unzufriedenheit mit dem aktuellen demokratischen System) auch die generelle Ablehnung einer Demokratie und das Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Fast im gleichen Maße wirkt sich die persönliche Wahrnehmung aus, nicht den *gerechten Anteil* am Lebensstandard in Deutschland zu erhalten: Fällt die relationale Einschätzung der eigenen Lage ungünstig aus, dann erhöht dies die Offenheit für antidemokratische Angebote und Einstellungen.³ Für alle drei Indikatoren gilt, dass sie den Annahmen der politischen Kulturforschung folgen: Der Effekt auf die Demokratiezufriedenheit ist etwas stärker, auf die Legitimität etwas schwächer. Das politische Institutionenvertrauen platziert sich zwischen beiden Polen. Eine untergeordnete Rolle für die Erklärung antidemokratischer Haltungen spielen *sozialstrukturelle Indikatoren*. Allein ein hohes formales Bildungsniveau wirkt einem geringen Legitimitätsempfinden gegenüber der Demokratie entgegen, unter Berücksich-

3 Die Wahrnehmung, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, ist in der Regel in Ostdeutschland zwischen 10 und 20 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Dies gilt auch für die LAS 2022, wo immerhin 50 % der in Ostdeutschland und 40 % der in Westdeutschland lebenden Bürger sagen, weniger oder sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten.

Tabelle 5: Regressionsanalyse auf politische Unterstützung

	Legitimität der Demokratie (Ablehnung)	Misstrauen in Institutionen (Skala)	Unzufriedenheit mit aktueller Demokratie
Sozialstruktur			
Geschlecht (Richtung: Frau)			
Alter			
Haushaltseinkommen			
Bildungsniveau (formal hohe Bildung)	−.04*		
Bildungsniveau (formal niedrige Bildung)			
Wohnort (Richtung: Ostdeutschland)			+ .14**
BLK-Gemeindegröße (Richtung: > 500.000 Einw.)			
Religion			
Mitglied in christlicher Kirche			−.05*
dogmatisch Religiosität		+ .07**	+ .06*
Aberglaube-Esoterik		+ .05*	+ .06*
Zusammenhalt und Gerechtigkeit			
Soziales Vertrauen	−.07**	−.10**	−.10**
Toleranz-Respekt		−.04*	−.04*
Toleranz-Anerkennung		−.07*	−.09**
Toleranz-Wertschätzung	−.13**	−.09*	−.09**
Toleranz-Koexistenz		−.05*	
Einschätzung der wirtschaftlichen Lage als gut	−.07**	−.13**	−.23**
Erhalte gerechten Anteil am Lebensstandard	−.11**	−.15**	−.12**
Gefühl fehlender politischer Wirksamkeit	+ .06**	+ .11**	+ .07**
Politische Ideologie/ Selbsteinschätzung (Richtung: rechte Orientierung)	+ .06**	+ .06**	

	Legitimität der Demokratie (Ablehnung)	Misstrauen in Institutionen (Skala)	Unzufriedenheit mit aktueller Demokratie
Vorurteile und Rassismus			
antimuslimische Einstellungen	+0.08**		
Antiziganismus			
Antifeminismus	+0.06**	+0.08**	+0.19**
Sexismus			+0.09**
tradierter Antisemitismus			
sekundärer Antisemitismus			
israelbezogener Antisemitismus	+0.13**	+0.08**	
Sozialpsychologische Konstrukte			
Autoritarismus	+0.09**	+0.15**	+0.17**
soziale Dominanzorientierung	+0.11**	+0.06**	
Verschwörungsmentalität	+0.14**	+0.28**	+0.24**
R-Quadrat	.24	.33	.31

Lineare Regression (pairwise und schrittweises Modell), Beta-Koeffizienten; *signifikant auf dem .05-Niveau, **signifikant auf dem .01-Niveau, leere Zellen sind nichtsignifikante Beziehungen; alle angegebenen Indikatoren wurden verwendet.

tigung anderer Faktoren fällt diese Wirkung allerdings eher schwach aus.⁴ Soziale Milieus werden als Einflussfaktor also von subjektiven Wahrnehmungen und sozialpsychologischen Erklärungen überlagert, wobei vor allem die Verschwörungsmentalität und autoritäre Einstellungen bedeutend sind. Beide steigern antidemokratische Positionen. Dieser Effekt fällt bei der Ablehnung der aktuellen Demokratie relational stärker aus als bei der Ablehnung der Demokratie als Idee und Staatsform. Gleichwohl sind Autoritarismus und eine Verschwörungsmentalität auch für die zuletzt genannten Formen des Legitimitätsempfindens schädlich. Dabei ist die

4 Hier gilt es auf einen generellen Effekt in der Analyse zu verweisen: Durch die Vielzahl der miteinander verbundenen Faktoren kommt es zu Wirkungsüberschneidungen. So ist z. B. Toleranz bei Menschen mit formal hoher Bildung höher ausgeprägt, Autoritarismus etwas weniger. Nimmt man starke Erklärungsfaktoren hinzu, rücken die damit verbundenen Referenzfaktoren in den Hintergrund. Die Prüfung der Kollinearität erbrachte allerdings ein stabiles Modell, was bedeutet, dass keine der Korrelationen zwischen den Erklärungsvariablen die Stabilität des statistischen Modells gefährdet.

Wirkung einer *Verschwörungsmentalität* auf die antidemokratischen Haltungen in allen drei Modellen die stärkste.

Besonderen Einfluss auf die empfundene Legitimität der Demokratie hat neben der Verschwörungsgläubigkeit die *soziale Dominanzorientierung*. Damit rückt die Wirkung von Vorurteilen und Rassismen in den Fokus, setzt doch die soziale Dominanzorientierung auf den Erhalt von Machtverhältnissen und kann als messtechnisches Abbild eines strukturellen Rassismus, Sexismus und Klassismus angesehen werden. Passförmig entfalten israelbezogener Antisemitismus, antimuslimische Einstellungen, die mit Rassismus korrespondieren, und antifeministische Einstellungen eine demokratieschädliche Wirkung. Besonders der antidemokratische Effekt von antimuslimischen Einstellungen und Antifeminismus hilft, die Bewegung der AfD-Wähler in Richtung antidemokratischer Haltungen zu verstehen. Der Erfolg der AfD beruht auf der Verbreitung dieser antidemokratischen Brückenideologien (Hambauer & Mays, 2018; Höcker et al., 2020, S. 273; S. Pickel, 2019). Die auf Vorurteile, antisemitische Ressentiments und Rassismus verweisenden Einstellungen werden allerdings durch die sozialpsychologischen Dimensionen und die soziale Dominanzorientierung ihrer direkten Erklärungskraft beraubt. Dies verweist auf die Grundsätzlichkeit autoritärer Dynamiken, die Rassismus und Vorurteile inkludieren. Allein der israelbezogene Antisemitismus behält einen eigenständigen Einfluss. Dazu passt, dass sich *Toleranz* als Gegenspieler positiv auf demokratische politische Einstellungen auswirkt.⁵ Vor allem die am weitesten reichende Form von Toleranz, die Toleranz-Wertschätzung, reduziert antidemokratische Überzeugungen. Anders als bei der Toleranz-Koexistenz wird bei ihr Pluralität und Vielfalt ausdrücklich befürwortet. Eine Ablehnung der Toleranz-Wertschätzung verbindet sich dann mit einer Ablehnung der pluralistischen liberalen Demokratie. In die gleiche Richtung wirkt ein fehlendes soziales Vertrauen, was den Annahmen der Sozialkapitaltheorie folgt (Putnam, 2000).

5 Da Toleranz und rassistische Einstellungen stark korrelieren, könnte es sein, dass man die Wirkung von Vorurteilen und Rassismen unterschätzt, weil sie durch die fehlende Toleranz von Menschen mit abgebildet werden. Gleichzeitig ist es bemerkenswert, dass Toleranz trotz vieler Kontrollfaktoren eine eigenständige Wirkung entfaltet.

Fazit – demokratische politische Kultur unter Veränderungsdruck

Fasst man unsere Ergebnisse zusammen, so ist auch 2022 ein Legitimitäts-empfinden gegenüber der Demokratie in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet. Sie ist das politische System, in dem die Mehrheit der Bürger leben will. Folgt man den Überlegungen von Diamond (1999), ist die deutsche Demokratie damit derzeit als stabil anzusehen. Überraschend sind diese Ergebnisse insofern, als die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zumindest suggerierten, dass größere Teile der Gesellschaft sich von der Demokratie in Deutschland entfremdet haben. Nach den asylfeindlichen Protesten Mitte der 2010er Jahre schien die extreme Rechte hier ein neues Thema gefunden zu haben. Konnten wirtschaftliche Belastungen in der Pandemie durch staatliche Maßnahmen teils abgeschwächt werden, waren und sind die sozialen Auswirkungen für viele Menschen doch enorm (Butterwegge, 2022; Corona-Monitor, 2021). Zur Pandemie treten weitere (potenzielle) Krisen bzw. als Krisen erfahrene Verwerfungen hinzu, wie die Digitalisierung der Arbeitswelt, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Klimakrise – auch wenn letztere offenbar noch nicht als umfassende gesellschaftliche Krise gesehen wird, die die institutionelle Ordnung herausfordert.

Während eine Mehrheit in der Bevölkerung das aktuelle politische System gutheißt, konnten wir auch überzeugte und klare Feinde der Demokratie identifizieren: 15–20 % der Befragten können weder der Idee der Demokratie noch der Staatsform viel abgewinnen. Auch dieser Befund zeigt sich seit einigen Jahren: Eine kleine, aber radikalisierte Minderheit überzeugter Feinde der Demokratie ist kaum mehr mit herkömmlicher Kommunikation anzusprechen (Decker & Brähler, 2016). Ein Grund hierfür ist der Glaube an Verschwörungserzählungen, der unter ihnen weit verbreitet ist. Auch Autoritarismus und rassistische Vorstellungen prägen die Gruppe der Antidemokraten. Sie stellen sich eine nativistische Gesellschaft vor, in der sie entweder Vorrechte genießen oder unter sich sind. Rassismus, wie hier in Form von antimuslimischen Einstellungen und Antiziganismus oder aber sozialer Dominanzorientierung, erweist sich als Gegenspieler zu Pluralität, liberalen Gesellschaftsentwürfen und einer offenen Gesellschaft. Die vorgestellten Befunde verweisen auch auf anti-moderne und antiemanzipatorische Absichten, die Detlev Claussen der

rassistischen Ideologie selbst attestierte. Diese »richtet sich gegen die emanzipatorische Tendenz der Aufklärung« (Claussen, 1994, S. 16). Im Kern zeigt sich: Rassismen vergiften eine demokratische politische Kultur.

Besonders in Krisenzeiten – wenn wirtschaftliche, soziale und politische Verwerfungen zusammenkommen – bieten weit verbreitete Vorurteile und Rassismus Brücken für extrem rechte Akteure. Eben jene Haltungen markieren eine Gruppe von Bürgern, die kontinuierlich gefährdet ist, sich zu radikalisieren oder von der Demokratie abzuwenden. Diese Gruppe findet sich teilweise in der Mitte der Gesellschaft und kombiniert ihre Unterstützung der Demokratie mit einem Verständnis von Demokratie, das durch Akteure der extremen Rechten ansprechbar ist. Besonders *antimuslimische und antifeministische Einstellungen* – das zeigen unsere Analysen – dienen als wichtige Brücken zu Antidemokraten und extremen Rechten. Besorgniserregend ist auch das Gefühl fehlender politischer Wirksamkeit (siehe Kap. 2). Die Entfremdung von politischen Prozessen birgt – trotz hoher Zustimmung zum politischen System als solchem – Risiken für die dauerhafte Stabilität demokratischer Legitimität (Tab. 5). Besonders brisant für die Legitimität der Demokratie sind aber autoritäre Einstellungen und die Offenheit für Verschwörungserzählungen. Gerade Verschwörungsgläubigkeit schottet gegen demokratische Argumente und Positiverfahrungen mit den Freiheiten der Demokratie ab. *Verschwörungsmentalität stellt regelrecht einen Rundumschutz gegen demokratische Anfechtungen dar.* Der Glaube an Verschwörungserzählungen ist somit als die derzeit größte Gefahr für die Demokratie, eine demokratische politische Kultur und eine offene Gesellschaft anzusehen.

Literatur

- Almond, G. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Arzheimer, K. (2019). »Don't Mention the war!« How Populist Right-Wing Radicalism Became (Almost) Normal in Germany. *Journal of Common Market Studies*, 57, 90–102.
- Benedict, R. (2019) [orig. 1940]. *Race. Science and Politics*. Athens: University of Georgia Press.
- Butterwegge, C. (2022). *Die polarisierende Pandemie: Deutschland nach Corona*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Celik, K., Decker, O. & Brähler, E. (2020). Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 149–178). Gießen: Psychosozial.

- Corona-Monitor (2021). *Corona und Gesellschaft: soziale Kämpfe in der Pandemie*. Wien: mandelbaum.
- Claussen, D. (1994). *Was heißt Rassismus?* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Polarisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, (S. 95–137). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 27–87). Gießen: Psychosozial.
- Diamond, L. (1999). *Developing Democracy toward Consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins.
- Dischereit, C. (2020). Antiziganismus im Ländle: Ein Bericht aus dem laufenden Prozess am Landgericht Ulm. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 353–377). Gießen: Psychosozial.
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5, 435–457.
- Easton, D. (1979). *A System Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- Foroutan, N. (2012). *Muslimbilder in Deutschland: Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte: Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wiso Diskurs*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Foroutan, N. (2021). *Die postmigrantische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Forst, R. (2003). *Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Forst, R. (2019). Toleranz und Anerkennung. In L. Siep, H. Ikäheimo & M. Quante (Hrsg.), *Handbuch Anerkennung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fuchs, D. (1989). *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hambauer, V. & Mays, A. (2018). Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, der politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen anderer Parteien. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 133–154.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Höcker, C., Pickel, G. & Decker, O. (2020). Antifeminismus – das Geschlecht als Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Kiess, J., Nissen, S., Wetzels, G. & Winkler, B. (2022). Pilotausgabe. *EFBI Digital Report 0/2022*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Lipset, S. M. (1959). Some social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *The American Political Science Review*, 53(1), 69–105.
- Lipset, S. M. (1981). *Political Man: The Social Bases of Politics*. Baltimore: Penguin.
- Marien, S. (2017). The measurement equivalence of political trust. In S. Zmerli & T. W. G. van der Meer (Hrsg.), *Handbook on Political Trust* (S. 89–103). Cheltenham: Edward Elgar.

- Nocun, K. & Lamberty, P. (2022). *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*. Köln: Baste Lübbe.
- Norris, P. (1999). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: University Press.
- Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and authoritarian Populism*. Cambridge: University Press.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2021). Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 6(1), 189–231.
- Pickel, G. (2019). *Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pickel, G. & Celik, K. (2019). Gruppenbezogene Vorurteile und soziale Abwertung in Berlin. In G. Pickel, K. Reimer-Gordinskaya & O. Decker (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2019: Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie* (S. 32–43). Springer: zu Klampen.
- Pickel, G., Celik, K., Schuler, J. & Decker, O. (2020a). Bedrohungsempfinden als Quelle gruppenbezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlinmonitors. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 7–43.
- Pickel, G., Liedhegener, A., Jaeckel, Y., Odermatt, A. & Yendell, A. (2020b). Religiöse Identitäten und Vorurteile in Deutschland und der Schweiz – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 149–196.
- Pickel, G. & Öztürk, C. (2022). Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments für die Erfolge des Rechtspopulismus in Europa – Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. In M. Wohlrab-Sahar & L. Teczan (Hrsg.), *Islam in Europa. Institutionalisierung und Konflikt* (S. 303–355). Baden-Baden: Nomos.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2018). Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(1), 297–320.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2021). Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst vor seinem Schwund. Analysen zu Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen Zusammenhalts am Beispiel Sachsens. In S. Kailitz, G. Pickel & T. Genswein (Hrsg.), *Sachsen zwischen Integration und Desintegration. Politisch-kulturelle Heimaten* (S. 111–144). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2022). *Demokratie. Eine Einführung*. Darmstadt: Kohlhammer.
- Pickel, G., Pickel, S. & Yendell, A. (2020c). Zersetzungsprozesse einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt? In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität* (S. 89–118). Gießen: Psychosozial.
- Pickel, S. (2019). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In K. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahlen 2017* (S. 145–175). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2016). Politische Kultur in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In H.-J. Lauth, M. Kneuer & G. Pickel (Hrsg.), *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft* (S. 541–556). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2020). Politische Kultur und gesellschaftliche Integration. In G. Pickel, S. Kailitz, J. Schulze-Wessel, A. Röder & O. Decker (Hrsg.), *Handbuch Integration*. Wiesbaden: Springer VS. doi.org/10.1007/978-3-658-21570-5_12-1.
- Popper, K. (2003) [orig. 1945]. *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 1: Der Zauber Platons*. Tübingen: Mohr Siebeck.

- Putnam, R. (2000). *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Randjelović, I., Attia, I., Gerstenberger, O., Ortega, J. F. & Kostić, S. (2020). *Studie zu Rassismuserfahrungen von Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland*. Berlin: Alice-Salomon-Hochschule.
- Shooman, Y. (2014). »... weil ihre Kultur so ist«. *Narrative des antimuslimischen Rassismus*. Bielefeld: transcript.

7. Wer sind die Verschwörungsgläubigen?

Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland

*Marius Dilling, Clara Schließler, Nele Hellweg,
Elmar Brähler & Oliver Decker*

Die COVID-19-Pandemie, die Weltfinanzkrise, der anthropogene Klimawandel, die russische Invasion in die Ukraine – all diese Ereignisse haben gemeinsam, dass es Menschen gibt, die glauben *wollen*, dunkle wie geheime Kräfte seien dafür verantwortlich zu machen und *nichts sei so, wie es scheint* (vgl. Barkun, 2013). Die Präsenz solcher Verschwörungserzählungen und mithin die Gefahr, die von ihnen ausgeht, sind in den letzten Jahren zunehmend ins Zentrum der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit gerückt. Angesichts der rechtsterroristischen Anschläge der letzten Jahre, in denen Verschwörungserzählungen häufig als Legitimation der eigenen Taten dienten, ist dies überfällig.

Wir nehmen dies zum Anlass, uns genauer anzuschauen, wer diese Menschen sind, die das grundlegende Bedürfnis haben, hinter gesellschaftlichen und politischen Phänomenen ein intendiertes und geheimes Handeln kleiner, mächtiger Gruppen zu vermuten. Dabei liegt die Vermutung nahe: Es handelt sich hierbei nicht um ein homogenes Milieu. Um ein differenziertes Bild dieses Milieus zeichnen zu können, haben wir mithilfe einer mehrstufigen Clusteranalyse¹ (vgl. Backhaus et al., 2016) der Daten der Leipziger Autoritarismus Studie (LAS) 2022 sechs unterschiedliche Cluster von Verschwörungsgläubigen herausgearbeitet, auf die später im Einzelnen eingegangen wird.

1 Es handelt sich dabei um ein statistisches Verfahren, mit dem Untersuchungsobjekte (in unserem Fall Befragte mit Verschwörungsmentalität), die sich anhand bestimmter Merkmale besonders stark ähneln, zu unterscheidbaren Gruppen (sog. Clustern) zusammengefasst werden.

Zunächst fassen wir jedoch in einem Problemaufriss die verschiedenen Befunde zum Thema und vor allem auch deren Widersprüchlichkeit zusammen, woraus die Notwendigkeit einer Differenzierung des Feldes sichtbar wird. Im Anschluss skizzieren wir Verschwörungsmentalität, aber auch Aberglauben als Teile des autoritären Syndroms. In einem letzten Schritt werden die sechs Cluster von Verschwörungsgläubigen im Hinblick auf ihre Zusammensetzung des autoritären Syndroms und weitere Merkmale detailliert beschrieben und in Bezug auf ihre Gefahr für die Demokratie reflektiert.

»A white, middle-aged male«?

»The typical caricature of an American conspiracy theorist is that of a white, middle-aged male.«

Smallpage et al., 2020, S. 267

Dieses – zugegebenermaßen stark vereinfachte – Bild des »typischen Verschwörungstheoretikers« scheint zunächst von der Wissenschaft weitestgehend gestützt: Neben dem Befund, dass Männer häufiger eine Verschwörungsmentalität aufweisen, scheint der »typische Verschwörungstheoretiker« zudem eher ein niedriges Einkommen und eine niedrigere formale Bildung sowie Arbeitslosigkeitserfahrungen gemacht zu haben (einen Überblick bieten Douglas et al., 2019). Im Rahmen der letzten LAS konnte das Bild für Deutschland geschärft werden: Die hiesigen Verschwörungsgläubigen wählen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung statistisch häufiger die AfD, verorten sich selbst im politischen Spektrum eher »rechts«, sind zwischen 25 und 44 Jahren alt, schätzen die wirtschaftliche Lage tendenziell als »schlecht« ein und haben das Gefühl, sie hätten wenig Einfluss auf politische Prozesse (Schließler et al., 2020). Auch im Jahr 2022 stimmen im Schnitt 25 % der deutschen Bevölkerung den Aussagen zu, mit denen wir seit Jahren die sogenannte *Verschwörungsmentalität* messen (siehe Kap. 2; vgl. Graumann & Moscovici, 1987).

Eine eindrückliche Warnung vor dem demokratiegefährdenden Potenzial dieser Verschwörungsmentalität muss angesichts ihrer Verbreitung in Deutschland wiederholt werden: Denn die Verschwörungsmentalität eignet sich als »Scharnier« zwischen einem nicht immer unberechtigten Un-

behalten, Ohnmachtsgefühlen sowie Ängsten – welche als Folge gesellschaftlicher Verhältnisse sowie krisenhaft erlebter Zeiten verstanden werden können – einerseits und antidemokratischen Einstellungen wie beispielsweise Antisemitismus andererseits (Imhoff & Decker, 2013). Daneben können Studien belegen, dass Verschwörungsmentalität als Vermittler zwischen subjektiven Gefühlen politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Deprivation und rechtsextremen Einstellungen dient (Schließler et al., 2020) bzw. mit (rechts-)extremistischen Einstellungen (Baier & Manzoni, 2020; van Prooijen et al., 2015) und Ressentiments unter anderem gegenüber Muslimen, Sinti und Roma, Asylsuchenden und Transmenschen (Rees & Lamberty, 2019) assoziiert ist. Imhoff et al. (2021) konnten festhalten, dass mit steigendem Verschwörungsglauben die Bereitschaft, sich demokratisch zu engagieren, sinkt, während die Bereitschaft zu illegalen Aktivitäten, wie zum Beispiel Wahlbetrug und Gewalt, steigt. Lee (2020) hebt zudem hervor, dass das mit der Verschwörungsmentalität zusammenhängende Schwarz-Weiß-Denken und die hieraus resultierende Idee eines notwendigen Kampfes gegen »das Böse« in der Welt die Möglichkeit eines heroischen Selbstbildes bieten und auch im politischen Terrorismus hochfunktional sind. Der Glaube an Verschwörungserzählungen stellt zwar keine notwendige Bedingung für Ressentiments und Gewalt dar, dennoch eignet er sich als »Radikalisierungs-Multiplikator« (Bartlett & Miller, 2010, S. 4).

Gibt es die Verschwörungsmentalität?

Trotz der oben genannten Befunde gibt es eine Reihe von uneindeutigen Forschungsergebnissen, die in Frage stellen, ob es die *eine* Verschwörungsmentalität gibt. Zumindest für den Verschwörungsglauben wird diskutiert, ob dieser tatsächlich »monologisch« ist: Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass jemand, der eine Verschwörungserzählung glaubt, auch vielen anderen Verschwörungserzählungen bereitwillig Glauben schenkt (z.B. Goertzel, 1994; Sutton & Douglas, 2014; Frenken & Imhoff, 2021; Enders et al., 2021; Franks et al., 2017; Swami et al., 2011) – selbst wenn sich diese widersprechen (Wood et al., 2012). Dieser auch statistisch belegte enge Zusammenhang der unterschiedlichen Verschwörungserzählungen wird häufig als Hinweis dafür verstanden, dass es sich um ein geschlossenes Denkmuster handelt, welches weitestgehend immun gegen Gegenbeweise

ist. Hiernach bilden die geglaubten Verschwörungserzählungen ein Netzwerk ineinander geschachtelter, sich gegenseitig stützender Annahmen über die Funktionsweise der sozialen Wirklichkeit. Tatsächlich konnten Frenken und Imhoff (2021) kürzlich zeigen, dass das Antwortverhalten zu inhaltlich unterschiedlichen Verschwörungserzählungen gleichmäßig mit dem Ausmaß der Verschwörungsmentalität variiert, was in der Tat als ein Hinweis auf einen »monologischen« Verschwörungsglauben gedeutet werden kann. Dennoch lassen sich Gruppen von Verschwörungsgläubigen unterscheiden – worauf auch Frenken und Imhoff (2021) hinweisen.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe widersprüchlicher Befunde (vgl. Sutton & Douglas, 2014), die durch eine solche Variabilität innerhalb des verschwörungsideologischen Milieus erklärt werden können: So kann Verschwörungsglaube mit einer Offenheit für neue Erfahrungen einhergehen (Swami et al., 2010) und korreliert in einzelnen Erhebungen sogar mit der Befürwortung demokratischer Prinzipien (Swami et al., 2011). Auch kann in einzelnen Studien überhaupt kein Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Verschwörungsglauben beobachtet werden (z.B. Baier & Manzoni, 2020; siehe auch Douglas et al., 2019). Und Schließler et al. (2020) konnten beispielsweise keinen Unterschied bei der Verbreitung der Verschwörungsmentalität in Deutschland hinsichtlich des Geschlechts feststellen.

Typologien und Differenzierungsversuche

Einen weiteren Hinweis auf die großen Unterschiede innerhalb verschwörungsideologischer Milieus bietet auch die Forschung zum Protestgeschehen gegen die Corona-Maßnahmen (»Querdenken«). So kam die Forschungsgruppe um Nachtwey und Frei (Nachtwey et al., 2020; Frei et al., 2021) zu zunächst überraschenden Ergebnissen: Diejenigen Protestierenden, die an ihrer wissenschaftlichen Befragung teilnahmen, waren zwar stark verschwörungsgläubig, allerdings nicht die »paranoiden Extremisten« (Harambam & Aupers, 2017, S. 114), die man vielleicht erwartet hätte. Es handelte sich zu großen Anteilen um Wählerinnen und Wähler der Linken und der Grünen mit relativ hohen Bildungsabschlüssen, die tendenziell »weder ausgesprochen fremden- noch islamfeindlich, auch nicht sozialchauvinistisch« (Frei et al., 2021, S. 252) waren – wenn auch generell eine »relative Neigung zu Antisemitismus« (ebd., S. 253) attestiert werden

konnte. Dass die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen selbst je nach Region von unterschiedlichen Milieus getragen werden, verweist auch auf Unterschiede zwischen verschiedenen Verschwörungsgläubigen: Während der Protest in Süddeutschland von einer relativ gut situierten Mittelschicht ausgeht, die vor der Pandemie wenig politisiert war, ist er in Ostdeutschland deutlicher von protesterfahrenen Neonazis und der rechtsextremen AfD geprägt (Teune, 2021). In Westdeutschland werden die Proteste hingegen von »esoterischen, diffusen und verschwörungsgläubigen« (Quent & Richter, 2021, S. 292) Protagonisten getragen.

Einige wenige qualitative Studien haben bereits einen Schritt in Richtung Differenzierung des Feldes gemacht und hierfür Typologien von Verschwörungsgläubigen aufgestellt. Franks et al. (2017) beschreiben fünf verschiedene Typen, die sich im Ausmaß ihres Verschwörungsglaubens unterscheiden: Für den extremsten verschwörungsideologischen Typ bilden die Verschwörungserzählungen den grundsätzlichen Bezugsrahmen für jegliches gesellschaftliches Ereignis. Dieser Typ glaubt, teilweise auch nichtmenschliche Akteure hinter den geheimen Komplotten zu erkennen. Am anderen Ende der Typologie finden sich Typen, die lediglich ein Unbehagen mit dem Status quo äußern und die potenzielle Gültigkeit einzelner Verschwörungserzählungen nicht ausschließen möchten, bis mehr Beweise vorlägen. Harambani und Aupers (2017) identifizieren in einer anderen Interviewstudie drei Typen von Verschwörungsgläubigen im Hinblick auf deren (Selbst-)Verortung im Verschwörungsmilieu: Die *activists* gehen nach außen und versuchen, andere aktiv von ihren Ideen zu überzeugen; die *retreaters* teilen den Verschwörungsglauben der *activists*, finden ihn aber in der politischen Konsequenz oft zu negativ und wollen eher durch nach innen gewendete, spirituelle Veränderung einen Wandel in der Welt erzeugen; die *mediators* verstehen sich als »vernünftige« Brücke zwischen »dem Mainstream« und den Verschwörungsideologen und möchten vermitteln.

An diese Differenzierungsversuche soll im Folgenden angeschlossen werden. Um die möglichen Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland zu untersuchen, führen wir eine mehrstufige Clusteranalyse auf Grundlage der repräsentativen Daten der Leipziger Autoritarismus Studien 2022 durch. Dabei unterscheiden wir unterschiedliche Cluster von Verschwörungsgläubigen anhand der jeweiligen Zusammensetzung ihres autoritären Syndroms, da wir davon ausgehen, dass durch diese Legierung

ihr jeweiliges demokratiegefährdendes Potenzial wesentlich mitbestimmt wird. Die so entstandenen sechs unterschiedlichen Cluster von Verschwörungsgläubigen werden anschließend hinsichtlich weiterer Merkmale, wie Soziodemografie, politische Einstellung und Gesellschaftsvorstellungen, beschrieben. Im Ergebnis wird deutlich, dass die Vorstellung *eines* stereotypischen »Verschwörungsgläubigen« in die Irre führt.

Verschwörungsmentalität als Teil des Autoritären Syndroms

In der ursprünglichen Konzeption des autoritären Charakters von Adorno et al. (1973) umfasste die sogenannte Faschismus-Skala insgesamt neun Dimensionen. Erst neuere Konzeptionen, vor allem die von Bob Altemeyer seit den 1980er Jahren (Altemeyer, 1981), reduzierten das Konstrukt auf die drei Dimensionen der autoritären Aggression, der autoritären Unterwürfigkeit und des Konventionalismus und nahmen ihm damit auch sein psychoanalytisches Fundament. Eine der neun ursprünglichen Dimensionen ist die *Projektivität*, welche den generellen Glauben an geheime, böse Komplotte erfasst – eine Facette des autoritären Syndroms, die wir heute Verschwörungsmentalität nennen. Projektion bezeichnet einen psychischen Abwehrmechanismus, der es ermöglicht, nicht eingestandene Eigenschaften, Wünsche und Gefühle von sich »abzuspalten« und in Andere »auszulagern«. Dunkle verschwörerische Mächte in der äußeren Welt zu vermuten, kann damit als Projektion eigener Wünsche nach (All-)Macht und Kontrolle, aber auch als Projektion von eigenen Aggressionen verstanden werden, die in als Verschwörer fantasierte Andere platziert werden (siehe auch Douglas & Sutton, 2011). Auch die Dimension *Aberglaube* war in der ursprünglichen Konzeption des autoritären Charakters enthalten. In ihr findet die projektive Neigung, äußeren Kräften Macht und Kontrolle über das eigene Leben zuzuschreiben, ebenfalls Ausdruck. Die Zuschreibung ist hier allerdings positiv. Die Undurchschaubarkeit der Welt wird als Wirken eines »guten Schicksals« begrüßt. »Böse« ist hingegen etwa die moderne, als entfremdet erlebte Gesellschaft. Beiden – Verschwörungsmentalität und Aberglauben – ist gemein, dass jeweils Sinn, Muster und Motive in der äußeren Umgebung gesucht werden, die Welt in »schwarz« und »weiß«, »gut« und »böse« gespalten wird und Ursache-Wirkungs-Beziehungen erkannt werden, wo keine vorliegen (vgl. z.B. van der

Tempel & Alcock, 2015). Während der Verschwörungsglaube das »Böse« zu erkennen glaubt, welches in der Folge benannt und auch bekämpft werden kann, erlaubt der Glaube an »mystische oder phantastische Determinanten des individuellen Schicksals« (Adorno et al., 1973, S. 55) die Aufgabe der eigenen Kontrolle und delegiert die Verantwortung an metaphysische Mächte (siehe auch Decker et al., 2020).

Modell des autoritären Syndroms

Anknüpfend an die ursprüngliche Konzeption des autoritären Charakters, wurde in den Leipziger Autoritarismus Studien 2020 konfirmatorisch-faktorenanalytisch ein Modell des autoritären Syndroms mit zwei Dimensionen dargelegt: Dabei bilden die Elemente Verschwörungsmentalität und Aberglaube gemeinsam die Dimension *Projektivität*, während die drei anderen Elemente – autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus – schwerpunktmäßig die Dimension des *Sadomasochismus* (vgl. Fromm, 1936) ausmachen.

In der Dimension des *Sadomasochismus* findet sich die klassische Psychodynamik von Aggression gegen Schwächere/Marginalisierte, Unterwerfung unter Autoritäten und Konventionalismus, wie sie Adorno et al. (1973) bzw. Fromm (1936) mit der Metapher des Radfahrers, der »nach oben buckelt und nach unten tritt«, beschrieben haben. Ziel dessen ist es, das »schwache Ich« zu stabilisieren. Die *Projektivitäts*-Dimension fasst vor allem den realitätsferneren Abwehrmechanismus der Spaltung in »gut« und »böse« und die folgende Projektion der »guten« Anteile als zu sich oder der Eigengruppe gehörend einerseits und die Auslagerung der »bösen« Anteile in das Andere, zum Beispiel »die Fremden« oder »die moderne Gesellschaft«, andererseits. Hier geht es, wie von Chasseguet-Smirgel (1975) beschrieben, nicht mehr darum, das »schwache Ich« mit der Prothese einer Autorität zu stützen. Stattdessen strebt das schwache Ich nach Auflösung und Verschmelzung mit einer mächtigen Entität – sei es das Schicksal, beseelte Natur oder eine Gruppe. Es geht nicht mehr um Differenz, sondern um Beseitigung der Differenz mit dem Ziel »grenzenloser Wunscherfüllung« (ebd., S. 86). Die Anpassung an die Realität ist dafür nicht nötig. Je stärker das projektive Moment wird, desto mehr geht es auf Kosten der Realität.

Auch wenn alle fünf Elemente Teil des autoritären Syndroms sind, können sie in unterschiedlichem Ausmaß auftreten und so in unterschiedlichen Zusammensetzungen – sprich Legierungen – in Erscheinung treten. Verschwörungsmentalität, tritt sie verstärkt und in Kombination mit Aberglauben auf, tendiert eher zum *projektiven* Ende des autoritären Syndroms und ist assoziiert mit einem stark realitätsfernen, möglicherweise ins Paranoide gleitenden Glauben an geheime Verschwörungen und übernatürliche Kräfte sowie den Beginn eines neuen, spirituellen Zeitalters. Diese Vermischung von beidem wird unter dem Begriff der »Conspirituallity« (Ward & Voas, 2011) gefasst – eine Kombination der beiden englischen Wörter *conspiracy* (dt. Verschwörung) und *spirituality* (dt. Spiritualität). Dieses gemeinsame Auftreten von Verschwörungsmentalität und (esoterischem) Aberglauben ist dabei weder neu noch überraschend (Schließler et al., 2020; Aspren & Dyrendal, 2015). Denn Verschwörungsglaube und esoterischer Aberglaube haben sich vor dem Hintergrund und in Reaktion auf Säkularisierungs- und der Aufklärungsprozesse im Zuge der Moderne entwickelt (Butter, 2019; Neugebauer-Wölk & Meumann, 2013). Die »Conspirituallity« – wie »bloße« Verschwörungsmentalität auch – will mit einem »Gegenwissen« das rational etablierte (Experten-)Wissen herausfordern und sich von dessen Abhängigkeit lösen (vgl. Amlinger & Nachtwey, 2021).

Verschwörungsmentalität kann aber auch – gemischt mit größeren Anteilen von autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus – in aller Härte beispielsweise als neonazistische – und vielleicht eher instrumentelle als tatsächlich geglaubte – Verschwörungserzählung um die Leugnung des Holocausts in Erscheinung treten. Die verschiedenen Legierungen, die Verschwörungsmentalität als Teil des autoritären Syndroms eingehen kann, finden sich auch in den sechs Clustern wieder, die im Folgenden beschrieben werden.

Methodisches Vorgehen

Grundlagen

Um die möglichen Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland zu untersuchen, greifen wir auf die Methode der hierarchischen Clusteranalyse zurück. Hierzu beziehen wir die genannten Elemente des autoritären Syndroms (Decker et al. 2020; Schließler et al., 2020) in unsere Clusteranalyse mit ein. Das umfasst einerseits die projektive Dimension des Autoritarismus in Form der hier zentralen Verschwörungsmentalität (Imhoff & Bruder, 2014) sowie des Aberglaubens (ALLBUS, 2018). Andererseits berücksichtigen wir bei der Clusterbildung auch die sadomasochistische Dimension des Autoritarismus (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus).

Wir beziehen im Folgenden auch die »unentschiedenen« Befragten, welche sich nicht eindeutig vom Inhalt der die Verschwörungsmentalität messenden Items distanzieren, mit ein. Das ermöglicht einen Blick auf Grauzonen und mögliche »moderatere« Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland. Hierfür wählten wir einen Grenzwert von größer oder gleich 12 bei der Zustimmung zu den drei siebenstufigen Aussagen der Kurzform der *Conspiracy Mentality Scale* (Imhoff & Bruder 2014, eingesetzte Items siehe Kap. 2) – was bedeutet, dass Befragte, die über alle drei Items der Skala hinweg die unbenannte Mittelkategorie (4) wählten, noch miteinbezogen wurden.

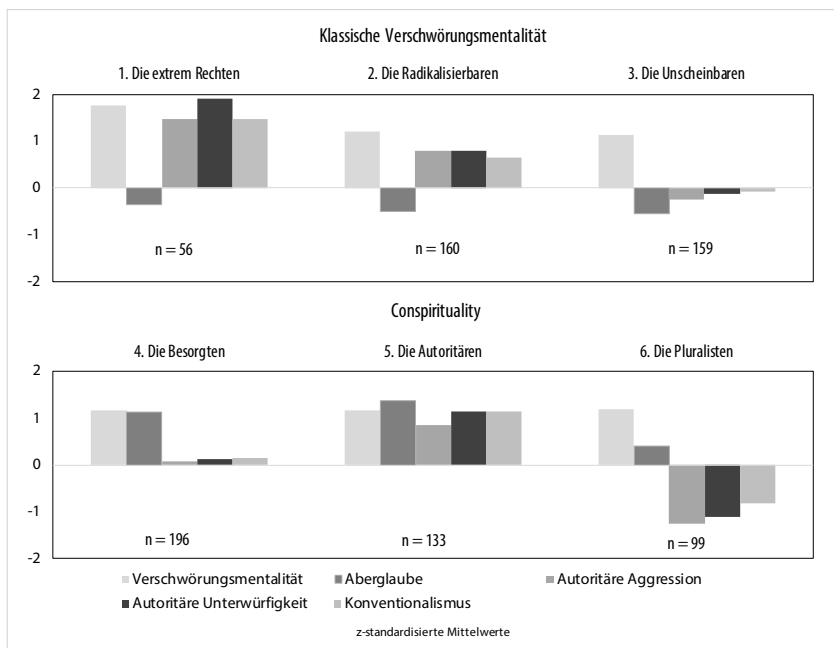
Auf Grundlage des Grenzwertes wurden 816 Befragte (32,7 % der Gesamtstichprobe) in die Clusteranalyse miteinbezogen. Wir konnten im Rahmen dieses mehrstufigen² Verfahrens sechs verschwörungsideologische Cluster bilden, die wir im Folgenden auch anhand ihrer Ausprägungen in Bezug auf relevante Merkmale (Drittvariablen, wie zum Beispiel die sozioökonomische Position, politische Einstellungen etc.) beschreiben³.

- 2 Zunächst wurden mittels des Single-Linkage-Verfahrens 13 »Ausreißer« identifiziert. Die restlichen Befragten wurden über das agglomerative Ward-Verfahren gruppiert. Die Clusterzahl wurde mit dem Kriterium von Calinski & Harabasz (1974) sowie dem Duda & Hart-Test bestimmt. Zur Optimierung der endgültigen Clusterzuordnung der Befragten in diese sechs Cluster wurde zum Schluss das partitionierende k-Means-Verfahren eingesetzt. Siehe auch Backhaus et al. (2016).
- 3 Alle in den nachfolgenden Clusterbeschreibungen berichteten Mittelwertdifferenzen wurden mittels Varianzanalysen und Post-hoc-Tests (Games-Howell; siehe Janssen & Laatz,

Cluster des verschwörungsideologischen Milieus in Deutschland 2022

Drei der sechs Cluster weisen »nur« eine Verschwörungsmentalität auf (1. *die extrem Rechten*, 2. *die Radikalisierbaren*, 3. *die Unscheinbaren*; siehe Grafik 1). Bei den anderen drei liegt eine Kombination von Verschwörungsmentalität und Aberglauben vor (4. *die Besorgten*, 5. *die Autoritären*, 6. *die Pluralisten*). Die ersten drei Cluster fassen wir deshalb unter den Begriff »klassische Verschwörungsmentalität«, die letzten drei unter »Conspirativity«, wobei Cluster 6, *die Pluralisten*, gesondert betrachtet werden muss, fällt es doch in vielen Aspekten aus dem Muster der anderen Cluster heraus.

Grafik 1: Sechs verschwörungsideologische Cluster in Deutschland⁴

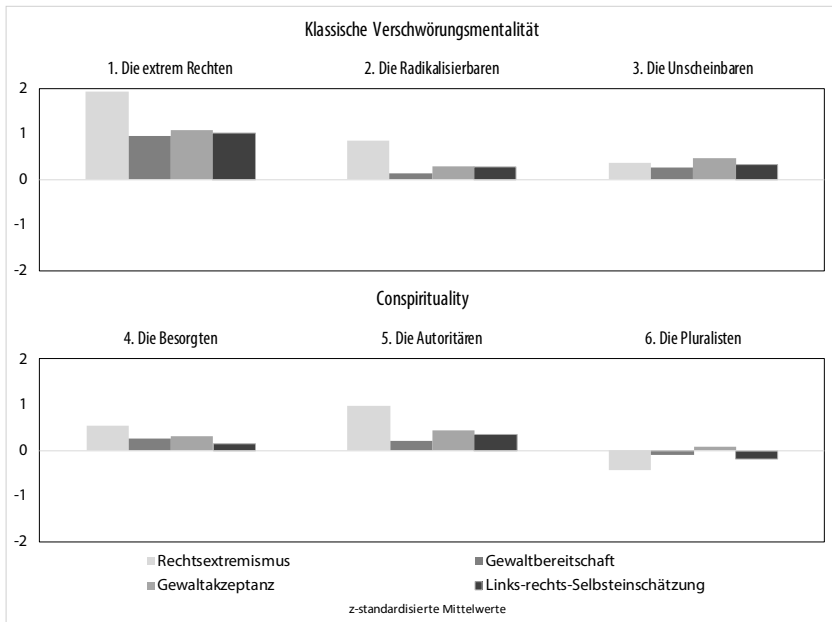


2013) auf Signifikanz geprüft. Da nicht in allen Fällen die Voraussetzungen für parametrische Verfahren vorlagen, haben wir zusätzlich non-parametrische Verfahren eingesetzt, um die Ergebnisse zu prüfen. Im Falle kategorialer Merkmale wurden die Unterschiede mit Persons- χ^2 -Test auf Signifikanz geprüft.

- 4 Interpretationshilfe: Die z-Standardisierung wurde im Vorfeld entlang der Gesamtstichprobe durchgeführt: 0 entspricht hier und in anderen Abbildungen mit standardisierten Werten also dem Mittelwert der gesamten Stichprobe. Inwiefern sich die optisch darge-

Unsere Cluster unterscheiden sich untereinander teils stark hinsichtlich ihres Mischverhältnisses der verschiedenen Aspekte des autoritären Syndroms (siehe Grafik 1) und damit auch hinsichtlich ihres Radikalisierungspotenzials und ihrer konkreten Demokratiefeindlichkeit beispielsweise in Form von rechtsextremen Einstellungen oder Gewaltaffinität (siehe Grafik 2).

Grafik 2: Deskriptive Verteilung von Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft und -akzeptanz sowie der Links-rechts-Selbsteinschätzung entlang der Cluster

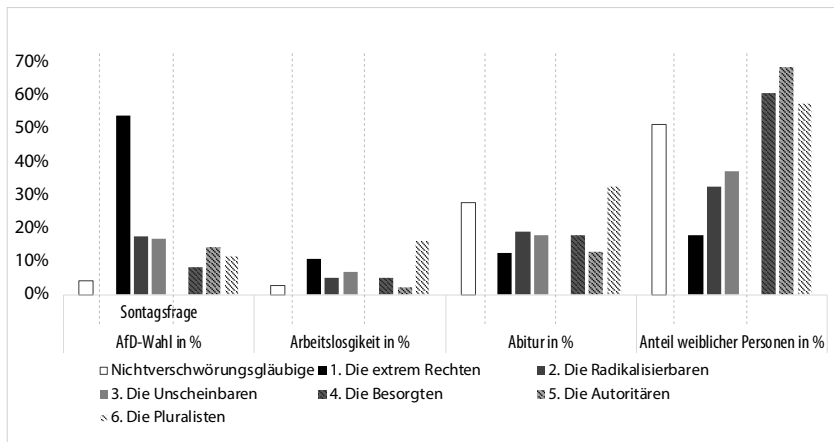


Auffällig ist, dass die Cluster der »klassischen Verschwörungsmentalität« überwiegend männlich und die »Conspiritoriality«-Cluster weiblich dominiert sind (siehe Grafik 3). Das ist allerdings nicht überraschend: Bereits Schließler et al. (2020) konnten zeigen, dass Frauen in Deutschland mehr als doppelt so häufig einen Aberglauben aufweisen. Während verschwörungsideologische *Milieus* – anders als die Verschwörungsmentalität in

stellten Mittelwertunterschiede signifikant unterscheiden, wird in den jeweiligen Clusterbeschreibungen ausgeführt.

Deutschland⁵ – vorwiegend männlich geprägt sind, so ist der esoterisch-spirituelle Aberglaube vorwiegend weiblich geprägt (Ward & Voas, 2011; Darwin et al., 2011).

Grafik 3: Ausgewählte Soziodemografie und Sonntagsfrage



Einige sozialstrukturelle Merkmale wie Einkommen, Alter und Religionszugehörigkeit sind bei den sechs verschwörungsideologischen Clustern sehr ähnlich verteilt. So liegt das Durchschnittsalter bei allen in etwa gleich (zwischen 47 und 53 Jahren). Und der Anteil der Deutschen ohne Migrationshintergrund liegt in allen Clustern zwischen 79 % und 89 %, wobei die Unterschiede zwischen den Clustern nicht signifikant sind. Leichte Unterschiede finden sich hinsichtlich der Selbsteinschätzung in Bezug auf die Schichtzugehörigkeit sowie bei der Arbeitslosenquote und formaler Schulbildung.

Im Vergleich zu Nichtverschwörungsgläubigen zeigen sich einige Unterschiede, die – in unterschiedlicher Ausprägung – für alle nachfolgend beschriebenen Cluster gelten: Alle Cluster zeigen eine höhere Befürwor-

5 Auf Basis unserer Daten können wir keinen signifikanten Unterschied bei der Verbreitung der Verschwörungsmentalität hinsichtlich des Geschlechts feststellen (siehe auch Schließler et al., 2020). Neben unterschiedlichen »Typen« von Verschwörungsgläubigen ist auch anzunehmen, dass Länderunterschiede immer wieder zu den Studienergebnissen führen, dass Männer häufiger eine Verschwörungsmentalität aufweisen.

tung von und Teilnahmebereitschaft zu den Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie sowie eine höhere Bereitschaft, den Aussagen »Ungeimpfte werden wie Juden im Dritten Reich behandelt« und »Die Corona-Maßnahmen sind mit dem Faschismus vergleichbar« zuzustimmen. Darüber hinaus zeigen sich die in unseren Clustern zusammengefassten Verschwörungsgläubigen weniger zufrieden mit der Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist und in Deutschland umgesetzt wird. Daneben sind sie leichtgläubiger – das heißt, sie haben eher das Gefühl, in der Vergangenheit Ratschläge von den falschen Menschen angenommen zu haben, und berichten, dass andere ihnen sagen, sie seien leicht beeinflussbar (Campbell et al., 2021) – und weisen eine ausgeprägtere Tendenz zur Leugnung des anthropogenen Klimawandels auf (siehe auch Haltinner & Sarathchandra, 2021).

Beschreibung der Cluster I – Klassische Verschwörungsmentalität

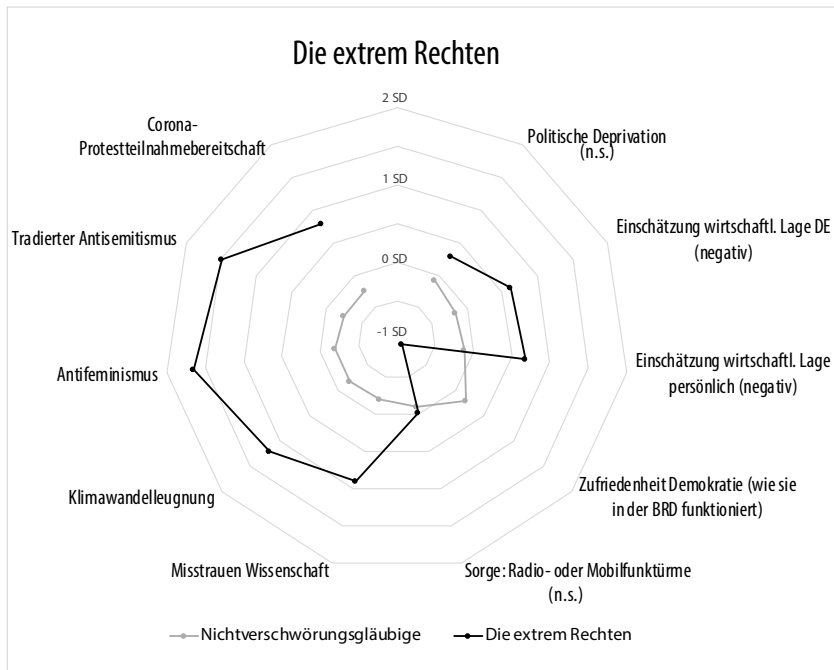
Cluster 1: Die extrem Rechten

(N = 56; Anteil: 7 %; 82 % Männer; 13 % Abitur)

Die *extrem Rechten* sind ein zwar anteilmäßig kleiner, jedoch radikalisierte Cluster des deutschen verschwörungsideologischen Spektrums. Es handelt sich hierbei mehrheitlich um Männer mit sehr niedriger formaler Bildung: Während die Abiturquote der Menschen ohne Verschwörungsmentalität bei 28 % liegt, haben nur 13 % der in diesem Cluster zusammengefassten Menschen das Abitur erlangt. Die Befragten dieses Clusters wählen zu 54 % die AfD und zu 28 % die CDU. Zu größten Teilen zählen sich diese Personen selbst zur Arbeiterschicht (45 %) oder zur unteren Mittelschicht (23 %). 11 % der Personen dieses Clusters sind zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos (bei den Nichtverschwörungsgläubigen sind es lediglich 3 %).

Dieser Cluster zeichnet sich durch die höchsten Werte der sado-masochistischen Dimension des autoritären Syndroms (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus) sowie die ausgeprägteste Verschwörungsmentalität aus. Aberglauben haben die hier

Grafik 4: Netzdiagramm ausgewählter Drittvariablen zu Cluster 1



SD = Standardabweichung

zusammengefassten Personen keinen. Ihre generelle Überzeugung, dass dunkle Kräfte die Geschehnisse der Welt kontrollieren, wird mittels ihres – auch im Vergleich zu den anderen Clustern starken – Antisemitismus konkretisiert: Im Weltbild der verschwörungsideologischen extremen Rechten sind es »die Juden«, die »die Strippen ziehen«. Sie schätzen sich selbst – man ist geneigt zu sagen: richtigerweise – »rechter« ein als alle anderen Cluster. So weisen sie im Vergleich zu den anderen verschwörungsideologischen Clustern auch das größte Ausmaß rechtsextremer Einstellungen auf. Gleiches gilt für andere antidemokratische Ressentiments (z.B. Sexismus, Antifeminismus, Muslimfeindschaft). Als einziger Cluster zeigen sie zudem ein geringeres epistemisches Vertrauen als diejenigen ohne Verschwörungsmentalität. Gemeint ist das basale Vertrauen in eine Person als sichere Informationsquelle, also zum Beispiel das Vertrauen, dass ein »Gespräch mit Menschen, die mich schon lange kennen, helfen [kann], neue

Perspektiven über mich selbst zu entwickeln« (Itemformulierung; Campbell et al., 2021; siehe z.B. auch Swami et al., 2010). Dies ist eine Fähigkeit, die als elementar für die Teilhabe und das Funktionieren im sozialen Leben gilt und durch gute und sichere Beziehungserfahrungen erlernt wird. Da unsichere frühkindliche Bindungserfahrungen sowie emotional kalte bis strafende Erziehung rechtsextreme Einstellungen begünstigen (u.a. Hopf & Hopf, 1997; Decker et al., 2012), überrascht dieses Merkmal der *extrem Rechten* hier kaum.

Ihr Weltbild ist ebenfalls von einem im Vergleich besonders starken Misstrauen in die Wissenschaft geprägt. So wundert es nicht, dass auch die Folgen des Klimawandels verharmlost werden oder gar die Rolle des Menschen in diesem Zusammenhang geleugnet wird. Zwar leugnen auch die anderen Cluster häufiger den Klimawandel, als nicht-verschwörungsideologische Menschen dies tun. Die *extrem Rechten* unterscheiden sich hier aber nochmals signifikant von allen anderen Clustern. Passend dazu, dass sie der Cluster mit der zweithäufigsten Arbeitslosigkeit sind, schätzen sie auch ihre eigene wirtschaftliche Lage tendenziell schlechter ein.

Zwar sind die *extrem Rechten* anteilmäßig die kleinste Gruppe des deutschen verschwörungsideologischen Spektrums, insbesondere aber ihre im Vergleich zu allen anderen Clustern signifikant höhere Gewaltbereitschaft und -akzeptanz zeigt die direkte Bedrohung, die von ihnen ausgeht. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die anderen Cluster im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen mit den völkisch-nationalistischen »Lösungen« in Kontakt kommen, welche die *extrem Rechten* für deren Sorgen anbieten.

Wir deuten dies so: Die *extrem Rechten* sehen in der Teilnahme und Unterstützung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen ein strategisches Moment der Mobilisierung, welches ihnen ein »Fenster« der (ressentimentgeladenen) politischen Handlungsfähigkeit eröffnet. In der Typologie von Harambam und Aupers (2017) entsprechen sie deshalb womöglich am ehesten den *activists*, denjenigen, die vor allem versuchen, andere von ihren – in diesem Fall antidemokratischen – Ideen zu überzeugen.

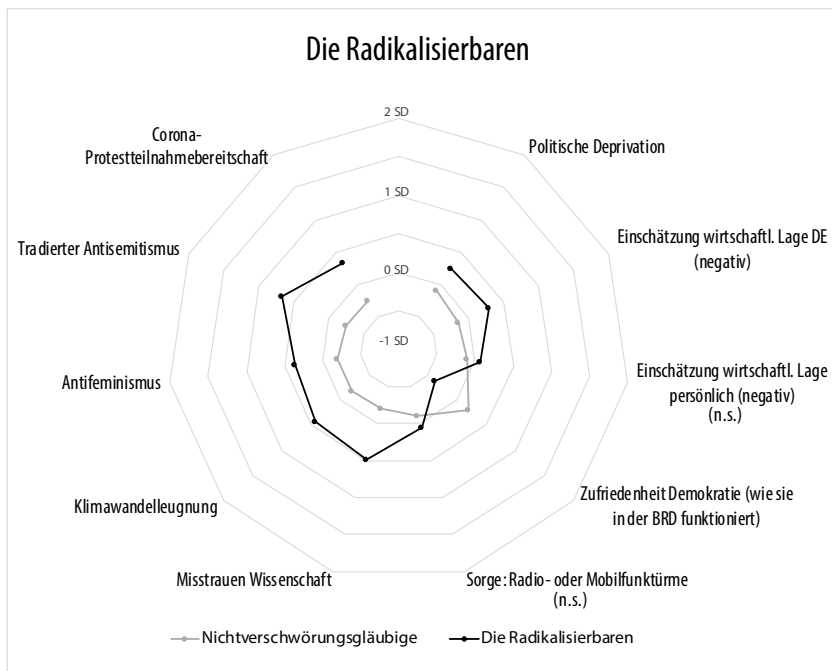
Wir können uns den typischen Vertreter dieses Clusters als gewaltbereiten, rechts-extremen Neonazi vorstellen, ohne Aberglauben und mit niedriger Schulbildung, dafür aber mit einem ausgeprägten Gefühl, wirtschaftlich schlecht dazustehen, sowie Parteipräferenz für die AfD. Sein starker Rechtsextremismus und die hohe Abwertungs-

bereitschaft speisen sich aus seinem ausgeprägten autoritären Syndrom, das sich aus hohen Werten bei den sadomasochistischen Elementen zusammensetzt. Die Verschwörungsmentalität, zum Beispiel in Form der Leugnung des Holocausts oder des Glaubens an eine jüdische Weltverschwörung, ermöglicht es ihm, seine autoritäre Aggression gegen das personalisierte »Böse« zu rationalisieren bzw. zu legitimieren und beispielsweise als Hass gegen Minderheiten auszuleben.

Cluster 2: Die Radikalisierbaren

(N = 160; Anteil: 20 %; 68 % Männer; 19 % Abitur)

Grafik 5: Netzdiagramm ausgewählter Drittvariablen zu Cluster 2



SD = Standardabweichung

Die ebenfalls überwiegend männlichen *Radikalisierbaren* (68 % Männeranteil) ähneln in nahezu jeder Hinsicht ihrem extremen Pendant, den *extrem Rechten* – nur bewegen sich ihre antidemokratischen und rechtsextremen

Einstellungen (Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Sexismus, Muslimfeindschaft) auf einem etwas niedrigeren Niveau. Ihre Zustimmung zu autoritärer Aggression, autoritärer Unterwerfung und Konventionalismus ist zwar deutlich, aber ebenfalls geringer als bei Cluster 1. Auch schätzen sie sich selbst – trotz vorhandener rechtsextremer Einstellungen – weniger deutlich als »rechts« ein. Entsprechend haben sie eine stärkere Bindung an die alten Volksparteien CDU/CSU (32 %) und SPD (20 %) und wählen seltener die AfD (17 %). Zudem zeigen sie eine geringere Gewaltbereitschaft und -akzeptanz, als es bei den *extremen Rechten* der Fall ist. Ihre Gewaltakzeptanz liegt allerdings immer noch höher als bei nicht-verschwörungsideologisch eingestellten Menschen.

Was sie tatsächlich deutlich von den *extrem Rechten* unterscheidet, ist, dass sie ihre eigene wirtschaftliche Lage signifikant besser einschätzen und dabei gleichauf mit den Nichtverschwörungsgläubigen liegen. Sie sind also selbst eher nicht von wirtschaftlicher Desintegration betroffen – hierfür spricht auch der geringe Anteil an Arbeitslosen (5 %). Analog dazu schätzen sich diese Personen überwiegend als Teil der Mittelschicht (41 %) ein.

Ihr Radikalisierungspotenzial liegt – neben den bereits stärker ausgeprägten rechtsextremen und antidemokratischen Einstellungen – in ihren *subjektiven* Gefühlen begründet: Sie sind der Meinung, dass die wirtschaftliche Situation Deutschlands bedroht sei, dass sie keinen Einfluss auf politische Prozesse haben sowie dass es sinnlos sei, sich politisch zu engagieren. Wie Schließler et al. (2020) zeigen konnten, besteht die Gefahr zur Radikalisierung insbesondere durch die Verschwörungsmentalität, die in der Lage ist, zwischen diesem Gefühl politischer Deprivation und rechtsextremen Einstellungen zu vermitteln. Sie erinnern an die von Nachtwey und Heumann (2019) beschriebenen »regressiven Rebellen«, die scheinbar widerständig, aber letztlich nur pseudo-antiautoritär gegen etablierte, schwach erscheinende Autoritäten revoltieren (vgl. Schließler et al., 2020). Pseudo-antiautoritär, da sie sich trotz erklärtem Widerstand letztlich doch jemanden wünschen, der angesichts komplizierter demokratischer Aushandlungsprozesse »mit starker Hand durchregiert«. Regressiv rebellisch, da ihr Aufbegehren – zum Beispiel in Form von rechtsextremen Einstellungen – keine emanzipatorischen Ziele verfolgt, sondern sich antippluralistisch gegen Schwächere und Minderheiten wendet.

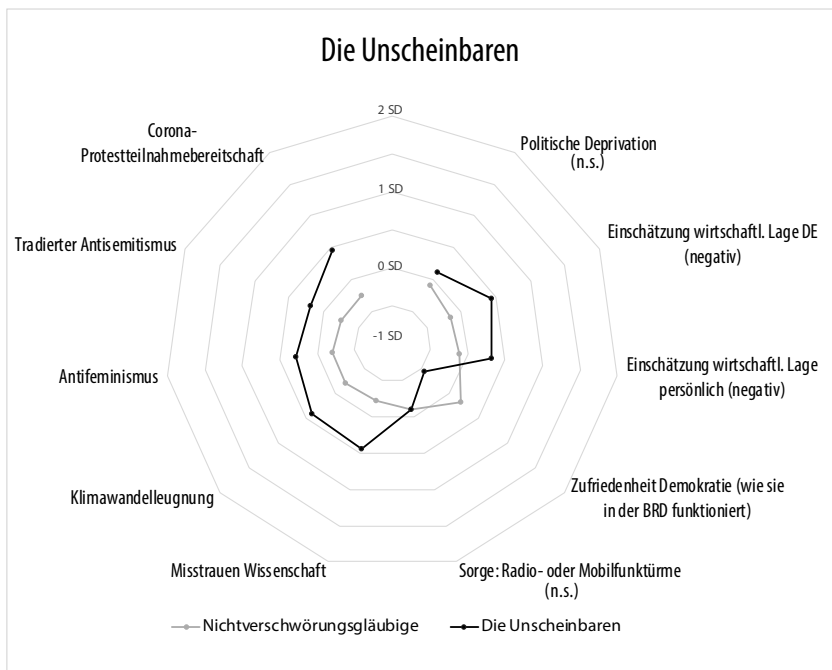
Den Prototyp dieses Clusters kann man sich als gut situierten und wirtschaftlich abgesicherten Unterstützer »der Altparteien« mit wachsender Sympathie für die AfD

vorstellen. In seinen politischen Einstellungen und Ressentiments ist er eine abgeschwächte Version der extremen Rechten. Verschwörungserzählungen und das dazugehörige Milieu ermöglichen ihm einen Umgang mit seinen Sorgen um den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands und der gesellschaftlichen Ordnung sowie mit seinem Gefühl politischer Ohnmacht.

Cluster 3: Die Unscheinbaren

(N = 159; Anteil: 20 %; 63 % Männer; 18 % Abitur)

Grafik 6: Netzdiagramm ausgewählter Drittvariablen zu Cluster 3



SD = Standardabweichung

Die *Unscheinbaren* scheinen – bis auf ihren ebenfalls erhöhten Männeranteil (63 %) – zunächst der unauffälligste Cluster von Verschwörungsgläubigen zu sein: Ihre autoritäre Unterwürfigkeit, autoritäre Aggression und ihr Konventionalismus liegen so niedrig wie beim Durchschnitt der Bevöl-

kerung ohne Verschwörungsmentalität. Gleiches gilt für rechtsextreme Einstellungen, welche die *Unscheinbaren* ebenfalls so wenig aufweisen wie Menschen ohne Verschwörungsglauben. Nur ihr Antisemitismus ist etwas ausgeprägter, wenngleich er geringer ausfällt als bei Cluster 1 und 2. Die eigene politische Wirkmacht schätzen die *Unscheinbaren* genauso ein, wie es Nichtverschwörungsgläubige auch tun. Die *Unscheinbaren* wählen in etwa zu gleichen Teilen CDU/CSU oder SPD (beide 23 %) und mit 17 % so häufig AfD wie die *Radikalisierbaren*.

Die Unauffälligkeit dieses Clusters ist nicht besonders verwunderlich: Auch wenn die Gruppe der Verschwörungsgläubigen in diesem Beitrag im Fokus steht, heißt das nicht zwangsläufig, dass diese sich stark von der Gesamtbevölkerung unterscheiden muss. Einige entscheidende Unterschiede gibt es aber dennoch: So nehmen die *Unscheinbaren* – anders als die Nichtverschwörungsgläubigen – die wirtschaftliche Lage Deutschlands eher als bedroht wahr, schätzen auch die eigene wirtschaftliche Lage schlechter ein und sind weniger zufrieden mit der Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist und in Deutschland umgesetzt wird. Auch wenn die *Unscheinbaren* hier als relativ durchschnittlich charakterisiert werden, muss dennoch beachtet werden, dass sie neben der generellen Verschwörungsmentalität offen für *konkrete* Verschwörungserzählungen sind: So sind Klimawandelleugnung und Wissenschaftsskeptizismus bei ihnen überdurchschnittlich häufig zu finden. Zudem befürworten sie die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und zeigen hier auch eine erhöhte Teilnahmereitschaft.

Die größten gesellschaftlichen Gruppenkonflikte (siehe Kap. 9) verorten sie zwischen Männern und Frauen, gefolgt von dem Konflikt zwischen Deutschen und Nichtdeutschen – beide Konflikte nehmen sie stärker wahr als der Teil der Bevölkerung ohne Verschwörungsglauben. Hier besteht auch die Gefahr, die mit diesem scheinbar unauffälligen Cluster einhergeht: Leicht höhere Zustimmungswerte in Sexismus, Antifeminismus und Muslimfeindschaft im Vergleich zu den Nichtverschwörungsgläubigen zeigen an, dass die *Unscheinbaren* abwertungsbereit sind, was sie gerade im von den *extrem Rechten* unterwanderten Verschwörungsmilieu rund um die Corona-Proteste anfällig für eine potenzielle Radikalisierung macht.

Der Unscheinbare ist soziodemografisch und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zunächst relativ unauffällig. Man kann ihn sich vorstellen als den »ganz normalen«

(männlichen) Bürger, der sich jedoch in einigen nicht zu unterschätzenden Punkten von den Nichtverschwörungsgläubigen unterscheidet: Seine eigene ökonomische Situation und die Deutschlands bereiten ihm Sorgen, und mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland ist er unzufrieden. Er wählt häufiger die AfD, und der Kontakt mit verschwörungsideologischen Narrativen hat in ihm eventuell ein Gefühl einer Art »Politisierung« hervorgerufen – allerdings eine auf regressive Politiken begrenzte. Hinweise dafür finden sich im erhöhten Antisemitismus und in seiner begrenzten Wahrnehmung von nur solchen gesellschaftlichen Interessengegensätzen, die ressentimentgetrieben sind: zwischen Männern und Frauen (aufgrund seines höheren Antifeminismus kann man davon ausgehen, dass diese Wahrnehmung nicht auf einer feministisch motivierten Analyse basiert) und zwischen Deutschen und Nichtdeutschen.

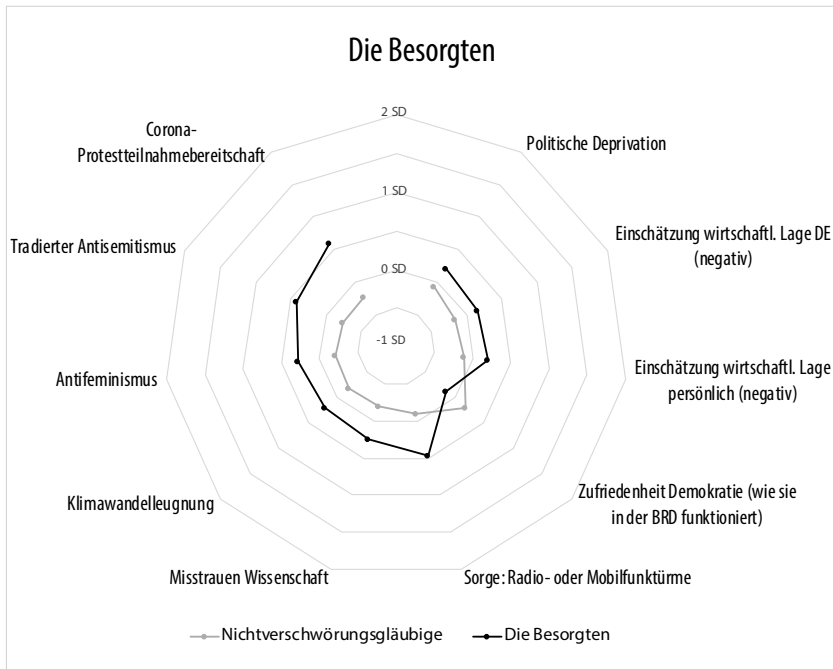
Beschreibung der Cluster II – Conspirituality

Cluster 4: Die Besorgten

(N = 196; Anteil: 24 %; 61 % Frauen; 18 % Abitur)

Die *Besorgten* sind ein auffallend weiblicher Cluster (61 % Frauenanteil) und ordnen sich zu fast gleichen Teilen der Arbeiterschicht, Mittelschicht und unteren Mittelschicht zu; ihre politische Heimat finden sie mehr als alle anderen Cluster bei der SPD (32 %) und bei den Grünen (14 %). Die AfD wird von ihnen seltener (8 %) gewählt als von allen anderen Clustern von Verschwörungsgläubigen.

Die *Besorgten* zeichnen sich durch eine hohe Verschwörungsmentalität bei gleichzeitig hohem Aberglauben (*Conspirituality*) aus. Auffälligerweise stimmen sie den sadomasochistischen Elementen des autoritären Syndroms unterschiedlich stark zu: Einerseits zeigen sie *keine* ausgeprägtere autoritäre Aggression als diejenigen ohne Verschwörungsmentalität, das heißt, sie meinen beispielsweise nicht häufiger, dass Unruhestifter mit aller Härte bestraft werden sollten. Andererseits sind die autoritäre Unterwürfigkeit, also zum Beispiel die Bereitschaft, sich einem starken Führer zu unterwerfen, sowie der Konventionalismus bei ihnen jedoch stärker ausgeprägt als bei denen ohne Verschwörungsmentalität. Die Kombination aus niedriger Zustimmung zur autoritären Aggression auf der einen Seite und höherer autoritärer Unterwerfungsbereitschaft auf der anderen

Grafik 7: Netzdiagramm ausgewählter Drittvariablen zu Cluster 4

SD = Standardabweichung

Seite, wie sie hier auftritt, ist selten. Häufig variieren die Elemente Aggression, Unterwürfigkeit und Konventionalismus gemeinsam. Doch vor dem Hintergrund des für das esoterisch-spirituelle Milieu typischen Wunsches nach ungebrochener Harmonie (z.B. Barth, 2011) deuten wir diese niedrigere Zustimmung zur autoritären Aggression als eine *Leugnung* dieser Aggression, nicht als ihr Fehlen. Auch die Zustimmung zu den Items der autoritären Unterwerfung passt zu der für dieses Milieu ebenfalls typischen Unterwerfung unter einen (spirituellen) Führer, eine esoterische Lehre, das Schicksal oder die beseelte Natur, die eine »epistemic authority« (Watts, 2019, S. 1032) in einer modernen und prekären Welt anbieten. Dass dabei trotzdem autoritäre (durchaus auch aggressive) Tendenzen eine Rolle spielen, die das Potenzial haben, ins Antidemokratische umzukippen, kann man bei den *Besorgten* auch empirisch an ihrem – im Vergleich zu Nichtverschwörungsgläubigen – ausgeprägteren Antisemitis-

mus, Sexismus und Antifeminismus sehen. Diese Einstellungen hängen eng mit dem autoritären Syndrom zusammen, da ihnen – wie allen Ungleichheitsideologien – eine autoritäre Psychodynamik zugrunde liegt.

Eine zentrale und namensgebende Charakteristik der *Besorgten* ist, dass diese sich überdurchschnittlich und auffällig häufiger im Vergleich zu den anderen Clustern (mit Ausnahme der *Autoritären*, Cluster 5, siehe unten) Sorgen darüber machen, dass Radio- und Funktürme, Chemikalien in Haushaltsmitteln, Schadstoffe im Essen und auch Umweltverschmutzung negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit haben. Diese »modernen Gesundheitssorgen« hängen Studien zufolge mit dem weiblichen Geschlecht, ganzheitlichem Denken, paranoidem Glauben, somatischem Stresserleben und idiopathischer Umweltintoleranz (körperliche Symptome ohne organische Ursache, deren Herkunft in spezifischen Umweltfaktoren wie zum Beispiel elektromagnetischen Spannungen etc. vermutet wird; siehe Dömötör et al., 2019) zusammen. Auch wenn die Folgen moderner Technologien tatsächlich nicht immer absehbar sind, kann man die *erhöhte* Besorgnis darum zum einen als Modernitätsskepsis deuten, wie sie typisch für die *Conspirituality* ist. Ausschließlich als schädlich gebrandmarkte, moderne technologische Entwicklungen werden dabei einer romantisch verklärten Natürlichkeit, die solcher Entwicklungen nicht bedarf, gegenübergestellt.

Zum anderen kann sich in einer erhöhten Besorgnis auch eine stärkere Ängstlichkeit bzw. »Durchlässigkeit« ausdrücken, d. h. eine Übersensibilität und eine Vermischung von Gedanken, Gefühlen und Bewusstseinszuständen, die eigentlich charakteristisch für schizotype Persönlichkeitsbilder sind, aber insbesondere auch für esoterische New Age-Gläubige gelten (Asprem & Dyrendal, 2018).

»Sorgen« – wie zum Beispiel um die Unversehrtheit des Körpers durch die Impfung und um die Gesundheit vor allem der Kinder, gefährdet durch Maskentragen – wurden auch von Frei und Nack (2021) als zentrales Protestmotiv von Frauen auf den Corona-Demonstrationen beobachtet. Sie verstehen dies als Ausdruck einer Affirmation der bürgerlich-kapitalistischen, essenzialistischen Auffassung von Weiblichkeit. Diese ist assoziiert mit der Natur, der Sphäre des Privaten und der Sorge um die Angehörigen als typisch weiblich und steht im Gegensatz zur Kultur und gesellschaftlichen Sphäre, die als typisch männlich gilt. Die Kritik der Demonstrantinnen dreht sich – man kann sagen erstaunlicherweise –

kaum um die durch den Lockdown und die Schul- bzw. KiTa-Schließungen verschärfte Mehrbelastung bei der Sorgearbeit oder die entstehenden materiellen Engpässe. Stattdessen verteidigen sich die protestierenden Frauen eher aus Gründen »identitärer Selbstvergewisserung« (ebd., S. 11) gegen den Eingriff des Staates in »ihr Hoheitsgebiet«, also der Sorge um die Angehörigen, aus der sie ihren (Selbst-)Wert schöpfen.

Dies findet sich ebenfalls darin wieder, dass in diesem Cluster das Gefühl vorherrscht, wenig Kontrolle im eigenen Leben zu haben und dem Schicksal ausgeliefert zu sein. Dazu passt, dass sich die *Besorgten* als politisch depriviert wahrnehmen. Darin unterscheiden sie sich von allen anderen Clustern – mit Ausnahme von Cluster 2, den *Radikalisierbaren*, die ebenfalls das Gefühl haben, sie hätten keinen Einfluss darauf, was die Regierung tue. Trotzdem befürworten die *Besorgten* auch überdurchschnittlich häufig die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und sind auch eher bereit, daran teilzunehmen.

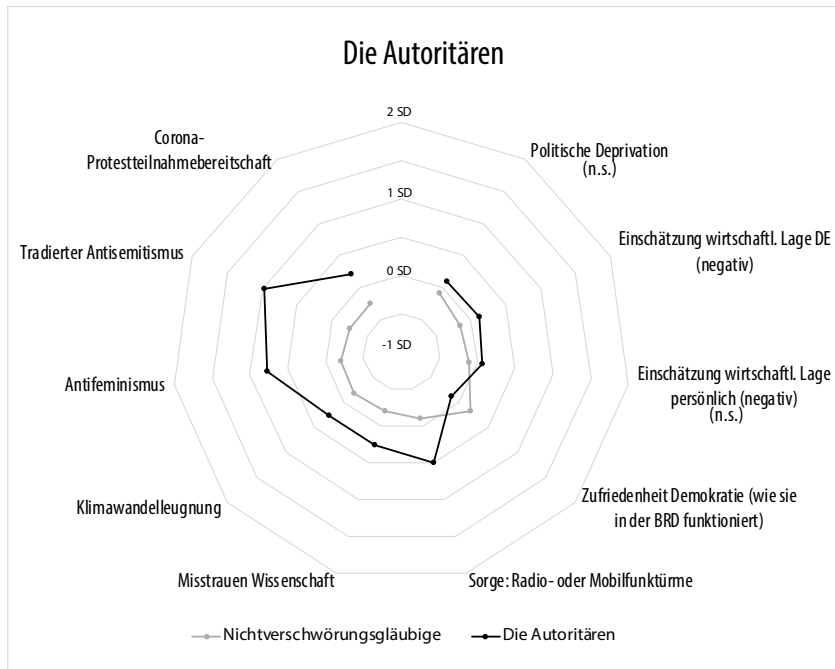
Wir können uns die Besorgte als mittelalte Frau vorstellen, die – trotz bürgerlich-liberalen Wahlverhaltens (hauptsächlich SPD und Grüne) – Politikerinnen und Politiker für Marionetten dunkler Geheimbünde hält und deshalb auch das Gefühl hat, politisch wirkungslos zu sein. Sie glaubt an Wahrsager und Wunderheiler und begibt sich gerne in deren Hände. Erhöhte Werte bei Sexismus und Antifeminismus lassen darauf schließen, dass sie an einem eher patriarchal geprägten Geschlechterverhältnis festhält. Für ihre ausgeprägten modernitätskritischen Sorgen um die Gesundheit ihrer Familie findet sie im esoterisch-verschwörungsideologischen Milieu eine sozial anerkannte Begründung.

Cluster 5: Die Autoritären

(N = 133; Anteil: 17 %; 68 % Frauen; 13 % Abitur)

Bei den *Autoritären* handelt es sich mit 68 % Frauenanteil um die »weiblichste« Gruppe des deutschen verschwörungsideologischen Milieus. Sie verstehen sich überwiegend der Arbeiterschicht und der unteren Mittelschicht zugehörig und haben eine niedrige formale Bildung (13 % Abitur). Lediglich 2 % gaben an, zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos zu sein. Damit liegen sie auf ähnlich niedrigem Niveau wie diejenigen ohne Verschwörungsmentalität. In Bezug auf ihre Parteipräferenz wählen sie zu 30 % die SPD, zu 26 % die CDU/CSU und an dritter Stelle mit 14 % die AfD.

Grafik 8: Netzdiagramm ausgewählter Drittvariablen zu Cluster 5



SD = Standardabweichung

Bei den *Autoritären* treten Verschwörungsmentalität und Aberglaube parallel stark auf. Wir nennen sie *autoritär*, weil sie neben Verschwörungsmentalität und Aberglauben (die die projektive Dimension ausmachen) ebenfalls hohe Werte in allen drei Elementen der sadomasochistischen Dimension des autoritären Syndroms (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Konventionalismus) aufweisen. Das heißt, sie sind der einzige Cluster, bei dem alle fünf Elemente des autoritären Syndroms hoch ausschlagen.

Bis auf den starken Aberglauben ähneln sie in vielerlei Hinsicht den – allerdings stark männlich dominierten – *Radikalisierbaren* (Cluster 2): das Ausmaß ihrer rechtsextremen Einstellungen, ihres Antisemitismus, ihrer Muslimfeindschaft, ihres Sexismus sowie ihres Antifeminismus ist bei beiden Clustern auf einem ähnlich hohen Niveau. Gleichzeitig schätzen sie ihre wirtschaftliche Lage nicht schlechter ein als diejenigen ohne Ver-

schwörungsmentalität und erfüllen damit ein typisches Charakteristikum aller anderen verschwörungsgläubigen Cluster (mit Ausnahme wiederum der *Radikalisierbaren*) nicht.

Ein wesentlicher Unterschied zu ihrem männlich dominierten »Pendant« sind die mit der *Conspirituality* auftretenden modernen Gesundheits-sorgen: Sie sorgen sich mehr um die gesundheitlichen Auswirkungen von Radio- und Funktürmen, von Schadstoffen im Essen und Chemikalien in Haushaltsmitteln sowie von Umweltverschmutzung.

Die *Autoritären* zeigen – wie die anderen verschwörungsideologischen Cluster auch – eine höhere Befürwortung und Bereitschaft, an den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen teilzunehmen, als Nichtverschwörungsgläubige. Jedoch beschränkt sich ihre Unterstützung stärker auf die Befürwortung der Proteste und weniger auf eine tatsächliche Teilnahme. Darin liegt auch ein entscheidender Unterschied zu den anderen »Conspiracy«-Clustern – den *Besorgten* und den *Pluralisten*.

Ward & Voas (2011) sehen in der *Conspirituality* eine Gleichzeitigkeit von politischem Zynismus, der einem generellen Verschwörungsglauben folgt, sowie ebenfalls einen spirituellen Optimismus – die Hoffnung, dass die Masse ein spirituelles »Erwachen« durchläuft (siehe auch Franks et al., 2017). Dieses »Erwachen« kann mit einer erhöhten Bereitschaft einhergehen, den Status quo ändern und entsprechend die wahrgenommenen Ungerechtigkeiten und dunklen Machenschaft beseitigen zu wollen (vgl. Ward & Voas, 2011, S. 112). Der spirituell-verschwörungsideologische »Erwachensprozess« der *Autoritären* und ihre Reaktion auf das gewonnene »Wissen« sind aber möglicherweise zunächst nach innen gerichtet: Statt politischem Handeln heißt es bei ihnen eher Arbeit an sich selbst: »Be the change you want to see in the world!«, wie es Harambam und Aupers (2017, S. 122) für ihren Typ der *retreaters* beschrieben haben. Bei ihnen steht womöglich eine generelle Neigung zur *Projektivität* im Vordergrund, sie sich also von der gesellschaftlichen Realität ab- und eher einer spirituellen Innenwelt zugewandt haben. Ein weiterer Hinweis hierauf ist, dass sie die einzige Gruppe von Verschwörungsideologinnen und -ideologen ist, die sich selbst tendenziell als religiöser einschätzt. Hinzu kommt, dass subjektive Erfahrungen von eigener wirtschaftlicher oder politischer Deprivation im Vergleich zu den anderen Clustern kaum eine Rolle spielen. So könnte man schlussfolgern, dass die Projektivität der *Autoritären* weniger aus konkreten Desintegrationserfahrungen gespeist ist (z.B. gaben nur

2 % an, arbeitslos zu sein) und ihre Kombination aus Verschwörungs- und Aberglauben tendenziell eher paranoider Natur als durch anomische Erfahrungen motiviert ist (vgl. Harambam & Aupers, 2017). Darin erinnern sie auch an den bei Adorno et al. (1973) erwähnten autoritären Typus des »Spinners«, der als tendenziell weiblich und »paranoid« beschrieben wird, ausgestattet mit einem Hang zu »Konspirationsideen« sowie einem »magischen Glauben an die Naturwissenschaften« (ebd., S. 332).

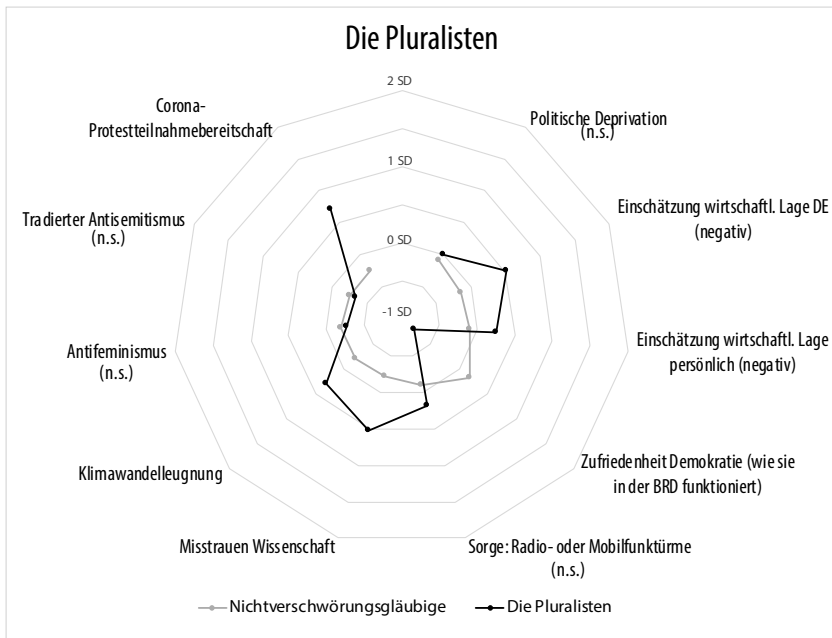
Die typische Autoritäre kommt aus einem Milieu mit niedriger formaler Bildung und aus tendenziell sozioökonomisch niedrigeren Schichten, bei – im Vergleich zu allen anderen Clustern – geringster Arbeitslosigkeit. Sie ist Wählerin einer der etablierten Volksparteien, zeigt jedoch eine starke Neigung zu rechtsextremen, antifeministischen und tendenziell antisemitischen und muslimfeindlichen Ideologien. Vor allem sticht ihr ausgeprägtes autoritäres Syndrom sowohl in der sadomasochistischen als auch in der projektiven Dimension hervor. Geprägt von Entfremdung zum politischen System und mit Hoffnung auf ein neues spirituelles Zeitalter, sucht sie in verschwörungsideologisch-esoterischen Kreisen möglicherweise ihren spirituellen »Rückzug« von der modernen Welt, den böartigen »jüdischen« Kräften darin und den gesundheitlichen Sorgen, die diese in ihr auslöst.

Cluster 6: Die Pluralisten

(N = 99; Anteil: 12 %; 58 % Frauen; 32 % Abitur)

Die *Pluralisten* sehen sich mehrheitlich als Teil der Mittelschicht (40 %) bzw. der unteren Mittelschicht (30 %). Ihr Wahlverhalten ist am diversesten im Vergleich zu den anderen Clustern, und es lassen sich keine einschlägigen Parteipräferenzen finden. Auffällig ist jedoch, dass sie mit 16 % am häufigsten angegeben haben, eine »andere Partei« gewählt zu haben. Dieser Cluster ist der einzige der verschwörungsgläubigen Cluster, der sich politisch nicht tendenziell rechts der Mitte verortet, sondern ähnlich wie die Nichtverschwörungsgläubigen ungefähr »mittig«. Mit 16 % weist dieser Cluster die höchste Arbeitslosigkeit auf.

Neben ihrer ausgeprägten Verschwörungsmentalität tendieren die *Pluralisten* leicht zu Aberglauben, allerdings um einiges geringer als die *Besorgten* (Cluster 4) und die *Autoritären* (Cluster 5). Sie fallen auch in Bezug auf andere Merkmale aus dem Muster der anderen Cluster heraus: So sind sie der einzige Cluster, der sich zur Pluralität der Gesellschaft bekennt.

Grafik 9: Netzdiagramm ausgewählter Drittvariablen zu Cluster 6

SD = Standardabweichung

Autoritäre Aggression, die sich durch die Forderung ausdrücken könnte, dass gegen Außenseiter mit aller Härte vorgegangen werden sollte, sowie autoritäre Unterwürfigkeit unter »führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können«, finden bei ihnen sogar weniger Zustimmung als bei denjenigen ohne Verschwörungsmentalität. Traditionen und Konventionen bedeuten ihnen darüber hinaus ebenfalls weniger. Gleiches gilt für Rechtsextremismus, Antisemitismus, Muslimfeindschaft, Antifeminismus und Sexismus – die *Pluralisten* zeigen genauso wenig Abwertungsbereitschaft, Neo-NS-Ideologie oder Ethnozentrismus wie die Nichtverschwörungsgläubigen. Auch die Bereitschaft, Gewalt zu tolerieren oder selbst auszuüben, ist – anders als bei allen anderen verschwörungsideologischen Clustern – so gering wie bei den Bevölkerungsanteilen ohne Verschwörungsmentalität.

Greift bei den *Pluralisten* die viel beschriebene »Scharnier-Funktion« von Verschwörungsmentalität zu Ideologien der Ungleichheit nicht? Sind

Pluralisten einfach nur skeptische Bürgerinnen und Bürger? Ganz so einfach ist es nicht, denn schon bei der Bildung von verschiedenen Typen autoritärer und demokratischer Syndrome in den Leipziger Autoritarismus Studien 2018 postulierten wir mit Blick auf die *Studien über Autorität und Familie* (Horkheimer et al., 1936): »Progressive politische Ziele können neben regressiven Bedürfnissen in derselben Person gleichzeitig existieren« (Decker et al., 2018, S. 132).

So lässt sich feststellen – und hier kommt die Problematik ihrer Verschwörungs*mentalität* zum Tragen –, dass die *Pluralisten* trotzdem überdurchschnittlich häufig den Klimawandel leugnen und der Wissenschaft gegenüber misstrauisch sind – vor allem im Vergleich zu den Nichtverschwörungsgläubigen. Zwar zeigen sie keinen ausgeprägteren tradierten Antisemitismus als diejenigen ohne Verschwörungsglauben. Allerdings stimmen sie Aussagen wie »Ungeimpfte werden wie Juden im Dritten Reich behandelt« häufiger zu als der nichtverschwörungsgläubige Teil der Bevölkerung. Ein solcher Antisemitismus »durch die Hintertür«, also durch verharmlosende Vergleiche zwischen Corona-Maßnahmen und Nationalsozialismus – sei es bewusste Umwegkommunikation oder unbewusstes Ressentiment – ist ein Beispiel dafür, wie Radikalisierung in dieser ganz spezifischen Krisensituation und den solche Narrative forcierenden Corona-Protesten vonstatten gehen kann. Da sie – wie alle anderen Cluster – die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen stützen und befürworten, bedeutet Pluralismus für sie also eventuell die unterschiedslose Tolerierung aller möglichen – auch rechteren – Ideologien im Sinne einer falsch verstandenen Meinungsfreiheit, wie sie sich auf den Corona-Demonstrationen zeigt. Auch wenn die *Pluralisten* selbst solche Ungleichheitsideologien nicht direkt bejahen, scheint es sie doch wenig zu stören, auf Demonstrationen neben den *extrem Rechten* zu protestieren.

Die *Pluralisten* schätzen die wirtschaftliche Lage Deutschlands und von sich selbst eindeutig schlechter ein als diejenigen ohne Verschwörungs*mentalität*. Allerdings haben sie auch die höchste Abiturquote aller Cluster (32 %), die auch im Vergleich zu den Menschen ohne Verschwörungs*mentalität* (28 % Abitur) überdurchschnittlich hoch ist. In bisherigen Studien galt Bildung stets als ein protektiver Faktor gegen Verschwörungsglaube (Schließler et al., 2020; Freeman & Bentall, 2017; van Prooijen, 2017), bei dem vorliegenden Cluster besteht eine Ausnahme. Trotz hoher Bildung haben die *Pluralisten* eine hohe Verschwörungs*mentalität*, die bei

ihnen eventuell durch eine tatsächliche wirtschaftliche Deprivation und die sehr hohe Arbeitslosenquote – also eine objektive wirtschaftliche Bedrängnis – bedingt ist. Diese kann aber partiell aufgefangen werden durch die kulturelle Ressource »Bildung« und das damit einhergehende Gefühl von Kontrolle über das eigene Leben (van Prooijen, 2017), sodass es nicht zur Entstehung von Ressentiments gegen andere kommt (vgl. Nachtwey & Heumann, 2019). Die Dichotomie »Volk gegen Elite« oder »oben gegen unten«, wie sie sich in den gängigen Verschwörungserzählungen generell, aber auch in der Wissenschaftsskepsis und den Verschwörungserzählungen zum Klimawandel zeigt, hat sich bei den *Pluralisten* offensichtlich (noch) nicht in den Gegensatz »innen gegen außen«, wie es Dörre (2020) als typisch für den Rechtspopulismus beschrieben hat, verwandelt (siehe hierzu auch Kap. 9). Rechte Narrative von »Überfremdung« oder Verschwörungserzählungen, die eine »Umvolkung« zum Thema haben, können dort also (noch) nicht flächendeckend überzeugen.

Die Pluralistin können wir uns als Akademikerin vorstellen, die wenig Ressentiments und eine geringe Abwertungsbereitschaft gegenüber anderen Gruppen zeigt. Nur in dem verharmlosenden Vergleich der Corona-Maßnahmen mit der NS-Diktatur könnte man unter Umständen Motive eines Schuldabwehrantisemitismus vermuten. Wie es Nachtwey et al. (2020) beschreiben, ist sie »von links« gekommen, war aber bei der Bundestagswahl 2022 bereits auf dem Weg »nach rechts« und hat mitunter eine der Kleinstparteien – eventuell sogar die verschwörungsideologische Partei »die Basis« – gewählt. Verschwörungsmentalität dient ihr als eine (verkürzte) Form der Gesellschaftskritik, die sich in einer ausgeprägten Personalisierung und Elitenskepsis ausdrückt. Die Einschränkungen der Pandemiebekämpfung treffen sie überraschend, ist sie doch an umfassende Freiheitsgrade in ihrem Leben gewöhnt. Im Zuge dessen spürt sie zum ersten Mal Begrenzungen durch den Staat und findet unter anderem Anschluss an die verschwörungsideologische Szene, weil sie den dortigen, eher individualistischen Freiheitsbegriff teilt.

Diskussion der Ergebnisse

»To repeat: conspiracy theorists are not one of a kind.«

Harambam & Aupers, 2017, S. 121

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Verschwörungsmentalität in Deutschland sehr unterschiedliche Facetten aufweist. Immer wieder auftretende widersprüchliche Befunde – wie zum Beispiel nicht vorhandene oder negative Zusammenhänge mit Autoritarismus (z.B. Baier & Manzoni, 2020; siehe auch Douglas et al., 2019) – können darüber erklärt werden, dass es unterschiedliche Gruppen von Verschwörungsgläubigen gibt. So unterscheiden sich die Cluster verschwörungsgläubiger Befragter, die wir auf Grundlage repräsentativer Daten gebildet haben, teilweise deutlich – und zwar nicht nur entlang der jeweiligen Legierungen ihres autoritären Syndroms, das heißt der jeweiligen Zusammensetzung von autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit, Konventionalismus, Aberglaube und Verschwörungsmentalität, sondern auch entlang der hier betrachteten Drittvariablen. Wir hoffen so, das vereinfachte und stereotype Bild des »Verschwörungstheoretikers« als »white, middle-aged male« weiter auszudifferenzieren.

Ein zentrales und in seiner Eindeutigkeit überraschendes Ergebnis ist die geschlechtsspezifische Differenzierung des verschwörungsideologischen Milieus. So konnten wir drei männlich und drei weiblich dominierte Cluster identifizieren. Erstere zeichneten sich dadurch aus, dass »nur« eine Verschwörungsmentalität vorliegt, für die drei letzteren konnte – in unterschiedlichem Maße – die Kombination von Verschwörungsmentalität und Aberglauben parallel beobachtet werden (*Conspirituality*). Diese Ergebnisse können als Hinweise für einen vergeschlechtlichten Umgang mit gesellschaftlichen Ohnmachtserfahrungen gedeutet werden. Denn auch wenn wir mit den Clustern exemplarische Prototypen beschreiben, geht es uns nicht um eine individuelle Pathologisierung des Verschwörungsglaubens. Vielmehr verstehen wir die Prototypen als Ergebnis unterschiedlicher Verarbeitungen einer autoritären Vergesellschaftung. Ihnen allen gemein ist, dass sie dazu den Weg über die Verschwörungsmentalität gehen. Es ist kein Zufall, dass die Verschwörungsmentalität und in Teilen auch der Aberglaube mit ihrem Irrationalismus als Verarbeitungsform genutzt werden. Auch wenn Verschwörungsmentalität und Aberglaube zwar scheinbar individueller »Irrsinn« sind, so verweisen sie doch auf das »irre

Ganze«, unter dessen Bedingungen sie entstehen, und damit auf den gesellschaftlichen Funktionszusammenhang.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass wir – entgegen der Erfahrung, die man im Alltag vielleicht machen kann – keinen dezidiert linken Cluster von Verschwörungsgläubigen aufdecken konnten. Auch wenn die *Pluralisten* (Cluster 6) weniger Abwertungsbereitschaft zeigen und sich nicht – wie alle anderen Cluster – rechter einschätzen, liegt ihre Selbstverortung schlicht in der »Mitte« der Gesellschaft. Das heißt nicht, dass es keine Verschwörungsgläubigen gäbe, die sich selbst als links einschätzen. In der Clusterbildung schlägt sich dies jedoch nicht nieder, sodass deutlich wird: Die verschwörungsideologische Bewegung wird nicht von links getragen.

Grund zur Entwarnung?

In den Clustern zeigen sich verschiedene Mischformen des autoritären Syndroms. Legierungen, in denen die sadomasochistischen Elemente des autoritären Syndroms stark ausgeprägt sind, zeigen tendenziell harte, gewaltaffine und rechtsextreme Erscheinungsformen. Zu beobachten ist dies bei den *extrem Rechten*, von denen befürchtet werden muss, dass sie sich von ihrer Teilnahmebereitschaft und Befürwortung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen erhoffen, andere Verschwörungsgläubige aufgrund der mindestens latent vorhandenen antisemitischen Ressentiments (»Ungeimpfte werden wie Juden im Dritten Reich behandelt«) zu mobilisieren. Auch bei den in Bezug auf die antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen sehr ähnlichen, politisch deprivierten *Radikalisierbaren* sowie den *Autoritären* mit ihrer Kombination aus Verschwörungsmentalität und Aberglauben sind diese sadomasochistischen Elemente des autoritären Syndroms stark ausgeprägt. Adorno et al. (1973) beschrieben dies als »blinde[n] Glauben an die Autorität und der Bereitschaft anzugreifen, was schwach erscheint« (ebd., S. 323). Mischformen des autoritären Syndroms, bei denen die sadomasochistischen Elemente geringer ausgeprägt sind – wie zum Beispiel bei den *Pluralisten*, den *Unscheinbaren* oder den *Besorgten* –, haben häufiger etwas weniger Abwertungsbereitschaft und Gewaltaffinität. Mit ihnen ist (vorerst) »kein Krieg zu machen«.

Das kann aber kein Grund zur Entwarnung sein und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der Verschwörungsmentalität – selbst

wenn sie an der Oberfläche durchaus progressive Facetten aufweisen kann, wie es bei den *Pluralisten* der Fall ist – um eine personalisierte, häufig verkürzte und deshalb regressive Deutung komplexer gesellschaftlicher Prozesse handelt. Insbesondere bei der Kombination von Verschwörungsmentalität und Aberglauben kommt es häufig zu Projektionen bis hin zur Verleugnung der Realität. Das schützt eigene Überzeugungen vor Kritik, indem jene Kritik als Teil einer Verschwörung gedeutet wird. Eine Verschwörungsmentalität teilt die Welt in »gut« und »böse« und zeugt von einer Entfremdung des politischen Systems, die ernst genommen werden sollte. Die Folgen dieser Mentalität sind *spürbar* – man denke hier beispielsweise an Überzeugungen, die Impfung gegen COVID-19 sei schädlich oder dass der anthropogene Klimawandel keine existenzielle Bedrohung sei –, und sie wird auch in Zukunft eine Herausforderung (und potenzielle Bedrohung) für demokratische Gesellschaften darstellen.

Literatur

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- ALLBUS (2018). Fragebogen: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Altemeyer, B. (1981). *Right-Wing Authoritarianism*. Winnipeg: University of Manitoba Press.
- Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2021). Sozialer Wandel, Sozialcharakter und Verschwörungsdenken in der Spätmoderne. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 35/36, 13–19.
- Asprem, E. & Dyrendal, A. (2015). Conspiratoriality Reconsidered: How Surprising and How New is the Confluence of Spirituality and Conspiracy Theory? *Journal of Contemporary Religion*, 30(3), 367–382.
- Asprem, E. & Dyrendal, A. (2018). Close Companions? Esotericism and Conspiracy Theories. In A. Dyrendal, D. G. Robertson & E. Asprem (Hrsg.), *Handbook of Conspiracy Theory and Contemporary Religion* (S. 207–233). Leiden: Brill.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. & Weiber, R. (2016). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler.
- Baier, D. & Manzoni, P. (2020). Verschwörungsmentalität und Extremismus – Befunde aus Befragungsstudien in der Schweiz. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 103(2), 83–96.
- Barkun, M. (2013). *A Culture of Conspiracy. Apocalyptic Visions in Contemporary America*. Berkeley: University of California Press.
- Barth, C. (2011). *Esoterik – Die Suche nach dem Selbst: Sozialpsychologische Studien zu einer Form moderner Religiosität*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Bartlett, J. & Miller, C. (2010). *The Power of Unreason. Conspiracy Theories, Extremism and Counter-Terrorism*. London: Demos.

- Butter, M. (2019). »Nichts ist wie es scheint«: *Über Verschwörungstheorien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Calinski, T. & Harabasz, J. (1974). A dendrite method for cluster analysis. *Communications in Statistics – Theory and Methods*, 3, 1–27.
- Campbell, C., Tanzer, M., Saunders, R., Booker, T., Allison, E., Li, E., ... & Fonagy, P. (2021). Development and validation of a self-report measure of epistemic trust. *PLoS one*, 16(4), e0250264.
- Chasseguet-Smirgel, J. (1975). Das Ichideal. Psychoanalytischer Essay über die »Krankheit der Idealität«. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Darwin, H., Neave, H. & Holmes, J. (2011). Belief in conspiracy theories. The role of paranormal belief, paranoid ideation and schizotypy. *Personality and Individual Differences*, 50, 1289–1293.
- Decker, O., Grave, T., Rothe, K., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2012). Erziehungserfahrung, politische Einstellung und Autoritarismus – Ergebnisse der »Mitte«-Studien. In S. Kluge & I. Lohmann (Hrsg.), *Schöne neue Leitbilder* (S. 267–304). Frankfurt am Main: Lang.
- Decker, O., Schuler, J. & Brähler, E. (2018). Das autoritäre Syndrom heute. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 117–157). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schließler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimension und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Dömötör, Z., Nordin, S., Witthöft, M. & Köteles, F. (2019). Modern health worries: A systematic review. *Journal of Psychosomatic Research*, 124, 109781.
- Douglas, K. M. & Sutton, R. M. (2011). Does it take one to know one? Endorsement of conspiracy theories is influenced by personal willingness to conspire. *British Journal of Social Psychology*, 50, 544–552.
- Douglas, K. M., Uscinski, J. E., Sutton, R. M., Cichocka, A., Nefes, T., Ang, C.S. & Deravi, F. (2019). Understanding Conspiracy Theories. *Political Psychology*, 40, 3–35.
- Dörre, K. (2020). *In der Warteschlange: Arbeiter*innen und die radikale Rechte*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Enders, A. M., Uscinski, J. E., Klostad, C. A., Seelig, M. I., Wuchty, S., Murthi, M. N., Premaratne, K. & Funchion, J. R. (2021). Do Conspiracy Beliefs Form a Belief System? Examining the Structure and Organization of Conspiracy Beliefs. *Journal of Social and Political Psychology*, 9, 255–271.
- Franks, B., Bangerter, A., Bauer, M.W., Hall, M. & Noort, M.C. (2017). Beyond »Monologicality«? Exploring Conspiracist Worldviews. *Frontiers in Psychology*, 8, 1–16.
- Freeman, D. & Bentall, R. P. (2017). The concomitants of conspiracy concerns. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, 52, 595–604.
- Frei, N. & Nack, U. (2021). *Frauen und Corona-Proteste* (Basler Arbeitspapiere zur Soziologie). Universität https://soziologie.philhist.unibas.ch/fileadmin/user_upload/soziologie/Frauen_und_Corona-Proteste__Working_Paper_2.pdf (19.09.2022).
- Frei, N., Schäfer, R. & Nachtwey, O. (2021). Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen: Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(2), 249–258.
- Frenken, M. & Imhoff, R. (2021). A Uniform Conspiracy Mindset or Differentiated Reactions to Specific Conspiracy Beliefs? Evidence From Latent Profile Analyses. *International Review of Social Psychology*, 34(1), 1–15.
- Fromm, E. (1999 [1936]). *Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil*. In ders. (Hrsg.), Gesamt Ausgabe Bd. 1 (S. 139–187). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

- Goertzel, T. (1994). Belief in Conspiracy Theories. *Political Psychology*, 15, 731–742.
- Graumann, C. F. & Moscovici, S. (1987). *Changing conceptions of conspiracy*. Berlin: Springer.
- Haltinner, K. & Sarathchandra, D. (2021). The Nature and Nuance of Climate Change Skepticism in the United States. *Rural Sociology*, 86(4), 673–702.
- Harambam, J. & Aupers, S. (2017). ›I Am Not a Conspiracy Theorist: Relational Identifications in the Dutch Conspiracy Milieu. *Cultural Sociology*, 11(1), 113–129.
- Hopf, C. & Hopf, W. (1997). *Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation*. Weinheim: Beltz.
- Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (1936). *Studien über Autorität und Familie*. Springe: zu Klampen (Reprint, 1987).
- Imhoff, R. & Bruder, M. (2014). Speaking (Un-)Truth to Power: Conspiracy Mentality as a Generalised Political Attitude. *European Journal of Personality*, 28, 25–43.
- Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, E. Brähler & J. Kiess (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte* (S. 146–161). Gießen: Psychosozial.
- Imhoff, R., Dieterle, L. & Lamberty, P. (2021). Resolving the Puzzle of Conspiracy Worldview and Political Activism: Belief in Secret Plots Decreases Normative but Increases Nonnormative Political Engagement. *Social Psychological and Personality Science*, 12 (1), 71–79.
- Janssen, J. & Laatz, W. (2013). Statistische Datenanalyse mit SPSS. Berlin: Springer.
- Lee, B. (2020). Radicalisation and Conspiracy Theories. In M. Butter & P. Knight (Hrsg.), *Routledge handbook of conspiracy theories*. (S. 344–356). London: Routledge.
- Nachtwey, O. & Heumann, M. (2019). Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus. In K. Dörre, H. Rosa, K. Becker, S. Bose & B. Seyd (Hrsg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften* (S. 435–453). Wiesbaden: Springer.
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste – Grundausswertung*. Universität Basel.
- Neugebauer-Wölk, M. & Meumann, M. (2013). Aufklärung – Esoterik – Moderne. Konzeptionelle Überlegungen zur Einführung. In M. Neugebauer-Wölk, R. Geffarth & M. Meumann (Hrsg.), *Aufklärung und Esoterik: Wege in die Moderne* (S. 1–34). Berlin: De Gruyter.
- Quent, M. & Richter, C. (2021). Gegen den »Mainstream«. Ost und West im Protest vereint. In H. Kleffner & M. Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 292–300). Freiburg im Breisgau: Herder.
- Rees, J.H. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände* (S. 203–222). Bonn: Dietz.
- Schließler, C., Hellweg, N. & Decker, O. (2020). Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 283–310). Gießen: Psychosozial.
- Smallpage, S., Drochon, H., Uscinski, J. E. & Klofstad, C. (2020). Who are the conspiracy theorists? Demographics and conspiracy theories. In M. Butter & P. Knight (Hrsg.), *Routledge handbook of conspiracy theories* (S. 263–277). London: Routledge.
- Sutton, R. M. & Douglas, K. M. (2014). Examining the monological nature of conspiracy theories. Power, Politics, and Paranoia. In J. W. van Prooijen & P. van Lange (Hrsg.), *Why People are Suspicious of their Leaders* (S. 254–272). Cambridge: Cambridge University Press.
- Swami, V., Chamorro-Premuzic, T. & Furnham, A. (2010). Unanswered questions: A preliminary investigation of personality and individual difference predictors of 9/11 conspiracist beliefs. *Applied Cognitive Psychology*, 24, 749–761.

- Swami, V., Coles, R., Stieger, S., Pietschnig, J., Furnham, A., Rehim, S. & Voracek, M. (2011). Conspiracist ideation in Britain and Austria: Evidence of a monological belief system and associations between individual psychological differences and real-world and fictitious conspiracy theories. *British Journal of Psychology*, 102, 443–463.
- Teune, S. (2021). Querdenken und die Bewegungsforschung – Neue Herausforderung oder déjà-vu? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(2), 326–334.
- van der Tempel, J. & Alcock, J. E. (2015). Relationships between conspiracy mentality, hyperactive agency detection, and schizotypy: Supernatural forces at work? *Personality and Individual Differences*, 82, 136–141.
- van Prooijen, J.-W. (2017). Why Education Predicts Decreased Belief in Conspiracy Theories. *Applied Cognitive Psychology*, 31, 50–58.
- van Prooijen, J.-W., Krouwel, A. P. M. & Pollet, T. V. (2015). Political Extremism Predicts Belief in Conspiracy Theories. *Social Psychological and Personality Science*, 6(5), 1–9.
- Ward, C. & Voas, D. (2011). The Emergence of Conspiratoriness. *Journal of Contemporary Religion*, 26, 103–121.
- Watts, G. (2019). Religion, Science and Disenchantment in late Modernity. *Zygon*, 54(4), 1022–1035.
- Wood, M. J., Douglas, K. M. & Sutton, R. M. (2012). Dead and alive: Beliefs in contradictory conspiracy theories. *Social Psychological and Personality Science*, 3, 767–773.

8. Antifeminismus und Geschlechterdemokratie

*Fiona Kalkstein, Gert Pickel, Johanna Niendorf,
Charlotte Höcker & Oliver Decker*

Einleitung – Antifeminismus als Element rechtsautoritärer Dynamik

»Vielleicht sind sie am besten als Menschen zu charakterisieren, die keine Angst vor Frauen kennen.« – Auf diese Weise kennzeichnet Adorno (1973, S. 351) die *ungezwungenen Vorurteilsfreien* in den Studien zum autoritären Charakter. Damit wird auf einen auch für die Gegenwart wichtigen Bezug hingewiesen: das Verhältnis zum Weiblichen und dessen Verbindung zum autoritären Syndrom (Decker, 2018, S. 51). Diese Verbindung wurde in der Autoritarismusforschung lange Zeit eher nachlässig behandelt, obwohl schon früh die Relevanz von antifeministischen Strömungen beobachtet werden konnte. Beispielsweise wies die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm bereits im Jahr 1902 auf eine Verbindung des Antifeminismus zu reaktionären und antimodernen Bewegungen hin und identifizierte Überschneidungen zwischen Antifeminismus und Antisemitismus (Dohm, 1902). Die Aktualität dieser Erkenntnisse wird heute angesichts der wichtigen Rolle des Antifeminismus als Brückenideologie für rechtsautoritäre und rechtsextreme Akteure hin in die Mitte der Gesellschaft sichtbar.

Am 24. Juni 2022 wurde das Grundsatzurteil »Roe versus Wade«, welches Frauen das Recht gab, über Fortführung oder Abbruch einer Schwangerschaft zu entscheiden, vom Obersten Gerichtshof der USA aufgehoben. Diese Entscheidung, die einen historischen Rückschritt für die Frauenrechte in den USA darstellt, ist Ergebnis eines Kampfes einer rechten Minderheit mithilfe erfolgreicher antifeministischer Mobilisierung

gen. Die Sozialphilosophin Lillian Cicerchia beschreibt das Ende der Gültigkeit des Urteils als »the story of the most organized, militant, and successful conservative social movement of the past fifty years« (Cicerchia, 2022). Diese Entwicklung ist keineswegs auf die USA beschränkt, sondern zeigt sich auch in anderen demokratischen Gesellschaften: Die Abschaffung von Lehrstühlen an Universitäten, die sich mit Gleichstellung und Geschlechterfragen beschäftigen (bspw. in Ungarn), und die gleichlautenden Wünsche von Rechtspopulisten in ganz Europa (inkl. der AfD) sind weitere Beispiele eines *Cultural Backlash* (Norris & Inglehart, 2019). Dieser seitens rechtsautoritärer Kräfte angestrebte Rollback richtet sich – neben seiner generellen Ablehnung der Errungenschaften sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – vor allem gegen den Feminismus, der als Kern dieser Veränderungen angesehen wird.

Bereits in der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 konnte die Verwobenheit von antifeministischen Einstellungen mit rechter Ideologie und autoritären Einstellungen aufgezeigt werden (Höcker et al., 2020). Die Befunde zeigten jedoch auch, dass Sexismus und Antifeminismus keineswegs lediglich ein Problem rechter Milieus sind – als Einstellungsdimensionen sind sie weit über rechte Milieus hinaus verbreitet. Gleichwohl blieben nach dieser ersten Untersuchung Fragen zu antifeministischen Einstellungsmustern offen. So fehlten 2020 z.B. detaillierte Messinstrumente zur psychosozialen Konzeption von (hegemonialer) Männlichkeit (ebd., S. 268). Dabei ist davon auszugehen, dass mit derlei Männlichkeitsvorstellungen das Streben nach Macht, sozialer Dominanz und Überlegenheit in Beziehungen verbunden ist – und dieses Antifeminismus befördert.¹ Darüber hinaus sollte angesichts offensichtlicher Verbindungen rechter Milieus zu evangelikalen Kreisen, die sich zum Beispiel beim »Marsch für das Leben« oder bei Demonstrationen gegen eine angebliche »Frühsexualisierung« zeigen, genauer betrachtet werden, wie sich religiöse Positionen zu Sexismus und

1 Besonders gut erkennbar wird dies im aufgestauten Frauenhass, der bei sogenannten *Incels*, also Personen, die sich als unfreiwillig sexuell enthaltsame Männer beschreiben, zu finden ist. Diese vor allem in den sozialen Medien wachsende Community leitet aus ihrer Männlichkeit das Recht auf sexuelle Aktivität ab. Die Verwehrung seitens von Frauen wird als gesellschaftliches Problem gesehen und drückt sich in Misogynie und Selbstmitleid aus (vgl. Costelo et al., 2022; Kap. 13 in diesem Band). Gleichzeitig entsteht an dieser Stelle eine Beziehung zu rassistischen Vorstellungen, in denen gerade auch die Fortpflanzung weißer Menschen als Diktum gesehen wird (vgl. Ayan, 2020).

Antifeminismus verhalten (Strahm, 2017). Unter Erweiterung unserer empirischen Erklärungsmöglichkeiten und Aufnahme der 2020 entwickelten Erhebung von Antifeminismus und Sexismus stellen wir uns die Frage: *Was sind die zentralen Erklärungsgründe für antifeministische Einstellungen (auch in Relation zu sexistischen Einstellungen)?*² Wir vermuten verschiedene Pfade, die zu antifeministischen Einstellungen führen.

Theoretisches und Konzeptionelles zu Antifeminismus, Sexismus und Misogynie

Gerade die tiefe Verankerung von Misogynie sowohl in abendländischen als auch anderen patriarchalen Kulturen sowie die weite Verbreitung von Sexismus machen Antifeminismus gesellschaftlich in besonderer Form anschlussfähig (Planert, 1998; Schmincke, 2018). Auch wenn Antifeminismus eng mit Sexismus und Misogynie verwoben ist, lohnt sich zugleich eine Differenzierung der spezifischen kulturellen, politischen und psychodynamischen Bedeutungen und Funktionen (ebd.; Schenk, 1988; Höcker et al., 2020; Höcker & Niendorf, 2022a). Während *Misogynie* als die Vorstellung einer ontologischen Minderwertigkeit von Frauen definiert wird (Planert, 1998), bezieht sich der (klassische) *Sexismus* zwar auch auf vermeintlich natürliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern, rekuriert aber in erster Linie auf traditionelle Rollenzuschreibungen und die »Demonstration der Überlegenheit des Mannes und [fixierte] Rollenzuweisungen an Frauen« (Heitmeyer, 2002, S. 20). Dagegen bezeichnet *Antifeminismus* die politisch ausgerichtete organisierte Gegnerschaft gegenüber feministischen Emanzipationsbestrebungen (Lang & Peters, 2018). Er zielt auf die Manifestation patriarchaler Dominanz und richtet sich aktuell meist heteronormativ³ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familiärer Lebensformen, weshalb die gegenwärtige Spielart des

2 Wir bewegen uns bei unseren Analysen auf dem Gebiet der Ressentiments und der Einstellungen. Auch wenn eine Einstellung nicht unmittelbar zur Handlung führt (z. B. die Beteiligung an antifeministischen Internetforen), ist sie doch der Handlung immer vorge-lagert und die in der Bevölkerung weit verbreitete Abwertung die Bedingung von frauen-feindlichen Aktivitäten (Höcker et al., 2020, S. 257–261).

3 Heteronormativität kennzeichnet eine Ideologie, die Heterosexualität als soziale Norm für Gesellschaften festlegt und Abweichungen davon sanktioniert (Warner, 1993).

Antifeminismus auch als »Antigenderismus«⁴ bezeichnet wird. Antifeminismus muss zugleich als Ressentiment und Ideologie verstanden werden. Im Zentrum des Ressentiments steht die ambivalent erlebte Weiblichkeit. Die Ambivalenz wiederum findet ihren Ausdruck im Antifeminismus als Ideologie.

Hegemoniale Männlichkeit

Im Zentrum der Dynamik des antifeministischen Ressentiments steht ein mit der Frauenemanzipation verbundenes Verlusterleben: In nicht wenigen rechtsautoritären Bewegungen wird die Auffassung vertreten, dass eine vermeintlich natürliche Geschlechter- und Gesellschaftsordnung durch den gesellschaftlichen Wandel und feministische Emanzipationsbestrebungen verloren gegangen sei (Lang & Peters, 2018; Maihofer & Schutzbach, 2015; Höcker et al., 2020; Höcker & Niendorf 2022a). Es würde aber zu kurz greifen, als Ursache des Ressentiments nur den realen Machtverlust von Männern zu vermuten (erfahren etwa durch den Rückbau von Gesetzen und Regeln, die das Patriarchat lange Zeit absicherten). Blicke die Analyse an dieser Stelle stehen, würde sie das Ressentiment gegen Frauen als Machtkampf rationalisieren, aber die unbewusste Dynamik nicht verstehen. Einen Hinweis darauf, worin diese Dynamik gründet, gibt bereits die oben angesprochene Fantasie eines bis zur Moderne harmonischen, weil »natürlichen« Geschlechterverhältnisses. Zum einen speist sich das Ressentiment gegen Frauen aus dieser Idealisierung, zum anderen bestand es jedoch bereits vor der Moderne.

In der patriarchalen Gesellschaft mit der in ihr dominanten Kleinfamilie ermöglichen es vor allem Frauen als Mütter und Sorgende dem Kind, Mangel auszuhalten, indem sie ihm durch Identifikation eine Prothesenfunktion in der kindlichen Entwicklung bieten. In der fantasierten Einheit

4 Wie bereits 2020 verzichteten wir im vorliegenden Beitrag weitgehend auf den Begriff Antigenderismus, da er einen rechten Kampfbegriff im Rahmen der »Anti-Gender-Bewegung« gegen eine sogenannte »Gender-Ideologie« darstellt. Gleichzeitig soll das nicht bedeuten, dass wir ebenfalls zu beobachtende, gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Sinne von Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen gerichtete Bewegungen als irrelevant ansehen. Nur stehen diese im vorliegenden Aufsatz nicht im Zentrum. Zudem scheint die Sammlung unterschiedlicher Phänomene unter »Anti-Gender« aufgrund des Verlustes an Differenzierung – speziell auch mit Blick auf die von Anfeindungen Betroffenen – nicht unproblematisch (Scheele, 2016, S. 4, 16).

mit der Mutter kann das Kind jene psychische Reifung durchlaufen, die Autonomie ermöglicht. Autonomie erfahren werden kann dann aber nur in der Loslösung von der Mutter. Die fantastische Einheit mit ihr wird aufgegeben, und an ihre Stelle treten andere Personen, mit denen sich zunächst das Kind, dann der Jugendliche und zu guter Letzt der Erwachsene identifiziert. Jedoch wird dadurch die Beziehung zur Mutter ambivalent: Die Vorzeit der Subjektivierung wird verlockend, verbindet sie sich doch mit der Fantasie eines wunschlosen Glücks in der Verschmelzung mit einer mächtigen Mutter. Diese würde aber das Ende des autonomen Subjekts bedeuten. Die Ambivalenz gegenüber Frauen resultiert also unter anderem aus der prominenten Rolle von Müttern als erste und damit existenzielle Bezugsperson in der frühesten Kindheit.

Folgt man Rolf Pohl (2004), bilden Sexismus, Frauenhass und Homophobie die »Tiefenstruktur« von Männlichkeit. In der LAS 2020 erklärte die Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht sexistische und antifeministische Einstellungen zu einem relevanten Teil (Höcker et al., 2020, S. 268). So naheliegend dieses Ergebnis war, ist es doch in seiner Aussagekraft zu pauschal (Fritsche, 2021). Für eine Differenzierung kann das Konzept der *hegemonialen Männlichkeit* (Connell, 2015) herangezogen werden, in dem Männlichkeit als eine »politische Ordnung« (Carrigan et al., 1996, S. 40) verstanden wird, die das Verhältnis der Geschlechter in Form einer männlichen Hegemonie strukturiert (Connell, 2015, S. 23). Letztere ist durch die Unterordnung von Frauen sowie von homosexuellen Männern geprägt (ebd., S. 132). Hegemoniale Männlichkeit bezeichnet dabei ein kollektives Ideal, dass sich aus Fantasien, Wünschen und Bedürfnissen speist, allerdings in dem tatsächlichen Leben der meisten Männer keine unmittelbare Entsprechung findet (Connell & Messerschmidt, 2005, S. 838). Daraus ergeben sich unbewusste psychische Konflikte, denen in der hegemonial-männlichen Subjektkonstitution mittels einer vehementen Betonung von Differenz, Unabhängigkeit und Überlegenheit begegnet wird (Pohl, 2004, S. 199). Die Gewalt, die damit einhergehen kann, beschreibt Rolf Pohl als misslungenen Lösungsversuch eines grundlegenden Männlichkeitsdilemmas: Unter dem Druck, sich als hegemoniales Subjekt zu setzen, müssen alle psychischen Anteile, die auf Abhängigkeit und Schwäche verweisen, von der eigenen männlichen Identität abgespalten werden. Diese Anteile werden mit Weiblichkeit identifiziert und stellvertretend an Frauen zu beherrschen versucht. Die Feindseligkeit

und der Hass gegenüber Frauen ist demnach immer auch ein Ausdruck des Hasses auf die eigene Abhängigkeit, die in hegemonialen Männerfantasien zu verleugnen versucht wird (ebd., S. 279).

Daneben erfüllt Antifeminismus eine weitere Funktion im psychischen Haushalt des Subjekts: Er trägt das Versprechen der Beseitigung des Mangels in sich, den das moderne Subjekt in der Zivilisation verspürt (Uhlig & Rudel, 2018). Dieses unverstandene Leiden verdinglicht sich im Begehren einer vermeintlichen Natur, in der das Subjekt – entfernt von Zivilisation und Moderne – wieder zu sich selbst kommen kann. Das patriarchale Arrangement zwischen den Geschlechtern wird im Antifeminismus Teil dieses natürlichen Heilsversprechens. Hier bleibt die Frau das andere, sie fungiert als Projektionsfläche für den abgewehrten Mangel. Im falschen Glauben an eine ursprüngliche, naturhafte Ordnung wird auch der Feminismus zur Projektionsfläche der Moderne: Indem er die vermeintlich natürliche Ordnung zwischen den Geschlechtern als patriarchale Illusion entlarvt, wird das Versprechen des vollendeten Seelenfriedens aufs Empfindlichste angegriffen. Hier, im Phantasma einer natürlichen Ordnung der Geschlechter, treffen sich völkischer Nationalismus und religiöser Fundamentalismus.

Antifeminismus als rechtsextremes und religiös-dogmatisches Kampffeld

Die enge Verbindung von Rechtsextremismus und Antifeminismus zeigt sich auch im rechten Kampfbegriff des »Großen Austausches« und dem damit verbundenen Phantasma eines »Abwehrkampf[es]« gegen eine Verschwörung (Sanders et al., 2018, S. 18). Zu dieser Erzählung gehören unter anderem die imaginierte Vorherrschaft von Frauen sowie eine vermeintlich durch den Feminismus verursachte Benachteiligung von Männern und Jungen, die bekämpft werden sollen. Rechte Akteure haben ferner die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen als wesentliches Aktions- und Mobilisierungsthema erkannt und nutzen sie seit Jahren verstärkt. Es wird zur Verteidigung der traditionellen Familie aufgerufen, deren Zerstörung durch die Feministinnen gefürchtet wird. Ein Exponent dieses Wahngebildes bedrohter Männlichkeit ist der Rechtsextreme und AfD-Politiker Björn Höcke, von dem die folgenden Ausführungen stammen: »Die große Gefahr ist, dass Deutschland, dass Europa, ihre Männlichkeit verloren haben. Ich sage: Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken. Denn nur, wenn

wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft! Und nur, wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft. Und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!« (Volmer, 2017). In dieser Einlassung Höckes tritt die Wesensverwandtschaft von antifeministischer und extrem rechter Ideologie in besonders sichtbarer Weise zutage. Gleichzeitig wird verständlich, wie die fantasierte feministische Kampfhandlung, gegen die es sich zur Wehr zu setzen gilt, mit Ressentiments gegen Juden und die Vorstellung von »Strippenziehern und großen Mächten« in der angesprochenen Verschwörungserzählung verbunden wird.

Die Verbindung von Antifeminismus und Antisemitismus ist historisch gewachsen, beide waren bereits im Deutschen Kaiserreich personell und ideologisch verzahnt (Planert, 1998, S. 260) und sind es auch heute noch (Hessel & Misiewicz, 2020). Darüber hinaus dienen beide Ressentiments einer ähnlichen Funktion. So kann Antisemitismus als *kultureller Code* entschlüsselt werden, hinter dem eine allgemeinere antimoderne Weltanschauung und eine »anti-emanzipatorische Kultur« (Volkoy, 2001, S. 5) stehen. Den Antifeminismus betreffend, verweist Annika Brockschmidt (2021) darauf, dass auch das Kenntlichmachen einer negativen Haltung zu Abtreibung wie eine Art *Code* fungiert: Wer gegen Abtreibung ist, ist in der Regel auch gegen andere Minderheitenrechte, politisch rechts eingestellt und rassistisch.

Gerade die thematische Fixierung auf die Abschaffung des Abtreibungsrechts schafft die Voraussetzung, den Antifeminismus als Scharnier oder Code zwischen verschiedenen Milieus zu nutzen. Diese Zusammenhänge zeigen sich besonders in den Publikationen und Demonstrationen der antifeministischen selbsternannten »Lebensschutzbewegung« (Sanders et al., 2018). Es ist feststellbar, dass rechte Akteure die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen als wesentliches Aktions- und Mobilisierungsthema erkannt haben und seit Jahren verstärkt einsetzen. Denn die Beschränkung weiblicher Selbstbestimmung ist nicht nur bei Vertretern der extremen Rechten als Ziel beliebt, sondern auch bei *christlichen Fundamentalisten*. In gewisser Hinsicht stellt es eine Querverbindung oder Wahlverwandtschaft zwischen religiösen und rechten Kräften dar (Pickel, 2018). So fokussieren amerikanische weiße Evangelikale schon lange auf Antifeminismus und eine Abkehr von Frauenrechten. Beides scheint eine einigende Kraft der *Christian Radical Right* in den USA darzustellen (Lo Mascolo, 2022). Doch der Antifeminismus reicht durchaus weiter in den religiösen

Raum: Wenn sich der Vatikan und die Leitung der katholischen Kirche positiv zu der aktuellen Möglichkeit, Abtreibungen in den USA rigide zu verbieten, äußern und Feminismus verurteilen, zeigt sich auch dort ein überzeugter Antifeminismus (Ratzinger, 2004). Die Wirkung solcher Positionen in den Bevölkerungen ist unterschiedlich. Sind die USA heute von einer starken Verbindung zwischen evangelikalen Christen und rechtsradikalen Republikanern geprägt, ist über entsprechende Wirkungen in Deutschland wenig bekannt. Erste Studien verweisen aber auch hierzulande auf existierende Wahlverwandtschaften und Verbindungen eines eher dogmatischen Religionsverständnisses mit antifeministischen Positionen, die für die extreme Rechte anschlussfähig sind (Pickel et al., 2022, S. 51–53).

Antifeminismus (und Sexismus) im Kontext von Vorurteilen

Zur Messung von Sexismus und Antifeminismus greifen wir auf 2020 entwickelte und getestete Befragungsinstrumente zurück. Die Erhebung von Sexismus basiert auf einer früheren Messung (Endrikat, 2003) und bestimmt mit insgesamt vier Items die Verbreitung und Ausprägung eines traditionellen Frauenbildes (z. B. »Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen«). Antifeministische Einstellungen werden über vier Items (z. B. »Frauen machen sich in der Politik oft lächerlich«) gemessen. Beide Dimensionen konnten von uns in einer Faktorenanalyse als getrennt erfasst werden und sind in sich reliabel. Die verwendeten Items sowie die Ergebnisse der Faktorenanalyse für acht Items finden sich bei Höcker et al. (2020, S. 258–262). Dargestellt wird eine geschlossene antifeministische bzw. sexistische Einstellung, was bedeutet, dass die Befragten mehrheitlich den vorgegebenen Aussagen zugestimmt haben (Tab. 1).⁵ Bei Summierung der Einzelaussagen fallen die Werte höher aus. Die verwendeten Konstrukte Autoritarismus (Verschwörungsmentalität, Aberglaube-Esoterik, autoritäre Aggressionen, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus) sowie soziale Dominanzorientierung sind in Kapitel zwei ausführlich erläutert.

5 Grenzwert war 10 bei einem Spektrum zwischen 4 und 16 summierten Antwortpunkten.

Wie bereits bei unserer ersten Messung 2020 sind auch 2022 in Deutschland antifeministische und sexistische Einstellungen weit verbreitet. Es handelt sich zwar um keine Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung, jedoch stimmen bis zu einem Viertel der Deutschen antifeministischen und sexistischen Aussagen zu. Interessanterweise haben antifeministische Äußerungen in der Summe seit 2020 erkennbar zugenommen. Gleiches gilt, wenn auch in geringerem Ausmaß, für sexistische Einstellungen. Traditioneller Sexismus (bzw. das Festhalten an alten Rollenvorstellungen) scheint unter Pandemiebedingungen eine teilweise Revitalisierung zu erfahren.

Tabelle 1: Häufigkeit von geschlossenen antifeministischen und sexistischen Weltbildern im Zeitvergleich und nach soziodemographischen Merkmalen (in %)

Gruppen/Skala	Antifeminismus	Sexismus
2020	19	25
2022	25	27
Zustimmung in 2022 ...		
bei Frauen	19	22
bei Männern	33	32
Altersgruppen 16–34/35–64	24/24	21/24
Altersgruppe über 65 Jahre	32	40
bei formal hoher Bildung	17	16
bei formal niedriger Bildung	36	40

Anmerkung: Aufgrund der sehr geringen Fallzahl von vier Personen wurde in der Aufteilung auf die Geschlechtergruppe »divers« verzichtet.

Zwar sind wie 2020 antifeministische und sexistische Einstellungen unter Männern stärker verbreitet (Höcker et al., 2020, S. 264), jedoch können wir auch bei vielen Frauen eine antifeministische Einstellung finden: Während *jeder dritte Mann in Deutschland ein geschlossen antifeministisches oder sexistisches Weltbild* hat, gilt Gleiches für jede fünfte Frau. Beide Überzeugungen sind, ebenfalls analog zu 2020, unter älteren Bürgern stärker verbreitet. Allerdings sind sexistische Einstellungen mit ihren traditionellen Rollenbeziehungen unter älteren Bürgern signifikant höher. Hier dürften die erlernten traditionellen Wertvorstellungen nachwirken. Markant sind die

Unterschiede nach *Bildungsgrad*: Während Deutsche mit einer formal höheren Bildung (Abitur, Fachhochschulreife) zu 16–17 % entsprechende Einstellungen aufweisen, sind zwei von fünf Personen mit formal niedriger Bildung (Hauptschulabschluss, kein Abschluss) von sexistischen Rollenbildern überzeugt und mehr als ein Drittel besitzt ein geschlossen antifeministisches Weltbild.⁶ Die negative Korrelation zwischen hoher Bildung und sexistischen Einstellungen (vgl. Tab. 2) bestätigt die Ergebnisse der LAS 2020 und weiterer Untersuchungen (Thornton et al., 1983; Bryant, 2003; Bolzendahl & Myers, 2004). Längere Ausbildungszeiten bieten Raum sowohl für die kognitive Entwicklung als auch für eine stärkere Sensibilisierung für Ungleichheitsverhältnisse und -ideologien sowie deren Reflektion. Auch schaffen sie Möglichkeiten demokratischer Teilhabeerlebnisse. Dass sie entsprechend wirken, ist jedoch kein Automatismus (Mays, 2012). So lassen andere Studien eine gewisse Vorsicht sinnvoll erscheinen: Es zeigt sich, dass scheinbar progressive Einstellungen in Milieus mit formal höherer Bildung nicht zuletzt an sozialen Normen orientiert sowie der Ausdrucksfähigkeit und angestrebten Distinktionsgewinnen geschuldet sind, wodurch Sexismus und Antifeminismus weniger offen kommuniziert wird (Speck, 2018; Wetterer, 2013).

Schon in der Untersuchungsreihe »Deutsche Zustände« (Heitmeyer, 2002) wurde ein enger Zusammenhang von Sexismus und anderen Elementen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dokumentiert. Bindeglied ist die autoritäre Aggression gegen scheinbar abweichendes Verhalten, vermeintlich unterlegene Gruppen und »Fremde«. Dies zeigt sich auch in unseren Ergebnissen in Tabelle 2. Es bestehen zu allen erhobenen Vorurteilen signifikante Zusammenhänge. Besonders auffällig ist die Nähe zum tradierten, primären Antisemitismus sowie zu Homophobie. Die Abwertung von Frauen und ihren Ansprüchen auf Gleichbehandlung steht in enger Verbindung zur Abwertung anderer *Formen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt* (auch Pickel, 2022, S. 45). In vielerlei Hinsicht bündeln sich in antifeministischen Einstellungen antimoderne Positionen, welche Entwicklungen im Bereich von Geschlechtsidentitäten ge-

6 Diese Werte liegen deutlich über den Befunden der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Mokros et al., 2021, S. 250; Zick, 2021, S. 188f.). Grund dürften entweder die unterschiedliche Erhebungstechnik der Studien oder die anders akzentuierten Items sein. Die dortigen Analysen zur Alters- und Bildungsdifferenz decken sich mit den hier vorliegenden Ergebnissen.

nerell verhindern oder gar zurückdrehen wollen. Darauf verweist auch die enge Bindung von antifeministischen an sexistische Einstellungen mit einer Binnenkorrelation von $r = .68$. Gleichzeitig belegen allerdings die hohen, aber eben nicht vollständig übereinfließenden Korrelationen zu Homophobie und Transphobie Differenzierungen in der Beurteilung, die in gewisser Hinsicht gegen eine vorschnelle Vermischung von Antifeminismus, Sexismus, Ablehnung diverser Geschlechtsidentitäten und sexueller Vielfalt sprechen.

Tabelle 2: Pearsons Produkt-Moment-Korrelationen der Skalen Antifeminismus und Sexismus mit Homophobie, Transphobie, traditionellem Antisemitismus, sekundärem Antisemitismus, israelbezogenem Antisemitismus, Muslimfeindschaft, Antiziganismus, antischarzem Rassismus unter Kontrolle des Einflusses von Alter und Geschlecht.

Skala/Item	Antifeminismus	Sexismus
Homophobie	.40	.36
Transphobie*	.25	.24
traditioneller Antisemitismus	.46	.39
sekundärer Antisemitismus	.27	.24
israelbezogener Antisemitismus	.30	.25
Muslimfeindschaft	.31	.24
Antiziganismus	.34	.27
antischarzer Rassismus	.31	.30

Für alle Korrelationen gilt: $p < .01$ eigene Berechnungen auf Grundlage der Skalen Antifeminismus und Sexismus, Homophobie, Transphobie, traditioneller Antisemitismus, sekundärer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus, Muslimfeindschaft, Antiziganismus, antischarzer Rassismus.

* Transphobie = Ablehnung des Items »Transsexualität ist etwas völlig Normales«.

Wie stark der Antifeminismus eingebunden ist in die autoritären Aggressionen und Ressentiments, drückt sich in den Korrelationen zur Abwertung sozialer Gruppen wie Muslimen, Schwarzen Menschen oder Sinti und Roma aus. Auch können die Ergebnisse als Hinweise verstanden werden auf die mit Antifeminismus und Sexismus verbundenen Reinheitsvorstellungen einer Rassenideologie (auch Ayan, 2020; Grubner, 2019). Besonders eng ist die Verbindung zu antisemitischen Ressentiments. Sie repräsentiert einen von Verschwörungserzählungen gesättigten, recht-nationalen Antifeminismus und schließt an eine historische Beziehung

zwischen Antifeminismus und Antisemitismus an (Dohm, 1902). All diese Beziehungen sind signifikant und hoch, allerdings nicht erschöpfend. Trotz dieser Zusammenhänge besitzen antifeministische Einstellungen neben der besonderen Verbindung zu anderen Fragestellungen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auch eine markante Eigenheit.⁷

Antifeminismus: autoritär, männlichkeitsbezogen und religiös?

Verschiedene Studien markieren den Antifeminismus als ein zentrales Argumentationsmuster der extremen Rechten und der oft so bezeichneten Rechtspopulisten (Hark & Villa, 2015; Lang, 2015, 2019; Lang & Peters, 2018; Stögner, 2017). Auch unsere Ergebnisse zeigen, warum neben muslimischer Migration der Antifeminismus für rechte Parteien besonders gut geeignet ist, um über die eigene Kernwählerschaft hinaus Wähler für sich zu gewinnen. Wenig überraschend bestehen dann auch zwischen Autoritarismus, rechtsextremen Überzeugungen, sexistischen und antifeministischen Einstellungen beachtliche Querverbindungen (Höcker et al., 2020, S. 274).

Diese lassen sich 2022 in fast gleicher Beziehungsstärke zu 2020 belegen (Tab. 3). So wird die fortbestehende Relevanz von *antifeministischen Einstellungen als Ausformung rechtsautoritären Denkens* bestätigt. Autoritäre Überzeugungen stehen in einer deutlichen statistischen Verbindung zu Antifeminismus und – unwesentlich stärker – zu Sexismus. Im Hinblick auf die drei Unterdimensionen des sadomasochistischen Autoritarismus (Aggression, Unterwürfigkeit, Konventionalismus) ist ein kleinerer, aber doch inhaltlich interessanter Unterschied auffällig: So liegt die Korrelation zwischen der Unterdimension Konventionalismus und Sexismus sichtbar über der zwischen Konventionalismus und Antifeminismus, was für die beiden anderen Unterdimensionen von Autoritarismus so nicht der Fall ist. Dies ist durchaus plausibel. Sexismus dürfte ein Phänomen sein, welches aufgrund der traditionellen Rollenvorstellungen auch bei Personen mit einer eher konservativen Ausprägung Zustimmung finden kann. Dies

7 Dimensionsanalysen mit verschiedenen Vorurteilen und rassistisch zu verstehenden Einstellungen ergeben eine klare Differenzierung zwischen Vorurteilen gegenüber sozialen Gruppen (Muslime, Sinti und Roma, Schwarze Menschen), Antisemitismus und Sexismus. Diese Ergebnisse decken sich mit gleichen Analysen mit einer größeren Variablenzahl in der LAS 2020 (Pickel, 2022, S. 46).

Tabelle 3: Pearsons Produkt-Moment-Korrelationen der Skalen Antifeminismus und Sexismus mit Rechtsextremismus, sozialer Dominanzorientierung, sadomasochistischem Autoritarismus sowie den Skalen des autoritären Syndroms (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, autoritärer Konventionalismus, Verschwörungsmentalität und Aberglaube) unter Kontrolle des Einflusses von Alter und Geschlecht.

Skala	Antifeminismus	Sexismus
Rechtsextreme Einstellungen (Skala)	.54	.44
soziale Dominanzorientierung	.38	.33
sadomasochistischer Autoritarismus	.36	.38
Dimensionen autoritäres Syndrom		
autoritäre Aggression	.27	.25
autoritäre Unterwürfigkeit	.35	.38
autoritärer Konventionalismus	.29	.35
Verschwörungsmentalität	.39	.29
Aberglaube	.08	.12

Für alle Korrelationen gilt: $p < .01$. Eigene Berechnungen auf Grundlage der Skalen Rechtsextremismus, soziale Dominanzorientierung, sadomasochistischer Autoritarismus sowie der Skalen des autoritären Syndroms: autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, autoritärer Konventionalismus und Verschwörungsmentalität.

ist bei Antifeminismus weniger der Fall, sind die entsprechenden Aussagen doch polarisierter und in den politisch-ideologischen Kampf rechter Parteien eingebunden.

Auf diese Zusammenhänge deutet auch ein anderer Befund in Tabelle 3. Signifikant und ebenfalls stark sind die Bezüge zur sozialen Dominanzorientierung und zur Verschwörungsmentalität (Sidanius & Pratto, 1999; Nocun & Lamberty, 2021). Hier fallen nun die Zusammenhänge zum Antifeminismus im Vergleich zum Sexismus jeweils höher aus. Dies weist auf die dem Antifeminismus implizite Verteidigung von (in der Regel männlichen) Machtstrukturen (soziale Dominanzorientierung), die sich gut mit Verschwörungsszenarien über feministische Eingriffe in die Gesellschaft verbinden lassen.⁸ So stellt ja gerade der verschwörungstheoretische Antifeminismus eine von verschiedenen Ausrichtungen des

8 Die Zusammenhänge zwischen sozialer Dominanzorientierung mit antifeministischen und sexistischen Überzeugungen fallen noch etwas stärker aus, wenn sie nur für Männer berechnet werden.

Tabelle 4: Pearsons Produkt-Moment-Korrelationen der Skalen Antifeminismus und Sexismus mit Männlichkeit, Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft (evangelische Kirche, katholische Kirche, islamische Gemeinschaft), subjektive Religiosität, dogmatisch-fundamentalistische Religiosität unter Kontrolle des Einflusses von Alter und Geschlecht.

Skala/Item	Antifeminismus	Sexismus
Gewaltbezogenes Männlichkeitsideal	.44	.39
Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft		
evangelische Kirche	n.s.	n.s.
katholische Kirche	.04	.08
islamische Gemeinschaft	n.s.	.13
subjektive Religiosität (Eigeneinschätzung der Befragten)	n.s.	.16
dogmatisch-fundamentalistische Religiosität	.28	.36

Für alle Korrelationen gilt: $p < .01$; n.s. = nicht signifikant. Eigene Berechnungen auf Grundlage der Skalen Antifeminismus und Sexismus mit gewaltbezogenem Männlichkeitsideal, Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft (evangelische Kirche, katholische Kirche, islamische Gemeinschaft), subjektive Religiosität = Eigeneinschätzung auf Skala mit 10 Punkten, dogmatisch-fundamentalistische Religiosität = Faktorladung aus Skala von vier Items: »Die heilige Schrift meiner Religion ist wortwörtlich zu verstehen« (literalistischer Fundamentalismus), »Es gibt nur eine wahre Religion«, »Meine Religion gibt mir vor, Mitgliedern anderer Religionen zu misstrauen und abzulehnen«, »Die Regeln meiner Religion sind mir wichtiger als die deutschen Gesetze«.

Antifeminismus dar (Höcker et al., 2020, S. 256). Während Sexismus in konservativen Kreisen (höhere Korrelation mit Konventionalismus) leicht stärker als Antifeminismus verbreitet ist, sind antifeministische Überzeugungen eher politisch im Sinne einer Integration in eine mit Verschwörungserzählungen unterlegte rechte Ideologie aufgeladen (z. B. höhere Korrelationen zwischen Antifeminismus und Rechtsextremismus).

Wie bereits dargelegt wurde, sind psychosoziale Männlichkeitskonzeptionen – vor allem das Konzept der *hegemonialen Männlichkeit* (Connell, 2015) und die Konzeption eines gewaltbereiten Lösungsversuches des Männlichkeitsdilemmas (Pohl, 2004) – wichtige theoretische Bezüge für die Erklärung antifeministischer Einstellungen. Unsere Analysen bestätigen die Wirksamkeit dieser psychosozialen Ansätze.⁹ Ein an Gewalt und Stärke

9 Hier handelt es sich um eine Skala mit vier Indikatoren, welche eine Reliabilität von Alpha = .76 aufweist. Enthaltene Aussagen sind z. B. »Ein Mann sollte dazu bereit sein, seine Frau und seine Kinder mit Gewalt zu verteidigen«; »Männer haben einen rationaleren Blick auf die Dinge als Frauen«; »Wenn es darauf ankommt, hat der Mann immer noch die Verant-

orientiertes Männlichkeitsideal befördert sexistische und stärker noch antifeministische Einstellungen (Tab. 4).

Daneben begünstigen auch eine traditionsbewusste Religiosität oder gar dogmatisch-fundamentalistische Haltungen frauenfeindliche bis antifeministische Haltungen (Thiessen, 2015; Pickel, 2018). So scheint die zunehmende sexuelle und geschlechtliche Vielfalt vielen Gläubigen ein Dorn im Auge zu sein. Die Ergebnisse in der LAS 2022 korrespondieren dabei mit anderen Ergebnissen (Pickel, 2022, S. 78): Während subjektive Religiosität sexistische Einstellungen mit hervorbringt, lässt sich für antifeministische Einstellungen keine vergleichbare Beziehung feststellen. Für Protestanten finden sich in ihrer Gesamtheit keine signifikanten Beziehungen, was die Annahme einer ambivalenten – und sich damit innerhalb von Religionsgemeinschaften oft ausgleichenden – Wirkung des Religiösen auf Vorurteile bei Adorno (1973, S. 280f.) bestätigt. Anders sieht es bei den Mitgliedern der katholischen Kirche aus. Unter ihnen finden sich – allerdings nur leicht – überdurchschnittlich oft sexistische und antifeministische Einstellungen. Letztere sind sehr schwach mit der Mitgliedschaft in der katholischen Kirche verbunden, erstere schon stärker. Auch unter der pluralen Gruppe der Muslime sind traditionelle Rollenvorstellungen stärker als im Bevölkerungsschnitt verbreitet, Antifeminismus spielt bei ihnen keine Rolle.

Sind diese Werte überwiegend noch moderat, dann ändert sich dies, wenn man nur Gläubige mit einer *dogmatisch bis fundamentalistischen Vorstellung ihrer Religion* berücksichtigt. Zwar handelt es sich je nach Frage nur um 9–15 % der Befragten, aber da diese mit die aktiven Kreise in ihren Religionen darstellen, sind sie doch ernst zu nehmen. Sie dürften maßgeblich für den Effekt der Religiosität verantwortlich sein, finden sich doch beachtliche, an die vorherigen Zahlen von Autoritarismus und sozialer Dominanzorientierung heranreichende Zusammenhänge. Diese sind für Sexismus stärker als für Antifeminismus. Da die Werte für die Mitgliedschaft eher ausgeglichen sind oder (für die katholische Kirche) nur schwache Zusammenhänge zeigen, finden sich innerhalb der Kirchen in Deutschland zumindest zwei, wahrscheinlich drei Lager: eine aktive Minderheit von Gläubigen, welche der »modernistischen« Ausweitung von sexueller

wortung als Ernährer seiner Familie« sowie »Ein Mann sollte dazu bereit sein, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren« (vgl. Kap. 2).

und geschlechtlicher Vielfalt stark ablehnend gegenübersteht, eine stärkere Gruppe von Gläubigen, die sich für eine progressive, gegenwartsbezogene Entwicklung ihrer Kirche einsetzt, und eine dritte Gruppe von am kirchlichen Leben eher wenig interessierten Mitgliedern, die ihre politischen Einstellungen aus anderen Quellen zieht.

Nun ergeben sich Zusammenhänge, die wir hier mit bivariaten Korrelationen bestimmt haben, häufig aufgrund verschiedener Ursachen. Aufschluss über die wirkmächtigsten Erklärungsfaktoren können nur multivariate Analysen geben, wie in diesem Fall die Regressionsanalyse (Tab. 5). Wie bereits vermutet, reduzieren sich einige bivariate Einflüsse, wenn man mehrere Erklärungsmöglichkeiten berücksichtigt. Dabei können verschiedene Erklärungsmöglichkeiten in der statistischen Analyse bestätigt werden: Die wichtigsten Erklärungsfaktoren für antifeministische Einstellungen sind sozialpsychologisch. Sozialstrukturelle Faktoren spielen in Folge eine nachgeordnete Bedeutung. Weiterhin zeigt sich, dass antifeministische Vorstellungen in jeder Bildungsschicht und Bevölkerungsgruppe Fuß fassen können. Allein, und wenig überraschend, bei Frauen liegt ein reduziertes Risiko vor, antifeministische und sexistische Ressentiments zu teilen. Ein höheres Alter und auch die Mitgliedschaft in der katholischen Kirche fördern hingegen die Neigung zu antifeministischen Einstellungen – wenn auch bei der Kirchenmitgliedschaft nur in geringem Ausmaß.

Interessanterweise hat sich in der Berechnung der Effekt des Geschlechts im Vergleich zu 2020 merklich reduziert. Grund könnte der Einbezug des Konzepts hegemonialer Männlichkeit sein, welches dominant unter Männern ausgeprägt ist. Dieses übernimmt Teile des Erklärungspotenzials: So erhöht allein der Umstand, ein Mann zu sein, das Risiko von antifeministischen und sexistischen Ressentiments weit weniger als das Ideal einer hegemonialen Männlichkeit. Da dieses Ideal immerhin bei einem Drittel der Männer vorkommt, verändert diese Differenzierung den Effekt von »ein Mann zu sein« auf antifeministische Einstellungen. Deutlich wird: Ein Ideal von Härte und Gewaltbereitschaft ist in erheblichem Maß für antifeministische Positionen verantwortlich. Ähnliches kann man für die Verschwörungsmentalität, die soziale Dominanzorientierung, Autoritarismus und eine dogmatisch-fundamentalistische Weltanschauung sagen. Von besonderer Bedeutung ist die soziale Dominanzorientierung, repräsentiert sie doch den Wunsch nach dem Erhalt von Macht-

Tabelle 5: Einflussfaktoren der Dimensionen Antifeminismus und Sexismus

	Antifeminismus	Sexismus
Sozialstruktur		
Geschlecht (Richtung: Frau)	-.11	-.10
Familienstand (verheiratet)	n. s.	n. s.
Familienstand (ledig)	+.05	n. s.
Alter	+.10	+.07
Haushaltseinkommen	n. s.	n. s.
Bildungsniveau (hohe formale Bildung)	n. s.	n. s.
Bildungsniveau (niedrige formale Bildung)	n. s.	+.07
Wohnort (Richtung: Ostdeutschland)	n. s.	n. s.
BIK-Gemeindegröße (> 500.000 Einw.)	n. s.	n. s.
Religion (Gemeindemitglied/Religiosität)		
katholisch	+.04	n. s.
evangelisch	n. s.	n. s.
muslimisch	n. s.	+.08
subjektive Religiosität	-.09	n. s.
dogmatisch-fundamentalistische Religiosität	+.18	+.18
Zusammenhalt und Gerechtigkeit		
ideologische Links-rechts-Orientierung (Ausrichtung: rechts)	+.11	+.09
Sozialvertrauen	n. s.	n. s.
Annahme, den gerechten Anteil zu erhalten	-.04	n. s.
Responsivität der Politiker	-.05	n. s.
sozialpsychologische Konstrukte		
gewaltbereites Männlichkeitsideal	+.21	+.18
soziale Dominanzorientierung	+.16	+.13
Autoritäres Syndrom		
sadomasochistischer Autoritarismus	+.10	+.16
Verschwörungsmentalität	+.20	+.08
Aberglaube-Esoterik	n. s.	+.05
R-Quadrat	R = .38	R = .36

Berechnungen mit linearen Regressionen (pairwise); ausgewiesen standardisierte beta-Koeffizienten; n. s. = kein signifikanter Bezug; ausgewiesene Werte ab $r = .05$; alle Indikatoren wurden verwendet.

beziehungen, wie sie in Rassismus, Klassismus, Sexismus und auch einem hegemonialen, dominanten Antifeminismus wichtig sind. Auch autoritäre Einstellungen und eine rechte Selbstverortung sind wichtige Triebkräfte für antifeministische Einstellungen. So bestätigt sich die Verzahnung zwischen autoritärem und antifeministischem Denken. Die Gefühle, politisch gehört zu werden und den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten, wirken ihnen – allerdings nur dezent – entgegen. Interessant ist die antifeministische Überzeugungen hemmende Wirkung von subjektiver Religiosität. Sie ergibt sich aus dem Kontrast zu den dogmatisch-fundamentalistischen Gläubigen. Man könnte es so sagen: Zieht man Letztere von der Gruppe der religiösen Menschen ab, bleiben die progressiven und den Antifeminismus ablehnenden Gläubigen übrig. Wie schon Adorno (1973) oder Allport (1979) andeuteten, unterscheiden sich Gläubige in ihren Positionen zur Gesellschaft.

Wie bei der Erklärung antifeministischer Einstellungen besitzt das Modell zur Erklärung des Sexismus eine beachtliche Erklärungsstärke (R-Quadrat) und weist bis auf wenige Abweichungen eine sehr ähnliche Erklärungsstruktur auf. Interessant ist, dass die bei antifeministischen Einstellungen gerade beschriebene Gegenwirkung der nichtdogmatischen Religiösen ausbleibt, nun Mitglieder der muslimischen Gemeinden etwas höhere Werte aufweisen und – anders als bei antifeministischen Einstellungen – eine formal niedrige Bildung die Zustimmung zu Sexismus begünstigt. Die Vorstellungen einer von Härte getriebenen hegemonialen Männlichkeit sind auch hier zusammen mit einer dogmatisch-fundamentalistischen Religiosität die stärksten Erklärungsfaktoren. Im Vergleich zu den Werten für Antifeminismus ist der Einfluss des sadomasochistischen Autoritarismus auf Sexismus höher, während die Verschwörungsmentalität markant an Bedeutung verliert.

In Relation zueinander deuten die Ergebnisse auf eine stärkere *ideologisch-politische Prägung des Antifeminismus* gegenüber dem Sexismus hin, trotz der gleichzeitig bestehenden, starken Verbundenheit zwischen beiden Einstellungsmustern. Im Antifeminismus kommen autoritäre Wünsche, ein durch Härte bestimmtes *Männlichkeitsbild*, eine *paranoide Weltsicht*, in der überall Verschwörungen bestehen, zur Vorstellung einer von Dominanzhierarchien geprägten Gesellschaft und eines dogmatisch-religiösen Antifeminismus zusammen. Alle diese Aspekte entwickeln im statistischen Modell eine eigenständige und hohe Erklärungskraft. Antifeminismus speist sich so aus dem Phantasma der Wehr-

haftigkeit und seiner psychodynamischen Passung mit der Verschwörungsmentalität. Aspekte von Misogynie, Verteidigung von geschlechtlichen Machtstrukturen und Traditionalismus betreffen sowohl Sexismus als auch Antifeminismus.

Antifeminismus als ideologische Säule der extremen Rechten

Man muss davon ausgehen, dass antifeministische Überzeugungen zum Kernbestand rechtsautoritärer Bewegungen zählen. Entsprechende Aussagen auf Basis bivariater Analyse brauchen aber weitergehende Bestätigung. Sie können gefunden werden im Stellenwert des Antifeminismus und Sexismus beim Zustandekommen anderer autoritärer und extrem-rechter Ressentiments und Verhaltensweisen. Deshalb wird im Folgenden die Verbindung von rechtsextremen Einstellungen und der Wahl der AfD betrachtet. Wir wollen so prüfen, ob antifeministische und sexistische Überzeugungen auch bei Kontrolle anderer Erklärungsfaktoren eine Bedeutung für rechtsextreme Handlungsweisen besitzen (Tab. 6).

Selbst wenn der Einfluss der Erklärungsfaktoren im vorliegenden Modell in seiner Gesamterklärungskraft begrenzt bleibt, wird das Quartett von rechter ideologischer Überzeugung, Verschwörungsmentalität, Muslimfeindschaft und Antifeminismus als Grund für die AfD-Wahl erkennbar. Während der Effekt des Antifeminismus auf den ersten Blick nicht als so stark erscheint, hebt er sich doch von den weiteren wirkungsmächtigen Erklärungsfaktoren ab (anders als z.B. ein Summenwert aus den sadomasochistischen Elementen autoritäre Aggressionen, Unterwürfigkeit und Konventionalismus oder anderen Ressentiments). Analysiert man das *Kontinuum rechtsextremer Einstellungen*, welche Zustimmungsgrade in ihrer Differenzierung erfassen, dann ergibt sich eine bemerkenswerte Varianzaufklärung von .66. Dies bedeutet, dass man die Zunahme rechtsextremer Einstellungen mit den verwendeten Faktoren zu einem sehr hohen Ausmaß erklären kann. Dominante Faktoren der Erklärung sind hier wiederum die drei sadomasochistischen Elemente der autoritären Einstellung und Verschwörungsmentalität. Doch direkt danach folgen Muslimfeindschaft und Antifeminismus.

Da Sexismus ohne signifikanten Effekt bleibt, wird der vermutete Unterschied noch einmal bestätigt: Während Sexismus in der Gesellschaft

insgesamt eine hohe Verbreitung hat und sich etwa in der Verteidigung von traditionellen und konservativen Werten ausdrückt, ist Antifeminismus hochpolitisch. Und nicht nur das: *Antifeministische Überzeugungen gehören zu den tragenden Säulen der Ausbreitung rechtsextremer Überzeugungen.* Entsprechend besitzen sie auch einen malignen Einfluss auf die Existenz einer geschlossenen rechtsextremen Weltanschauung.¹⁰

Fazit: Antifeminismus als antimoderne Brückenideologie und politische Restauration

Fasst man die vorgelegten Ergebnisse zusammen, so wird die *Relevanz von antifeministischen Einstellungen für ein rechtsautoritäres Denken und rechte Überzeugungen* bestätigt. Neben Autoritarismus, Verschwörungsmentalität und Muslimfeindschaft zeigt der Antifeminismus die höchste Varianzaufklärung für rechtsextreme Einstellungen. Zusammen mit Muslimfeindschaft stellt der Antifeminismus damit eine wichtige Grundlage rechter *Mobilisierungsstrategien und eine Brückenideologie* (speziell in rechtskonservative Teile der Gesellschaft hinein) dar: Ausgeprägter Sexismus kann dann in Antifeminismus umschlagen, wenn die traditionellen Geschlechterrollen durch »den Feminismus« bedroht werden. Dies ist durchaus bedenklich, haben sich doch antifeministische Weltbilder seit 2020 in Deutschland weiter ausgebreitet. Ein Viertel der Deutschen, mehr Männer als Frauen, besitzen ein geschlossen antifeministisches Weltbild. Antifeministische Einstellungen sind meist mit dem Festhalten an traditionellen Rollenvorstellungen und partnerschaftlichen Machtstrukturen verbunden. Dies belegt die hohe Korrespondenz zwischen antifeministischen und sexistischen Einstellungen. Beide Einstellungen stehen in einem Geflecht von Vorurteilen und Ressentiments, am nächsten stehen sie dem tradierten Antisemitismus und der Homophobie. Ersteres kann durch die Gemeinsamkeit der antimodernen und antiemanzipatorischen Abwehr erklärt werden (Dohm, 1902; Volkoy, 2001). Letzteres ist Konsequenz der Bündelung der Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Die Neuformulierung

10 Nur ergänzend sei die Wirkung von Religiosität erklärt. Während eine dogmatische Haltung eigenständig – und leider auch bestärkend – auf rechtsextreme Überzeugungen einwirkt, beziehen sich die dargestellten Werte bei Religiosität auf alle anderen religiösen Menschen. Diese stehen rechtsextremen Einstellungen eher ablehnend gegenüber.

Tabelle 6: Einflussfaktoren auf Wahl der AfD, Rechtsextremismus (Skala) und Geschlossen rechtsextremes Weltbild

	Wahl der AfD	Rechts-extremismus (Skala)	geschlossen rechtsextremes Weltbild
Antifeminismus	+06**	+18**	+09**
Sexismus	n. s.	n. s.	n. s.
Sozialstruktur			
Geschlecht (Richtung: Frau)	n. s.	n. s.	n. s.
Alter	n. s.	−03*	n. s.
Haushaltseinkommen	−08**	−02*	−05*
Bildungsniveau (hohe formale Bildung)	n. s.	−04*	−04*
Bildungsniveau (niedrige formale Bildung)	n. s.	n. s.	n. s.
Konfession: evangelisch	n. s.	n. s.	n. s.
subjektive Religiosität	−11**	−10**	−06*
dogmatisch-fundamentalistische Religiosität	n. s.	+15**	n. s.
Wohnort (Richtung: Ostdeutschland)	n. s.	+05**	+06*
BIK-Gemeindegröße (> 500.000 Einw.)	n. s.	−05**	−05*
soziale und politische Faktoren			
ideologische Links-rechts-Orientierung (Ausrichtung: rechts)	+18**	+05*	+10**
Sozialvertrauen	n. s.	n. s.	n. s.
wirtschaftliche Effektivität/Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage als gut	n. s.	n. s.	n. s.
Politische Effektivität/kein Einfluss auf Politik	n. s.	n. s.	+05*
Gefühl der Responsivität von Politikern	−10**	−03*	n. s.
Vorurteile und Abwertungen			
Homophobie	n. s.	+08**	n. s.
Transphobie	n. s.	+05*	n. s.
Muslimfeindschaft	+18**	+20**	+12**
Antiziganismus	n. s.	+10**	n. s.
Antischwarzer Rassismus	n. s.	+12**	+09**

	Wahl der AfD	Rechts-extremismus (Skala)	geschlossen rechtsextremes Weltbild
sozialpsychologische Faktoren			
gewaltbereites Männlichkeitsideal	n. s.	+04**	n. s.
soziale Dominanzorientierung	n. s.	+06**	+05*
Autoritäres Syndrom			
sadomasochistischer Autoritarismus	n. s.	+25**	+09**
Verschwörungsmentalität	+14**	+20**	+12**
Aberglaube-Esoterik	n. s.	n. s.	n. s.
Korrigiertes R-Quadrat	R = .21	R = .66	R = .16

Berechnungen mit linearen Regressionen (pairwise); ausgewiesen standardisierte beta-Koeffizienten; n. s. = kein signifikanter Bezug; ausgewiesene Werte ab $r = .05$; *signifikant auf dem .05-Niveau, **signifikant auf dem .01-Niveau; alle Indikatoren wurden verwendet; aus Vergleichbarkeitsgründen wurde für alle Berechnungen ein lineares Regressionsmodell genutzt, parallel durchgeführte logistische Regressionsanalysen geben kein grundsätzliches abweichendes Ergebnis für die Wahl der AfD und ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

sexueller und geschlechtlicher Lebensweisen wird genauso abgelehnt wie eine weitere Gleichstellung von Frauen und feministische Emanzipation.

Antifeminismus ist nicht harmlos, umfasst er doch Einschüchterungsversuche gegen Schwangerschaftsabbrüche, Proteste gegen Angebote zur sexuellen Bildung an Schulen oder konkrete Anfeindungen von Feministinnen auf der Straße bis hin zu rechtem Terror. Antifeministische Haltungen dienen so als politische Grenzziehung. Sie markieren die Abwehr einer Weiterentwicklung der Moderne, aber auch eine (dem Autoritarismus inhärente) Intoleranz gegenüber den Ambiguitäten der Moderne (Frenkel-Brunswik, 1948; Höcker & Niendorf, 2022b). So »kann Antifeminismus als eine dezidiert autoritäre Reaktion verstanden werden, mit der Feministinnen als Feinde und Schuldige der gesellschaftlichen Verhandlung geschlechterdemokratischer Fragen identifiziert werden« (Höcker & Niendorf, 2022b). Emanzipation erscheint nicht als Befreiung, sondern als Bedrohung eines patriarchalen Heilsversprechens. Die traditionelle Geschlechterordnung soll als »natürliche« hierarchische Ordnung zementiert werden. Dieses Unterfangen wird aber psychodynamisch durch einen hoch ambivalenten Verschmelzungswunsch motiviert, wie die engen Zusammenhänge zur Verschwörungsmentalität verdeutlichen. Als Dimension des autoritären Syndroms dient diese der Verleugnung der Zu-

mutungen einer modernen Welt. Die Bedrohung der Harmonie, aber auch der patriarchalen Macht wird auf den Feminismus projiziert. Diesem wird zugesprochen, die traditionelle heterosexuelle Familie und damit eine vermeintlich »natürliche« Ordnung zu zerstören. Die Korrespondenz mit Hegemonievorstellungen von Männlichkeit, aber auch dogmatischen bis fundamentalistischen religiösen Vorstellungen kennzeichnet sexistische Einstellungen als einen *ideologischen Anker* der Gegner einer modernen Gesellschaft und ihrer Wertemodernisierung. Antifeministische Einstellungen stellen dementsprechend den Wunsch nach politischer *Restauration von anti-modernen Machtverhältnissen* dar.

Literatur

- Adorno, T. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Allport, G. (1979). *The Nature of Prejudice*. New York: Basic Books.
- Ayan, S. (2020). Der Antifeminismus will die eigene weiße Rasse erhalten. *Spektrum.de*, 14.02.2020. <https://www.spektrum.de/news/narzissmus-und-kraenkung-foerdern-misogynie-und-gewalt-gegen-frauen/1705460> (23.08.2022)
- Bolzendahl, C. & Myers, D. J. (2004). Feminist attitudes and support for gender equality: Opinion change in women and men, 1974–1998. *Social Forces*, 83, 759–789.
- Brockschmidt, A. (2021). *Amerikas Gotteskrieger: Wie die religiöse Rechte die Demokratie gefährdet*. Hamburg: Rowohlt.
- Bryant, A. (2003). Changes in Attitudes Toward Women's Roles: Predicting Gender-Role Traditionalism Among College Students. *Sex Roles*, 48(3), 131–142. DOI: 10.1023/A:1022451205292
- Carrigan T., Connell, R. & Lee, J. (1996). Ansätze zu einer neuen Soziologie der Männlichkeit. In BauSteine Männer (Hrsg.), *Kritische Männerforschung. Neue Ansätze in der Geschlechtertheorie* (S. 38–75). Hamburg/Berlin: Argument-Verlag.
- Cicerchia, L. (2022). *We Failed to Protect Abortion Rights. We Need a Labor-Based Strategy*. <https://jacobin.com/2022/05> (29.07.2022).
- Connell, R. (2015). *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Connell, R. & Messerschmidt, J. W. (2005). Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept. *Gender & Society*, 19(6), 829–859.
- Costello, W., Arevalo, V. R., Thomas, A. G. & Schmitt, P. (2022). Levels of well-being among men who are incels (involuntary celibates). *OSF Preprints*. June 3. DOI: 10.31219/osf.io/tnf7b.
- Decker, O. (2018). Flucht ins Autoritäre. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 15–63). Gießen: Psychosozial.
- Dohm, H. (1902). *Die Antifeministen*. Berlin: Dümmlers Verlagsbuchhandlung.
- Endrikat, K. (2003). Ganz normaler Sexismus. Reizende Einschnürung in ein Rollenkorsett. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folge 2* (S. 120–140). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frenkel-Brunswik, E. (1948). Intolerance of ambiguity as a personality variable. *American Psychologist*, 3, 268.

- Fritsche, C. (2021). Antifeminismus als ›Männerproblem‹? Eine sozialpsychologische Diskussion. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 1(2), 242–255.
- Grubner, B. (2019). Antifeminismus und Rassismus. Denkhorizonte zum Verständnis einer beunruhigenden Liaison. In M. Lather-Näser, A.-L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 39–62). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Hark, S. & Villa, P.-I. (2015). *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung*. Bielefeld: transcript.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände 1* (S. 15–36). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hessel, F. & Misiewicz, J. (2020). Antifeminismus und Antisemitismus in der Gegenwart – eine Fallanalyse zu Verschränkung und kultureller Codierung. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8* (S. 168–179). Jena: IDZ.
- Höcker, C. & Niendorf, J. (2022a). Feminismus – ein Fremdwort? Geschlechterdemokratie und Antifeminismus im Erzgebirge – eine Bestandsaufnahme. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Das Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 103–118). Leipzig: edition überland.
- Höcker, C. & Niendorf, J. (2022b). Antifeminismus als autoritäre Konfliktabwehr. *blog interdisziplinäre geschlechterforschung*, 14.06.2022, www.gender-blog.de/beitrag/antifeminismus-als-autoritaere-konfliktabwehr/, DOI: <https://doi.org/10.17185/gender/20220614>.
- Höcker, C., Pickel, G. & Decker, O. (2020). Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Lang, J. (2015). Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 167–182). Bielefeld: transcript.
- Lang, J. & Peters, U. (2018). Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 13–36). Hamburg: Marta Press.
- Lo Mascolo, G. (2022). *The Christian Right in Europe*. Bielefeld: transcript. (i.E.)
- Maihofer, A. & Schutzbach, F. (2015). Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 201–218). Bielefeld: transcript.
- Mays, A. (2012). Determinanten traditionell-sexistischer Einstellungen in Deutschland – eine Analyse mit Allbus-Daten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 64, 277–302. <https://doi.org/10.1007/s11577-012-0165-6>.
- Mokros, N., Rump, M. & Küpper, B. (2021). Antigenderismus: Ideologie einer »natürlichen Ordnung« oder Verfolgungswahn? In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die Geforderte Mitte. Rechts-extreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 246–261). Bonn: Dietz.
- Nocun, K. & Lamberty, P. (2021). *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*. Köln: Bastei/Lübbe.
- Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Pickel, G. (2018). Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGp)*, 2(2), 277–312.
- Pickel, G. (2022). Vorurteilsbelastete Kirchenmitglieder? Deskriptive Ergebnisse. In EKD (Hrsg.), *Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur* (S. 43–55). Leipzig: EVA.
- Pickel, G., Huber, S., Liedhegener, A., Pickel, S., Yendell, A. & Decker, O. (2022). Kirchenmitgliedschaft, Religiosität, Vorurteile und politische Kultur in der quantitativen Analyse. In EKD (Hrsg.), *Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur* (S. 24–98). Leipzig: EVA.
- Planert, U. (1998). *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pohl, R. (2004). *Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen*. Hannover: Offizin.
- Ratzinger, J. (2004). Schreiben an die Bischöfe der katholischen Kirche über die Zusammenarbeit von Mann und Frau. *Kongregation für Glaubenslehre*, 31.05.2004.
- Sanders, E., Achterlik, K. & Jentsch, U (2018). *Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung*. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Scheele, S. (2016). Von Antifeminismus zum »Anti-Genderismus«. Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Keynote auf der Tagung »Gegner*innenenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus«, Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 31.05.2016.
- Schenk, H. (1988). *Die feministische Herausforderung: 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland*. München: Beck.
- Schmincke, I. (2018). Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17, 28–33.
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. New York: Cambridge University Press.
- Speck, S. (2018). Autonomie, Authentizität, Arbeitsteilung – Paradoxien der Gleichheit in modernen Geschlechterarrangements. *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, 21–44.
- Stögner, K. (2017). »Intersektionalität von Ideologien« – Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 41(2), 25–45.
- Strahm, D. (2017). Ist Religion schlecht für Frauen? *Feinschwarz*, 08.11.2017. <https://www.feinschwarz.net/ist-religion-schlecht-fuer-frauen/> (19.08.2022)
- Thiessen, B. (2015). Gender Trouble Evangelisch. Analyse und Standortbestimmung. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 149–166). Bielefeld: transcript.
- Thornton, A., Alwin, D. F., & Camburn, D. (1983). Causes and consequences of sex-roles attitudes and attitude change. *American Sociological Review*, 48, 211–227.
- Uhlig, T. & Rudel, M. (2018). Wenn einem die Natur kommt. Das Identitätsversprechen im Antifeminismus. In C. Busch, B. Dobben, M. Rudel & T. Uhlig (Hrsg.), *Der Riss durchs Geschlecht. Feministische Beiträge zur Psychoanalyse* (S. 211–230). Gießen: Psychosozial.
- Volkov, S. (2001). *Das jüdische Projekt der Moderne. Zehn Essays*. München: Beck.
- Volmer, H. (2017). »Wir müssen wehrhaft werden!« Björn Höcke in sieben Szenen. ntv, 13.02.2017. <https://www.n-tv.de/politik/Bjoern-Hoecke-in-sieben-Szenen-article19700681.html> (28.07.2022).
- Warner, M. (1993). *Fear of a Queer Planet: Queer Politics and Social Theory. Volume 6*. Minnesota: University Press.

- Wetterer, A. (2013). Das erfolgreiche Scheitern feministischer Kritik. Rhetorische Modernisierung, symbolische Gewalt und die Reproduktion männlicher Herrschaft. In E. Appelt, B. Aulenbacher & A. Wetterer (Hrsg.), *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Schriftenreihe der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (S. 246–266). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zick, A. (2021). Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021* (S. 181–212). Bonn: Dietz.

9. Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland

Johannes Kiess, Andre Schmidt & Sophie Bose

In den Sozialwissenschaften wird seit einigen Jahren rege die Verschiebung gesellschaftlicher Konfliktlinien debattiert (Westheuser & della Porta, 2022; Czingon, 2021). Kulturelle Konfliktlinien hätten, so eine prominente Position, an Bedeutung gewonnen und sozioökonomische Konflikte verdrängt oder zumindest überformt (Norris & Inglehart, 2019). Insbesondere große Teile der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der unteren Mittelschicht würden sich vor allem entlang kultureller Themen politisch artikulieren, indem sie zum Beispiel bei Fragen von Geschlecht oder Migration Gegenpositionen zu (neo-)liberalen, weltoffenen Eliten vertreten (Reckwitz, 2017; Fraser, 2017). Angesichts der polit-ökonomischen Krise infolge der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskrieges in der Ukraine werden hingegen wieder zunehmende soziale Ungleichheit, materielle Unsicherheit und pessimistische Zukunftserwartungen als potenzielle Treiber gesellschaftlicher Auseinandersetzungen identifiziert. Auch wenn die soziale Ungleichheit objektiv zunehmen mag, ist jedoch nicht ausgemacht, ob und in welcher Schärfe diese in der Bevölkerung als Interessengegensatz zwischen gesellschaftlichen Gruppen erlebt wird.

Vor dem Hintergrund dieser Debatten gilt unser Interesse der Konfliktwahrnehmung der abhängig Beschäftigten in Deutschland und der Frage, ob sich Konfliktwahrnehmungsmuster unterscheiden lassen. Die Konfliktwahrnehmung ist ein Teil der proto-politischen Orientierungs- und Deutungsrahmen der Gesellschaftsmitglieder. Mithilfe solcher Rahmen, die wir anknüpfend an eine klassische Forschungstradition als Gesellschaftsbilder bezeichnen, ordnen Menschen ihre sozialen Erfahrungen (Popitz et al., 2018 [1957], S. 201, 246; Kern & Schumann, 1973, S. 36;

Dreher, 2018, S. XII). Bereits die Untersuchung *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches* (Fromm, 1980), die von Erich Fromm 1929 im Kontext der Weltwirtschaftskrise in der Weimarer Republik begonnen wurde und heute als Klassiker der Autoritarismusforschung gilt, hatte zum Ziel, politisches Bewusstsein bei Arbeiterinnen und Arbeitern wie auch bei Angestellten zu erfassen. In dieser Tradition und im Kontext der *Leipziger Autoritarismus Studien* wollen wir auch in Erfahrung bringen, inwieweit Konfliktwahrnehmungsmuster mit politischen Einstellungen und insbesondere mit autoritären Potenzialen in Zusammenhang stehen.

Unsere Analyse der Konfliktwahrnehmungsmuster erfolgt in drei Schritten: Zunächst beschreiben wir, welche gesellschaftlichen Interessengegensätze die abhängig Beschäftigten in Deutschland besonders wahrnehmen. Zweitens untersuchen wir mithilfe einer explorativen Clusteranalyse, inwiefern sich systematische Unterschiede in der Konfliktwahrnehmung der abhängig Beschäftigten ausmachen lassen und welche verschiedenen Konfliktwahrnehmungsmuster dabei deutlich werden.¹ Drittens wollen wir herausfinden, inwiefern die Konfliktwahrnehmungsmuster mit dem sozio-ökonomischen Hintergrund und den politischen Einstellungen der Befragten verknüpft sind. Dabei schließen wir an Vorarbeiten der Gesellschaftsbilderforschung an, auf die wir im nächsten Abschnitt kurz eingehen.

Gesellschaftliche Konflikte und Gesellschaftsbilder

Erste Studien in der Weimarer Republik hatten sich bereits mit den Ansichten und Erfahrungen von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten auseinandergesetzt (Kracauer, 1930; Fromm, 1980). Die frühe Kritische Theorie sah sich mit der theoretischen wie historischen Problemstellung konfrontiert, dass das fortgeschrittene Proletariat im Westen Europas die Revolution »nicht machte«. Vielmehr begannen relevante Teile der Arbeiterschaft ein reaktionäres Klassenbündnis im Faschismus zu suchen und zeigten sich anfällig für Ressentiments wie den Antisemitismus (Wiggershaus, 1988, S. 347). Die ersten Auswertungen der eingangs genannten Studie Fromms zeigten eine so weite Verbreitung autoritärer

1 Für Unterstützung bei methodischen Fragen danken wir Marius Dilling.

Einstellungen, dass sie die Mitglieder des Instituts für Sozialforschung zur Vorbereitung ihrer Emigration veranlassten.

Nach dem Krieg entstand in Westdeutschland ein neuer Strang qualitativer Forschung zu Gesellschaftsbildern von Arbeiterinnen und Arbeitern. War er zunächst auf Industriearbeiter beschränkt, weitete sich später der Blick auf abhängig Beschäftigte im Allgemeinen. Seit den 2010er Jahren wird dieser Forschungsstrang wieder verstärkt aufgegriffen. Studien haben sich intensiv damit auseinandergesetzt, wie abhängig Beschäftigte gesellschaftliche Konflikte wahrnehmen und vor dem Hintergrund ihrer Betriebs- und Alltagserfahrungen deuten. Zentraler Beitrag dieser Forschungstradition ist, das Konzept des Klassenbewusstseins entgegen mechanistischer und geschichtsphilosophischer Vorstellungen mancher marxistischer Theorien in eine offene empirische Fragestellung überführt zu haben: Wie nehmen die beherrschten und ausgebeuteten Klassen die Struktur der Gesellschaft wahr und wie hängt diese Wahrnehmung systematisch mit ihrer eigenen Verortung in der Gesellschaft sowie politischen Handlungsperspektiven zusammen?

In ihrer Studie *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters* untersuchten Popitz, Bahrdt, Jüres und Kesting 1953/54 im Hüttenwerk Rheinhausen (Popitz et al., 2018 [1957]), wie Industriearbeiter über sich selbst, ihre Arbeits Erfahrungen und die Gesellschaft dachten. Sie stießen auf ein spezifisches Arbeiterbewusstsein, das sich von anderen gesellschaftlichen Gruppen grundlegend unterschied (ebd., S. 187, 258–259). Das Arbeiterbewusstsein war mit verschiedenen Formen von »Gesellschaftsbildern« verbunden, die nach Ansicht der Autoren das Klassenbewusstsein ablösten. Alle Arbeiter begriffen ihre soziale Umwelt als dichotomisch in oben und unten geteilt, wobei sie sich kollektiv unten verorteten. Deutliche Unterschiede zeigten sich allerdings dahingehend, wie konflikthaft die soziale Hierarchie wahrgenommen wurde und mit welchen Perspektiven auf die Austragung des Klassenkonflikts diese Wahrnehmung verknüpft war. Trotz gleicher gesellschaftlicher Position (Arbeiter) lagen also verschiedene proto-politische Vorstellungen von Gesellschaft vor.

Im Kontext der Krisen des globalen Kapitalismus seit 2008 und der sozialen Verwerfungen, die auf sie folgten, bemühte sich eine Reihe von Studien um eine Re-Aktualisierung der Gesellschaftsbilderforschung, die der Ausdifferenzierung von Lohnarbeitsverhältnissen und dem relativen Bedeutungsverlust der Industrie Rechnung trägt. Zu den Themen dieser

Untersuchungen gehören unter anderem die Verarbeitung steigender sozialer Ungleichheit, betrieblicher Unsicherheit und Prekarität bei gleichzeitiger Defensive organisierter Lohnabhängigenmacht (Goes, 2015; Dörre et al., 2013a). Ein weiteres zentrales Thema sind die Deutungen betrieblicher und gesellschaftlicher Krisenerfahrungen im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007–2009, die mit einem verbreiteten »Unbehagen am Kapitalismus« (Dörre et al., 2013b), »heimat- und orientierungsloser« Kapitalismus- und Gesellschaftskritik (Dörre & Matuschek, 2013, S. 47), Ohnmachtserleben und »adressatenloser Wut« gegenüber der Erfahrung des alltäglichen Zwangs durch Wettbewerbs- und Steigerungslogik einhergingen (Detje et al., 2011, 2013; Dörre et al., 2013c, S. 215ff.). Das gesellschaftliche Oben, so ein zentrales Ergebnis, wird von den Befragten als zunehmend abstrakt und anonym in Form von System- und Sachzwängen wahrgenommen, welche schwer zu benennen und kaum politisch zu adressieren sind. Mit dem gesellschaftlichen Unten identifiziert sich ein Großteil der Lohnabhängigen nur widerwillig. Da dort Erwerbslose, Obdachlose oder auch prekär Beschäftigte verortet werden, von denen man sich abgrenzt, möchte man selbst in der Mitte oder einfach »ganz normal« sein (»exklusive Solidarität«, Brinkmann et al., 2006).²

Neuere Studien untersuchen außerdem, wie diese Erfahrungen und Deutungsmuster von extrem rechten Parteien und Bewegungen aufgegriffen werden: Rechte Orientierungen unter Arbeiterinnen und Arbeitern speisen sich demnach zum Teil aus Ungerechtigkeits- und Unsicherheitserfahrungen am Arbeitsplatz, zum Teil aus Sozial- und Systemkritik, gesellschaftlichen Abwertungserfahrungen, politischen Ohnmachtsgefühlen und konservierendem Bestreben nach Statuserhalt (Menz & Nies, 2019; Bose et al., 2018; Dörre et al., 2018; Sauer et al., 2018; Brinkmann et al., 2020; vgl. Kap. 10). Extrem rechten Akteuren gelingt es zumindest teilweise, diese Gefühle ausgrenzend sowie völkisch-nationalistisch zu politisieren. Sie deuten den Oben-Unten-Konflikt um Macht und um Verteilung

2 Zumindest Produktionsarbeiterinnen und -arbeiter ordneten sich jederzeit mehrheitlich der Arbeiterschicht zu, z. B. 2018 laut ALLBUS 58 % (nur 2 % weniger als 1992, vgl. Beck & Westheuser, 2022, S. 283). Sie sehen sich also mehrheitlich auch als Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Gesellschaftsbilderforschung zeigt aber, dass sie inzwischen mit ihrem Status keine positive Selbstidentifikation mehr verbinden (aufgrund der negativen gesellschaftlichen Bewertung dieses Status) und sich von einem Unten abgrenzen, zudem sie früher laut Popitz et al. (2018 [1957]) selbstverständlich gehörten.

in einen Innen-Außen-Konflikt zwischen angeblich leistungsbereiten Deutschen und leistungsunwilligen Fremden um (Dörre et al., 2018).

Die Frage nach den Ursachen der Erfolge rechter Parteien und Bewegungen insbesondere auch unter Arbeiterinnen und Arbeitern ist eng mit der seit einigen Jahren rege geführten Debatte um neue gesellschaftliche Konfliktlinien und eine (angebliche) Polarisierung entlang von Lebensstil- und Identitätsfragen verbunden. Die empirische Forschung stellt jedenfalls eine »Pluralisierung des Konfliktgeschehens« (Mau et al., 2020, S. 319) fest: Neben dem ökonomischen Verteilungskonflikt gewinnen Konflikte um Migration, die Anerkennung diverser Lebensformen und Ökologie an Bedeutung (ebd., S. 319; Lux et al., 2022, S. 175). In diesem Kontext wird beispielsweise von Norris und Inglehart (2019) die These vertreten, dass hinter der Wahl rechter Parteien ein »kultureller Backlash«, also das Aufbegehren der ökonomisch verunsicherten und von der Globalisierung bedrohten unteren Schichten gegen die kulturelle Dominanz der liberalen globalisierungs- und vielfaltsaffinen »Eliten« stehe (so auch Reckwitz, 2017; Merkel, 2017).

Das Interesse der Gesellschaftsbilderforschung am Zusammenhang von proto-politischen Gesellschaftsvorstellungen (z. B. bezüglich der Intensität gesellschaftlicher Konflikte) mit politischen Orientierungen greifen wir auf. Dabei stellen wir jedoch die Frage nach den Konfliktwahrnehmungen der abhängig Beschäftigten explizit in den Mittelpunkt unserer Untersuchung, womit wir theoretisch an Arbeiten der kritisch-sozialwissenschaftlichen Demokratie- und Bildungstheorie anknüpfen, die Konfliktwahrnehmung als ein zentrales Element des politischen Bewusstseins hervorgehoben haben (Adorno, 2015; Negt, 1981; s. auch Giddens, 1979). Insbesondere Oskar Negt (1981) hat betont, dass Konflikte als die Art und Weise zu betrachten sind, in der gesellschaftliche Widersprüche erfahren und verarbeitet werden. Die Konfliktwahrnehmung ist damit ein erster Ansatzpunkt für Bewusstwerdungs- und Lernprozesse (ebd.) und zugleich keine rein passive Rezeption: Sie erfordert und transportiert eine aktive Interpretation der gesellschaftlichen Umwelt durch die Subjekte (ebd., s. auch Adorno, 2015).

Messung und Differenzierung der Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten

Für die Auswertungen in diesem Kapitel haben wir von den insgesamt 2.508 Befragten (siehe Kap. 2) jene ausgeschlossen, die nicht abhängig beschäftigt sind bzw. in ihrem Berufsleben waren und/oder Führungspositionen innehaben. Dazu zählten Landwirte, Selbstständige, Beamte im höheren Dienst und Angestellte mit Zeichnungsberechtigung, freie Berufe sowie Personen, die noch nie erwerbstätig waren (was uns eine Zuordnung unmöglich macht). Damit verbleiben für unsere Analyse 2.116 Befragte, inklusive der im Ruhestand befindlichen, also ehemals abhängig Beschäftigten. Entsprechend der Ausweitung der Gesellschaftsbilderforschung von Industriearbeitern auf Angestellte und weitere Statusgruppen umfasst unsere Stichprobe einfache, mittlere und qualifizierte Angestellte, Beamte im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst sowie Arbeiterinnen und Arbeiter mit einfachen und qualifizierten Tätigkeiten – jeweils auch im Ruhestand.

Konfliktwahrnehmungen

Unser Hauptinteresse gilt den *Konfliktwahrnehmungen* der Befragten. Wir verwenden ein Messinstrument, das Peter Schmidt in den 1980er Jahren unter Rückgriff auf klassentheoretische Überlegungen von Anthony Giddens (1979) zur Erforschung des politischen Bewusstseins entwickelte (ZA & ZUMA, 2014; Schmidt, 1982). Mit einer Auswahl sowie Überarbeitung des ursprünglichen Fragebogens überprüfen wir mit 12 Items, wie ausgeprägt Interessengegensätze zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Tabelle 1 fasst die Antwortverteilung für den Fragebogen zur Konfliktwahrnehmung zusammen. Zuvor haben wir mittels einer Faktorenanalyse ermittelt, welche Interessengegensätze tendenziell ähnlich bewertet werden, und die Einzelfragen entsprechend geordnet.³ Es fällt auf, dass insbesondere *Oben-Unten-Konflikte* (Items 1 bis 6) intensiv wahrgenommen werden: Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten sieht den Interessengegensatz

3 Eine explorative Faktorenanalyse ergab zwei Faktoren. Auf den ersten luden die Items 1 bis 6, auf den zweiten die Items 7 bis 11. Das Item 12 lud auf keinen der beiden Faktoren.

zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten und jenen zwischen Armen und Reichen »stark« oder »sehr stark« ausgeprägt, wobei interessanterweise der Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und -gebern etwas weniger intensiv wahrgenommen wird. Auch der Interessengegensatz »zwischen Linken und Rechten« gehört zu den intensiver wahrgenommenen Konflikten, und die Zuordnung in der Faktorenanalyse zu dieser Gruppe legt nahe, dass dabei mindestens auch sozioökonomische Konflikte mitschwingen.

Demgegenüber werden die Interessengegensätze zwischen Leuten mit und ohne Kindern, Jungen und Alten, Ost- und Westdeutschen, Männern

Tabelle 1: Wahrnehmung der Intensität verschiedener Interessengegensätze in der Gesellschaft (in %, Mittelwert [M] auf der Skala von 1 bis 5 und Standardabweichung [SD])

Interessengegensätze zwischen ...	schwach	teils/teils	stark	M	SD
1. Linken & Rechten	6,8	34,1	59,1	3,76	0,93
2. Kapitalisten & Arbeiterklasse	14,6	29,5	55,9	3,62	1,02
3. Armen & Reichen	14,6	29,9	55,5	3,59	1,03
4. Politikern & einfachen Bürgern	14,3	33,6	52,1	3,56	1,02
5. Arbeitgebern & Arbeitnehmern	15,2	48,3	36,5	3,28	0,87
6. einfacher Bildung & Akademikern	20,5	39,5	40,1	3,27	1,01
7. Leuten mit & ohne Kindern	37,46	43,1	19,5	2,75	1,01
8. Jungen & Alten	32,1	46,3	21,6	2,84	1,95
9. Ostdeutschen & Westdeutschen	28,7	47,7	23,6	2,94	0,92
10. Männern & Frauen	40,5	47	12,5	2,59	0,95
11. religiösen & nicht religiösen Menschen	32,4	47,9	19,6	2,82	0,91
12. Nichtdeutschen & Deutschen	17,7	46,4	35,9	3,26	0,91

Die Antwortmöglichkeiten »sehr schwach« und »schwach« sowie »stark« und »sehr stark« wurden jeweils zusammengefasst.

und Frauen sowie religiösen und nichtreligiösen Menschen als deutlich schwächer ausgeprägt wahrgenommen. Wir verstehen diese als *Interessengegensätze im Zusammenhang mit der Lebensführung*. Der Interessengegensatz zwischen Deutschen und Nichtdeutschen (Item 12) steht – das legt auch die Clusteranalyse in Abschnitt 4 unten nahe – in der wahrgenommenen Ausprägung zwischen den beiden genannten Dimensionen. Grundsätzlich ist zu betonen, dass alle Interessengegensätze sowohl materielle als auch immaterielle Aspekte umfassen.

Uns liegen keine direkten Vergleichszahlen aus früheren Befragungen vor, da wir die ursprünglichen Items teilweise umformuliert und mit einer 5er-Skala statt wie im ALLBUS mit einer 4er-Skalierung abgefragt haben. Dennoch ähneln die in ZA & ZUMA (2014) zusammengefassten Ergebnisse für die Jahre 1980, 1982 und 1990 den unsrigen: Auch damals wurden die Oben-Unten-Interessengegensätze als stärker ausgeprägt wahrgenommen. Zudem ergaben Faktorenanalysen der Daten von 1980 und 1982 zwei ähnlich gelagerte Faktoren (ebd., S. 4). Der 1980 abgefragte Interessengegensatz zwischen »Gastarbeitern und Deutschen« lud ebenfalls nur schwach auf beide Faktoren.

Clusteranalyse auf Basis der Konfliktwahrnehmung

Das statistische Verfahren der Clusteranalyse ermöglicht uns die Zusammenfassung möglichst homogener Gruppen von Befragten auf Basis ihrer Einschätzung der zwölf in Tabelle 1 aufgeführten gesellschaftlichen Interessengegensätze.⁴ Diese gingen als sogenannte aktive Variablen in die Clusterbildung (k-means) ein (Backhaus et al., 2016). Die Befragten, die zu einem Cluster zusammengefasst werden, bewerten die Interessengegensätze also auf eine bestimmte Weise und unterscheiden sich darin von den weiteren Gruppen. Die Cluster sind in diesem Sinne als Idealtypen der Konfliktwahrnehmung unter abhängig Beschäftigten zu verstehen (Gefferds, 2008; Kluge, 2000), synonym sprechen wir auch von Konfliktwahrnehmungsmustern. Diese Konfliktwahrnehmungsmuster bzw. die sie tragenden Gruppen sollen im Folgenden charakterisiert und verglichen werden.

4 In die Clusterbildung gingen als aktive Variablen die zwölf Items zur Wahrnehmung der Interessengegensätze ein. Die weiter unten aufgeführten, inaktiven Variablen nutzen wir zur Beschreibung weiterer Eigenschaften dieser Cluster.

Dazu beschreiben wir mithilfe inaktiver Variablen, auf die wir gleich genauer eingehen, die objektive und subjektiv wahrgenommene soziale Lage, vor deren Hintergrund die Befragten die Interessengegensätze erleben, und fragen, mit welchen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Orientierungen sie ihr jeweiliges Bild von Interessengegensätzen verknüpfen.

Wir analysieren das Konflikterleben der abhängig Beschäftigten also im Zusammenhang weiterer zentraler Aspekte ihrer Gesellschaftsbilder. Dabei ist zweierlei zu beachten: Erstens handelt es sich bei den beschriebenen Gruppen nicht um tatsächlich existierende gesellschaftliche Gruppen, welche eine gemeinsame Identität herausgebildet hätten oder kollektiv handeln würden (Coser, 2009; Decker & Brähler, 2016). Vielmehr sind sie als statistisch konstruierte Gruppen zu verstehen und stellen demnach analytische Abstraktionen dar. Zweitens beschreiben wir lediglich Tendenzen innerhalb heterogener Gruppen, wenn wir Aussagen über die soziale Lage und die weiteren politischen Perspektiven der verschiedenen Konfliktwahrnehmungsgruppen treffen. Die Cluster unterscheiden sich hinsichtlich dieser Merkmale zwar signifikant, jedoch in der Regel nicht besonders stark. Beispielsweise sprechen wir nicht von »linken« oder »rechten« Gruppen, sondern von Tendenzen einer Gruppe, eher linke oder rechte wirtschaftspolitische Einstellungen oder auch einen höheren Mittelwert rechtsextremer Einstellung aufzuweisen. Dennoch werden im Vergleich der Typen aufschlussreiche Unterschiede deutlich.

Inaktive Variablen zur Beschreibung der Cluster

Zur Beschreibung der Cluster vergleichen wir die Mittelwerte einer Reihe von Variablen; das heißt, wir untersuchen, in welchen Clustern bestimmte Merkmale (höhere Bildungsabschlüsse, subjektive Zuordnung zur Arbeiterschicht, rechtsextreme Einstellung usw.; für eine Übersicht siehe Tab. 2) eher anzutreffen sind. So lassen sich die Gruppen charakterisieren und Zusammenhänge zwischen diesen Variablen und den Konfliktwahrnehmungsmustern identifizieren. Dabei beschränken wir uns der Übersicht halber auf eine Auswahl an Indikatoren und gehen nur auf signifikante Unterschiede bzw. Besonderheiten der einzelnen Gruppen ein. Erstens nutzen wir die Variablen Geschlecht, gewichtetes Haushaltseinkommen, Wohnort Ost/West sowie Bildung, um den *sozioökonomischen Hintergrund* der Befragten abzubilden.

Zweitens nutzen wir einen Fragebogen, der *die subjektive Schichteinstufung* (ZA & ZUMA, 1997) auf einer nominalen Skala von Unterschicht über Arbeiterschicht, untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht bis Oberschicht erfasst. Weil insbesondere der Klassenbegriff schillernd und in Deutschland kaum im Selbstverständnis der abhängig Beschäftigten verankert ist (Raphael, 2019, S. 102ff.), nehmen wir an, dass diese Skala die subjektive Sicht auf die eigene soziale Lage am effektivsten erfassen kann. Daneben greifen wir auf Fragen nach der subjektiven Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der eigenen wirtschaftlichen Lage sowie der politischen Deprivation, also der Wahrnehmung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten in der Demokratie, zurück (siehe Kap. 2).

Drittens beziehen wir zur Beschreibung der Gruppen eine Reihe *gesellschaftspolitischer Einstellungen* ein. Dazu zählen die Wahlabsicht bei der kommenden Bundestagswahl, der Autoritarismus und die rechtsextreme Einstellung (siehe zu diesen Variablen ebenfalls Kap. 2). Zusätzlich nutzen wir einen Fragebogen zu *wirtschaftspolitischen Einstellungen*, konkret zum Nutzen gewerkschaftlichen Engagements, zur Regulierung unternehmerischer Freiheit im Sinne des Allgemeinwohls, zu der Auffassung, privates Profitstreben käme letztlich allen zugute, und zur wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Diese ursprünglich zur Messung von Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat entwickelten Items sind »als Indikatoren für gesellschaftliche Werteorientierungen anzusehen. Diese Werteorientierungen stellen subjektive Spiegelungen und Bewertungen der objektiven Gesellschaftsstruktur dar« (Mayer et al., 1997). Sie bilden also Vorstellungen der Befragten ab, wie die politische Ökonomie gestaltet sein sollte, und geben Hinweise, welche Möglichkeiten und Wege diese sehen, sie zu beeinflussen.

Zusammenhänge zwischen Konfliktwahrnehmung und ausgewählten Variablen

Bevor wir den Blick auf die unterschiedlichen Konfliktwahrnehmungen der Cluster richten, wollen wir zunächst einige Zusammenhänge für die untersuchte Teilstichprobe betrachten. Vergleicht man Befragte, die Interessengegensätze stark wahrnehmen, mit jenen, die sie als schwächer ausgeprägt wahrnehmen (T-Tests), so fallen hier bereits interessante Ergebnisse auf: Erstens unterscheiden sich Befragte mit einer Wahrnehmung

starker Interessengegensätze in ihren soziodemografischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Arbeitslosigkeit, Wohnort Ost/West) nicht systematisch von jenen, die Konflikte eher als schwach wahrnehmen. Für einzelne Interessengegensätze gibt es Ausnahmen: Personen mit niedrigeren Einkommen und Ostdeutsche nehmen den Interessengegensatz zwischen Arbeitnehmern und -gebern stärker wahr, Personen mit mindestens Abitur jenen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen schwächer und Westdeutsche jenen zwischen Männern und Frauen wiederum stärker. Allerdings fühlen sich Personen tendenziell politisch und wirtschaftlich stärker depriviert, wenn sie auch Interessengegensätze als stärker ausgeprägt wahrnehmen.

Zweitens scheinen wirtschaftspolitische Einstellungen nicht unbedingt bzw. nicht konsistent mit einer stärkeren Wahrnehmung von Interessengegensätzen einherzugehen. Befragte, die den Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten stärker wahrnehmen, ordnen sich zwar selbst etwas weiter links ein und bewerten auch die Ungleichheit in Deutschland negativer. Hinsichtlich der Zustimmung zu den Aussagen »Es kommt letzten Endes allen zu Gute, wenn die Unternehmen gute Gewinne machen« und »Der Staat muss die Freiheiten der Unternehmen einschränken, um für das Gemeinwohl zu sorgen« unterscheiden sie sich aber nicht von jenen, die diesen Interessengegensatz als schwach ausgeprägt einschätzen.

Schließlich geht eine stärkere Konfliktwahrnehmung über die verschiedenen, den Befragten präsentierten Interessengegensätze hinweg tendenziell auch mit höheren Werten bei autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus (in den Dimensionen tradiert, israelbezogener und Schuldabwehrantisemitismus) sowie Rechtsextremismus (Gesamtskala) einher.

Ergebnisse der Clusteranalyse: Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland

Mithilfe der Clusteranalyse lassen sich sechs unterschiedlich stark verbreitete Typen gesellschaftlicher Konfliktwahrnehmung unterscheiden. In Grafik 1 sind diese Konfliktwahrnehmungsmuster als Profile dargestellt (N = Anzahl der zugeordneten Befragten). Konkret zeigen die Profile die im jeweiligen Cluster durchschnittlich anzutreffende Wahrnehmung der

Intensität je Konflikt. Je höher der jeweilige Balken, desto stärker wird ein Konflikt durchschnittlich in diesem Cluster wahrgenommen (Mittelwert). Die Linie bildet zum Vergleich den Durchschnittswert aller hier berücksichtigten Befragten ab. In einem ersten Schritt der Beschreibung der Cluster vergleichen wir die Profile der Konfliktwahrnehmungsmuster, das heißt, wir beschreiben, welche Interessengegensätze in welchem Cluster stärker wahrgenommen werden und welche Muster sich dabei abzeichnen.

Die dem ersten Cluster (*Umstrittene Politik und Wirtschaft*) zugeordneten Befragten nehmen Oben-Unten-Konflikte im Vergleich mit dem Durchschnitt als etwas stärker ausgeprägt wahr. Diese Wahrnehmung beschränkt sich im Gegensatz zu Cluster 2 (*Oben-Unten-Spaltung*) jedoch insbesondere auf Konflikte um Verteilung und Eigentum sowie die Verselbstständigung von Eliten und den Richtungsstreit in der Politik (Interessengegensätze 1–4). Die Gegensätze zwischen Menschen mit einfacher Bildung und Akademikern sowie Arbeitgebern und Arbeitnehmern schätzen sie schwächer ein als Cluster 2, wenn auch immer noch jedenfalls letzteren als etwas überdurchschnittlich stark.

Die Cluster 2 (*Oben-Unten-Spaltung*) und 3 (*Fragmentierte Gesellschaft*) fallen zunächst durch eine insgesamt intensivere Konfliktwahrnehmung auf. Bei dem Wahrnehmungsmuster *Oben-Unten-Spaltung* ist das Erleben starker Interessengegensätze in der Gesellschaft vorrangig beschränkt auf die vertikalen Konflikte, die diese Gruppe am stärksten von allen Gruppen wahrnimmt. Es handelt sich hierbei vor allem um Konflikte z. B. im Betrieb (Arbeitgeber vs. Arbeitnehmer), in der Politik (Politiker vs. einfache Bürger) oder um Reichtumsverteilung (Arme vs. Reiche, Kapitalisten vs. Arbeiterklasse). Im Konfliktwahrnehmungsmuster *Fragmentierte Gesellschaft* werden diese Oben-Unten-Konflikte ebenfalls überdurchschnittlich stark wahrgenommen, zusätzlich aber auch Interessengegensätze im Zusammenhang mit der Lebensführung. Die Menschen in diesem Cluster vermuten also überall starke Interessengegensätze. Die beiden Cluster ähneln sich neben der insgesamt stärkeren Wahrnehmung von Interessengegensätzen auch in der deutlich überdurchschnittlichen Wahrnehmung eines starken Gegensatzes zwischen Deutschen und Nichtdeutschen.

Mit den Wahrnehmungsmustern der Cluster 4 (*Integrierte Oben-Unten-Gesellschaft*) und 5 (*Konfliktarme Gesellschaft*) nimmt ein kleinerer Teil der abhängig Beschäftigten soziale Konflikte insgesamt als eher schwach wahr. Auch hier sind die Oben-Unten-Konflikte in Cluster 4 ausgeprägter und

Grafik 1: Konfliktwahrnehmung in den Clustern 1 bis 6 (Mittelwerte der zwölf aktiven Variablen)



deuten sich bei Cluster 5 nur minimal als die bestimmenden an. Die dem Cluster 6 (*Diffuses Konfliktgeschehen*) zugeordneten Befragten bilden die größte Gruppe in unserer Analyse. Sie erleben Oben-Unten-Konflikte als eindeutig schwächer ausgeprägt als der Durchschnitt. Gleichzeitig differenzieren sie in ihrer Wahrnehmung kaum zwischen den Interessengegensätzen – sie betrachten alle als mittelmäßig ausgeprägt.

In keinem der sechs Cluster halten die Befragten die gesellschaftlichen Interessengegensätze im Zusammenhang mit der Lebensführung für stärker ausgeprägt als die Oben-Unten-Konflikte. Die Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts wird in allen Clustern als vergleichsweise intensiver Teil des gesellschaftlichen Konfliktgeschehens betrachtet. Der Stellenwert des Konflikts zwischen Deutschen und Nichtdeutschen variiert in seinem Verhältnis zu anderen Konflikten in den einzelnen Gruppen.

Bis hierhin sind zwei zentrale Achsen deutlich geworden: Zum einen unterscheiden sich die Konfliktwahrnehmungsmuster in der Intensität, mit der Interessengegensätze insgesamt wahrgenommen werden. Insbesondere Cluster 5 (*Konfliktarme Gesellschaft*) zeichnet sich im Vergleich zu den anderen Clustern durch eine geringe Intensität der Konfliktwahrnehmung aus. Zum anderen unterscheiden sich die Cluster darin, ob neben Oben-Unten-Konflikten auch Konflikte im Zusammenhang mit der Lebensführung als intensiv wahrgenommen werden. Auffällig ist, dass fast die Hälfte der Befragten – Cluster 3 und 6 zusammengefasst – bei ihrer Einschätzung der Konflikte kaum Unterschiede zwischen den Konfliktinhalten macht. Während für Cluster 3 nahezu alle Interessengegensätze stark ausgeprägt sind, werden im Wahrnehmungsmuster 6 alle abgefragten Konflikte relativ gleichmäßig in mittlerer Intensität wahrgenommen. In den Konfliktwahrnehmungsmustern 1, 2 und 4 – kaum ausgeprägt auch in Cluster 5 – werden hingegen die Oben-Unten-Konflikte zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse, Arm und Reich, Politikern und einfachen Bürgern, Akademikern und einfach gebildeten Leuten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern als stärker im Vergleich mit den Konflikten um die Lebensführung eingeschätzt – wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Interessanterweise ist auch der Links-Rechts-Konflikt Teil dieser Konfliktachse und wird synchron mit den genannten Konflikten stärker oder schwächer eingeschätzt.

Charakterisierung der Konfliktwahrnehmungsgruppen

Im Folgenden untersuchen wir, inwiefern die einzelnen Konfliktwahrnehmungsmuster mit der sozialen Lage und politischen Einstellungen der Befragten verknüpft sind. Dazu beschreiben wir die Cluster, das heißt die sechs entsprechend der gemeinsamen Konfliktwahrnehmungsmuster gebildeten Gruppen, im Hinblick auf die Mittelwerte der oben genannten passiven Variablen. Zu beachten sind die unterschiedliche Skalierung der Variablen und auch die Ausrichtung der Zustimmung zu den Einzelitems (siehe Tab. 2).

Tabelle 2: Übersicht der inaktiven Variablen zur Beschreibung der Cluster⁵

Variable/Gruppe	Ø abhängig Beschäftigte	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Cluster 6
Einkommen in €	2.008	2.069	1.798	1.962	2.149	1.985	2.040
Anteil Abitur in %	21	28,7	16,3	17,9	28,4	15,8	15,3
Anteil Ostdeutsche in %	21,3	10,8	49,5	6,9	36,9	48	7,6
Anteil Frauen in %	51,5	53,8	45,4	57,9	45,9	44,6	53,3
polit. Deprivation (Skala niedrig = 2 – hoch = 8)	5,99	5,68	6,55	6,19	5,82	6,07	5,85
eigene ökonomische Lage (niedrig = 1 – hoch = 5)	2,63	2,58	2,86	2,62	2,59	2,59	2,58
ökonomische Lage Deutschland (niedrig = 1 – hoch = 5)	3,01	3,05	3,19	3,28	2,58	2,46	3,08
Rechtsextremismus (Skala niedrig = 18 – hoch = 90)	36,9	34,2	40,6	40,6	32,6	32,3	38,1
Autoritäre Aggression in %	25,2	26,6	32,5	26,6	23,5	25	20,7
Autoritäre Unterwerfung in %	12,9	9,8	22,7	17,3	7,5	3,4	12,3
Konventionalismus in %	26,2	16,6	39	29,7	19	18,8	29,1

⁵ Der Übersichtlichkeit wegen haben wir die Wahlabsicht der Befragten nicht in die Tabelle aufgenommen, gehen aber im Text darauf ein, wenn uns Abweichungen vom Durchschnittswert berichtenswert erschienen.

Variable/Gruppe	Ø abhängig Beschäftigte	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Cluster 6
Es kommt letzten Endes allen zu Gute, wenn die Unternehmen gute Gewinne machen. (ja = 1 – nein = 5)	2,68	2,71	2,50	2,69	2,88	2,48	2,70
Der Staat muss die Freiheiten der Unternehmen einschränken, um für das Gemeinwohl zu sorgen. (ja = 1 – nein = 5)	3,06	3,10	2,90	3,00	2,97	3,41	3,09
Die wirtschaftlichen Gewinne werden in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt. (ja = 1 – nein = 5)	3,49	3,63	3,39	3,66	3,60	3,63	3,23
Es hilft nicht viel, mit anderen gewerkschaftlich für eine Sache zu kämpfen. (ja = 1 – nein = 5)	3,12	3,23	3,08	3,06	3,14	3,34	3,03
Schichtselbstzuordnung in %							
Unterschicht	3,7	2,3	2,4	4,7	4,9	2,9	4,3
Arbeiterschicht	24,9	22,4	19,7	23,1	31,1	44,6	21
untere Mittelschicht	27,4	32,4	22,7	30,9	26,2	25,7	25,8
Mittelschicht	38,2	38,2	54,6	34	28,8	22,3	41,5
obere Mittelschicht	5,1	4,5	0,3	6,7	7,1	3,4	6,7
Oberschicht	0,7	0,3	0,3	0,6	1,9	1,1	0,7

(1) Umstrittene Politik und Wirtschaft

Die Wahrnehmung stärker ausgeprägter Konflikte um Verteilung und Eigentum sowie zwischen Linken und Rechten und Politikern und einfachen Bürgern bei gleichzeitig durchschnittlich ausgeprägten Interessengegensätzen im Zusammenhang mit der Lebensführung teilen 398 Befragte aus unserem Sample, womit dieses Wahrnehmungsmuster das zweithäufigste ist. Soziodemografisch fällt auf, dass die Gruppe mit einem Anteil von 10,8 % Ostdeutschen westdeutscher ist als der Durchschnitt in unserer Stichprobe (21,3 % Ostdeutsche). Sie hat mit einem Anteil von 28,7 %

Abiturientinnen und Abiturienten das höchste Bildungsniveau aller Gruppen und liegt mit einem Durchschnittseinkommen von 2.069 Euro minimal über dem Durchschnitt. Ihre eigene ökonomische Lage schätzen die dieser Gruppe zugeordneten Personen – ähnlich wie die abhängig Beschäftigten insgesamt – weder besonders gut noch besonders schlecht ein ($M = 2,58$). Auf die ökonomische Lage der Bundesrepublik blicken sie ähnlich unentschlossen ($M = 3,05$) wie die Gesamtstichprobe ($M = 3,01$). Ein größerer Anteil als in den anderen Gruppen ordnet sich der unteren Mittelschicht zu (32,4 %).

Ihre politischen Einflussmöglichkeiten schätzt diese Gruppe im Vergleich aller Cluster am positivsten ein ($M = 5,68$) und weicht damit etwas vom allgemein hohen politischen Deprivationserleben der abhängig Beschäftigten ab ($M = 5,99$). Gesellschaftspolitisch zeigen sich Befragte in dieser Gruppe progressiver als der Durchschnitt: Sie sind unterdurchschnittlich rechtsextrem ($M = 34,2$) und etwas weniger autoritär eingestellt. Am deutlichsten sind die Unterschiede hier gegenüber Cluster 2 und Cluster 3, mit denen sie eine eher ausgeprägte Konfliktwahrnehmung teilen. Die Gruppe weist den zweithöchsten Anteil an Befragten auf, die angeben, die Grünen wählen zu wollen (15,7 %), und nur einen geringen Anteil an potenziellen AfD-Wählerinnen und -Wählern (5,3 %). Jedoch geben überdurchschnittlich viele Befragte an, hinsichtlich der Wahlabsicht noch unentschlossen zu sein (9,5 %). In wirtschaftspolitischen Fragen zeigt sich die Gruppe ambivalent: Die Befragten nehmen Verteilungsungerechtigkeit in Deutschland geringfügig stärker ($M = 3,63$) als der Durchschnitt wahr. Staatlicher Regulierung im Sinne des Allgemeinwohls stehen sie jedoch ambivalent gegenüber ($M = 3,10$). Auch zeigen sie sich wie der Durchschnitt der abhängig Beschäftigten eher unentschlossen hinsichtlich der Frage, ob private Unternehmensgewinne letztlich allen zugute kommen ($M = 2,71$). Die Handlungsperspektiven des kollektiven gewerkschaftlichen Kampfes sieht dieses Cluster etwas erfolgsversprechender ($M = 3,23$) als der ambivalente Durchschnitt ($M = 3,12$). Die Gruppe ist unterdurchschnittlich rechtsextrem eingestellt und weist bei der autoritären Aggression durchschnittliche, in den Dimensionen autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus unterdurchschnittliche Werte auf.

Das Konfliktwahrnehmungsmuster »Umstrittene Politik und Wirtschaft«, in dem Konflikte um Verteilung und Eigentum sowie um die Verselbstständigung von Eliten und auch der Richtungsstreit in der Politik überdurchschnittlich stark erlebt werden,

wird in unserer Stichprobe also vor allem von Befragten geteilt, die im Vergleich zum Durchschnitt der abhängig Beschäftigten einen etwas höheren sozioökonomischen Status aufweisen und sich auch weniger depriviert fühlen, insbesondere politisch. Gesellschaftspolitisch ist diese Gruppe eher progressiv, auch wirtschaftspolitisch tendiert sie leicht zu umverteilungsaffinen Positionen, zeigt sich jedoch ambivalent in Bezug auf die Regulierung des Marktes.

(2) Oben-Unten-Spaltung

Eine etwas kleinere Gruppe von Befragten (N = 295) nimmt sehr ausgeprägte Oben-Unten-Konflikte in verschiedenen Äußerungsformen sowie einen ausgeprägten Konflikt zwischen Deutschen und Nichtdeutschen wahr. Soziodemografisch sind die diesem Wahrnehmungsmuster zuzuordnenden Befragten als männlicher (45,4 % Frauen) und deutlich ostdeutscher (49,5 % Ostdeutsche) als die anderen Cluster zu beschreiben. Die Befragten verfügen mit einem Anteil an Abiturientinnen und Abiturienten von 16,3 % über eine niedrigere Bildung als der Durchschnitt, was insbesondere gegenüber Cluster 1 und Cluster 4 einen deutlichen Unterschied bedeutet. Mit 1.798 Euro verfügen die Befragten aus Cluster 2 im Gruppenvergleich über das geringste Einkommen. Sie beurteilen die ökonomische Lage Deutschlands als mittelmäßig (M = 3,19) und sehen sie dabei etwas pessimistischer als der Durchschnitt der abhängig Beschäftigten. Auch ihre eigenen wirtschaftlichen Aussichten beurteilen die Befragten im Schnitt ambivalent und mit M = 2,86 etwas schlechter als die abhängig Beschäftigten allgemein. Trotz des niedrigeren sozioökonomischen Status und des höheren Deprivationserlebens ordnen sie sich jedoch überdurchschnittlich häufig der Mittelschicht (54,6 %) und seltener der Arbeiterschicht (19,7 %) oder der unteren Mittelschicht (22,7 %) zu.

Ein besonders ausgeprägtes Deprivationserleben äußern die Befragten aus Cluster 2 auf politischem Gebiet. Sie sehen deutlich weniger Möglichkeiten, Politik zu beeinflussen, als die anderen Gruppen (M = 6,55). Im Hinblick auf Wahlen zeigen sie sehr heterogene Präferenzen: Die höchsten Wahlabsichten äußern sie für die Grünen (16,3 %), gefolgt von der AfD mit 14,2 % und der Partei Die Linke mit 10,7 %. Die Gruppe ist rechtsextremer eingestellt als der Durchschnitt (M = 40,6) und unterscheidet sich dabei insbesondere von den Befragten der Cluster 4 und Cluster 5, aber auch von Cluster 1. Beim Autoritarismus erzielten die Be-

fragten in Cluster 2 ebenfalls deutlich die höchsten Werte. Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Perspektiven zeigt sich ein inkohärentes Bild: Die Befragten nehmen die Verteilung in Deutschland als eher ungerecht war ($M = 3,39$), nur in Cluster 4 ist das Ungerechtigkeits erleben ausgeprägter. Dennoch sind sie hinsichtlich der Regulierung von unternehmerischer Freiheit ähnlich unentschlossen ($M = 2,90$) wie der Durchschnitt der Befragten ($M = 3,06$). Der Aussage, dass Gewinne privater Unternehmen am Ende allen zugute kommen, stimmen sie eher (und häufiger als der Schnitt der anderen Befragten) zu ($M = 2,50$). Hinsichtlich des Nutzens gewerkschaftlichen Engagements zeigen sie sich ähnlich wie der Durchschnitt der abhängig Beschäftigten unentschlossen ($M = 3,08$).

Befragte mit der Wahrnehmung eines starken und sich in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären zeigenden Gegensatzes zwischen Oben und Unten verfügen also über einen vergleichsweise prekären sozialen Hintergrund und leben häufiger in Ostdeutschland. Sie fühlen sich stärker – insbesondere politisch – depriviert als die abhängig Beschäftigten allgemein, zeigen sehr heterogene Wahlabsichten, und ihre wirtschaftspolitischen Orientierungen sind kaum profiliert. Auch zeigen sie eine deutlich höhere Anfälligkeit für antidemokratische, autoritäre Orientierungen.

(3) Fragmentierte Gesellschaft

Dem Konfliktwahrnehmungsmuster einer fragmentierten Gesellschaft, bei dem allorts ausgeprägte soziale Konflikte gesehen werden, lassen sich 359 abhängig Beschäftigte aus unserer Stichprobe zuteilen. Die Befragten in diesem Cluster sind häufiger weiblich (57,9 %) und nur 6,9 % von ihnen leben in Ostdeutschland. Die Abiturquote (18 %) und das Einkommen (1.962 Euro) liegen jeweils nur leicht unter dem Durchschnitt. Die Gruppenmitglieder ordnen sich wie der Durchschnitt der abhängig Beschäftigten in der überwiegenden Mehrzahl den drei mittleren Schichten zu. Ihre eigene wirtschaftliche Situation beurteilen sie eher gut ($M = 2,62$) und liegen damit im Mittel aller Gruppen. Auf die ökonomische Entwicklung Deutschlands blicken sie jedoch deutlich pessimistischer als die Befragten in den anderen Clustern und sehen diese ambivalent bis eher schlecht ($M = 3,28$).

Die Befragten in diesem Cluster fühlen sich politisch eher einflusslos ($M = 6,19$). Hier finden sich jeweils die zweithöchste Wahlabsicht für die AfD (10,8 %) und die FDP (8,1 %) und der geringste Wert für die Grünen

(9,8 %), während die etablierten Volksparteien im Durchschnitt liegen. Neben Cluster 2 ist diese Wahrnehmungsgruppe am deutlichsten rechts-extrem eingestellt ($M = 40,6$) und neigt etwas stärker zu autoritären Dispositionen als die anderen Cluster. Die Verteilung des Reichtums in Deutschland wird in dieser Gruppe noch etwas ungerechter bewertet als in der Gesamtstichprobe ($M = 3,66$). Zur Frage staatlicher Regulierung von Unternehmen ($M = 3,00$) und einem »Trickle-Down«-Effekt von Unternehmensgewinnen ($M = 2,69$) vertreten die Befragten keine vom Durchschnitt abweichenden Positionen. Sie sind zudem durchschnittlich ambivalent gegenüber dem Nutzen gewerkschaftlichen Engagements ($M = 3,06$).

Das Wahrnehmungsmuster einer von vielen ausgeprägten Konflikten durchzogenen Gesellschaft geht bei den Befragten unserer Stichprobe einher mit einer vergleichsweise geringeren Bildung und einem vergleichsweise höheren kollektiven ökonomischen und politischen Deprivationserleben. Gesellschaftspolitisch zeigen sie eine höhere Anfälligkeit für rechtsextreme Orientierungen. Ihre wirtschaftspolitischen Orientierungen sind ambivalent und unterscheiden sich nur in der etwas stärkeren Wahrnehmung von Verteilungsgerechtigkeit vom Durchschnitt der abhängig Beschäftigten.

(4) Integrierte Oben-Unten-Gesellschaft

Dem vierten Wahrnehmungsmuster, bei dem Oben-Unten-Konflikte im Kontext eines insgesamt schwächeren Konflikterlebens unterdurchschnittlich stark, aber dennoch ausgeprägter als Konflikte im Zusammenhang mit der Lebensführung wahrgenommen werden, lassen sich 268 der Befragten zuordnen. Diese sind in einer vergleichsweise guten sozialen Lage: 28,4 % der Befragten in Cluster 4 haben Abitur oder einen höheren Bildungsabschluss, was sie neben Cluster 1 zu einem der beiden höchstgebildeten Cluster macht. Mit 2.149 Euro weist die Gruppe das mit Abstand höchste Durchschnittseinkommen aller Cluster auf und ist mit einem Anteil von 36,9 % deutlich ostdeutscher als die anderen Gruppen – was überrascht, liegen doch Löhne und Vermögen in Ostdeutschland insgesamt niedriger als im Westen. Auffällig ist, dass sich die Gruppe seltener der Mittelschicht zuordnet als die anderen Gruppen. Stattdessen sehen sich zusammengenommen 9 % der Befragten aus diesem Cluster als obere Mittelschicht oder sogar Oberschicht. Mit 31 % ordnet sich gleichzeitig ein überdurchschnittlich großer Anteil der Gruppenmitglieder der »Arbeiterschicht« zu. Während sie ihre eigene wirtschaftliche Lage durchschnitt-

lich gut einschätzen ($M = 2,59$), sehen sie die ökonomische Lage Deutschlands tendenziell deutlich optimistischer als der Durchschnitt ($M = 2,58$).

Politisch tendiert das Cluster vor allem zu CDU/CSU (26 %) und SPD (27 %) sowie überdurchschnittlich stark zur FDP (7,5 %). Die gesellschaftspolitischen Einstellungen der diesem Cluster zugehörigen Befragten sind progressiv-demokratisch: Sie sind deutlich weniger rechtsextrem eingestellt als der Durchschnitt ($M = 32,6$). Auch autoritäre Aggressionen gegen Schwächere, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus sind bei ihnen geringer ausgeprägt. Im Hinblick auf wirtschaftspolitische Handlungsperspektiven zeigen sie sich ambivalent: Sie positionieren sich kritischer als die anderen Gruppen zu der Auffassung, das Profitstreben der Unternehmen käme letztlich allen zugute ($M = 2,88$). Die Verteilung ökonomischer Gewinne in Deutschland nehmen sie, wie die abhängig Beschäftigten allgemein, durchaus als ungerecht wahr ($M = 3,63$). Allerdings stehen sie staatlicher Regulierung wie auch die Gesamtstichprobe ambivalent gegenüber ($M = 2,97$) und zeigen sich unentschlossen, ob sie gewerkschaftliche Kämpfe als wirksam und sinnvoll erachten ($M = 3,14$).

Die Befragten aus Cluster 4, die zwar insgesamt weniger gesellschaftliche Konflikte wahrnehmen, bei denen gleichsam aber Oben-Unten-Konflikte ausgeprägter sind als Konflikte um die Lebensführung, heben sich durch ihre überdurchschnittlich gute soziale Lage und ihr geringeres Deprivationserleben vom Durchschnitt ab. Gesellschaftspolitisch zeigen sie überdurchschnittlich starke demokratische Orientierungen. Wirtschaftspolitisch äußern sie sich ambivalent: Deutlicher Kritik an Verteilungsgerechtigkeit und privatem Profitstreben steht Skepsis hinsichtlich gewerkschaftlicher Politik und staatlicher Regulierung gegenüber.

(5) Konfliktarme Gesellschaft

Dem fünften Wahrnehmungsmuster, bei dem einzig der Links-Rechts-Konflikt als (mäßig) intensiv erlebt wird, während die anderen Konflikte sehr schwach (Lebensführung) bis schwach ausgeprägt (Oben-Unten-Konflikte und Deutsche vs. Nichtdeutsche) wahrgenommen werden, ist die kleinste Gruppe Befragter zugeordnet ($N = 177$). Diese sind eher männlich (44,6 % Frauen) und ostdeutsch (48 %). Während die Gruppe mit einer Abiturquote von 15,8 % die im Durchschnitt zweitniedrigste Bildung aller Cluster aufweist, liegt ihr Durchschnittseinkommen mit 1.985 Euro nah am Mittel. Bei einem Blick auf die subjektive Schichtzu-

ordnung fällt auf, dass sich Angehörige dieser Gruppe noch deutlicher als das ebenfalls überdurchschnittlich ostdeutsche Cluster 4 als Arbeiterinnen und Arbeiter identifizieren (45 %) und somit die allgemeine Tendenz zur Mittelschichtszuordnung hier weniger greift. Die Gruppe erlebt eine geringere wirtschaftliche Deprivation: Sowohl die eigene wirtschaftliche Lage ($M = 2,59$) als auch die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik ($M = 2,46$) schätzt sie besser ein als der Durchschnitt der Stichprobe.

Politisch empfindet sie sich wie die Mehrheit der abhängig Beschäftigten hingegen eher depriviert ($M = 6,07$). Ihre Wahlabsichten tendieren leicht nach links: Hier findet sich der höchste Anteil an SPD- (31,4 %) und der zweithöchste an Linken-Wählerinnen und -Wählern (9,3 %). Zudem sind sie (gemeinsam mit Cluster 5) am wenigsten rechtsextrem eingestellt (32,6), und auch der Autoritarismus ist in den Dimensionen autoritäre Unterwerfung und Konventionalismus deutlich geringer, in der Dimension autoritäre Aggression durchschnittlich ausgeprägt. Ein abermals widersprüchliches Bild zeichnen die wirtschaftspolitischen Orientierungen dieses Clusters: Stärker als der Durchschnitt nehmen sie die Verteilungsungerechtigkeit in Deutschland wahr ($M = 3,63$). Zudem glauben sie etwas stärker als der Durchschnitt an die Wirksamkeit gewerkschaftlichen Engagements ($M = 3,34$). Gleichzeitig stimmen sie der Aussage, Unternehmensgewinne kämen letztlich allen zugute, überdurchschnittlich häufig zu ($M = 2,48$) und lehnen die Idee staatlicher Eingriffe in die Unternehmensfreiheit am deutlichsten ab ($M = 3,41$).

Dem Wahrnehmungsmuster 5, in dem gesellschaftliche Konflikte nicht als besonders intensiv erlebt werden, sind eher männliche ostdeutsche Befragte zugeordnet, die sich insbesondere ökonomisch nicht depriviert fühlen. Sie sind trotz wahrgenommener politischer Deprivation eher demokratisch eingestellt und tendieren politisch nach links. Auch ihre wirtschaftspolitischen Einstellungen zeigen sich widersprüchlich: Obwohl sie gewerkschaftliches Engagement als nützlicher und hilfreicher ansehen als die Befragten der anderen Cluster und die Verteilungsungerechtigkeit deutlich kritisieren, unterstützen sie unternehmerische Freiheit und privates Profitstreben. Die geringe Konflikte-wahrnehmung geht auch mit niedrigen Werten bei Rechtsextremismus und Autoritarismus einher.

(6) Diffuses Konfliktgeschehen

Das Wahrnehmungsmuster 6, das eine durchgängig mittelmäßig ausgeprägte Einschätzung aller abgefragter Konflikte – bei unterdurchschnittlicher Intensität der Oben-Unten-Konflikte – kennzeichnet, ist mit 601 Befragten das mit Abstand größte Cluster. Die Gruppe weist mit 7,6 % einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil an Ostdeutschen auf. Mit einem Frauenanteil von 53 % liegt die Gruppe hingegen im Durchschnitt. Auffällig ist, dass sie im Schnitt die niedrigste Bildung aller Gruppen aufweist (nur 15,4 % haben Abitur oder einen höheren Abschluss), jedoch über ein geringfügig höheres Einkommen (2.040 Euro) verfügt als der Durchschnitt. Wie die abhängig Beschäftigten insgesamt tendieren Angehörige des Clusters 6 dazu, sich vor allem in der Mittelschicht zu verorten (41,5 %). Ihre eigene ökonomische Lage schätzen sie als eher gut ($M = 2,58$) ein, während sie die nationale wirtschaftliche Situation durchschnittlich bewerten ($M = 3,08$).

Ihre politischen Einflussmöglichkeiten sehen sie etwas positiver als der Durchschnitt der Befragten ($M = 5,84$). Bei der Sonntagsfrage tendieren Befragte dieser Gruppe zur SPD (31,4%), und auch die FDP ist hier vergleichsweise stark (7,5 %). Der Zustimmungswert zur Linken (2,6 %) ist hingegen der niedrigste aller Gruppen. Während autoritäre Dispositionen in diesem Cluster durchschnittlich ausgeprägt sind, weisen die Angehörigen dieser Gruppe im Vergleich minimal erhöhte rechtsextreme Einstellungen auf (38,1 %). Wirtschaftspolitisch sehen sie geringeren Handlungsbedarf als der Durchschnitt der abhängig Beschäftigten: Zwar nehmen auch sie in Deutschland eher eine ungerechte Verteilung wahr ($M = 3,23$), jedoch weniger als die anderen Gruppen. Hinsichtlich der Fragen des »Trickle-Down« von Unternehmensgewinnen ($M = 2,70$) und der Regulierung unternehmerischer Freiheit ($M = 3,09$) zeigen sie sich unentschlossen und weichen damit nicht vom Durchschnitt ab. Dem Nutzen gewerkschaftlichen Engagements stehen sie von allen Gruppen am skeptischsten gegenüber ($M = 3,03$), was sie insbesondere von Cluster 1 und Cluster 5 unterscheidet.

Die Befragten, welche dem Konfliktwahrnehmungsmuster »Diffuses Konfliktgeschehen« zugeordnet wurden, unterscheiden sich soziodemografisch also nur durch die vergleichsweise geringere Bildung und den überdurchschnittlich häufigen Wohnort in Westdeutschland vom Durchschnitt der abhängig Beschäftigten. Auch gesellschaftspolitisch zeigen sich die Befragten weder demokratischer noch antidemokratischer als der

Durchschnitt. Auffällig sind im Vergleich aller Gruppen allerdings die am schwächsten ausgeprägte Wahrnehmung von Verteilungsungerechtigkeit sowie die größte Distanz zu gewerkschaftlichem Engagement.

6. Diskussion der Ergebnisse und Fazit

Wie Westheuser und della Porta betonen, müssen Analysen zu Gesellschaftsbildern und Konfliktwahrnehmungen der »multidimensionalen Struktur politischer Konflikte« Rechnung tragen (Westheuser & della Porta, 2022), welche sich im Zuge des Wandels der Klassenverhältnisse und des Hervortretens neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien seit den 1970er Jahren herausgebildet hat. Entsprechend haben wir die Befragten gebeten, die Intensität einer Reihe von Interessengegensätzen aus unterschiedlichen Lebensbereichen und gesellschaftlichen Sphären zu beurteilen. Unser Interesse galt dabei nicht der Frage, auf welcher Seite der Interessengegensätze sich die Befragten verorten bzw. wie sie sich zu den angesprochenen Konfliktthemen positionieren. Aussagen dazu lassen sich auf Basis unserer Daten nicht treffen (dazu Mau et al., 2020; Lux et al., 2022). Wir waren an der proto-politischen Wahrnehmung von Konflikten und damit daran, ob diese Konflikte überhaupt als stark oder schwach ausgeprägt erlebt werden, interessiert.

Eine Reihe von Ergebnissen unserer Auswertung ist für die Gesellschaftsbilderforschung im weitesten Sinne anschlussfähig: die mehrheitlich geteilte Wahrnehmung der Gesellschaft als konflikthaft, der nur bedingte Zusammenhang von (objektiver) sozialer Lage und Konfliktwahrnehmung bei gleichzeitiger Relevanz des politischen wie kollektiv-ökonomischen Deprivationserlebens, der Zusammenhang zwischen stärkerer Konfliktwahrnehmung und autoritären wie rechtsextremen Einstellungen sowie schließlich auch die Inkohärenz zwischen wahrgenommener Intensität der Oben-Unten-Konflikte und den insgesamt als ambivalent einzuschätzenden wirtschaftspolitischen Einstellungen.

Gesellschaft wird mehrheitlich als konflikthaft erlebt

Als ersten zentralen Befund unserer Studie halten wir fest, dass die abhängig Beschäftigten in der Gesellschaft stark ausgeprägte Interessengegensätze zwischen gesellschaftli-

chem Oben und Unten wahrnehmen. Eine zweite Konfliktachse lässt sich rund um Fragen der Lebensführung ausmachen, sie wird allerdings als deutlich schwächer ausgeprägt erlebt. Quer zu oder zwischen diesen Konfliktachsen liegt der Konflikt zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Unser Befund ergänzt damit Erkenntnisse von Mau et al. (2020), die auf Basis politischer Positionierungen zeigten, dass Konflikte um Verteilung, Anerkennung von Diversität und nationale Schließung voneinander verschiedene »Arenen sozialer Ungleichheit« beschreiben.

Auffällig bei den Oben-Unten-Konflikten ist zudem, dass die Interessengegensätze, welche sich um gesamtgesellschaftliche Reichtumsverteilung, Eigentums- sowie Machtverhältnisse drehen, für besonders ausgeprägt gehalten werden (*Arm vs. Reich* und *Kapitalisten vs. Arbeiterklasse*, *Linke vs. Rechte* und *Politiker vs. Bürger*). Als sehr intensiv nehmen die abhängig Beschäftigten den explizit als Klassenkonflikt benannten Gegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse wahr. Der Befund überrascht, wenn man bedenkt, dass »das Vokabular der Klasse in Politik und Alltagsdiskursen kaum vorkommt« (Westheuser & della Porta, 2022, unsere Übersetzung).

Konfliktwahrnehmung und sozialer Hintergrund

Vor dem Hintergrund der eingangs zitierten Debatten wollten wir in diesem Kapitel untersuchen, inwieweit die Konfliktwahrnehmungsmuster mit der objektiven und subjektiv empfundenen sozialen Lage der Gruppen korrespondieren. Dieser Zusammenhang, so unsere Annahme, kann Hinweise auf Erfahrungshintergründe liefern, vor denen sich die Konfliktwahrnehmungen entwickeln. *Insgesamt stellen wir fest, dass sozioökonomische Faktoren zwar nicht grundsätzlich mit der Intensität der Konfliktwahrnehmung im Zusammenhang stehen. Einzelne Variablen aber beeinflussen die Wahrnehmung bestimmter Interessengegensätze doch.*

So geht das Konflikterleben von Cluster 1 (*Umstrittene Politik und Wirtschaft*), bei dem Konflikte im Betrieb (zwischen Arbeitgebern und -nehmern) oder zwischen Bildungsgruppen weniger ausgeprägt wahrgenommen werden, einher mit einer durchschnittlich höheren Bildung und geringerem Deprivationserleben der Befragten. Das diese Interessengegensätze stärker wahrnehmende Cluster 2 (*Oben-Unten-Spaltung*) kennzeichnet hingegen ein eher prekärer sozioökonomischer Hintergrund und ein höheres

ökonomisches wie politisches Deprivationserleben. Das lässt sich unseres Erachtens als Hinweis darauf verstehen, dass diese häufiger in Ostdeutschland lebenden Befragten Oben-Unten-Konflikte unmittelbarer im eigenen Alltag erfahren und vor diesem Hintergrund das Bewusstsein einer – in der Terminologie der Gesellschaftsbilderforschung – dichotom in Oben und Unten gespaltenen Gesellschaft entwickeln (Popitz et al., 2018 [1957]). Die, verglichen mit Cluster 2, schwächere Ausprägung der Oben-Unten-Konfliktlinie in der Perspektive des ebenfalls überdurchschnittlich ostdeutschen Clusters 4 (*Integrierte Oben-Unten-Gesellschaft*) korrespondiert mit einer vergleichsweise guten sozialen Lage (höchste durchschnittliche Bildung und höchstes durchschnittliches Einkommen) und vor allem einem geringen ökonomischen Deprivationserleben.

Im Vergleich zu Cluster 1 (*Umstrittene Politik und Wirtschaft*), Cluster 2 (*Oben-Unten-Spaltung*) und Cluster 4 (*Integrierte Oben-Unten-Gesellschaft*) machen insbesondere die Cluster 3 (*Fragmentierte Gesellschaft*) und Cluster 6 (*Diffuses Konfliktgeschehen*) keine wesentlichen Unterschiede in ihrer Einschätzung der Interessengegensätze und nehmen die Oben-Unten-Konflikte und die Konflikte im Zusammenhang mit der Lebensführung ähnlich stark ausgeprägt wahr. Bei Cluster 3 geht das auf eine überdurchschnittlich hohe Wahrnehmung der Intensität von Konflikten um Lebensführung zurück, während Cluster 6 Oben-Unten-Konflikte unterdurchschnittlich stark bei mittlerer Intensität wahrnimmt. Sozialstrukturell weisen sie eine deutlich geringere Bildung und stärker westdeutsche Prägung auf als der Durchschnitt. Hier muss in anschließender Forschung detaillierter untersucht werden, inwieweit diese wenig differenzierte Konfliktwahrnehmung auf lebensweltliche Erfahrungen zurückgeht. Insbesondere bei Cluster 3 ist plausibel, dass diese nicht nur westdeutsche und gering gebildete, sondern zudem überdurchschnittlich weibliche Gruppe insbesondere Interessengegensätze zwischen Männern und Frauen tatsächlich im Alltag als präsenter und bedeutsamer erlebt als andere Gruppen.⁶

6 Angehörige des Clusters 3 (Fragmentierte Gesellschaft) verfügen über weitere Merkmale, die auf ein eher traditionelles Milieu verweisen, beispielsweise eine durchschnittlich höhere Religiosität und einen häufigeren ländlichen Wohnort. Da diese Variablen für den systematischen Vergleich der weiteren Gruppen jedoch weniger relevant waren, haben wir hier auf die Darstellung verzichtet.

Inkohärente Gesellschaftsbilder und ausgeprägte Konfliktwahrnehmung als Teil eines diffusen Krisenerlebens?

Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Kapitel lag auf der Frage, inwieweit die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Konflikten systematisch mit weiteren Aspekten von Gesellschaftsbildern und insbesondere politischen Einstellungen verknüpft ist. Oben haben wir charakteristische Tendenzen in den gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Einstellungen der einzelnen Konfliktwahrnehmungsgruppen beschrieben und sind dabei auch darauf eingegangen, wie diese ihre eigene Lage in der Gesellschaft sehen. Deutlich werden hier zunächst zwei zentrale Zusammenhänge:

Erstens unterscheiden sich die Cluster gesellschaftspolitisch zwischen progressiveren Clustern und jenen, in denen es stärkere rechtsextreme und autoritäre Orientierungen gibt. Dabei gilt: *Eine stärkere Wahrnehmung von Konflikten in der Gesellschaft ist tendenziell auch mit stärker ausgeprägten antidemokratischen Ressentiments verbunden.* Dieser Zusammenhang wird insbesondere beim Blick auf die Cluster 2 (*Oben-Unten-Spaltung*) und 3 (*Fragmentierte Gesellschaft*) deutlich. Cluster 1 (*Umstrittene Politik und Wirtschaft*) weicht von diesem Muster ab: Auch hier nehmen die Befragten Interessensgegensätze, insbesondere solche zwischen Oben und Unten, etwas überdurchschnittlich ausgeprägt wahr. Dennoch vertreten sie deutlich weniger antidemokratische Ressentiments als die Cluster 2 und 3.

Zweitens: *Es lässt sich keine systematische Verknüpfung zwischen den Konfliktwahrnehmungsmustern und den wirtschaftspolitischen Einstellungen der Befragten erkennen.* Auch jene Gruppen, die einen deutlichen Gegensatz zwischen Oben und Unten in der Gesellschaft wahrnehmen, verknüpfen dieses Erleben nicht konsequent mit Positionierungen gegen Prinzipien des freien Marktes und privates Profitstreben, mit gewerkschaftlichen Handlungsperspektiven oder der Forderung nach staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Die Konfliktwahrnehmungsgruppen zeigen sich wirtschaftspolitisch ambivalent und unentschlossen (Cluster 3, 4 und 6) oder auch offen widersprüchlich (Cluster 2 und 5). Eine Ausnahme bildet hier Cluster 1, in welchem noch am ehesten eine etwas stärkere Wahrnehmung der Oben-Unten-Konflikte mit einer Kritik an der Verteilungsungerechtigkeit und Perspektiven gewerkschaftlichen Handelns in Verbindung gebracht werden kann. Das verweist darauf, wie sehr neben Erfahrungen auch gesellschaftlich vermittelte Interpretations- und Deutungsprozesse die

Gesellschaftsbilder beeinflussen. Dennoch: In den klassischen Studien wurde für das Konzept der Gesellschaftsbilder ein Mindestmaß an Kohärenz der Perspektiven auf soziale Konflikte, gesellschaftliche Struktur, eigene Verortung und politisches Handeln beansprucht (Popitz et al., 2018), die wir in unseren Ergebnissen für die Breite der abhängig Beschäftigten so nicht finden. Damit ähneln unsere Befunde in zentralen Motiven den Ergebnissen aktueller qualitativer Studien (Bose & Köster, 2022; Dörre, 2020; Beck & Westheuser, 2022), die diese Form des Gesellschaftserlebens als Ausdruck klassenpolitischer Demobilisierung deuten. Die Ausprägung kohärenter Vorstellungen von Gesellschaft ist demnach an voraussetzungsvolle Organisations-, Identifizierungs- und Bildungsprozesse geknüpft (Beck & Westheuser, 2022).

Drittens verweist die Verbindung von erhöhter Konfliktwahrnehmung und Deprivationserleben auf eine gesellschaftliche Krisenwahrnehmung, die mit erhöhten antidemokratischen Ressentiments einhergeht. Interessant sind hier insbesondere die Cluster 2 und 3, die pessimistisch auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands blicken. Auch das Gefühl, in der Bundesrepublik politisch keinen Einfluss nehmen zu können, ist bei beiden Gruppen noch ausgeprägter als in der Gesamtstichprobe der abhängig Beschäftigten, die sich im Durchschnitt bereits deutlich depriviert erleben. Das erhöhte Deprivationserleben unterscheidet sie insbesondere von den Gruppen mit einer geringen Konfliktwahrnehmung wie Cluster 4 und 5, und zwar deutlicher als sozioökonomische Faktoren wie der Bildungsgrad oder das Einkommen. Auch von gewerkschaftlichem Engagement erwarten sich diese Gruppen kaum politische Wirksamkeit, es stellt kaum eine Alternative zu ihrem weitreichenden politischen Ohnmachtserleben dar. Dies ist umso gravierender, als insbesondere Befragte in Cluster 3 die Verteilungsungerechtigkeit in Deutschland kritisieren. Das ausgeprägte Konflikterleben von Cluster 2 und Cluster 3 ist, so unsere Interpretation, demnach eingebettet in die Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Krise und artikuliert auch Kritik an einem erlebten »Auseinanderdriften« der Gesellschaft, das als »gesellschaftliche Fragmentierung« (Cluster 3) und als »Oben-Unten-Spaltung« (Cluster 2) erlebt wird.

Die mit erhöhter Konfliktwahrnehmung einhergehende Gefahr antidemokratischer Politisierung besteht insbesondere für Cluster 2 und 3 und damit bei knapp einem Drittel der abhängig Beschäftigten. Ein Blick auf Cluster 1, immerhin ein Fünftel unserer Stichprobe der abhängig Be-

schäftigten, zeigt jedoch auch, dass eine stärker ausgeprägte Oben-Unten-Konfliktwahrnehmung nicht unbedingt mit stärkeren Ressentiments einhergehen muss. In welche Richtung und von welchen Akteuren das ideologisch noch nicht festgelegte Unbehagen, welches sich in einer starken Konfliktwahrnehmung ausdrückt, politisiert und angesprochen werden kann, ist also keineswegs festgelegt (vgl. Lütten & Köster, 2019; Beck & Westheuser, 2022). Versteht man mit Oskar Negt (1981) Konfliktwahrnehmung als einen Ansatzpunkt für Bewusstwerdungs- und Lernprozesse, so liegt es in der Hand von Gewerkschaften und anderen Akteuren, in politisch und organisational eingebetteten Bildungsprozessen und ausgehend von Alltagserfahrungen entsprechende Deutungsangebote etwa der Ursachen sozialer Ungleichheit bereitzustellen.

Literatur

- Adorno, T. W. (2015 [1968]). Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute. In Ders., *Soziologische Schriften I. Bd. 8, Gesammelte Schriften* (S. 177–195). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. & Weiber, R. (2016). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin/Heidelberg: Springer Gabler.
- Beck, L. & Westheuser, L. (2022). Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. *Berliner Journal für Soziologie*, 32(2), 279–316.
- Bose, S. & Köster, J. (2022). Skepsis im Großen, Engagement im Kleinen: Demokratisches Engagement in Betrieb und Nachbarschaft in Sachsen. In O. Decker, F. Kalkstein & J. Kiess (Hrsg.), *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021* (S. 87–101). Leipzig: edition überland.
- Bose, S., Köster, J. & Lütten, J. (2018). Rechtspopulistische Gewerkschaftsaktive: Gesellschaftsbilder und Einstellungsmuster aktiver Gewerkschaftsmitglieder. In K. Becker, K. Dörre & P. Reif-Spirek (Hrsg.), *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte* (S. 211–226). Frankfurt am Main: Campus.
- Brinkmann, U., Hassan-Beik, M. & Zappino, L. (2020). *Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung*. Hamburg: VSA.
- Brinkmann, U., Dörre, K., Röbenack, S., Kraemer, K. & Speidel, F. (2006). *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Coser, L. A. (2009). *Theorie sozialer Konflikte*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Czingon, C. (2021). Zu diesem Heft – Mittelklasse und Nachhaltigkeitsforschung in der Debatte. *Leviathan*, 49(2), 155–156.
- Decker, O. & Brähler, E. (2016). Ein Jahrzehnt der Politisierung: gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016* (S. 95–137). Gießen: Psychosozial.

- Detje, R., Menz, W., Nies, S. & Sauer, D. (2011). *Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen*. Hamburg: VSA.
- Detje, R., Menz, W., Nies, S., Sauer, D. & Bischoff, J. (2013). Krisenwahrnehmung. Neue Befunde zum Betriebs-, Alltags- und Gesellschaftsbewusstsein. *Sozialismus*, (4), 8–13.
- Dörre, K. (2020). *In der Warteschlange: Arbeiter*innen und die radikale Rechte*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dörre, K., Bose, S., Lütten, J. & Köster, J. (2018). Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. *Berliner Journal für Soziologie*, 28(1–2), 55–90.
- Dörre, K., Happ, A. & Matuschek, I. (Hrsg.) (2013a). *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben*. Hamburg: VSA.
- Dörre, K., Happ, A. & Matuschek, I. (2013b). Das Unbehagen am Kapitalismus und die LohnarbeiterInnen. In Dies. (Hrsg.), *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben* (S. 29–53). Hamburg: VSA.
- Dörre, K., Holst, H. & Matuschek, I. (2013c). Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Subjektive Grenzen kapitalistischer Landnahmen. In K. Dörre, A. Happ & I. Matuschek (Hrsg.), *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben* (S. 198–261). Hamburg: VSA.
- Dörre, K. & Matuschek, I. (2013). Kapitalistische Landnahmen, ihre Subjekte und das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. In K. Dörre, A. Happ & I. Matuschek (Hrsg.), *Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben* (S. 29–53). Hamburg: VSA.
- Dreher, J. (2018). Einleitung zu Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. In H. Popitz, H.-P. Bahrdt, E. A. Jüres & H. Kesting, *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie* (S. XI–XX). *Klassiker der Sozialwissenschaften*, herausgegeben von J. Dreher. Wiesbaden: Springer VS.
- Fraser, N. (2017). Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In H. Geiselberger (Hrsg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (S. 77–91). Berlin: Suhrkamp.
- Fromm, E. (1980). *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Bearbeitet und hrsg. von W. Bonß*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Geffers, J. (2008). Alles typisch? Typus, Typologie, Typen der Verallgemeinerung, empirische Typenbildung und typische Möglichkeitsräume. In M. Markard, L. Huck & T. Bultmann (Hrsg.), *Abstrakt negiert ist halb kapiert: Beiträge zur marxistischen Subjektwissenschaft. Morus Markard zum 60. Geburtstag* (S. 349–368). Marburg: BdWi-Verlag.
- Giddens, A. (1979). *Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Goes, T. (2015). *Zwischen Disziplinierung und Gegenwehr. Wie Prekarisierung sich auf Beschäftigte im Großhandel auswirkt*. Frankfurt am Main: Campus.
- Kern, H. & Schumann, M. (1973). *Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Teil 1*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Kluge, S. (2000). Empirisch begründete Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1(1).
- Kracauer, S. (1930). *Die Angestellten. Aus dem neuesten Deutschland*. Frankfurt am Main: Frankfurter Societäts-Druckerei.
- Lux, T., Mau, S. & Jacobi, A. (2022). Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. *Berliner Journal für Soziologie*, 32(2), 173–212.

- Lütten, J. & Köster, J. (2019). Prekarität und Gesellschaftsbilder jenseits des Rechtspopulismus: Eine sekundäranalytische Suche. In W. Dunkel, H. Hanekop & N. Mayer-Ahuja (Hrsg.), *Blick zurück nach vorn: Sekundäranalysen zum Wandel von Arbeit nach dem Fordismus* (S. 291–326). Frankfurt am Main: Campus.
- Mau, S., Lux, T. & Gülzau, F. (2020). Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie*, 30, 317–346.
- Menz, W. & Nies, S. (2019). Fragile Sicherheiten und Legitimationsprobleme. Rechtspopulismus aus arbeitssoziologischer Perspektive. *WSI-Mitteilungen*, 72(3), 177–184.
- Mayer, K. U., Kraus, V. & Schmidt, P. (1997). Wohlfahrtsstaat. *Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS)*.
- Merkel, W. (2017). Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In P. Harfst, I. Kubbe & T. Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites* (S. 9–23). Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- Negt, O. (1981). *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen: zur Theorie und Praxis der Arbeiterbildung*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Popitz, H., Bahrdt, H.-P., Jüres, E. A. & Kesting, H. (2018 [1957]). *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Klassiker der Sozialwissenschaften*, hrsg. v. J. Dreher. Wiesbaden: Springer VS.
- Raphael, L. (2019). *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Sauer, D., Stöger, U., Bischoff, J., Detje, R. & Müller, B. (2018). *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg: VSA.
- Schmidt, P. (1982). Subjective status identification. Class consciousness and political attitudes. In W. Raub (Hrsg.), *Theoretical Models and Empirical Analysis* (S. 227–253). Utrecht: E. S. Publ.
- Westheuser, L. & della Porta, D. (2022). Class without Consciousness. The Politics of Demobilized Class Societies. *Berliner Journal für Soziologie*, 32(2), 165–72.
- Wiggershaus, R. (1988). *Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung*. München: dtv.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) & Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) (2014). Wahrnehmung von Konfliktgruppen. *Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS)*.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) & Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) (1997). Subjektive Schichteinstufung. *Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS)*.

Die Seiten 302 bis 394 mit den Beiträgen
»Zum Stand der Zivilgesellschaft« sind nicht Teil
dieser frei zugänglichen PDF-Fassung. Sie sind nur
in der gedruckten Ausgabe (ISBN 978-3-8379-3175-4)
sowie in der PDF-E-Book-Ausgabe
(ISBN 978-3-8379-7919-0) des Psychosozial-Verlags
(www.psychosozial-verlag.de) enthalten.

Übersicht aller bisher erschienenen Studien dieser Reihe 2002–2020

Oliver Decker, Oskar Niedermayer & Elmar Brähler (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin*, 1, 65–77.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschehen*, 42, 8–17.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Unter Mitarbeit von Norman Geissler. Berlin: FES.

Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Norman Geissler & Elmar Brähler (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen*. Unter Mitarbeit von Franziska Göpner & Kathleen Pöge. Berlin: FES.

Oliver Decker & Elmar Brähler (2008). *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008*. Unter Mitarbeit von Johannes Kiess. Berlin: FES.

Oliver Decker, Johannes Kiess, Marliese Weißmann & Elmar Brähler (2010). *Die Mitte in der Krise*. Springe: zu Klampen (2012).

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2012*. Bonn: Dietz.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2014). *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Universität Leipzig (http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf).

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2015). *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker, Johannes Kiess & Elmar Brähler (Hrsg.) (2016). *Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.) (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial.

Oliver Decker & Elmar Brähler (Hrsg.) (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial.

Autorinnen und Autoren

DAVID ADERHOLZ, M. A., studierte in Konstanz, Lyon, Frankfurt am Main und Prag Politikwissenschaften. Er ist Trainer in der Erwachsenenbildung und Berater im Netzwerk für Demokratie und Courage. Aus dieser Praxis entstand sein Forschungsprojekt zu »Extrem rechten Zugriffen auf die Arbeitswelt und demokratischen Umgangsformen«, das er als assoziiertes Mitglied am Else-Frenkel-Brunswik-Institut im Rahmen seiner Promotion durchführt.

INKEN BEHRMANN studierte in Bremen und Berlin Politik- und Sozialwissenschaften. Sie publiziert seit vielen Jahren zu Klimaschutzfragen und zur Klimabewegung. Sie ist Vorstandsmitglied im »Movement Hub«, der Klima-Graswurzelgruppen unterstützt und berät. Aktuell promoviert sie an der Universität Bremen zu Regierungsweisen im Kontext von Wasserknappheit in Deutschland.

SOPHIE BOSE, M.A., ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen. Ostdeutsche Umbrucherfahrungen, Strukturwandel, Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt bilden ihre Forschungsinteressen.

Prof. Dr. ELMAR BRÄHLER war von 1994 bis zu seiner Emeritierung 2013 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Seitdem ist er Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz. Er leitet dort das BMBF-Verbundprojekt »DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren«.

KAZIM CELIK, M.A., Politikwissenschaftler, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung und seit 2019 Mitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Im Rahmen des Projekts »Radikaler Islam vs. Radikaler Anti-Islam« liegt sein Forschungsschwerpunkt auf gesellschaftlicher Polarisierung und wahrgenommenen Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen.

Jun.-Prof. Dr. VERA CLEMENS ist Ärztin und als Juniorprofessorin für klinische und präklinische Traumafolgen in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/-psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm tätig. Schwerpunkte ihrer Forschung umfassen die Themen Kinderschutz, Folgen belastender Kindheitserfahrungen und entzündliche Prozesse bei psychiatrischen Erkrankungen.

Prof. Dr. phil. OLIVER DECKER, Dipl.-Psych., lehrt Sozialpsychologie und interkulturelle Praxis an der Sigmund-Freud-Universität Berlin und ist Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts sowie des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, beide Universität Leipzig. Aufenthalte als Fellow und Gastprofessor u.a. an der School of Visual Arts (New York), am Institut für Soziologie der Universität Wien und am Department for Psychosocial Studies am Birkbeck College (London). Zusammen mit Elmar Brähler leitet er seit 2002 die Leipziger Autoritarismus Studien zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland (bis 2018 Leipziger »Mitte«-Studien). Auswahl letzter Buchveröffentlichungen: *Enhancement* (mit Steffen Elsner, Charlotte Höcker, Susan Winter und Christoph Türcke; 2021, Psychosozial Verlag); *Escape into Authoritarianism* (zusammen mit Elmar Brähler und Johannes Kiess; 2022, Routledge/New York).

MARIUS DILLING, M. A., ist seit November 2021 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Zuvor studierte er Sozialwissenschaften an der Universität Siegen und war dort Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Empirische Sozialforschung. Er forscht zu demokratiefeindlichen Einstellungen mit Fokus auf Verschwörungsmentalität und Antisemitismus.

Prof. Dr. JÖRG M. FEGERT ist Ärztlicher Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm. Er ist Vorstandsmitglied (Leiter der Policy Division) und President Elect (2023–2027) der European Society for Child and Adolescent Psychiatry (ESCAP) und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim BMFSFJ. Darüber hinaus engagiert er sich als Vorstandsmitglied der Aktion Psychisch Kranke e. V. (APK), Präsident der Deutschen Traumastiftung e. V., Sprecher des Zentrums für Traumaforschung und Mitglied im Deutschen Komitee für UNICEF e. V. Zudem ist er Leiter des Kompetenzzentrums Kinderschutz in der Medizin in Baden-Württemberg sowie des Kompetenzbereichs Prävention Psychische Gesundheit im Kompetenznetzwerk Präventivmedizin Baden-Württemberg.

NATALIE GITTNER, M. Sc., studierte Psychologie in Arbeit, Bildung und Gesellschaft in Jena und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Universität Leipzig. Am Else-Frenkel-Brunswik-Institut arbeitete sie zuletzt zu Konfliktodynamiken innerhalb der Zivilgesellschaft. Aktuell untersucht sie im Rahmen einer Studie zu Institutionen und Rassismus des FGZ ressentimenthafte Dynamiken in der Justiz.

AYLINE HELLER, M. Sc., studierte in Frankfurt Psychologie (M. Sc.) und Linguistik (B. A.). Derzeit ist sie als Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universitätsmedizin Mainz im Projekt »DDR-Vergangenheit und Psychische Gesundheit« angestellt. Seit 2019 ist sie Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Psychoanalytische Sozialpsychologie e. V. (GfPS).

NELE HELLWEG, M. Sc., studierte Psychologie in Leipzig und Chemnitz. Sie arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig und am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind psychoanalytische und empirische Sozialforschung.

CHARLOTTE HÖCKER, M. Sc., studierte in Leipzig und Halle Psychologie mit den Nebenfächern Erziehungs- und Kulturwissenschaften. Sie ist wis-

senschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen. In der sozialraumnahen Forschung sowie in den Leipziger Autoritarismus Studien arbeitet sie insbesondere zu gesellschaftlichen und psychodynamischen Konflikten rund um die Themen Antifeminismus, Geschlechterdemokratie und Emanzipation.

VALENTIN IHSEN studierte in Witten und London PPE und Soziologie. Er publiziert zu sozialen Bewegungen und Parteiendemokratie und ist Vorstandsmitglied im Institut solidarische Moderne. Aktuell promoviert er in der Protest- und Bewegungsforschung an der Leuphana Universität Lüneburg.

Dr. FIONA KALKSTEIN ist stellvertretende Direktorin des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen und wissenschaftliche Mitarbeiterin (post-doc) am Institut. Sie leitet dort die qualitativen, sozialraumnahen Projekte. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf materialistischen Perspektiven auf die Psychodynamik von Autoritarismus sowie in der Auseinandersetzung mit der neuen Querfront und Hass auf Frauen. In ihrer Doktorarbeit forschte sie über die unglückliche Verschränkung von Weiblichkeit und Klassenantagonismus bei Müttern.

Dr. JOHANNES KIESS ist Soziologe und stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig sowie Projektleiter am Lehrstuhl für Vergleichende Kulturosoziologie und politische Soziologie Europas an der Universität Siegen. Seine Forschungsschwerpunkte sind politische Soziologie (insbesondere Rechtsextremismus), industrielle Beziehungen und Europasozilogie.

JOHANNA NIENDORF studierte Soziologie, Psychologie und Sozialwissenschaften und forscht als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut zu Geschlecht und Autoritarismus. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift »Freie Assoziation – Zeitschrift für psychoanalytische Sozialpsychologie«.

LAURA PFIRTER, M. A., studierte an der Berliner Humboldt Universität Sozialwissenschaften. Sie forschte bis 2022 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft zur der

Zivilgesellschaft in Deutschland, Europa und Weltweit. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure im Kampf gegen digitale Gewalt sowie auf Aspekten des Shrinking-Space und den allgemeinen Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlichen Handelns.

Prof. Dr. GERT PICKEL ist seit 2009 Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig. Er ist Leiter des seitens des BMI geförderten Projektverbundes »Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext ausgewählter gesellschaftlich-institutioneller Bereiche« (InRa-Studie), ist Co-Sprecher des Standortes Leipzig des Forschungsinstitutes Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und stellvertretender Leiter des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung (KReDo). Er arbeitet zu Themen der politischen Kulturforschung, Religionssoziologie, vergleichenden Politikwissenschaft und Vorurteilsforschung.

Prof. Dr. SUSANNE PICKEL ist seit 2009 Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen. Sie ist Konsortialleiterin des Forschungsverbundes »Radikaler Islam vs. radikaler Anti-Islam«, der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bis 2024 gefördert wird. Sie arbeitet zur politischen Kultur- und Demokratieforschung, zur Responsivität und zu Antiziganismus.

CLARA SCHLISSLER, M. Sc., ist Sozialpsychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut sowie Mitglied in Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Sie arbeitet u.a. zu den Themen Verschwörungsmentalität, Esoterik und politischer Protest sowie zu (Neu-)Konzeptionalisierungen des Autoritären Syndroms.

ANDRE SCHMIDT, M. A., ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen. Dort arbeitet er zu den Schwerpunkten Demokratisierung und Arbeitswelt, sozialer Konflikt sowie Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft.

JOHANNA MAJ SCHMIDT studierte Politikwissenschaften, English-Speaking Cultures und Performance Studies in Bremen und Krakau. Anschließend machte sie einen MA in Art and Politics an der Goldsmiths University of London und ein Diplom in Medienkunst in der Klasse »Expanded Cinema« bei Prof. Clemens von Wedemeyer an der HGB Leipzig. Sie ist Gastwissenschaftlerin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut und promoviert im Graduiertenkolleg »Rechtspopulismus« bei Prof. Dr. Oliver Decker zu der Frage, wie das Heroische in der extrem rechten Memekultur repräsentiert wird.

JULIA SCHULER, M. Sc., ist Sozialpsychologin sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin in Ausbildung. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie zuletzt am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Universität Leipzig tätig und ist dort auch Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung. Sie forscht zu antidemokratischen und autoritären Dynamiken sowie zu politischen Teilhabe- und Handlungsmöglichkeiten.

SIMON TOEWE studierte in Duisburg, Bonn und Berlin Politikwissenschaft. Er engagiert sich seit vielen Jahren in der Klimabewegung. Er ist Mitgründer des F3_kollektiv, das machtkritische Bildungsmaterialien zum Prozess der Digitalisierung entwickelt und des Movement Hub, der Klima-Graswurzelgruppen unterstützt und berät.

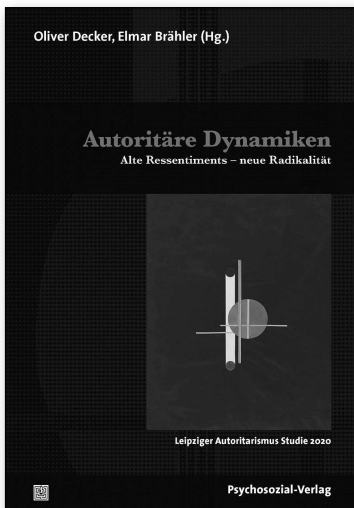
Dr. ALEXANDER YENDELL ist Soziologe und forscht im Leipziger Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt zu den Themen Rechtsextremismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, politischer Protest und Gewalt. Er ist Sprecher der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Yendell ist zurzeit Co-Leiter der Forschungsprojekte »Antimuslimischer Rassismus, antischwarzer Rassismus und Antiziganismus im institutionellen Handeln von Behörden« und »Rassismusbekämpfung und -prävention in Behörden und Sportverbänden – Internationaler Vergleich von Best- und Worst-Practices«.



Psychosozial-Verlag

Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.)

Autoritäre Dynamiken
Alte Ressentiments – neue Radikalität
Leipziger Autoritarismus Studie 2020



2020 · 385 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-8379-3000-9

»Der bürgerlich-demokratische Staat ist in seiner Stabilität gefährdet. Wer diese Diagnose für periodisch auftretenden linken Alarmismus hält, sollte die hier anzuzeigende empirische Untersuchung aufmerksam lesen.«

Peter Kern, Sozialismus.de 3-2019

Auf Grundlage der Ergebnisse einer 2020 durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage zeigen die Autorinnen und Autoren, wie stark sich die Gesellschaft polarisiert und wie sehr sich die extreme Rechte inzwischen radikalisiert hat. Dass ihr dabei dennoch mittels Antisemitismus, Verschwörungsmythen und Antifeminismus der Anschluss an die gesellschaftliche Mitte gelingt, verdeutlicht, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen wir alle stehen.

Seit 2002 berichtet die Studiengruppe um Oliver Decker und Elmar Brähler über die rechtsextreme Einstellung in Deutschland. In den Leipziger Autoritarismus Studien, einem der wichtigsten Barometer zur politischen Kultur, untersuchen die Forscherinnen und Forscher die Verbreitung antidemokratischer Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft und thematisieren die damit verbundenen Gefahren für die Demokratie.

Mit Beiträgen von C. Dischereit, B. Handke, A. Heller, N. Hellweg, C. Höcker, J. Kiess, L. Lierke, M. Perinelli, S. Pickel, C. Schließler, A. Schmidt, J. Schuler, A. Yendell u. v. a. m.

Walltorstr. 10 · 35390 Gießen · Tel. 0641-969978-18 · Fax 0641-969978-19
bestellung@psychosozial-verlag.de · www.psychosozial-verlag.de

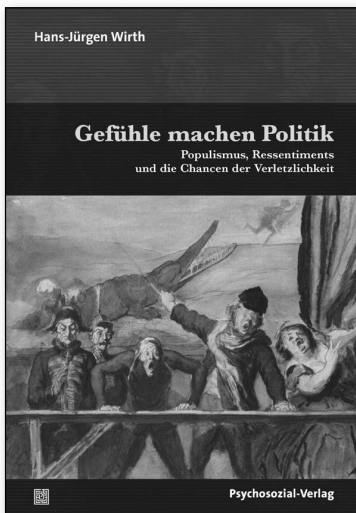


Psychosozial-Verlag

Hans-Jürgen Wirth

Gefühle machen Politik

Populismus, Ressentiments und die Chancen der Verletzlichkeit



2022 · 336 Seiten · Broschur
ISBN 978-3-8379-3151-8

**Gefühle als Form der politischen
Auseinandersetzung erkennen und
verstehen!**

Gefühle haben großen Einfluss auf unser Handeln. Sie dienen als Motivationskraft und stiften in kollektiv geteilter Form Beziehung und Nähe zu anderen Menschen oder dienen der Abgrenzung von feindlichen Gruppen. Gefühle haben die Aufgabe, zu *erkennen*, was auf uns einwirkt, *auszudrücken*, was wir empfinden, und zu *bewerten*, was wir erkannt haben.

In der Politik und in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen spielen Gefühle deshalb eine zentrale Rolle: Der affektive Furore, den der Populismus entfacht, bündelt ohnmächtige Wut, blinden Hass, Neid, Verbitterung und Rachewünsche zu Ressentiments, die das soziale Zusammenleben vergiften. Gefühle, die an der menschlichen Verletzbarkeit anknüpfen, wie etwa Besorgnis, Trauer, Mitleid, Empathie und Hoffnung, eröffnen hingegen die Chance auf alternative Perspektiven. An zahlreichen Beispielen aus aktuellen politischen Auseinandersetzungen erläutert der Autor, wie Gefühle politisches Handeln beeinflussen und wie mit Gefühlen Politik gemacht wird.

Walltorstr. 10 · 35390 Gießen · Tel. 0641-969978-18 · Fax 0641-969978-19
bestellung@psychosozial-verlag.de · www.psychosozial-verlag.de

Die Zeiten sind unsicher: Klimawandel, COVID-19-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, Energiemangel und Inflation bestimmen in dichter Folge die öffentliche Debatte und das Leben in der Bundesrepublik. Welche Auswirkungen haben diese Herausforderungen auf die politische Kultur und die Gesellschaft?

Auf Grundlage der Ergebnisse der seit 2002 zum elften Mal durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsumfrage zeigen die Autorinnen und Autoren, wie die Deutschen diese unsicheren Zeiten wahrnehmen, wie sich ihre Krisenwahrnehmung auf die politische Einstellung im Allgemeinen und auf autoritäre Dynamiken im Besonderen auswirkt.

Mit Beiträgen von D. Aderholz, I. Behrmann, S. Bose, E. Brähler, K. Celik, V. Clemens, O. Decker, M. Dilling, J.M. Fegert, N. Gittner, A. Heller, N. Hellweg, C. Höcker, V. Ihßen, F. Kalkstein, J. Kiess, J. Niendorf, L. Pflirter, G. Pickel, S. Pickel, C. Schließler, A. Schmidt, J.M. Schmidt, J. Schuler, S. Toewe, A. Yendell

Oliver Decker, Prof. Dr., ist Lehrstuhlinhaber für Sozialpsychologie und Interkulturelle Praxis an der SFU Berlin und Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig.

Johannes Kiess, Dr. phil., ist stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts sowie Projektleiter am Lehrstuhl für Vergleichende Kulturosoziologie und politische Soziologie Europas an der Universität Siegen.

Ayline Heller, M.Sc., ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie e.V. und promoviert im Projekt »DDR-Vergangenheit und psychische Gesundheit: Risiko- und Schutzfaktoren«.

Elmar Brähler, Prof. Dr. rer. biol. hum. habil., ist Gastwissenschaftler an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz.